

PROTOKOLL

Begrüßung

Körper

Ich möchte Sie alle recht herzlich zur Tagung des Bergedorfer Kreises über Entspannungspolitik willkommen heißen. Daß wir dieses Gespräch in einem Lande durchführen können, in dem nicht nur Karl Marx und Friedrich Engels, sondern auch General Friedrich Wilhelm von Steuben geboren wurde - von meiner Berufsgruppe, den Ingenieuren, ist la in der politischen Geschichte leider nie die Rede;- , gibt mir die Hoffnung, daß unser Gespräch eine gemeinsame Basis hat, von der aus wir einen Beitrag zur Erhaltung des Friedens leisten können.

Ich brauche wohl nicht darauf hinzuweisen, daß unsere Tagung auf privater Initiative beruht, also keinen offiziellen Auftrag und damit keinen offiziellen Charakter hat. Jeder von uns spricht für sich selbst und sagt seine persönliche Meinung, so wie wir es bereits auf unseren internationalen Bergedorfer Tagungen in Moskau, Leningrad, Wien und hier im Heimatland des Gesprächskreises zu tun pflegten. Wir führen also keine Verhandlung, sondern veranstalten ein Gespräch, dessen Wert in der gegenseitigen Information liegt. Die Bedeutung dieses Gespräches besteht nicht nur in der Aufnahme persönlicher Kontakte, sondern vor allem im freien Meinungs austausch, und zwar in einer Offenheit, die sich Diplomaten und Regierungsbeauftragte im allgemeinen nicht leisten können. Uns geht es darum, über die offiziellen Ansichten der Regierungen hinaus auch die individuellen Nuancen und Überlegungen zu hören, die nicht jeden Tag in der Zeitung stehen.

Darüber hinaus hoffe ich sehr, daß wir bei der Zwischenbilanz nach Helsinki nicht an unseren Vorurteilen hängenbleiben und gewissermaßen aus Versehen eine Ost-West-Konfrontation inszenieren. Ganz leicht ist das sicher nicht. Wir alle haben gewisse Schwierigkeiten, wenn wir auf Vorurteile verzichten sollen, zumal solche Vorurteile bekanntlich zum Ritual der Propaganda und der Politik gehören. Aber in dieser Hinsicht haben wir bei den Bergedorfer Gesprächen schon sehr erfreuliche Überraschungen erlebt.

Unser Thema weist auf die Konferenz von Helsinki und deren wahrscheinliche Fortsetzung in Belgrad hin. Ich meine, wir sollten uns fragen, ob nach der Schlußakte von Helsinki Erfolge zu verzeichnen sind und welche Hindernisse noch im Wege stehen.

Ich habe mich natürlich gefragt, ob es richtig ist, so kurz nach den Präsidentschaftswahlen in den USA und den Parlamentswahlen in der Bundesrepublik diese Tagung durchzuführen. Ein gewisses Moment der Unsicherheit, nicht genügend kalkulierbare Erwartungen mögen in der Tat dadurch ins Spiel kommen, so daß uns möglicherweise wichtige neue Nuancen noch nicht bekannt sind.

Andererseits läßt jedoch der Kreis der hier anwesenden Gesprächsteilnehmer vermuten, daß sowohl den neugewählten als auch den an den nationalen Schalthebeln der Regierungen verbliebenen Verantwortungsträgern die auf unserer Tagung ausgetauschten Informationen zugänglich werden und für ihre Entscheidungen dienlich sein könnten. Da es zum Prinzip des Bergedorfer Gesprächskreises gehört, weder zu demonstrieren noch zu protestieren, sondern nur gute Dienste leisten zu wollen, ist für dieses Anliegen im Grunde jeder Termin richtig.

Ebenso wenig will ich übersehen, daß eine Plattform wie die KSZE nicht ohne einen Blick auf die übrige Welt betreten werden kann. Wir haben die erste große Weltwirtschaftsrezession nach dem Zweiten Weltkrieg hinter uns. Ihre Folgen sind noch keineswegs überwunden. Wir haben die Entwicklung in China aufmerksam verfolgt und, nicht minder wichtig, wir bereiten uns auf die neue UNCTAD-Konferenz in Nairobi vor. Das sind, so meine ich, wichtige Daten für die internationale Zusammenarbeit.

Sicher ist es nicht leicht, der internationalen Politik den Puls zu fühlen. Im grundsätzlichen breitet sich zwar ein gewisser Pessimismus für die Zukunft über die in Helsinki geweckten Erwartungen aus. Ich habe aber immer noch die Hoffnung, daß durch Helsinki eine Bereitschaft zur gegenseitigen Verständigung ausgelöst wurde. Obwohl ich nicht übersehe, daß sich der Handel zwischen der Sowjetunion, der Bundesrepublik Deutschland, Polen und anderen Ländern positiv entwickelt hat, verkenne ich auf der anderen Seite nicht, daß sich in der Frage der Abrüstung die Erwartungen bisher

keineswegs erfüllt haben. Ich meine jedoch, wir sollten uns hier nicht auf Fragen der Abrüstung konzentrieren. Das bleibt besser den dafür zuständigen Gremien vorbehalten.

Hoffentlich können wir dennoch mit unserem Gespräch einen Beitrag dafür leisten, daß die Voraussetzungen in Belgrad zur Lösung der schwierigen Probleme günstiger werden. Dabei ist unsere Tagung sicher nicht ausdrücklich als Vorbereitung für konkrete Vertragsverhandlungen zu verstehen. Vielmehr dient sie in erster Linie dazu, die Probleme zu verdeutlichen und die Fragestellungen zu präzisieren. Denn nur auf eindeutig formulierte Fragen kann man unmißverständliche Antworten erwarten.

Mit diesen Fragen hängt aber auch ganz wesentlich die Zukunft der Industriegesellschaften zusammen. Hier meine ich - ohne daß ich das ideologische Element desavouieren will, aber auch ohne ideologische Vorbedingungen zu stellen;-, daß in Ost wie in West die Lernfähigkeit der gesellschaftlichen Systeme der wichtigste Aspekt Ihrer Zukunftserwartung ist. Sie ist übrigens auch die wichtigste Bedingung für die Erhaltung des Friedens.

Ich meine keineswegs, daß das Gesprächsergebnis, das wir anstreben, aus einem Gleichklang von Meinungen bestehen müßte. So wenig mir eine solche Einigung als Ziel vorschwebt, so sehr möchte ich andererseits dem Gedanken Ausdruck verleihen, daß die Zivilisation unserer Welt durch die zunehmende Industrialisierung mehr und mehr gemeinsame Züge annimmt. Wir alle haben daher einen wachsenden und begründeten Anspruch gegeneinander, an der politischen Kultur dieser Gemeinsamkeit zu arbeiten. Diese gemeinsame Arbeit zwischen Ost und West erscheint mir unerlässlich, auch wenn Fehler und Versäumnisse dabei passieren mögen. Diesem Gedanken dient unser Gesprächskreis, nicht der Darstellung von Machtansprüchen.

Sie merken es hoffentlich: Ich möchte Sie - ohne der Diskussion vorgreifen zu wollen - anregen, wo immer es möglich ist, die große Hauptstraße der Ost-West-Begegnungen, auf der der Verkehr bekanntlich streng geregelt ist, mitunter auch einmal zu verlassen. Wir sollten keine Angst davor haben, daß wir uns dabei unausweichlich in eine Sackgasse verlaufen. Denn es gibt nicht nur Sackgassen. Wenn wir die Hauptverkehrsrichtung im Auge behalten, gibt es zur Befriedigung gemeinsamer Interessen vielleicht manche gut passierbaren Nebenwege, die gar nicht ins Abseits führen. Sicher können wir auf diesen Nebenwegen die Welt ringsum besser beurteilen als im streng geregelten Verkehr.

In diesem Sinne freue ich mich, daß Herr Dahrendorf die Rolle des Diskussionsleiters übernommen hat. Er war, wie Sie wissen, in seiner politischen Funktion Kommissar des Gemeinsamen Marktes in Brüssel; er leitet gegenwärtig in seiner wissenschaftlichen Qualifikation die London School of Economics and Political Science. Herr Dahrendorf wird, so hoffe ich, mit Energie für die Verständigungsqualität, das heißt für die Rationalität unseres Gespräches sorgen.

Marks

Lassen Sie mich zunächst etwas zu meiner Person sagen. Unter Präsident Lyndon Johnson war ich vier Jahre lang Direktor der United States Information Agency. In dieser Eigenschaft stand ich mit zahlreichen Ländern in Verbindung, soweit es sich um internationale Konferenzen über Abrüstung, Frieden oder Wirtschaftsfragen handelte. Kurz nach meiner Ernennung beglückwünschte mich der Botschafter der Sowjetunion in Washington und meinte: "Man sollte Ihre Regierung loben, daß sie einen Mann namens Marks mit diesem hohen Amt betraut hat." Als ich darauf antwortete, mein Name sei nicht Karl, sondern Leonard, sagte er: "Eine Rose bleibt immer eine Rose."

Den 1. August 1975 haben wir als historisches Ereignis festzuhalten, als sich 35 Staatschefs versammelten, um die Schlußakte von Helsinki zu unterzeichnen. Es war die größte Zusammenkunft von führenden Staatsmännern seit dem Wiener Kongreß. Die Welt blickte damals mit großer Spannung und Erwartung auf Helsinki. Auch ich habe in jener Zusammenkunft eine Gelegenheit gesehen, eine neue Aura des Friedens und der guten Beziehungen zwischen Ost und West einzuleiten, um neue Normen zu setzen, die von allen Nationen in der Frage der Erhaltung des Friedens, der Menschenrechte und der anderen in der Schlußakte behandelten Dinge beachtet werden sollten.

Fünfzehn Tage nach Unterzeichnung der Schlußakte besuchte ich einige osteuropäische Länder in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Advisory Commission on International Educational and Cultural Exchange. Ich war in folgenden Hauptstädten: Moskau, Prag, Bukarest, Budapest und Warschau. In all diesen Städten traf ich mit Beamten der Außenministerien, der Kultus- und Erziehungsministerien, mit Rektoren von Universitäten, Professoren, Studenten und Leuten, die mit Kunst und kulturellem Austausch zu tun haben, zusammen. Es war für mich eine sehr fruchtbare Erfahrung; denn ich war wohl der erste aus der westlichen Welt, der den Osten bereiste, um die Menschen dort zu befragen, wie das bedeutsame Dokument von Helsinki erfüllt werden sollte.

Wohin ich auch kam, traf ich auf große Erwartungen. Diejenigen, die die Schlußakte kannten, hatten die Beschlüsse über die Menschenrechte, über Information und kulturellen Austausch gelesen und waren über die damit geschaffenen Möglichkeiten erfreut. Sie hatten alle die Hoffnung auf intensiveren Austausch, um Leute wie mich zum Beispiel besser kennenzulernen. Sie erwarteten, daß sie sich besser informieren könnten, etwa durch Bücher und Zeitschriften, und die Gelegenheit erhalten würden, an Seminaren und Konferenzen teilzunehmen. Und sie erhofften auch eine größere Anerkennung der Menschenwürde.

Als Präsident Ford die Schlußakte unterzeichnete, hob er hervor, daß die wohl wichtigsten Bestimmungen darin bestehen, die menschlichen Kontakte zu intensivieren und den kulturellen Austausch zu verstärken. Die meisten Amerikaner billigten damals die Entscheidung von Präsident Ford, dieses Abkommen zu unterzeichnen. Gewiß hatten einige auch ernsthafte Bedenken, aber bei allen waren die Erwartungen hoch. Wenn die Sowjetunion und ihre Verbündeten bereit waren, gerade auf diesem Gebiet die Beschränkungen zu mildern, dann würden vielleicht auch die politischen Konzessionen, die in anderen Teilen der Schlußakte gemacht worden waren, gerechtfertigt sein.

Was versprach die Schlußakte von Helsinki tatsächlich: Familienzusammenführung, Heiratserlaubnis zwischen Angehörigen verschiedener Staaten, Reiseerleichterungen, freie Verbreitung von Informationen aller Art, Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Journalisten sowie Zusammenarbeit und Austausch auf den Gebieten der Kultur, der Wissenschaft und der Erziehung. Das alles ist, wie Sie wissen, in Korb 3 enthalten.

Wir sind hier zusammengekommen, um zu beurteilen, was sich in den 15 Monaten seit Unterzeichnung der Schlußakte ereignet hat. Ich möchte betonen, daß ich damals große Hoffnungen gehegt habe, aber ich bin über die Durchführung der Beschlüsse sehr enttäuscht, um es gelinde auszudrücken.

Ich gehöre nun keineswegs zu den Kommentatoren, die alles verurteilen, was die osteuropäischen Länder und die Sowjetunion getan haben, und die sich einfach weigern anzuerkennen, daß es tatsächlich einige kleine Schritte nach vorne gegeben hat. So sind die Arbeitsbedingungen für Journalisten erleichtert worden, indem man Vielfachvisa zugelassen hat. Ich habe dies seinerzeit mit dem sowjetischen Kultusminister besprochen und erhielt seine Zusicherung, daß dieser Punkt Beachtung finden würde, was dann auch der Fall war. Die Journalisten haben bessere Möglichkeiten erhalten, mit Regierungsbeamten direkt in Kontakt zu treten, um sie zu interviewen. Wir werden

sehen, wie sich das in Zukunft entwickeln wird, aber das war zumindest ein Schritt in die richtige Richtung.

Den Geschäftsleuten in Osteuropa sind größere Möglichkeiten eingeräumt worden, Kontakte aufzunehmen. Viele Firmen aus Westeuropa und den Vereinigten Staaten werden mit größerer Herzlichkeit aufgenommen. Es sind auch einige Schritte eingeleitet worden, um die Emigration zu ermöglichen, aber das sind nur kleine Schritte. Ich werde hier keine Statistiken anführen, aber ich bin immer wieder überrascht, wenn ich das Widerstreben derer sehe, die es Menschen verweigern, ihr Land zu verlassen und irgendwo ein neues Leben zu beginnen.

Ich sagte schon, daß aus meiner Sicht den Bestimmungen über die Menschenrechte in der Schlußakte von Helsinki die größte Bedeutung zukommt. Die Menschenrechte sind für die Erhaltung des Friedens genauso wichtig wie die Abrüstung. Für die meisten Amerikaner ist Helsinki gleichbedeutend mit den Bestimmungen über die Menschenrechte. Wir haben die Schlußakte begrüßt als einen großen Schritt vorwärts im Hinblick auf die Anerkennung der Würde des Menschen. Aber das, was sich seitdem in der Praxis abgespielt hat, ist wiederum zumindest enttäuschend.

Ich spreche hier nicht für meine Regierung, sondern für mich selber. Aber ich darf Bezug nehmen auf eine Erklärung, die Botschafter William Scranton in der vergangenen Woche vor den Vereinten Nationen abgegeben hat. Er sprach dort im Namen der Regierung der Vereinigten Staaten und wandte sich an den Ausschuß für Menschenrechte mit folgenden Worten: "Dieser Ausschuß hat das Vorrecht, sich mit den Menschenrechten zu befassen, ein Gegenstand, der, von wenigen Ausnahmen abgesehen, vor der Gründung der Vereinten Nationen keinen Platz im Völkerrecht hatte. Bevor die Charta der Vereinten Nationen und die allgemeine Erklärung der Menschenrechte die Normen für die Beziehungen zwischen Individuen und Völkern festgesetzt hatten, konnte nur weltweite Empörung einen Staat dazu veranlassen, von barbarischen Praktiken abzusehen. Die allgemeine Menschenrechtserklärung und die Fülle von Veröffentlichungen, die die Vereinten Nationen seitdem zu den Prinzipien und Zielen im Hinblick auf die Anerkennung der Würde aller Menschen herausgegeben haben, sollten eine Änderung herbeiführen. Haben sie das getan? Obwohl kaum ein Staat es wagt, dieser Erklärung der Menschenrechte zu widersprechen, befolgen doch nur wenige die darin festgelegten Ziele gewissenhaft, und noch weniger halten sich an diese Prinzipien so weitgehend, daß sie eine Überprüfung der Praktiken in ihrem Land zulassen. Mit anderen Worten, die Welt ist noch nicht sehr weit vorangekommen. Die einzige Universalität, die man heute mit der Erklärung der Menschenrechte wirklich verbinden kann, ist ein universelles Lippenbekenntnis."

Der Botschafter sagte dann weiter: "Der Kern der Freiheit ist stets das Individuum gewesen und wie man seine schöpferischen Fähigkeiten am besten freisetzen kann. Vielleicht ist dies mehr als alles andere das Hauptthema unserer ganzen Geschichte gewesen, sowohl im Inneren als auch in unseren Beziehungen zu anderen Ländern. Wir sind dafür in den Krieg gezogen, und wir haben damit zu allererst bei uns selbst Frieden geschlossen. Bis zum heutigen Tage ist dieses der stärkste Grundsatz für unser eigenes System geblieben." Dann, auf die Sowjetunion zu sprechen kommend, sagte Mr. Scranton: "Die Bemühungen der Sowjetunion, die entwickelte Welt zu manipulieren, sind sehr destruktiv." "Aber", fuhr er etwas später fort, "es gibt für die Sowjetunion Möglichkeiten, auch auf dem Gebiet der Menschenrechte konstruktiv mitzuarbeiten und die abgegebenen Versprechen einzulösen. Der bevorstehende Regierungswechsel in den Vereinigten Staaten wird an der fundamentalen Tatsache nichts ändern, daß die Vereinigten Staaten weiterhin darauf bestehen werden, daß die Sowjetunion ihre Verpflichtungen, die sie in der Schlußakte von Helsinki über die Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa unterschrieben hat, einschließlich Korb 3, auch verwirklicht. Die weitere Normalisierung unserer Beziehungen zur Sowjetunion werden wir daran messen, inwieweit sie die von ihr akzeptierten Grundsätze erfüllt."

Ich glaube zutiefst, daß die Menschen in Frieden und Harmonie miteinander leben, wenn sie sich gegenseitig kennen. Sie werden einander mit Mißtrauen und Argwohn betrachten, wenn ihnen die Werte und Vorstellungen der anderen Gesellschaft unbekannt sind.

Die Sowjetunion habe ich das erste Mal im Jahre 1959 als Tourist besucht. Meine Frau und ich standen in der Nähe des Hotels "National", und in typisch amerikanischer Art hatte ich eine Kamera dabei und machte Aufnahmen - kein Zweifel über meine Identität. Ein Mann kam auf uns zu und sprach mich auf Russisch an. Ich versuchte mich in der einzigen Fremdsprache verständlich zu machen, die ich, wenn auch nur unzulänglich, verstehe, und das war mein College-Deutsch. Es zeigte sich, daß er mit diesem Vokabular ähnlich vertraut war wie ich, und so haben wir uns kurz unterhalten. Er war Arzt und fragte mich, ob Ärzte in England viel verdienen. Ich erklärte ihm darauf, ich sei Amerikaner. Ich werde nie seinen Gesichtsausdruck vergessen, als er einige Schritte zurückging und sagte: "Es ist schrecklich - ein Amerikaner in der Sowjetunion." Aber seine Neugierde war groß genug,

so daß er zurückkam und mich fragte, ob sich auch in New York die Ärzte gut stehen. Das bestätigte ich ihm.

Worauf es mir bei dieser Geschichte ankommt ist, daß ich für ihn ein Unbekannter war. Ich hätte ebensogut vom Mars oder vom Mond kommen können. Wenn er und andere in der Welt mein Denken besser kennen sollen und wenn ich über sein Denken mehr wissen soll, dann müssen wir Gedanken austauschen und gegenseitig informiert werden.

Ich bin durch die ganze Welt gereist und war immer wieder betroffen von der Tatsache, daß der Mensch überall die gleichen Sehnsüchte hat. Seine Haut mag von anderer Farbe sein, er mag eine andere Sprache sprechen und andere Kleidung tragen, er mag seinen Gott auf andere Art verehren, und er ißt vielleicht andere Speisen, aber wenn man von diesen oberflächlichen Eigenschaften absieht, dann kommt es ihm doch nur auf sehr wenige Dinge im Leben wirklich an: Obdach, genügend Essen, um seinen Körper zu erhalten und die schöpferische Tätigkeit, die ihn geistig zufriedenstellt. Und wenn er diese Welt verläßt, will er die Gewißheit haben, daß seine Kinder und deren Familien es besser haben werden.

Wenn uns allen diese Dinge gemeinsam sind, dann gibt es keine Rechtfertigung für Krieg. Es mag Meinungsunterschiede über Grenzen und andere Fragen geben. Aber wenn wir diese Probleme nicht durch Gespräche lösen können, dann werden wir unsere Zivilisation zerstören. Und das ist wohl kaum ein Ziel, das irgendein vernünftiger Mensch herbeiwünscht. Was können wir tun, um einander klarzumachen, daß wir alle sehr ähnlich sind und die gleichen Ziele anstreben?

Vielleicht ist mein Hauptpunkt etwas überspitzt, aber ich glaube, daß Kommunikation lebenswichtig ist. Ich halte es für unerlässlich, daß die Menschen lesen, was andere geschrieben haben. Die Verbreitung von Büchern, Zeitschriften und Zeitungen ist lebenswichtig für das gegenseitige Verständnis. Man muß nicht mit dem, was man liest, übereinstimmen, aber zumindest lernt man dadurch die Gedanken seiner Mitmenschen verstehen.

In der Sowjetunion habe ich Kultusminister Demichev kennengelernt, der ein sehr anregender und charmanter Gesprächspartner ist. Wir haben unsere Gedanken offen und freimütig ausgetauscht. Als wir an diesem Punkt angelangt waren, sagte ich: Warum können wir nicht im Zentrum von Moskau einen Buchladen aufmachen, wo die amerikanischen Verleger die Literatur unseres Landes verfügbar machen, wo die Leute hingehen und auswählen können, was wir an wissenschaftlichen, literarischen Themen und Dingen von allgemeinem Interesse anzubieten haben. Es besteht kein Zwang, daß sie etwas kaufen müssen. Was sie lesen, können sie ablehnen. Ich wies darauf hin, daß die Sowjetunion auch so einen Buchladen in New York, Washington oder sonstwo in den Vereinigten Staaten einrichten könnte. Herr Demichev dachte einen Augenblick nach und erwiderte dann: "Wenn Sie einen solchen Buchladen einrichten wollen, dann werden wir darüber entscheiden, welche Bücher dort hinkommen." Ist das der Geist von Helsinki? Sind das die Intentionen von Korb 3?

Ich denke daran, daß die allgemeine Menschenrechtserklärung, die 27 Jahre vor dem Abkommen von Helsinki aufgestellt wurde, in Artikel 19 lautet: "Jedermann hat das Recht auf Meinungsfreiheit. Dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ohne Behinderung von außen zu vertreten sowie Informationen und Gedanken zu suchen, zu erhalten und zu verbreiten durch jegliches Medium und ungeachtet der Grenzen."

Helsinki hat diese Bestrebung mit ähnlichen Worten wiederholt. Seit Unterzeichnung des Helsinki-Abkommens sollen jetzt westliche Zeitungen wie "Die Zeit", "Le Monde", "Harald Tribune" und "New York Times" an bestimmten Stellen in der Sowjetunion zur Verfügung stehen. Aber Sie müssen wissen, wo Sie hingehen sollen, um sie zu erhalten. Ich habe die Übersetzung eines Briefes an einen Herausgeber gelesen, der kürzlich in einer der sowjetischen Zeitschriften erschien. Der Schreiber beschwerte sich darüber, daß die Kosten für ein Abonnement so hoch seien, daß es so gut wie unmöglich ist, es zu bestellen. Demgegenüber sieht das Helsinki-Abkommen gerade vor, daß der Austausch von Informationen durch Abonnements erleichtert werden soll.

Zeitungen, Zeitschriften und Bücher sind nur einige wenige Kanäle für Informationen. Der größere Personenkreis wird durch das Radio erreicht. Seit vielen Jahren werden die "Stimme Amerikas", "BBC" und die "Deutsche Welle" in der Sowjetunion und in Osteuropa gestört. Diese Störungen haben jetzt aufgehört. Das Helsinki-Abkommen sieht vor, und in der allgemeinen Menschenrechtserklärung ist es detailliert festgelegt, daß jedermann ungeachtet der Grenzen das Recht hat, Informationen und Gedanken zu empfangen, und zwar durch jegliches Medium. Die Vereinigten Staaten betreiben, wie Sie alle wissen, "Radio Free Europe" und "Radio Liberty". Sie werden noch gestört. Vor kurzem hat die Sowjetunion diese beiden Sender daran gehindert, die Olympischen Spiele von Innsbruck zu übertragen. Sie versuchte auch, die Übertragung der Olympischen Spiele von Montreal zu vereiteln.

Dabei führte man als Argument an, daß dies eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten sei. Seit wann sind die Olympischen Spiele die innere Angelegenheit irgendeines einzelnen Landes? Ist die Gefahr so groß, wenn man es zuläßt, Meinungen zu empfangen, daß so schwere Maßnahmen ergriffen werden müssen?

Nun, ich weiß, man argumentiert damit, daß "Radio Free Europe" und "Radio Liberty" vom CIA finanziert wurden und daß sie deshalb subversiv tätig sind. Jedermann weiß das, es ist überall publiziert worden. Gegenwärtig werden diese Sender vom Board of International Broadcasting betrieben. Das Geld wird vom Kongreß bereitgestellt. Die Programme können jederzeit überprüft werden. Sie brauchen nur einzuschalten und hinzuhören. Doch die Menschen in der Sowjetunion und in Osteuropa haben nicht das Recht, zuzuhören. Wie sollen sie wissen, daß westliche Touristen, wie ich 1959 einer war, nicht vom Mars kommen, wenn sie nichts über die Gedanken, Meinungen und Handlungen der westlichen Welt hören? Wenn wir die Kommunikationskanäle zwischen Ost und West steuern und die Menschen, die in Osteuropa leben, nur das hören, was ihre Regierungen ihnen genehmigen, dann werden wir weiterhin in zwei Welten leben statt in einer einzigen, und wir müssen doch auf diesem Planeten zusammenleben.

Ich glaube, daß Menschenrechte und Menschenwürde synonym sind. Ich war von den Beschlüssen des Helsinki-Abkommens zutiefst betroffen, davon, daß Familien wieder zusammengeführt werden, daß Eheschließungen zwischen Bürgern verschiedener Staaten erleichtert werden, daß Ausreisevisa erteilt werden, damit Menschen ausreisen können. Wie ist dieser Abschnitt interpretiert worden? Die Sowjetunion hat zugestimmt, die Kosten für ein Ausreisevisum von 400 auf 300 Rubel zu senken. Ich weiß nicht, ob das ein angemessener Preis ist. Aber ich habe gelesen, daß selbst dieser reduzierte Betrag zwei Monatsgehälter ausmacht, eine Belastung, die gewiß nicht leicht zu tragen ist für jemanden, der das Land verlassen möchte.

In einem Brief an Generalsekretär Waldheim haben 15 sowjetische Juden, die um eine Ausreisegenehmigung nachgesucht hatten, dargelegt: "Wenn ein Visum abgelehnt wird, und das ist für die sowjetische Regierung das übliche Verfahren, dann verliert die Familie, die um das Visum nachgesucht hat, ihre Wohnung." Warum ist das der Fall? Aufgrund einer neuen Bestimmung muß jeder, der ein Ausreisevisum beantragt, seine Wohnung zur Verfügung stellen. Ist das im Geiste von Helsinki? Sieht so die Anerkennung der Menschenwürde aus?

Helsinki hat weiterhin festgelegt, daß Religionsfreiheit gewährt werden soll. Es soll dem einzelnen überlassen bleiben, auf welche Weise er seinen Gott verehren will. Dies ist nicht Sache des Staates. Ist diese hoffnungsvolle Bestimmung respektiert worden? Soweit ich gehört habe, hat sich die Situation nicht geändert.

Nun, ich will Ihnen hier nicht den Eindruck vermitteln, als sei alles, was die Vereinigten Staaten getan haben, fehlerlos. Ich bin der Meinung, daß auch die Vereinigten Staaten mehr tun sollten. Wir stören zwar keine Radiosendungen, wir verlangen von niemandem ein Ausreisevisum, wenn er unser Land verlassen will; wir schränken auch nicht den Informationsfluß von Büchern, Zeitschriften oder Zeitungen ein. Aber wir haben nicht genug getan, um mich hinsichtlich des kulturellen Austausches zufriedenzustellen. Ich habe vor unserem Kongreß dafür plädiert, daß die Möglichkeiten für Austausch reisen verbessert werden, daß Schüler und Studenten in die Sowjetunion und nach Osteuropa gehen, daß Besuchsgruppen sich mit entsprechenden Gruppen der ganzen Welt treffen und wissenschaftliche und technische Kenntnisse austauschen können.

Wir tun in dieser Hinsicht sehr viel, und ich möchte darauf hinweisen, daß in unserer Gesellschaft der private Bereich auf diesem Gebiet genauso seine Verantwortung trägt wie die Regierung. Wir haben keine Kontrolle darüber, wie weit unsere privaten Aktivitäten reichen, und das ist auch erwünscht. Unsere Regierung sollte niemals vorschreiben, was private Gruppen und Individuen unternehmen, um mehr über die Menschen zu erfahren, mit denen wir diesen Planeten teilen. Im Gegenteil, die Regierung sollte weitere Gruppen ermutigen und auch finanziell unterstützen, wenn es nötig ist. Vielleicht bin ich nie zufrieden, weil ich so sehr an die Prinzipien von Korb 3 glaube.

Ich habe einige der speziellen Bestimmungen von Korb 3 angesprochen, die uns Sorgen bereiten. Während meiner Tätigkeit als Direktor der United States Information Agency habe ich einige Erfahrungen mit der Sowjetunion gesammelt, was den Vertrieb einer Zeitschrift mit dem Namen "America" anging. Es bestand eine Abmachung, nach der es der Sowjetunion im Gegenzug gestattet war, die Zeitschrift "Sowjetisches Leben" in den Vereinigten Staaten herauszugeben. Laut Vertrag durften die Vereinigten Staaten monatlich 60 000 Exemplare der Zeitschrift "America" vertreiben. Als sie in der Sowjetunion an den Zeitungsständen zum Verkauf gelangte, war sie innerhalb einer halben Stunde vergriffen. Unsere Leute haben jedenfalls nach einer halben Stunde kein Exemplar mehr

erhalten. Es gab einen schwarzen Markt; die Zeitschriften wurden zu hohen Preisen gehandelt, und jedes Exemplar ging von Hand zu Hand.

In den Vereinigten Staaten gab es für die Zeitschrift "Sowjetisches Leben" keine Beschränkungen, aber nur wenige Menschen fanden sie interessant, so daß keine 60 000 Exemplare verkauft wurden. Als die Sowjetunion nur etwa, sagen wir, 20 000 Exemplare von "Sowjetisches Leben" verkauft hatte, gingen im gleichen Monat seltsamerweise 40 000 Exemplare unserer Zeitschrift "America" zurück, weil sie angeblich niemand kaufen wollte. Da wurde der Grundsatz der absoluten Gleichheit angewandt, während man die Nachfrage des Marktes, den Wunsch des Käufers einfach ignorierte. So fand ich mich in der Situation, daß ich den Vertrieb von "Sowjetisches Leben" in den Vereinigten Staaten ankurbeln mußte, damit die sowjetischen Bürger das "America"-Magazin lesen konnten.

Dahrendorf

Herr Marks hat sich aufgrund seiner eigenen Erfahrung auf die Probleme des 3. Korbes beschränkt. Das dient sicherlich der Diskussion. Aber wir werden uns hier keineswegs nur mit dem 3. Korb beschäftigen. Ich nehme an, das wird bereits aus dem Beitrag von Herrn Arbatow deutlich werden.

Arbatow

Zu dem Referat von Herrn Marks lassen Sie mich zunächst nur soviel sagen: Herr Marks hat vornehmlich als früherer Leiter der "Information Agency" der Vereinigten Staaten gesprochen und sich mit großer Leidenschaft und auch mit hohem Können für die Hauptinteressen dieser Agentur eingesetzt.

Nun zu meinem Referat. Es sind jetzt anderthalb Jahre vergangen, seit die führenden Repräsentanten der europäischen Staaten, der USA und Kanadas in Helsinki die Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa angenommen haben. Die Zeit von anderthalb Jahren reicht bei weitem nicht aus, um die internationalen Beziehungen in Europa, die sich lange Zeit im Bannkreis des Kalten Krieges befunden hatten, nach neuen Grundsätzen zu gestalten. Die Frist ist zu kurz, als daß die in Helsinki festgelegten Prinzipien und Vereinbarungen in vollem Umfang hätten realisiert werden können. Das gilt um so mehr, als die internationale Lage eine solche konstruktive Arbeit nicht überall und auf jedem Sachgebiet begünstigte. Denken wir nur an die Wahlen in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland, die in diesen Ländern die Situation komplizierten und die bei weitem nicht in jeder Hinsicht der Entspannung dienlich waren.

Auf der anderen Seite reicht diese Zeitspanne jedoch sicher aus, um Tendenzen im Hinblick auf die Realisierung der in Helsinki erzielten Vereinbarungen zu ermitteln. Es läßt sich erkennen, in welchen Richtungen sich die Realisierung schneller und in welchen sie sich langsamer vollzog, was sie förderte und was sie hemmte, was erreicht wurde und wo sich die Erwartungen nicht erfüllt haben. In dieser Hinsicht kann man das bisher Erreichte ohne weiteres analysieren.

Gründe für Helsinki

Die Vereinbarungen von Helsinki sind sehr unterschiedlich ausgelegt worden, und man hat darum mit großem Aufwand eine Kampagne geführt. Deshalb will ich zu Anfang auf eine anscheinend simple Frage eingehen, die jedoch von sehr grundsätzlicher Bedeutung ist: Was war der Grund dafür, daß führende Persönlichkeiten aus 35 Staaten, die unterschiedlichen sozialen Systemen angehören und verschiedene Ideologien und Interessen vertreten, nach Helsinki reisten? Was bildete letzten Endes die Grundlage für die erfolgreiche gemeinsame Arbeit?

Ich sehe das so: Es war vor allem die Sorge, daß Europa seit Jahrzehnten unter der drohenden Gefahr eines Kernwaffenkrieges lebt; es war die Befürchtung, daß das fortdauernde zügellose Wettrüsten früher oder später in die Katastrophe münden könnte, und es war die wachsende Unzufriedenheit über den in Militärblöcke gespaltenen Kontinent, der in einer Atmosphäre der Feindseligkeit, der Verdächtigungen und des Unbehagens lebt. Hinzu kam selbstverständlich die Hoffnung auf die gegenseitigen Vorteile, die eine gleichberechtigte Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik mit sich bringen kann, auf den Ausbau der kulturellen Beziehungen sowie der Wunsch, einen Beitrag zur Lösung humanitärer Fragen zu leisten.

Ich halte es für wichtig, heute noch einmal an diese Hauptmotive zu erinnern, welche die Konferenz von Helsinki ermöglicht haben. Das ist notwendig, damit wir uns die Bedeutung der Schlußakte voll vergegenwärtigen und exakte Kriterien dafür gewinnen, was getan beziehungsweise was unterlassen wurde, um dieses Dokument zu realisieren.

In diesem Zusammenhang möchte ich vor allem betonen, daß die komplexen Motive, die 35 Staaten nach Helsinki führten, auch heute noch ihre volle Bedeutung haben. Denn wir haben mit dem Abbau der internationalen Spannungen gerade erst begonnen, und wir können noch keineswegs behaupten, daß es schon gelungen wäre, diesen Prozeß unumkehrbar zu machen. Daraus folgt, daß wir uns noch keine Ruhe gönnen und nicht in den Fehler verfallen dürfen, unsere Kräfte an Streitigkeiten über zweitrangige Fragen zu vergeuden. Es kommt vielmehr darauf an, sich auf die Lösung jener Probleme zu konzentrieren, die für die Geschicke Europas von größter Bedeutung sind.

Verhütung militärischer Konfrontation

An erster Stelle steht nach wie vor die Verhütung einer militärischen Auseinandersetzung, vor allem eines Kernwaffenkonfliktes. Auf der Tagesordnung bleiben die Einstellung des Wettrüstens und der Abbau der militärischen Konfrontation. Die Konfrontation der Blöcke ist durch solche Normen der Beziehungen zu ersetzen, die imstande sind, die Sicherheit und die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten zu gewährleisten. Das System der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit teilen wir dabei nicht in mehr oder weniger wichtige Körbe ein. Wir sind der Meinung, daß die westlichen Partner solchen Aufgaben wie der Abwendung eines Krieges und den Fragen der Abrüstung zumindest keine geringere Aufmerksamkeit widmen sollten wie die Bedeutung, die sie heute den Fragen des 3. Korbes beimessen.

Um die vorläufigen Ergebnisse der Zeit nach Helsinki richtig einzuschätzen, sollten wir eines nicht vergessen: Die Konferenzteilnehmer sind davon ausgegangen, daß in der Realität Staaten mit unterschiedlichen sozialen Systemen bestehen, daß diese Staaten das Recht auf ihre eigene Philosophie, eigene Gesetze und eigene Lebensweise haben. Zugleich war ihnen aber auch bewußt, daß solche Unterschiede kein Hindernis darstellen, um auf dem Kontinent die Sicherheit zu festigen und die Zusammenarbeit zu vertiefen. Gerade dadurch war es den Konferenzteilnehmern möglich, ihre Aufmerksamkeit nicht auf das Trennende, sondern auf das sie Vereinigende zu konzentrieren. Auf dieser Grundlage wurden gegenseitig annehmbare Kompromisse gesucht und letztlich auch gefunden.

Realisierung der Schlußakte

Ich habe mich etwas länger bei den Fragen aufgehalten, die heute bereits zur Geschichte der Konferenz von Helsinki gehören. Aber ich habe den Eindruck, daß viele Mißverständnisse, die bei der Realisierung der Schlußakte immer wieder auftauchen, vor allem darauf zurückzuführen sind, daß man - absichtlich oder nicht - zwei Hauptpunkte vergessen hat. Erstens: Warum und wozu waren die Repräsentanten von 35 Staaten nach Helsinki gekommen? Zweitens: Wie ist es ihnen angesichts ihrer unterschiedlichen Interessen, Weltanschauungen, Ideologien und Wertvorstellungen gelungen, ein für alle Teilnehmer annehmbares Programm für die Festigung der Sicherheit und den Ausbau der Zusammenarbeit in Europa zu entwickeln?

Menschen, die heute 50 Jahre und älter sind, fällt es nicht schwer, den historischen Sinn der Konferenz von Helsinki zu erkennen; sie sind sich der Tatsache bewußt, daß Helsinki den längst fälligen politischen Schlußstrich unter den Zweiten Weltkrieg gezogen hat. Zugleich ist die Schlußakte aber auf die Zukunft gerichtet. Sie schafft eine solide Basis für die Beziehungen zwischen den beteiligten Staaten, und zwar in Form von Grundsätzen, die ihr Verhalten zueinander bestimmen sollen.

Es ist Ihnen sicher bekannt, daß die Ergebnisse der Konferenz und die in Helsinki angenommene Schlußakte in der Sowjetunion hoch bewertet wurden. Bereits wenige Tage nach Helsinki würdigten das Politbüro des Zentralkomitees der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR und der Ministerrat der UdSSR in einer gemeinsamen Erklärung die historische Bedeutung des Dokuments von Helsinki. Sie erklärten die Bereitschaft der Sowjetunion, die Vereinbarungen zu verwirklichen. Unsere Einstellung zur Konferenz und zu dem von ihr angenommenen Dokument ist seitdem unverändert. Leonid Breschnjew stellte zum ersten Jahrestag des Treffens in Helsinki fest, daß "Europa dank der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit eine beachtlich höhere Stufe erreicht hat als zuvor. Es hat gelernt, beharrlicher und besser nach einer Lösung für die brennenden internationalen Probleme zu suchen und im Interesse der Entspannung für die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den Staaten und für den Völkerfrieden mit größerem Erfolg zu wirken".

Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten haben in den vergangenen Monaten mehr als einen Schritt unternommen, um die in Helsinki vereinbarten Grundsätze zu verwirklichen. Dabei wurde von unserer Seite wiederholt hervorgehoben, die Festigung der Sicherheit und der Ausbau der Zusammenarbeit in Europa können nur erreicht werden, wenn die Schlußakte von Helsinki in ihrem vollen Umfang realisiert wird, ohne daß man also einzelnen Punkten Vorrang einräumt.

Einstellung des Wettrüstens

Wenn wir von einer Konkretisierung der Entspannung sprechen, dann denken wir in erster Linie an die Einstellung des Wettrüstens und an konkrete Vereinbarungen im Bereich der Abrüstung. Damit auf diesem Gebiet ein Fortschritt erzielt werden kann, hat die Sowjetunion der 31. UNO-Vollversammlung den Entwurf eines Weltvertrages sowie ein Memorandum vorgelegt, das ein umfassendes Programm von Abrüstungsmaßnahmen enthält, die heute bereits verwirklicht werden könnten.

In den vergangenen Monaten wurden mit Frankreich ein Abkommen über Vorbeugungsmaßnahmen gegen die zufällige beziehungsweise nicht sanktionierte Anwendung von Kernwaffen und mit den USA ein Vertrag über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken abgeschlossen. Die europäischen sozialistischen Länder haben bei den Verhandlungen über den Abbau der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa konstruktive Vorschläge eingebracht, die weitgehend den Standpunkt der Westmächte berücksichtigen. Das trifft auch für die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Einschränkung der strategischen Offensivwaffen zu, wo wir uns mit Nachdruck um den möglichst raschen Abschluß eines Abkommens bemüht haben. Das Verteidigungsministerium der UdSSR hält sich strikt an Buchstaben und Geist der in Helsinki erzielten Vereinbarungen über die rechtzeitige Informierung anderer Länder bei bevorstehenden größeren Militärmanövern. Dazu werden ausländische Beobachter eingeladen, wie das bei unseren Truppenübungen im Kaukasus geschehen ist.

Auf politischem Gebiet baut die Sowjetunion auf verschiedenen Ebenen die Konsultationen mit den Staaten des Westen, die das Schlußdokument von Helsinki unterzeichnet haben, konsequent aus. Kürzlich wurden entsprechende Vereinbarungen mit Großbritannien und Dänemark getroffen. Mit einer Reihe anderer westeuropäischer Länder sowie mit den USA und Kanada wird dies bereits praktiziert. Die UdSSR ist beharrlich bemüht, zur Lösung internationaler Krisensituationen in Europa, wie zum Beispiel in Cypern und im Nahen Osten, ihren Beitrag zu leisten.

Kooperation: Wirtschaft, Wissenschaft, Technik

Entsprechend den Prinzipien der Schlußakte erweitert die Sowjetunion die Zusammenarbeit mit ihren Konferenzpartnern im Bereich der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Technik und des Umweltschutzes. So wurden in den letzten Monaten ein Zehnjahresabkommen mit Kanada über die Förderung der Zusammenarbeit in Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik sowie entsprechende Vereinbarungen mit Cypern und Portugal unterzeichnet. Mit Frankreich konnten Abkommen über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Energiewirtschaft, der Zivilluftfahrt und des Flugzeugbaues, mit Finnland über das Zusammenwirken im Bereich des Gesundheitswesens und der Sozialfürsorge getroffen werden. Dabei ist es unser Wunsch, daß die friedliche Zusammenarbeit der Staaten nicht nur bilateral bleibt, sondern einen immer umfassenderen multilateralen Charakter annimmt. Solche Beziehungen bilden gleichsam das Bindegewebe für einen dauerhaften Frieden.

Unter diesem Gesichtspunkt sind auch die Vorschläge der Sowjetunion zu sehen, gesamteuropäische Kongresse über Probleme des Verkehrswesens, der Energiewirtschaft und des Umweltschutzes durchzuführen, wie sie auf der 31. Tagung der UNO-Wirtschaftskommission für Europa im April 1976 gebilligt wurden. Gemeinsam mit den anderen RGW-Ländern stellte die Sowjetunion der EWG den Entwurf eines Abkommens über Prinzipien der gegenseitigen Beziehungen zwischen den beiden regionalen Wirtschaftsorganisationen zu. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß Möglichkeiten einer schnelleren Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zu den Ländern des Westens im neuen sowjetischen 5-Jahres-Plan für die Entwicklung der Volkswirtschaft in den Jahren 1976 bis 1980 berücksichtigt wurden.

Zusammenarbeit im kulturellen und humanitären Bereich

Gestatten Sie mir nun, zu dem Abschnitt der Schlußakte überzugehen, der die Zusammenarbeit im Bereich der Kultur, des Bildungswesens, der Information und der persönlichen Kontakte betrifft. Mit Nachdruck möchte ich hier feststellen, daß die Sowjetunion allen im Westen propagierten Klischeevorstellungen zum Trotz - auch in diesem Bereich, was die Erfüllung der Forderungen von Helsinki angeht, in mehr als einer Hinsicht weiter fortgeschritten ist als viele ihrer westlichen Partner. Ich betone das, weil Herr Marks in seinem Referat das Gegenteil behauptet hat.

Nach Angaben der UNESCO wird in der Sowjetunion viermal soviel Übersetzungsliteratur herausgegeben wie in den USA, neunmal soviel wie in Großbritannien. In jedem Jahr werden bei uns 300 amerikanische, je 150 englische und französische sowie etliche hundert Werke anderer ausländischer Autoren in die Sprachen der Völker der Sowjetunion übersetzt und verlegt. 1976 ist in der Sowjetunion die Herausgabe von 1500 ausländischen Buchtiteln in einer Gesamtauflage von 60 Millionen Exemplaren vorgesehen. In sowjetischen Theatern werden gegenwärtig 130 Stücke

neuzeitlicher ausländischer Autoren gespielt, während entsprechende sowjetische Stücke nur selten zu Gast auf den Bühnen des Westens sind. Die UdSSR kauft jedes Jahr 60 bis 70 Filme aus sozialistischen Staaten und 50 bis 60 Filme aus kapitalistischen Ländern an und führt sie einem großen Publikum vor.

In der UdSSR lernen jedes Jahr 2,5 Millionen Bürger die französische, 11 Millionen die deutsche und 12 Millionen die englische Sprache. Im Vergleich dazu möchte ich erwähnen, daß in Frankreich nur 25.000 Personen und in den USA nur 130.000 Personen Russisch lernen. Der Fremdenverkehr nach der UdSSR hat sich im verflossenen Jahrfünft nahezu verdoppelt. In diesem Zeitraum haben rund 15 Millionen ausländische Gäste unser Land besucht, während 11 Millionen Sowjetbürger ins Ausland reisten. Im zehnten Planjahrfünft, das in diesem Jahr angelaufen ist, soll die internationale Touristik nach der UdSSR mindestens um weitere 50 Prozent erhöht werden.

Entsprechend den Bestimmungen der sowjetischen Gesetzgebung werden die Ausreiseanträge sowjetischer Bürger gehandhabt, die einen Ausländer heiraten wollen. Die Statistik besagt, daß in den letzten Jahren 5500 Sowjetbürger, die einen Ausländer geheiratet hatten, in insgesamt 110 Länder ausreisen konnten. In den Jahren 1970 bis 1975 erhielten 98,4 Prozent der Personen, die einen Ausreiseantrag gestellt hatten, die Möglichkeit zu emigrieren.

Nicht weniger konsequent wird die Frage der Verbesserung von Arbeitsbedingungen für Journalisten gelöst. Die Sowjetunion hat damit begonnen, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit mehrmalige Ein- und Ausreisevisa für die in Moskau ständig akkreditierten Journalisten zu erteilen. Es wurden konkrete Maßnahmen getroffen, um ihre Bewegungsfreiheit auf dem Territorium der Sowjetunion weiter zu verbessern. Ich muß darauf besonders hinweisen; denn die unbestreitbaren Tatsachen werden von westlichen Beobachtern oft totgeschwiegen oder entstellt. Dagegen müssen informierte Leute eingestehen, daß in der letzten Zeit gerade in dieser Hinsicht allerhand getan wurde.

Grundsatz der Nichteinmischung

Dahrendorf

Wir führen hier ein privates Gespräch; ich möchte das unterstreichen. Es beteiligen sich zwar Journalisten und Redakteure an der Diskussion, und es besteht auch ein offenkundiges Interesse in der öffentlichen Meinung - die Tagung wurde ja in den Zeitungen angekündigt. Aber Nachrichtendienste und Presse werden über dieses Gespräch nicht direkt berichten. Vielmehr soll hier die Chance bestehen, jenseits der Hauptstraße der offiziellen Beziehungen Argumente auszutauschen, ohne daß man bei allem daran denken muß, wie das wohl in der Öffentlichkeit aufgenommen wird.

Unser Thema ist die Entspannungspolitik. Mir erscheint es bemerkenswert, daß dies noch immer ein sehr spannendes Thema ist. Es würde mich nicht überraschen, wenn das auch in der Diskussion deutlich wird. Andererseits sind aber die großen Themen in der Welt nicht nur Fragen der Entspannungspolitik. Herr Körber hat mit Recht auf die Probleme hingewiesen, die sich in vielen Ländern nach der durch die Ölkrise verschärften Rezession der letzten Jahre ergeben haben; er sprach auch von der Problematik der Nord-Süd-Beziehungen.

Ich bin gespannt, wie unsere Diskussion fertigwerden wird einerseits mit der Spannung rings um das Thema der Entspannungspolitik und andererseits mit dem, was ich eine gewisse Verlagerung der weltpolitischen Schwerpunkte nenne.

Wir haben heute die Referate von Herrn Marks und Herrn Arbatow als den Vertretern der beiden Supermächte gehört, während morgen Herr Wojna und Herr Sommer die Einführung übernehmen werden. Ich habe die Absicht, zunächst eine allgemeine Diskussion laufen zu lassen und die Debatte nicht gleich zuzuspitzen, damit die Gelegenheit besteht, den Gesamtbereich der Entspannungspolitik nach Helsinki, wie er von Herrn Marks und Herrn Arbatow aufgezeigt wurde, zu erörtern.

Bertram

Die erste Frage, die ich mir beim Referat von Herrn Marks gestellt habe: Was ist die Funktion all der Dinge, die wir mit Korb 3 bezeichnen? Herr Arbatow hat zu Recht darauf hingewiesen, daß Helsinki von der Tatsache unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen ausgegangen ist. Wir wissen daher, wie schwierig es ist, all das in die Wirklichkeit umzusetzen, was Herr Marks angesprochen hat, selbst wenn es in der Schlußakte der Helsinki-Konferenz enthalten ist: Denn Korb 3 enthält in erster Linie liberale, demokratische Werte, die in der Gesellschaftsordnung des Ostens nun einmal nicht selbstverständlich sind.

Die gegenwärtige Entwicklung in Osteuropa wird diese Problematik noch erschweren. In verschiedenen östlichen Ländern hat sich in den letzten Monaten gezeigt, daß innenpolitische Stabilität dort nicht mehr im gleichen Maße angenommen werden kann, wie das in der jüngeren Vergangenheit der Fall zu sein schien. Sie erinnern sich an die Ereignisse in Polen; auch in der DDR zeigen sich zur Zeit ähnliche Anzeichen von Unruhe. Wir müssen aus westlicher Sicht selbstverständlich überlegen, inwieweit man die Prinzipien von Korb 3 sinnvoll in die Wirklichkeit umsetzen kann. Dabei müssen wir aber die politische Wirklichkeit berücksichtigen, in der diese Prinzipien umgesetzt werden sollen. Wir können nicht so tun, als reiche es aus, Postulate zu erheben.

Das führt zu der zweiten Frage, die im amerikanischen Wahlkampf so intensiv diskutiert worden ist: Wie steht es um das Verhältnis von Moral und Politik? Ich hatte bei einer Reihe von Äußerungen von Herrn Marks den Eindruck, daß er Individualmoral mit Staatsmoral gleichsetzt. Dabei wird vergessen, daß die Moral in Familie und Gesellschaft sich durchaus von der Moral zwischen Staaten unterscheiden kann. Ist es nicht die wichtigste moralische Aufgabe in der Staatenwelt, den Krieg zu vermeiden? Sie erinnern sich an die Kontroverse zwischen Ford und Carter. Carter betonte, wie wichtig es sei, Offenheit und Moral in die Politik einzuführen; Ford entgegnete, immerhin gebe es keinen Krieg, Amerika sei nicht aktiv in einen Krieg verwickelt - das ist auch eine moralische Aussage!

Natürlich ist es sehr wichtig, Herr Marks, daß der Arzt, mit dem Sie in Moskau sprachen, weiß, wie das Gehalt eines Kollegen in New York oder London aussieht. Ungleich wichtiger aber ist es, daß Regierungen voneinander wissen, was sie vorhaben. Und einer der Gründe für die gegenwärtige Entspannungsmüdigkeit im Westen dürfte darin liegen, daß wir uns die Frage, was die Sowjetunion denn vorhat, so schwer beantworten können.

Wir wissen zum Beispiel nicht, welche Funktion die fortgesetzte sowjetische Rüstung im politischen Gesamtbild der Sowjetunion hat. Wir wissen nicht, in welchem Verhältnis die sowjetische Unterstützung von Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und die sowjetische Westpolitik gesehen werden. Die Gefahr ist nicht unerheblich, daß wir zu simplifizierenden Interpretationen gelangen. Sie kennen den Ansatz von Helmut Sonnenfeldt, die Sowjetunion befinde sich in einem Zustand imperialer Dämmerung. Trifft das zu? Was wissen wir denn tatsächlich von dem, wie sich für die sowjetische Führung - möglicherweise durchaus von besten Absichten getragen - die verschiedenen Elemente der Politik zusammensetzen? Angesichts all des neuen Militärgerätes, das in der Sowjetunion eingeführt wird, muß die Sowjetführung sich der Frage stellen, wie diese ungehemmte Aufrüstung mit ihren Entspannungsbeteuerungen zu vereinbaren ist.

Ich finde es daher dringlich, wenn wir hier mehr über die politischen Absichten der Regierungen in Europa erfahren könnten. Das gilt vor allem für jene Regierung, die sich aus Gründen ihrer Tradition und ihres sozialen Systems mit einem Geheimnismantel umgibt und daher Fehlinterpretationen begünstigt. Wenn wir das erreichten, hätten wir schon etwas getan, um aus der Zwischenbilanz mehr zu machen als nur ein Scherbengericht.

Löwenthal

Der Gegenstand, den wir hier besprechen, betrifft die Entspannungsprobleme im allgemeinen, und nicht nur die Probleme der Konferenz von Helsinki und ihre Folgen. Die Konferenz von Helsinki ist sicher ein wichtiger Teil der Entspannung, aber sie ist nach meiner Überzeugung nicht der Kern der Entspannung. Da ich die Entspannung, wie wir wohl alle, für lebenswichtig halte und mit Herrn Arbatow darin übereinstimme, daß dieser Prozeß noch nicht unumkehrbar ist, sollten wir uns fragen, worauf die Entspannung beruht und was sie gefährden könnte.

Lassen Sie mich zunächst sagen, daß Entspannung die Begrenzung eines fortdauernden Konflikts ist. Sie wurde notwendig, weil der Konflikt zwischen der Sowjetunion und ihren Verbündeten einerseits und den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten andererseits weltweit geworden war, und zwar sowohl als Machtkonflikt wie auch als ideologischer Konflikt. Dieser Konflikt hatte eine innere Dynamik, die potentiell die Gefahr der kriegerischen Auseinandersetzung enthielt.

Entspannung ist jetzt das Bemühen beider Seiten, die Formen dieses Konflikts zu begrenzen und, wenn möglich, auch Teilkonflikte einvernehmlich zu lösen. Sie begann deshalb mit den Bemühungen um die Begrenzung des nuklearen Wettrüstens und mit dem Versuch, ein gemeinsames Krisenmanagement für Zeiten akuter Gefahr zu erreichen. Sie ist dann übergegangen zu einer gewissen Konsolidierung des territorialen Status quo in Europa. Das Abkommen von Helsinki ist zum Teil ein Ausdruck, zum Teil eine Folge bereits vorhergehender Abmachungen.

Das ist sehr wichtig. Wenn wir das nicht erreicht hätten, wäre das Überleben der Menschheit erheblich gefährdet. Es bedeutet aber nicht, daß die Entspannung schon das Ende des Konflikts anzeigt. So

geht der machtpolitische Konflikt in der Welt weiter. Man braucht nur an die Rolle zu denken, die beide Großmächte im Nahostkrieg von 1973 gespielt haben, oder an den Einsatz sowjetischer Waffen in Angola oder an die Situation, die gegenwärtig im Süden Afrikas besteht. Dieser machtpolitische Konflikt wird verschärft durch das, was in der Sowjetunion als ideologischer Konflikt, als Klassenkampf ausdrücklich von der Entspannung ausgenommen ist.

So findet sich in den letzten Jahren in der sowjetischen Presse, auch in Militärzeitschriften, im Zusammenhang mit den ökonomischen Krisenerscheinungen in der westlichen Welt die Formulierung, daß man nicht nur mit nationalen Befreiungskriegen in der Dritten Welt weiter rechnen und sie unterstützen müsse, sondern auch mit Bürgerkriegen in fortgeschrittenen Ländern, und man sei verpflichtet, solche Bürgerkriege ebenfalls zu unterstützen. Das geht sicher in der Formulierung weiter, als es bisher in der Praxis geschehen ist. Die Unterstützung von Bürgerkriegsbemühungen der portugiesischen Kommunisten durch die Sowjetunion war begrenzt und stellte keine Friedensgefährdung dar. Zweifellos kann aber eine Doktrin, welche die ideologische Verpflichtung der Sowjetunion zur Unterstützung von Bürgerkriegen im Westen zum Inhalt hat, den Frieden und die Entspannung gefährden.

Ich möchte weiter darauf hinweisen, wie im Zusammenhang mit der Krise um Rhodesien und Südafrika die sowjetische Presse und die sowjetische Regierung zu den Vermittlungs- und Befriedungsbemühungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens in der Weise Stellung genommen haben, daß sie faktisch die Doktrin vertraten, eine Befreiung der Schwarzen von der weißen Minderheitsherrschaft, die heute von beiden Seiten angestrebt wird, sei nur auf dem gewaltsamen Wege möglich. Diese Argumentation erinnert mich an nichts so sehr wie an die chinesische Argumentation gegen die Sowjetunion in den Diskussionen um 1960, wo es ebenfalls hieß: Nur auf gewaltsamem Wege!

Ich meine, daß Entwicklungen dieser Art für die Entspannung gefährlich sind. Sie hängen nicht notwendig mit der Existenz eines ideologischen Konflikts zusammen. Die Sowjets haben ihren ideologischen Gegensatz zum westlichen System selbstverständlich niemals aufgegeben. Niemand von uns erwartet das. Aber die Konsequenzen, die aus dem ideologischen Gegensatz gezogen werden, können sehr verschieden sein, und sie können unter Umständen viel gefährlicher werden, als sie es in den früheren Entspannungsjahren waren.

Ein anderer Punkt, auf den Herr Arbatow schon eingegangen ist, betrifft die Frage des Wettrüstens. Zweifellos ist die Fortdauer des Wettrüstens eine potentielle Gefahr für die Entspannung. Herr Arbatow hat es, ohne polemisch zu werden, so dargestellt, als ob es vornehmlich die Schuld des Westens sei, wenn die SALT- und die MBFR-Verhandlungen bisher steckengeblieben sind. Wir müssen aber doch wohl von der Tatsache ausgehen, daß sich das zahlenmäßige Verhältnis sowohl bei den nuklearen Fernraketen wie bei den konventionellen Truppen im Laufe des letzten Jahrzehnts wesentlich zugunsten der Sowjetunion verschoben hat. Die Schwierigkeit etwa der europäischen Verhandlungen, die ja in einem unmittelbaren Sachzusammenhang mit Helsinki stehen, beruht auf darauf, daß wir von einer Situation ausgehen, wo in Europa die Kräfte des Warschauer Paktes den Kräften der NATO zahlenmäßig erheblich überlegen sind. Das ist der Grund, warum wir uns in den Verhandlungen so schwertun.

Die Situation ist noch weiter dadurch erschwert worden, daß die Sowjetunion in der letzten Zeit ein System von Mittelstreckenraketen installiert hat, die potentiell auf Westeuropa gerichtet sind. Das ist sicher keine Erleichterung des Entspannungsprozesses im Sinne von Helsinki.

Es liegt mir fern, hier einen Klagekatalog gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten vorzubringen. Es kommt mir vielmehr darauf an, zu sagen: Wenn die Entspannung lebensnotwendig, aber bisher nicht unumkehrbar ist, dann richtet sich die Forderung, sie unumkehrbar zu machen, gewiß nicht nur an eine Seite. Worauf die Sowjetunion besonders zu achten hätte ist, daß der Entspannungsprozeß durch bestimmte Rüstungsschritte und durch eine ideologisch begründete Unterstützung von nationalen Befreiungskriegen und Bürgerkriegen erheblich gefährdet wird.

Gasteyger

Chance und Risiko von Helsinki sehe ich insbesondere in den Auswirkungen der Konferenz auf die politische Atmosphäre in Europa und darüber hinaus. Was wir erleben, ist eine Sensibilisierung der öffentlichen Meinung hinsichtlich der Möglichkeiten aber auch der Grenzen der Entspannung. Helsinki hat die beidseitige Empfindlichkeit gegenüber Störungen der Entspannung erhöht, ohne zugleich das Gewebe gegenseitigen Vertrauens so zu stärken, daß Enttäuschungen oder Fehlschläge ohne Schaden für die Entspannung absorbiert werden können. Was in der Atmosphäre des Kalten Krieges als unvermeidlich hingenommen wurde, wird heute viel kritischer registriert. Nach Helsinki ist die

Toleranzschwelle für das, was mit der Entspannung noch als vereinbar gilt, erheblich gesunken. Wir befinden uns in einem Lernprozeß, der, wie ich hoffe, gut verlaufen wird, der aber durchaus auch fehlschlagen kann.

Einer der wichtigsten Punkte, wo ein Fehlschlag möglich ist, betrifft - da stimme ich den Herren Bertram und Löwenthal zu - die Frage der Rüstung, beziehungsweise die Vermutung, was wohl die andere Seite zur Rüstung veranlaßt. Herr Arbatow sprach von Panikmache in westlichen Ländern über die angebliche sowjetische Bedrohung. Wenn ich mir aber die sowjetische und die osteuropäische Presse ansehe, dann gilt das genauso für die sozialistischen Länder. Auch dort findet sich - ich würde es nicht gerade als Panikmache bezeichnen - die ständige Warnung vor dem, was an einer Stelle wörtlich mit "aggressiven Bemühungen des Imperialismus zur Stärkung seiner Militärkraft" bezeichnet wird. In diesem Zusammenhang würde ich es sehr begrüßen, wenn wir bei der Wahl unseres Vokabulars zur Charakterisierung der Handlungen auf der anderen Seite etwas wählerischer und zurückhaltender wären. Auch das könnte zur besseren Verständigung beitragen.

Wir fragen uns in der Tat, warum in den letzten Jahren auf sowjetischer Seite trotz - oder wegen? - der Entspannung so starke militärische Anstrengungen unternommen werden. Eine Begründung dafür kann darin gesehen werden, daß von sowjetischer und osteuropäischer Seite auch heute noch immer betont wird, die Entspannung sei im Grunde genommen nur infolge, wegen oder dank der gewachsenen militärischen und wirtschaftlichen Stärke des Warschauer Paktes möglich geworden. Es sei mit anderen Worten die zunehmende militärische Stärke des Warschauer Paktes, die den Westen zu Konzessionen in der Entspannung zwingt. Das ist meines Erachtens wenig anderes als eine "Politik der Stärke" mit umgekehrten Vorzeichen. Ich bedaure das. Denn hier wird die Betonung zu sehr auf die Rolle gelegt, die militärische Macht spielen soll, um den Westen zu weiteren Schritten in der Entspannung zu veranlassen. Eine solche Denkweise könnte unversehens die genau gegenteilige Wirkung haben, nämlich den Westen seinerseits zu erhöhten Rüstungsanstrengungen führen.

Ein letztes Wort noch zu der europäischen Kommunisten-Konferenz, die in diesem Jahr in Berlin stattfand. Sie ist, wenn nicht ein Resultat von Helsinki, so doch zumindest durch Helsinki beeinflußt worden. Beschleunigt wurde sie sicher auch durch die Entwicklung des Euro-Kommunismus. Das Phänomen des Euro-Kommunismus ist zweifellos auch eine Folge der tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Krisenerscheinungen im Westen, vor allem in Westeuropa. Es könnte aber auch, wenngleich m anderer Weise, früher oder später zu einem sehr ernstem Problem für die osteuropäischen Länder werden. Damit erhält der Euro-Kommunismus eine andere Dimension, weil daraus eine neue Gefährdung für die Stabilität in Europa und zugleich für die Entspannung erwachsen könnte.

Rühl

Mir geht es zunächst um das allgemeine Verhältnis von Entspannung und militärischer Stärke bei fortgesetzter Rüstung und um das Verhältnis von Entspannung und Gleichgewicht. Herr Löwenthal und Herr Gasteyer haben darauf schon hingewiesen. Herr Bertram hat dargelegt, daß einer der Hauptgründe für Mißverständnisse im Westen über die sowjetische Politik in den fehlenden Kenntnissen über innersowjetische Vorgänge zu suchen sei. Die Sowjetunion hat seit Beginn der Verhandlungen über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, also seit 1973, sehr wenig zur Aufklärung der Außenwelt, insbesondere der KSZE-Teilnehmer, über solche Vorgänge beigetragen.

Ich möchte nur ein konkretes Beispiel nennen, nämlich die Mittelstrecken-Flugkörperwaffe SS 20. Sie ist nach ihrer Reichweite, wenn sie im westlichen Teil der Sowjetunion stationiert wird, ausschließlich auf Westeuropa, Nordafrika, den Nahen und den Mittleren Osten zu richten. Sie bedroht also objektiv Staaten, die im wesentlichen nicht nuklear bewaffnet sind, sondern von fremden Nuklearwaffen gedeckt werden müssen. "Objektiv" ist hier gemeint im Sinne von technischer und operativer Angriffskapazität, nicht von den politischen Absichten her; wenn diese Waffe eingeführt wird, dann natürlich auch von der Generalstabsplanung her, denn sonst hätte eine Dislozierung ja keinen Sinn.

Es ist das erste System dieser Art, das in den letzten 15 Jahren in der Sowjetunion entwickelt und eingeführt worden ist. Wir müssen uns fragen: Warum wird in den Jahren 1975-1977 ein verbessertes Waffensystem eingeführt, das sich nicht auf das zentrale nuklear-strategische Verhältnis der Sowjetunion zu den Vereinigten Staaten bezieht, das also nicht in den SALT-Verhandlungsrahmen zur Begrenzung strategischer Waffen fällt? Dieses Waffensystem kann in seiner Westdislozierung ausschließlich Westeuropa, Nordafrika, den Nahen und Mittleren Osten bedrohen. Es wird zudem noch in einer geländebeweglichen Version gebaut, die eine Kontrolle durch die unmittelbar betroffenen Staaten in Westeuropa, dem Nahen und Mittleren Osten von vornherein ausschließt und eine Verifizierung durch die nationalen Beobachtungsmittel der Vereinigten Staaten zumindest

erheblich erschwert. Ich halte dieses Waffensystem für den typischen Fall eines "non-confidence-building-measure". Es ist das genaue Gegenteil von dem, was die Sowjetunion tun sollte, damit kooperative Rüstungssteuerung möglich und das Vertrauen der KSZE-Staaten zueinander in Europa und um Europa gestärkt wird. Ich könnte weitere Beispiele dafür nennen.

Ich komme zurück auf die allgemeine Fragestellung. In der sowjetischen Literatur und auch in den Tagesbefehlen und programmatischen Ausführungen der für die sowjetische Landesverteidigung verantwortlichen Persönlichkeiten, angefangen vom Marschall der Sowjetunion, Breschnjew, bis hin zum jeweiligen Verteidigungsminister, wird bei jeder Gelegenheit darauf hingewiesen, daß die Entspannung nicht das Resultat des kooperativen Bemühens der sozialistischen und der nichtsozialistischen Staaten sei. Vielmehr wird behauptet, die Entspannung sei den nichtsozialistischen Staaten, die immer auch als die imperialistischen bezeichnet werden, durch die überlegene Stärke der Sowjetunion und der sozialistischen Staatengemeinschaft abgerungen worden. Das sei auch in Zukunft notwendig. Deshalb bildeten die sowjetische Militärmacht und die Stärke des Warschauer Paktes die Grundlage der Entspannung.

Eine solche Einstellung bedeutet, die außenpolitische Doktrin der Sowjetunion geht davon aus, daß friedliche Beziehungen zu nichtsozialistischen Staaten nur auf der Basis einer militärischen Überlegenheit der Sowjetunion, wie immer diese definiert wird, möglich seien. Dann erklärt sich die fortgesetzte Rüstung daraus, daß man - auch ohne Angriffsabsichten - diese Basis erhalten und verbreitern will und sie gewissermaßen zur Geschäftsgrundlage der friedlichen Beziehungen in und um Europa macht. Glaubt man in der Sowjetunion aber im Ernst, die nichtsozialistischen Staaten würden eine solche Geschäftsgrundlage als Vorbedingung für die internationale Sicherheit und Zusammenarbeit akzeptieren und sich - ich überspitze jetzt - einer sowjetischen Friedenshegemonie unterordnen?

Schmidt

Das Ergebnis von Helsinki ist ein mühsam erreichter, aber doch erfolgreicher Interessenausgleich, um den sich beide Seiten bemüht haben und der sich in allen Körben niedergeschlagen hat. Für Helsinki und den Fortgang der Entspannung würde ich den Begriff "Lernprozeß" in den Vordergrund stellen. Worauf es dabei ankommt ist, den tiefen Einschnitt zu erkennen, den die Verabschiedung der Schlußakte für die weitere Entwicklung der politischen Beziehungen in Europa und darüber hinaus bedeutet. Ich stimme mit Herrn Löwenthal durchaus überein, daß die Entspannung nicht g l e i c h Helsinki ist, aber sie ist a u c h Helsinki.

Hinzu kommt, daß das Bemühen um einen Interessenausgleich, das in Helsinki zum Erfolg geführt hat, auch geeignet ist, über den europäischen Rahmen hinauszudeuten. So könnte der Vorschlag, einen Gewaltverzichtsvertrag im weltweiten Maßstab abzuschließen, die positiven Erfahrungen von Helsinki nutzen, um den Gedanken der Entspannung regional zu erweitern. Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß Fragen der militärischen Entspannung eben nicht nur Europa berühren. In diesem Zusammenhang ist der Gedanke einer Weltabrüstungskonferenz zu sehen.

Auch für die Fortsetzung der Diskussionen über die militärische Entspannung ist ein Lernprozeß notwendig. Dabei geht es in diesem Bereich gar nicht in erster Linie um militärtechnische Probleme, sondern um Fragen der politischen Entscheidung. Zweifellos spielen die militärtechnischen, militärstrategischen Fragen eine große Rolle - ich will sie nicht unterschätzen;- , aber der Durchbruch kann nur durch politische Aktionen auf höchster Ebene erfolgen, wie das auch bei vorangegangenen Schritten bereits der Fall gewesen ist.

Was die militärische Bedrohung angeht, Herr Ruehl, so könnten wir unsererseits auch einiges ins Feld führen. Herr Arbatow hat Zahlen über Rüstungen und Rüstungsetats der NATO-Staaten genannt. Denken Sie an die Stationierung von fünf neuen NATO-Brigaden in Mitteleuropa: drei amerikanische, zwei bundesrepublikanische.

Herr Brandt hat vor kurzem geäußert, ob man nicht eine Vereinbarung darüber treffen könnte, für die Dauer der Verhandlungen in Wien die Rüstungen zu stoppen, also gewissermaßen einzufrieren. Das ist ein interessanter Gedanke, der einen Fortschritt in der Verständigung auf der Basis eines Interessenausgleichs bringen könnte.

Arbatow

Das war ein sowjetischer Vorschlag.

Schmidt

Darauf wollte ich gerade hinweisen: Das ist vor eineinhalb Jahren vorgeschlagen worden.

Helsinki hat jedenfalls gezeigt - und das gehört mit zum Thema Lernprozeß;- , was Entspannung ist und was nicht. Insofern meine ich auch, Herr Löwenthal, ist Helsinki mehr als nur die Begrenzung eines fortdauernden Konfliktes. Entspannung bedeutet zunächst sicher das Bemühen, den Krieg als Mittel der Politik, als Mittel zur Austragung von Konflikten auszuschalten. Darüber hinaus geht es aber darum, im Zuge der Entspannung eine für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit auf allen Gebieten zu erreichen.

Was Entspannung nicht bedeutet, ist ebenfalls deutlich geworden. Die Grenzen wurden in Helsinki dort gezogen, wo es um die gesellschaftlichen Systeme selbst geht. Darüber kann man nicht im Rahmen der Entspannung reden. Wir haben es hier mit zwei verschiedenen Dingen zu tun. Zum einen geht es darum, den Prozeß der Entspannung fortzusetzen mit dem Ziel, ihn unumkehrbar zu machen. Eine ganz andere Frage sind dagegen soziale Bewegungen und soziale Auseinandersetzungen etwa in Entwicklungsländern oder an anderen Stellen in der Welt. Natürlich bestehen zwischen dem Bereich der internationalen staatlichen Beziehungen und den Problemen der sozialen Bewegung, der sozialen Revolution starke Wechselbeziehungen. Aber es sind doch zwei verschiedene Ebenen, die man nicht vermischen sollte.

Bei einem Lernprozeß spielt auch der Zeitfaktor eine Rolle; darauf wurde schon hingewiesen. Immerhin hat es von der ersten Beratung der Außenminister bis zur Verabschiedung der Schlußakte in Helsinki über zwei Jahre gedauert, bis man die nötigen Kompromisse gefunden hatte. Ohne Kompromisse geht es hier nicht. Deshalb sollte man nach nur 15 Monaten, die seit Helsinki vergangen sind, nicht vorschnell urteilen. Generell zeigt sich heute, daß Europa ohne die Schlußakte und ihre Wirkung nicht mehr denkbar ist.

Arndt

Wenn wir uns hier bemühen, eine Bilanz der Entspannungspolitik seit Helsinki zu ziehen, so ist zu fragen, was KSZE und Entspannungspolitik überhaupt leisten können und was nicht.

Zunächst eine negative Feststellung: Die KSZE-Schlußakte von Helsinki wollte und konnte kein neues regionales Völkerrecht schaffen. Die Schlußakte ist vielmehr ein formal nicht verbindlicher Verhaltenskodex für den gegenwärtigen Modus vivendi so unterschiedlicher Staaten in Europa, wie es beispielsweise der Vatikan, Luxemburg und die Sowjetunion sind.

Die Basis der KSZE ist der Konsens darüber, daß es über zwei wichtige Bereiche des Zusammenlebens dieser 35 Staaten zweier Kontinente einen Dissens gibt. Einmal hat man anerkannt, daß ein Dissens über die politischen Endziele der an der Konferenz beteiligten Staaten sowohl in gesellschaftspolitischer als auch in nationalpolitischer Hinsicht besteht. Zweitens ist man sich darüber im klaren, daß es einen Dissens über die rechtlichen Zustände, insbesondere in Mitteleuropa, und über ihre Entstehungsgründe gibt.

Ich begrüße es, wenn Herr Arbatow und andere Teilnehmer sagen, man solle die KSZE nicht in mehr oder weniger wichtige Körbe einteilen. Wir sprechen davon, die Körbe sollten gleichrangig sein. Herr Dobrosielsky in Polen, der die Schlußakte mit ausgearbeitet hat, sagte mir vor kurzem in Warschau sogar, sie sollten gleichwertig sein. Im Gegensatz dazu steht jedoch, wenn Herr Arbatow hier ausführt, die KSZE sei der Schlußstrich unter den Zweiten Weltkrieg. Oder wenn Herr Schmidt davon spricht, durch die KSZE seien Grenzen anerkannt worden. Dieses konnte nicht das Ziel von Helsinki sein und war es auch nicht. Wer die Schlußakte mit derlei Interpretationen belasten will, muß wissen, daß er sie damit zerstört.

Helsinki, wie überhaupt die großen Verträge, die zwischen Ost und West in den letzten zehn Jahren geschlossen wurden, geht davon aus, daß der gewärtige Status quo zwar allseits respektiert wird, ohne ihn aber - und darin liegt der Dissens - auch rechtlich zu sanktionieren. Ohne die Anerkennung dieses Dissenses wäre Helsinki nicht zustande gekommen. Wer nachträglich diesen Dissens leugnet, unterminiert die Basis von Helsinki und damit die Grundlage der Entspannung.

Die Völker Europas müssen gegenseitig respektieren, daß sie sich über bestimmte Dinge nicht einigen können. Dennoch müssen sie miteinander praktische Politik treiben, um vor allem die wichtige Aufgabe der Friedenssicherung zu bewältigen. Im Nuklear-Zeitalter ist der Frieden zweifellos eines der höchsten Güter, und alle Kraft muß darauf gerichtet werden, ihn zu erhalten. Die Erreichung dieses Zieles ist der wichtigste positive Aspekt jenes Modus vivendi, jenes Verhaltenskodexes, der sich KSZE-Schlußakte nennt.

Dennoch muß auch für die einzelnen Menschen dabei etwas herauskommen, sonst fehlt der KSZE die moralische Legitimation. Insofern sind die drei Körbe in der Tat gleichrangig oder gleichwertig, was Herr Marks vielleicht nicht deutlich genug gemacht hat.

Wir dürfen die KSZE, überhaupt die Entspannungspolitik nicht überfrachten. So wie Richard Löwenthal es formuliert hat: Die KSZE dient der Konfliktbegrenzung und, wenn möglich, der Lösung von Teilkonflikten. Wenn wir mehr von ihr verlangen, gefährden wir sie. Wir müssen ihre Beschränktheit sehen. Darin kann sie aber sehr viel leisten.

Khol

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist nicht Ursache der Entspannung gewesen, sondern das Ergebnis einer gewissen Auffassung von Entspannung. Die Schlußakte selbst ist, wie Herr Arndt zu Recht betont, kein Rechtstext, auch wenn jetzt versucht wird - ähnlich wie bei der Resolution der Vereinten Nationen vom 10. 12. 1948 betreffend die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte - so zu tun, als sei sie ein verbindlicher Rechtstext. Die Durchführung der getroffenen Absprachen spiegelt lediglich den Stand der Entspannung in Europa wider; sie ist Ausdruck der grundlegenden politischen Optionen.

Wie steht es somit um die Entspannung? Nun, wir sind natürlich sehr sensibel, wenn wir die Aufrüstungsmaßnahmen in der Sowjetunion sehen, die weitgehend offensiven Charakter haben und nicht durch eine Defensivstrategie glaubwürdig zu erklären sind. Wir sind ebenfalls sehr sensibel, wenn wir an der Bruchzone zwischen den zwei Blöcken in Europa, offen oder versteckt, offensive politische Manöver feststellen. Ich denke etwa an Finnland. Sie haben sicher verfolgt, daß in der Sowjetunion das Buch von Komizaroff über die finnische Neutralität fröhlich Urständ feiert. Darin schiebt man den Ambitionen Finnlands auf eine Neutralitätspolitik sowjetischerseits energisch einen Riegel vor.

Auch in Österreich sind wir sehr sensibel, wenn seit einem Jahr plötzlich die Sticheleien gegen Österreich und seine Neutralitätspolitik in den sowjetischen Massenmedien intensiviert werden. Zum Beispiel stand in der "Prawda" ein Artikel, daß 400.000 Österreicher unter dem Existenzminimum leben; in der "Liturnaja Gazeta" stehen ähnliche Dinge. Im "Roten Stern" hat die sonst eher neutrale oder wohlwollende Einstellung gegenüber Österreich plötzlich einer relativ offensiven Haltung Platz gemacht. Wir sind versucht, das in einem ursächlichen Zusammenhang mit der wachsenden Stärke der Sowjetunion, erzielt durch die Aufrüstung, zu sehen.

Was die Durchführung der KSZE-Schlußakte angeht, so spiegelt das Referat von Herrn Marks recht genau das wider, was ich in sehr vielen politischen Versammlungen als die Volksmeinung in meinem Land und auch in der Durchschnittspresse in Europa sehen kann. Man ist total enttäuscht, weil man maximale Erwartungen gehabt hat. Die meisten Menschen kennen die Texte überhaupt nicht und sehen nicht, daß es sich hier um ein langfristiges Programm handelt.

Die Ausführungen von Herrn Arbatow gaben in weiten Bereichen - nicht ausschließlich - das wider, was nach unserer politischen Analyse der tatsächlichen Bilanz nach 15 Monaten entspricht. Dieser Zeitraum ist in der Tat sehr kurz. Es lassen sich durchaus positive Ansätze registrieren, die beispielsweise in Korb 1 die Manöverankündigungen betreffen. Herr Arbatow erwähnte das Kaukasus-Manöver. Wir haben jedoch festgestellt, daß die Beobachter zu einem Manöver eingeladen wurden, während zu gleicher Zeit ein Parallel-Manöver abgehalten wurde. Das Manöver, zu dem eingeladen wurde, hatte Defensiv-Charakter, das Parallel-Manöver, zu dem keine Beobachter geladen wurden, war dagegen ein Offensiv-Manöver. Wir haben ferner festgestellt, daß Truppenbewegungen praktisch von keiner Seite angekündigt werden; in diesem Punkt zeigt sich eher ein Rückschritt.

Auch an den anderen Maßnahmen von Korb 1 ist Österreich überaus interessiert, insbesondere was die Informationen betrifft. Denn wir sind schließlich weder in Genf noch in Wien Verhandlungspartner. Deshalb sind wir im wesentlichen auf offizielle Informationen über diese Verhandlungen angewiesen. Derartige Informationen sind jedoch nicht erfolgt.

Graf von Baudissin

Ich unterstreiche den Hinweis von Herrn Löwenthal, daß Helsinki nicht die Entspannung ist, sondern nur eine Phase des Entspannungsprozesses bezeichnet und hoffentlich hilfreich weiterführt. Es ist in der Tat richtig, daß keiner der entscheidenden Konflikte, die es in Europa oder auf der Welt gibt, in Helsinki geregelt, geschweige denn gelöst worden sind. Ich füge noch hinzu, daß mit verstärkter Kooperation neue Interessenkonflikte und Friktionen hinzukommen werden und daß die

Verhaltensnormen, zu denen sich die Regierungen im Schlußdokument verpflichtet haben, von außerordentlicher Bedeutung für zukünftiges Krisenmanagement sind.

Herr Khol hat zu Recht darauf hingewiesen, daß die Öffentlichkeit in den westlichen Ländern immer sensibler wird. Die Toleranzschwelle ist niedriger geworden, wenn irgendwo etwas gesagt und getan wird, was offensichtlich nicht entspannungsfördernd ist.

Zweifellos besteht in allen Ländern ein außerordentlich großes Potential an gegenseitigem Mißtrauen. Das kann auch gar nicht anders sein, nachdem weithin schlechte historische Erfahrungen noch zu Ideologien verhärtet und tiefreichende Interessengegensätze aus intrasystemaren Gründen überbetont wurden. Überdies haben wir es mit völlig verschiedenen Entspannungskonzepten zu tun, denen unvereinbare Ziele und Strategien zugrunde liegen.

All dies erhält und schafft Mißtrauen. Wenn wir wirklich Entspannung wollen, so müssen wir alles tun, damit dieses Mißtrauen Schritt für Schritt abgebaut wird. Das setzt ein großes Maß an Verständnis für die jeweils andere Seite voraus. Dazu gehört unter anderem das permanente Streben, füreinander soweit wie möglich transparent zu werden. Mir ist klar, daß dies für die östlichen Staaten schwieriger ist als für die westlichen. Aber zur Entspannungsbereitschaft gehört auch, daß wir übereinander genau informiert werden, daß wir mehr von den Konzepten, dem Selbstverständnis, den Erwartungen und den Methoden des anderen wissen und uns überlegen, welche Wirkung das, was wir sagen, tun und schreiben, auf der anderen Seite haben kann.

Verhandlungen über kooperative Rüstungssteuerung stehen für mich nicht so sehr im Zeichen einer unmittelbar drohenden Kriegsgefahr. Ich meine nach wie vor, daß Europa in dieser Hinsicht gegenwärtig eines der sichersten Gebiete dieser Welt ist. Wir müssen die Dinge aber entspannungspolitisch sehen.

Wenn auch - wie ich meine - die Zunahme des sowjetischen Rüstungspotentials der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt keine neue sicherheitspolitische Option bringt, so fühlen sich weite Teile der Bevölkerung im Westen doch ernstlich bedroht, ob dies berechtigt ist oder nicht. Die qualitative wie quantitative Aufrüstung wirkt also entspannungswidrig und führt, vor allem, zu einer äußerst gefährlichen Anhäufung modernster Kampfmittel in der konfliktgeladenen 3. und 4. Welt. Das geht uns sicherheitspolitisch gesehen von Jahr zu Jahr unmittelbarer an.

Herr Arbatow sagte, in Wien habe der Warschauer Pakt Konzessionen gemacht. Bisher hat man aber nicht Stellung genommen zu der fundamentalen Frage des Westens, ob nicht eine Ausgewogenheit der Kräfte entspannungspolitisch notwendig und die Voraussetzung dafür sei, daß man später überhaupt reduzieren könne. Die Erfahrung lehrt, daß jede Abrüstungs- oder Rüstungssteuerungsverhandlung, die von unausgewogenen Potentialen ausgeht, entweder gar nicht erst beginnt, bald steckenbleibt oder aber zu unbefriedigenden Resultaten führt. Deshalb ist es für mich eine ernste Frage, ob und inwieweit Ideologische, entspannungspolitische, sicherheitspolitische und militärdoktrinaire Gründe es der Sowjetunion generell unmöglich machen, auf Ihre Überlegenheit zu verzichten. Wenn dem so wäre, sehe ich schwarz für einen erfolgreichen Prozeß der Rüstungssteuerung in Europa.

Herr Arbatow und andere Teilnehmer haben von einer großen Weltabrüstungskonferenz gesprochen. Wir wissen alle, daß Abrüstung im Grunde genommen nur weltweit, nur total sein kann; auch das Schlußdokument von Helsinki stellt dieses fest. Wir wissen aber ebenso, daß es sinnlos ist, über Abrüstung auch nur nachzudenken, bevor wir nicht ein Weltordnungsmodell gefunden haben, in dem die Vertragstreuen vor den Vertragsbrüchigen geschützt werden; in dem sich die nach wie vor kleinen Staaten vor den weiterhin Mächtigen trotz aller Konflikte sicher fühlen. Bloße Abrüstung löst nicht ein einziges der bestehenden gesellschaftlichen und zwischenstaatlichen Probleme.

Wir haben in den fünfziger Jahren erlebt, daß derartige Abrüstungskonferenzen letztlich nur negative Folgen für das internationale Klima hatten. Sie wurden von beiden Seiten lediglich zu dem Zweck benutzt, den anderen durch unannehmbare Vorschläge als Friedensstörer zu entlarven. Mit solchen Konferenzen schaffen wir entweder Resignation oder Euphorie in den beteiligten Gesellschaften - beides ist dem Entspannungsprozeß mehr als abträglich.

Wenn es uns ernst ist mit dem Wunsch, die Rüstungssteuerung zu intensivieren, dann reichen Verhandlungen allein nicht mehr aus. Die technologische Innovation hat ein Tempo und Ausmaß angenommen, daß Abmachungen unpräzise und interpretationsbedürftig werden oder bei Inkrafttreten bereits überholt sind. Wir müssen jedenfalls gemeinsam überlegen lernen, welche Rüstungsschritte destabilisieren und welche stabilisieren. Andernfalls wird sich die Rüstungsdynamik niemals politisch steuern lassen. Voraussetzung dafür ist aber in jedem Fall Ausgewogenheit - sprich: Nicht-Überlegenheit.

Bindschedler

Entspannung ist nötig, weil es Konflikte gibt. Wenn diese Konflikte gelöst würden, brauchte man über Entspannung nicht mehr zu reden. Nun ist uns klar, daß die grundlegenden Konflikte vorderhand nicht gelöst werden können. Wir wissen beispielsweise, was die Sowjetunion unter der Politik der friedlichen Koexistenz versteht. In einem Satz zusammengefaßt, den ich der "Iswestija" entnommen habe, bedeutet friedliche Koexistenz die Führung des internationalen Klassenkampfes mit allen Mitteln, ausgenommen Krieg, also bewaffnete Auseinandersetzung. Es ist klar, daß derartige Bestrebungen in anderen Staaten auf Widerstand stoßen und dort Gegenreaktionen provozieren. Es fragt sich deshalb, ob wir überhaupt weiterkommen können, wenn dieser grundlegende Tatbestand der Zweideutigkeit nicht geändert wird.

Dennoch befürworte ich die Fortführung der Entspannung. Sie ist in erster Linie ein psychologisches Problem. Es gilt die Psyche der Konfrontation herabzusetzen. Einzelne Konflikte sollen eingeschränkt und die Staaten gegenseitig zu einer mäßigen Haltung geführt werden. Alles das ist ein langfristiger Prozeß. Deshalb geht es zunächst darum, Zeit zu gewinnen. Und die anderthalb Jahre seit Helsinki sind viel zu kurz, um eine endgültige Bilanz zu ziehen. Entscheidend ist, daß es zu der *politique de détente* keine Alternative gibt. Die Risiken, zu einer Konfrontation à la Kalter Krieg zurückzukehren oder die Politik des *brinkmanship* zu betreiben, wobei man nie weiß, ob plötzlich mit Raketen geschossen wird, sind viel zu groß.

Aus dieser Lage ergeben sich aber zwei Folgerungen. Einmal ist Voraussetzung für die Weiterführung dieser Politik die Aufrechterhaltung des bestehenden machtpolitischen Gleichgewichts. Wie das geschieht, ist eine andere Frage. Ich spreche hier gerade im Interesse der kleinen Staaten, die vom Bestehen dieses Gleichgewichtes abhängig sind.

Die zweite Forderung geht dahin: Es genügt nicht, weiter allgemeine Verträge und hochtrabende Deklarationen zu verfassen und zu unterzeichnen. Wir haben genug Tonnen solchen Papiers in mehr oder weniger feierlicher Form. Alle diese Papiermassen haben nichts an der Politik geändert. Worauf es ankommt ist, Schritt für Schritt vorzugehen und einzelne konkrete Maßnahmen durchzuführen. Die Summe dieser Einzelmaßnahmen kann dann auch zu einer allgemeinen Veränderung der Lage führen. Hier muß das Schwergewicht der Arbeit der Staatsmänner liegen.

Eine weitere Bemerkung betrifft den Charakter der Akte von Helsinki. Es wurde wiederholt gesagt, der Schlußakte komme kein rechtlicher Charakter zu. Ich bin da nicht ganz so sicher. Gewiß ist, daß die Akte keinen völkerrechtlichen Vertrag darstellt; das steht drin. Man spricht von *déclaration d'intention*, von einem nichtvölkerrechtlichen Abkommen, einem Verhaltenskodex und so weiter. Aber das ist alles höchst konfus und führt nicht sehr viel weiter.

Nach meiner Auffassung ist die Akte von Helsinki zwar ein einheitliches Dokument, aber in ihren Bestandteilen unterschiedlich zu beurteilen. Es gibt darin zweifellos Kapitel, die auch unter rechtlichen Gesichtspunkten verbindlich sind. Das geht nicht nur aus dem Inhalt, sondern auch aus der Formulierung hervor. Ich denke hier vor allem an die zehn Prinzipien, die übrigens weitgehend, nicht vollständig, nur geltendes Recht reproduzieren. Man wird deshalb diese Frage nicht generell beantworten können. Es gibt im Völkerrecht ja auch das Institut der einseitigen Erklärungen der Staaten, die rechtlich bindend sein können, oder anders gesagt, des Versprechens. Man könnte diese Akte als eine multilaterale einseitige, verpflichtende Erklärung zu verschiedenen Punkten betrachten.

Killick

Niemand wird die Ergebnisse, die bisher im Entspannungsprozeß erreicht worden sind, unterbewerten wollen. Es ist in der Tat bemerkenswert, daß die Helsinki-Konferenz überhaupt stattgefunden hat. Und ich halte es auch für bedeutsam, daß wir uns hier versammelt haben, um diese Themen zu besprechen.

Das Grundproblem, das meiner Ansicht nach über dem gesamten Entspannungsprozeß liegt, würde ich mit dem Begriff Asymmetrie bezeichnen. Dabei meine ich nicht nur Asymmetrie in bezug auf das militärische Gleichgewicht. Mir geht es vielmehr um das Problem der Wahrnehmung von Tatsachen. Es ist ohne Zweifel schwer, zu den echten Tatsachen vorzudringen. Ich halte es für notwendig, hier keine Mutmaßungen anzustellen, sondern so weit wie möglich von dem auszugehen, was gegenwärtig von sowjetischen und von anderen osteuropäischen Staatsmännern gesagt wird.

Lassen Sie mich dafür ein kurzes Zitat aus einer Rede von General Hoffmann, dem Verteidigungsminister der Deutschen Demokratischen Republik, verlesen, die im März dieses Jahres in der Zeitschrift "Einheit" veröffentlicht wurde. Hoffmann sagt - und das ist für die Wiener Konferenz über Truppenverminderung in Europa nicht ganz unwichtig: "Nicht ein gewisses Minimum an

militärischem Defensivpotential unserer Koalition, auch kein sogenanntes, Gleichgewicht des Schreckens' haben einen Zustand in den internationalen Beziehungen herbeigeführt, den die Menschheit erleichtert als Wende vom Kalten Krieg zur Entspannung empfindet. Die im zähen Kräfteingen der Nachkriegsjahre hart erkämpfte militärische Überlegenheit der Sowjetunion und ihrer Verbündeten über die imperialistischen Hauptmächte war es, die den Frieden sicherer, die anti-imperialistischen Kräfte selbstbewußter gemacht und den weltrevolutionären Prozeß vorangebracht hat."

Dieses Zitat wirft einige Fragen auf, was den Sinn der militärischen Aufrüstung der Sowjetunion angeht. Ich versuche mich angestrengt in die Lage der Sowjetunion zu versetzen und mir zu überlegen, ob sie tatsächlich so etwas empfinden könnte, was man legitimerweise eine Bedrohung durch imperialistische Aggression nennen kann.

Ich muß dies in historischer Perspektive tun und daran erinnern, daß die Westmächte 1945, am Ende des Zweiten Weltkrieges, zirka fünf Millionen Soldaten in Europa hatten. Ein Jahr später waren es nur noch 800.000. Die Sowjetunion dagegen behielt ihre militärische Stärke etwa auf dem Niveau von vier bis fünf Millionen Mann bei. Das war eine freiwillige Abrüstungsvorleistung des Westens, die in keiner Weise vom Osten erwidert wurde.

Ich erinnere weiter daran, daß die Vereinigten Staaten lange Zeit über ein Monopol an Atomwaffen verfügten. Trotz all der damaligen Reden über Verhandlungen aus einer Position der Stärke heraus, sogar eines roll-back des Kommunismus, haben die Vereinigten Staaten und der Westen ihr Atomwaffen-Monopol nie ausgenutzt, um irgend etwas zu unternehmen, was die Sicherheit der Sowjetunion oder Osteuropas beeinträchtigen konnte. Das gegenwärtige Verhalten der Sowjetunion ist für mich also schwer zu verstehen.

Aber es gibt nicht nur eine ernsthafte Asymmetrie hinsichtlich des militärischen Gleichgewichts, sondern auch auf dem Gebiet des sogenannten ideologischen Kampfes. Wir im Westen haben keinen Grund, einen freien Wettbewerb der Ideen zu fürchten, und wenn ich Leonard Marks recht verstanden habe, wollte er für eine freie Marktwirtschaft der Ideen plädieren. Das wäre vielleicht zuviel erwartet. Der ideologische Kampf im Osten aber ist ein sehr einseitiges Konzept, in dem westliche Ideen, überhaupt andere politische Systeme nicht 'angeboten werden. In unseren Gesellschaften dagegen wird das andere politische System nicht nur freizügig angeboten, sondern es versucht sogar, am Ende den Sieg davonzutragen.

Ich muß hier noch einmal General Hoffmann zitieren, der in der schon erwähnten Rede weiter sagte: "Wir Kommunisten wissen, wie Rosa Luxemburg so treffend formulierte, daß hienieden auf der festen Erde, auf der wir stehen, ein solcher Zustand des ewigen Friedens, wie ihn die größten deutschen Klassiker und Philosophen, wie ihn zum Beispiel ein Kant voraussagten, nicht möglich ist, bis der Kapitalismus mit Stumpf und Stiel ausgerottet sein wird."

In diesem Zusammenhang habe ich sorgfältig auf das hingehört, was Herr Arbatow sagte. Er meinte, daß in diesem Entspannungsprozeß beide Seiten von der Realität ausgehen müssen, daß Staaten mit unterschiedlichen sozialen und politischen Systemen nebeneinander existieren. Und er fügte hinzu, das sei kein Hindernis für eine fruchtbare Entwicklung der Entspannung. Ich finde, diese Aussage ist schwer mit dem zu vereinbaren, was General Hoffmann geäußert hat.

Streben wir eine dauerhafte friedliche Koexistenz auf der Basis unterschiedlicher Systeme an, oder befinden wir uns nur in einer Periode des Übergangs, die unvermeidlich zum Sieg dessen führt, was in der Moskauer Definition der "Sieg des Sozialismus" heißt? Ich will hier wirklich nicht polemisch werden, aber das ist eine ernste Frage, die für meine Einstellung zur Entspannung zentrale Bedeutung hat. Wenn wir eine gemeinsame Grundlage finden wollen, müssen wir diese Frage beantworten.

Herr Arbatow hat zu Recht darauf hingewiesen, daß die Entspannung noch nicht unumkehrbar geworden ist. Sie ist darüber hinaus noch nicht einmal unteilbar geworden. Sie ist nicht unteilbar in geographischer Hinsicht, wie wir erlebt haben. Und sie ist auch nicht unteilbar in bezug auf Dinge, die außerhalb der staatlichen Beziehungen liegen, worauf sich Entspannung in der sowjetischen Definition zu beschränken scheint. Diese Asymmetrien sind für mich sehr besorgniserregend. Sie erklären, warum wir in der westlichen Alliance weiterhin die Notwendigkeit sehen, für unsere eigene Sicherheit zu sorgen, bis wir befriedigende Antworten darauf haben. Uns fehlt es nicht einfach an Vertrauen in die Zukunft; vielmehr haben wir erhebliches Mißtrauen gegenüber verschiedenen Aspekten, die die Zukunft im Lichte dieser Definitionen für uns bereithält.

Trotz all dieser Bedenken bin ich alles andere als ein Feind der Entspannung. Wir müssen mit diesem Prozeß fortfahren. Ich wollte lediglich einige der Grundhindernisse unterstreichen, die offenbar noch auf dem Wege zu einer weiteren fruchtbaren Entwicklung liegen.

Vielleicht kann man das Problem ganz kurz so zusammenfassen. Bei dem Konzept des fortdauernden Kampfes geht es nicht nur um ideologischen Kampf. Es wird im Osten stets von Kampf gesprochen: Kampf für den Frieden, Kampf für die Entspannung, Kampf für die Abrüstung. Ein solches Konzept ist für mich schwer zu verstehen. Denn wenn es einen Kampf gibt, dann muß es auch einen Feind geben. Und wir sind keine Feinde. Wir wollen Frieden, wir wollen Entspannung, wir wollen Zusammenarbeit.

Wenn ich auf die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zurückkomme, so besteht das Hauptproblem darin, daß wir noch kein sehr starkes Sicherheitsgefühl entwickelt haben. Und solange wir weiterhin von ideologischen und anderen Kämpfen sprechen, kann von Zusammenarbeit noch nicht allzusehr die Rede sein. Wenn wir uns für die Zukunft nicht auf ein kooperatives Konzept in der Entwicklung der Entspannung einigen werden, fürchte ich, daß der Fortschritt, den wir erreichen können, eng begrenzt sein wird.

Freiherr von Weizsäcker

Ich empfinde diese Tagung zweifellos als einen Fortschritt. Ich kenne eine Reihe von Politikern sowohl im Westen wie im Osten, für die es sehr interessant wäre, sich einer solchen Erfahrung einmal auszusetzen. Viele haben derartige Erfahrungen bisher nicht. Wir stellen hier fest und haben es auch vorher schon gewußt, daß wir uns in einer etwas schwierigen Phase der Entspannung befinden. Um so wichtiger ist es, sich immer wieder bewußt zu sein, was man mit der Entspannung erreichen kann und was nicht. Oder anders gesagt: Auf welchen Arten von Verständigung die Bemühungen um Entspannung beruhen und auf welchen nicht. Die Einsicht, daß wir benachbart leben und zusammenleben wollen und müssen und daß jede Form einer kriegerischen Verwicklung dieser Nachbarschaft ein schreckliches Ende bereiten würde, ist sicher die Haupttriebskraft für die Bemühungen um die Entspannung.

Für ebenso wichtig halte ich aber die Erkenntnis, daß praktische Fortschritte in der Entspannungspolitik nicht deshalb erzielt worden sind, weil man glaubt, sich über die letzten Ziele verständigen oder ein allgemeines Mißtrauen durch ein allgemeines Vertrauen ersetzen zu können. Mit anderen Worten: Man darf sich nicht der Vorstellung hingeben, das gegenseitige Ziel, über den anderen politisch und ideologisch zu siegen, würde aufgebbar sein. Vielmehr gibt es praktische Fortschritte, soweit beide Seiten erkennen, daß sie bis zu einem gewissen Grade parallele Interessen haben, die in irgendeiner Weise zumindest kompromißfähig sind. Diese parallelen Interessen sind teils langfristig parallel, teils verändern sie sich auch. Deswegen halte ich es im Interesse der Entspannungspolitik immer wieder für wichtig, sich darüber Rechenschaft zu geben, wie sich die Interessenparallelität weiterentwickelt.

Unverändert scheint mir die gemeinsame Sorge um die Abwehr kriegerischer Verwicklungen. Schon bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sind aber gewisse neue Entwicklungen zu verzeichnen, so daß wir heute in dieser Frage nicht mehr ganz an demselben Punkt stehen, an dem wir standen, als die Verhandlungen über die Sicherheitskonferenz begannen. Jedenfalls hat es zu Beginn der Verhandlungen und auch noch bei der Unterzeichnung der Schlußakte in Helsinki etwas größere Erwartungen in bezug auf den wirtschaftlichen und technologischen Austausch gegeben, als das gegenwärtig der Fall ist.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir gerade im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Fragen ein Wort über die Verschuldung verschiedener Länder des Warschauer Paktes hören. Wir wollen uns dadurch ja von wirtschaftlichen Beziehungen nicht abhalten lassen. Aber wir wollen auch nicht in einen Zustand hineinlaufen, in dem die Verschuldung auf eine unwillkommene Weise zu einer politischen Verhandlungswaffe wird.

Einen weiteren sehr wichtigen Bereich paralleler Interessen aus höchst unterschiedlichen Gründen bildeten und bilden die jeweiligen innenpolitischen Situationen in den beteiligten östlichen und westlichen Nationen. Ich meine, es gab sehr überzeugende Motive, welche die Sowjetunion und ihre Verbündeten aus innenpolitischen, sozialen, wirtschaftlichen und anderen Gründen veranlaßt haben, sich mittlere Fristen von, sagen wir, zehn Jahren oder auch länger zu wünschen, in denen sie mit berechenbaren Größen rechnen können, insbesondere in ihren Beziehungen zu den westlichen Ländern.

Andererseits stand der Sowjetunion und ihren Verbündeten zu Beginn der Verhandlungen ein Westen gegenüber, der etwas anders aussah, als er heute aussieht. Wir sind inzwischen durch die Ölpreiserhöhungen und durch manche innere Entwicklungen in einigen westlichen Ländern mit Problemen konfrontiert, die auch noch nicht ganz überwunden sind und die mit Inflation, Rezession und Beschäftigungsrückgang zusammenhängen. Wir haben, darauf hat Herr Löwenthal hingewiesen, in einigen westlichen Ländern das Erstarken kommunistischer Parteien erlebt. Vom Osten her gesehen teils geliebter, teils weniger geliebter kommunistischer Parteien, deren Entwicklung Moskau aber unabhängig vom Grad der Sympathie eine große Aufmerksamkeit zuwenden muß.

Wir müssen diese Veränderungen sehen und prüfen, wie es mit der Parallelität der Interessen steht. Nach meiner Überzeugung - wenn ich einmal versuche, den Westen vom Osten her zu betrachten - sollte man im Osten die Schwierigkeiten in den westlichen Gesellschaften nicht überschätzen. Natürlich gibt es Probleme ökonomischer, sozialer und politischer Art. Aber es wäre im Ost-West-Zusammenleben ein, wie ich meine, gefährlicher Trugschluß, wenn man vom Osten her daraus den Schluß ziehen würde - ich nenne es nur als Hypothese;- , daß der Osten sich einem ideologischen Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus schon erheblich genähert habe. Ich übernehme diese beiden Wörter in dem Sinne, wie sie im Osten gebraucht, nicht wie sie bei uns verstanden werden.

Was den Westen anbetrifft, so fällt es uns schwer, das zu bewerten, was wir an osteuropäischer Außenpolitik und insbesondere Rüstungspolitik sehen. Das außenpolitische Verhalten der Sowjetunion und ihrer Verbündeten hat uns immer wieder vor die Frage gestellt, inwieweit die Entspannung teilbar ist oder nicht. Stichwort Angola und anderes. Auf der anderen Seite würde ich es für einen gefährlichen Irrtum des Westens halten zu glauben, daß die Sowjetunion und ihre Verbündeten kein fortdauerndes Interesse an längerfristig berechenbaren Grundlagen der Ost-West-Beziehungen für ihre eigene innere Entwicklung haben. Ich meine, dieses Interesse besteht nach wie vor, und mit dessen Hilfe kommt es darauf an, Fortschritte in der Entspannungspolitik zu erzielen.

Ich fasse noch einmal zusammen: Gerade in einer schwieriger gewordenen Phase, in der manche Anfangserwartungen enttäuscht worden sind, gilt es, sich darüber klar zu sein: Die Ziele werden weiterhin divergieren, auch in der Entspannungspolitik. Aber es gibt immer wieder parallele, wenngleich veränderliche Interessen. Und die gilt es herauszufinden, damit man gefahrloser nebeneinander leben kann.

Es gibt freilich Grenzen, und die muß man untereinander auch aussprechen. Das geschieht, wie ich finde, zum Wohle einer Spannungsaussicht auch hier am Tisch. In dem Zusammenhang zitiere ich noch einmal General Hoffmann, der gesagt hat: "Welche Rolle also spielt militärische Gewalt für Sieg oder Niederlage einer Revolution in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus? Kommt eine solche Revolution aus, ohne daß ein Schuß fällt? Kann sie auf unblutigem Weg siegen? Bis jetzt kennt die Geschichte tatsächlich keinen Fall, in dem eine sozialistische Revolution zum Sieg geführt worden wäre, ohne daß die Kanonen ihr Machtwort gesprochen hätten." Ich meine, die Grundlage für eine vernünftige Auskundschaftung paralleler Interessen bei divergierenden Zielen beinhaltet, daß solche Äußerungen aufhören müssen.

Wir sollten uns also darüber im klaren sein, daß wir es nur dann mit beiderseitiger Zuversicht der Zukunft überlassen können, wer mit seinem politischen und sozialen System einem Sieg entgegengeht - beziehungsweise warum wir beide an einem Sieg in unserem heutigen Verständnis gehindert werden;- , wenn wir uns darüber einig sind, daß ein Anstreben dieses Sieges mit militärischen Mitteln auf jeden Fall eine Niederlage für beide Seiten bedeuten würde.

Bertsch

Zunächst - ich halte es für völlig in Ordnung, daß der Aufsatz einer Persönlichkeit wie der des Verteidigungsministers der DDR eine so große Beachtung findet. Als ich den Artikel las, war ich eigentlich recht zufrieden. Denn in der Zeit davor war ich intensiv beschäftigt mit Darlegungen aus westlichen Quellen, die nachwiesen, daß die Überlegenheit der NATO nicht nur kraft des Besitzes der Freiheit, sondern auch dank der besseren Waffen ungeheuer sei. Ich war also wieder beruhigt, als ich nun las, daß eine militärstrategische Bestandsaufnahme durch einen Repräsentanten unserer Seite zu einem anderen Ergebnis führte.

Aber welche politische Schlußfolgerung wird daraus in der Praxis gezogen? Darauf kommt es schließlich an. Wir haben bereits von Herrn Arbatow gehört, daß die Sowjetunion bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen mehrere Vorschläge vorgelegt hat, unter anderem ein Memorandum für eine Weltabrüstungskonferenz. Diese Initiative findet unsere uneingeschränkte Unterstützung. Die jüngsten Meldungen aus Bukarest, wo sich die Repräsentanten der Warschauer Vertragsstaaten zusammengefunden haben, besagen, daß dort der Vorschlag unterbreitet wurde,

neben anderem einen Vertrag über die Nichtanwendung von atomaren und vergleichbaren Waffen als erste abzuschließen.

Solche Schlußfolgerungen ergeben sich also aus dem Artikel von Minister Hoffmann. Ich wäre froh, wenn wir die Offenheit, die in diesem Artikel zum Ausdruck kommt, auch auf der anderen Seite fänden. Die Offenheit besteht darin, daß man über die eigenen Auffassungen, über die Weltanschauung, der man anhängt, keinen Zweifel läßt, aber die praktische Politik nicht danach ausrichtet, mit Gewalt Veränderungen durchzusetzen. Unsere Praxis bestätigt, daß das die Probe aufs Exempel ist.

Sommer

Meiner Meinung nach ist der gestern in Bukarest veröffentlichte Vorschlag des Warschauer Paktes, einen Verzicht über den Ersteinsatz von Atomwaffen zu vereinbaren, eine negative Schlußfolgerung aus General Hoffmanns Erklärungen. Der Verkündung der eigenen Überlegenheit soll nun noch die Entwaffnung des Westens beziehungsweise die Zerstörung jenes delikaten Gleichgewichts des Schreckens folgen, auf dem der Frieden bisher beruht. Ich glaube nicht, daß diese Zerstörung der westlichen Strategie von der NATO gebilligt werden kann.

Ménudier

Wenn Herr Marks sagt, er habe große Erwartungen an die KSZE gehabt, dann ist es nicht verwunderlich, wenn er enttäuscht worden ist. Diejenigen, die nicht so viel von der Konferenz erwartet hatten, sind auch nicht so sehr enttäuscht worden. Wir dürfen nicht übersehen, daß die KSZE-Schlußakte kein Vertrag im üblichen Sinne, sondern nur eine Absichtserklärung ist, deren Verwirklichung von dem guten Willen der einzelnen Staaten abhängt. Ich verstehe das Interesse von Herrn Marks für Korb 3 sehr gut. Aber die Schlußakte von Helsinki stellt eine Einheit dar, das heißt Korb 1 und 2 kommt die gleiche Bedeutung zu wie Korb 3. Die Schlußakte ist keine Menükarte, bei der man auswählen kann, was einem schmeckt.

Selbstverständlich stimme ich Herrn Marks zu, wenn er kritisiert, daß es im Osten an zureichenden Informationen aus dem Westen fehlt. So habe ich gehört, daß in Moskau insgesamt 40 Exemplare von "Le Monde" verkauft werden. Inwieweit kann sich die sowjetische öffentliche Meinung unter diesen Bedingungen zureichend über unsere Probleme informieren, zumal diese Zeitungen nur in Hotels für Ausländer zu finden sind? Wir bezeichnen es schon als einen großen Fortschritt, daß jetzt auch "L'Aurore" in wenigen Exemplaren in die Sowjetunion eingeführt wird, von "L'Humanité" einmal abgesehen.

Zu den Ausführungen von Herrn Arbatow möchte ich bemerken, daß die Entspannung nicht auf Europa beschränkt sein kann, sondern auch globale Aspekte hat. Sicher, wir haben keine Konflikte innerhalb Europas erlebt, aber es hat Konflikte, zumindest große Spannungen außerhalb Europa gegeben, welche auch die Entwicklung in Europa nachhaltig beeinflußt haben. In diesem Zusammenhang müßte, das ist schon angedeutet worden, über die Rolle des Ostens in Angola, in Mozambique und im Nahen Osten gesprochen werden.

Ich denke nicht, daß es böswillige Propaganda ist, wenn man im Westen - natürlich auch in Frankreich - über das Wettrüsten sehr beunruhigt ist. Das betrifft vor allem die Verstärkung des militärischen Potentials in der Sowjetunion und in den anderen sozialistischen Ländern, nicht nur bei den konventionellen, sondern auch bei den nuklearen Waffen. Es gilt insbesondere für die gesamte sowjetische Flotte.

Die KSZE hat auf diesem Gebiet kaum Fortschritte gebracht. Gewiß, es werden Informationen über Manöver ausgetauscht. Aber wir haben nicht den Eindruck, daß alle wichtigen Manöver angemeldet worden sind. Zumal man mit der Schwelle von 25.000 Mann sehr gut jonglieren kann. Außerdem haben die Eingeladenen kaum etwas Wichtiges zu sehen bekommen.

Weiterhin mußten wir im Westen feststellen, daß der ideologische Druck des Ostens nicht geringer geworden ist. Uns war natürlich klar, daß die friedliche Koexistenz nicht das Ende des ideologischen Kampfes bedeuten würde. Aber auf französischer Seite hatte man doch gehofft, daß der ideologische Druck etwas nachläßt. Statt dessen sehen wir, daß die Sowjetunion zunehmend intoleranter wird. Das betrifft beispielsweise das Verhältnis der Sowjetunion zur Kommunistischen Partei Frankreichs. Kaum wich die KPF von der offiziellen Doktrin ab, schon wurde die Sowjetunion unruhig.

Ich komme noch einmal auf Korb 3 zurück. Ich meine über bestimmte Vorkommnisse muß ganz offen gesprochen werden. Berichte über psychiatrische Krankenhäuser oder über Arbeitslager in der Sowjetunion sind sicher keine Erfindungen der westlichen Presse. Es wurden darüber sogar Filme

gezeigt. Maßnahmen wie gegen Solschenyzin, Sacharow, Spasky, Almarik und andere haben natürlich auch nicht gerade dazu beigetragen, in der Öffentlichkeit im Westen größeres Verständnis für Entspannung und KSZE zu wecken.

Auf der anderen Seite erkennen wir die Bedeutung der KSZE an; denn diese Konferenz hat bewiesen, daß Staaten, die in ihrem Aufbau, in ihrer Struktur und in ihrer Ideologie große Unterschiede aufweisen, miteinander reden können. Die Bilanz ist jedoch sehr ernüchternd. Von französischer Seite wird besonders unterstrichen: Wenn Fortschritte überhaupt möglich sind, werden sie wahrscheinlich nicht auf multilateraler, sondern eher auf bilateraler Ebene erreicht. Es gibt auch bei uns kritische Stimmen, die meinen, eigentlich habe der Osten alles bekommen, was er wollte: die Anerkennung der Grenzen, des Status quo, wohingegen auf der anderen Seite nur sehr wenige konkrete Fortschritte festzustellen seien.

Die beiden Referate haben klar zum Ausdruck gebracht, daß die KSZE in Ost und in West sehr unterschiedlich beurteilt wird. Und in der Tat ist die Zeit seit Helsinki zu kurz für eine wirkliche Bilanz. Für die notwendigen Änderungen ist ein größerer Zeitraum erforderlich.

Von französischer Seite wird beispielsweise im Hinblick auf Korb 1 gewünscht, daß mehr Information über Truppenbewegungen gegeben werden. Auch die Frage der wirtschaftlichen Informationen - Korb 2 ist noch unzureichend gelöst. Das Problem der Verschuldung der Oststaaten erschwert den Ost-West-Dialog. In Frankreich ist man auch nicht begeistert über die sowjetischen Vorschläge, die Konferenzen über Umweltschutz, Energie, Verkehr und so weiter zum Inhalt haben. Man befürchtet, daß da große Tagungen veranstaltet werden, die nur dazu dienen sollen, von den eigentlichen Problemen abzulenken. Bei Korb 3 käme es vor allem darauf an, den Kulturaustausch außerhalb der Institutionen und des Regierungsbereichs zu intensivieren.

Schmidt

Ich muß Ihnen widersprechen, Herr Ménudier, wenn Sie unterstellen, für die Anerkennung der Grenzen habe man Gegenleistungen erwarten können. Sie wollen damit doch wohl kaum zum Ausdruck bringen, daß man offiziell beabsichtigt hatte, die Grenzen zu ändern. Das ist keine Frage des Gewährens. Vielmehr war die Regelung der Grenzproblematik eine Frage gegenseitiger Interessen. So verhält es sich auch mit den anderen Problemen.

Khol

Was Korb 3 angeht, so ist die Bilanz weder negativ noch positiv. Es hat Ansätze gegeben. Hier sind die größere Bewegungsfreiheit für Journalisten, Ausreise- und Einreisepolitik, Besuchsaustausch und Familienzusammenführung zu nennen. Nur gibt es neben den positiven Eindrücken auch immer wieder spektakuläre negative Erfahrungen, die in der öffentlichen Meinung Pauschalurteile über die Wertlosigkeit von Helsinki bestätigen.

Ich denke etwa an den Fall des tschechischen Autors Havel. Ein Stück von ihm wurde in Wien uraufgeführt, ihm selbst aber die Ausreise zur Premiere verwehrt. Informelle Kontakte seitens der österreichischen Diplomatie in Prag wurden schroff zurückgewiesen; dies sei eine Intervention in innere Angelegenheiten, hieß es. Mit dem Hinweis auf Helsinki konnte dieses Argument entkräftet werden - das ist ein positives Ergebnis von Helsinki. Aber Herr Havel durfte trotzdem nicht nach Österreich kommen. Ein solcher Fall geht durch die gesamte Presse, während die Tatsache, daß soundsovielen Ehepartnern aus den östlichen Ländern die Ausreise in den Westen gestattet worden ist, kaum Erwähnung findet.

Ich meine, der Osten muß auf die öffentliche Meinung im Westen viel stärker Rücksicht nehmen. Denn unsere Demokratien sind auf die öffentliche Meinung angewiesen, wenn sie weitere Schritte unternehmen wollen. Sicher sind es auf östlicher Seite nicht immer Akte bösen Willens, sondern es dauert eben lange, bis entsprechende Schritte über die Beamten-Ebene in die Exekutive durchsickern.

Beim Informationsaustausch haben wir die gleichen Erfahrungen gemacht, wie Herr Ménudier sie von "Le Monde" berichtet. Offensichtlich ist die Sowjetunion gegenüber Österreich etwas großzügiger; denn es werden 50 Exemplare der "Presse" angekauft. Aber der Versuch, auch nur eines dieser Exemplare in Moskau aufzutreiben, ist selbst über einen längeren Zeitraum hin fehlgeschlagen. Vermutlich kommen diese 50 Exemplare den Beamten zugute. Auch das wäre ein positiver Schritt, aber es ist nicht das, was beabsichtigt war.

Bertsch

Sir John sprach davon, daß es eine Asymmetrie zum Beispiel im ideologischen Kampf, in der ideologischen Auseinandersetzung gäbe. Diese Asymmetrie gibt es in der Tat, und ich bin der Meinung, es wird höchste Zeit, sie zu beseitigen. So beklagte Herr Ménudier die Unausgewogenheit im Informationsfluß. Ich darf einmal die Beziehungen DDR/Frankreich herausgreifen. Wir beziehen aus Frankreich 25 Zeitungen mit insgesamt 1356 Exemplaren, während die Republik Frankreich von uns offiziell insgesamt 60 Exemplare an Tageszeitungen kauft.

Gehen wir auf ein anderes Gebiet über, die Spielfilme, die doch in gewisser Weise Lebensauffassungen und Weltanschauungen zum Ausdruck bringen. Wir haben zwischen 1950 und 1975 209 Spielfilme aus der Republik Frankreich bezogen und mit mehr oder weniger großem gesellschaftlichem Wirkungsgrad bei uns eingesetzt; auch kommerziell lief das gar nicht so schlecht. Die Republik Frankreich hat im gleichen Zeitraum 20 Filme aus der DDR bezogen. An Buchlizenzen hat die DDR aus Frankreich 1975 20 erworben; Frankreich hat es auf eine gebracht. Aus Österreich erwarben wir 16 Buchlizenzen; umgekehrt hat die Republik Österreich zwei aus der DDR bekommen. Was unser Verhältnis zu den USA betrifft, so liegen die Dinge da außerordentlich günstig; denn wir haben im Jahre 1975 aus den USA 20 bezogen und konnten immerhin acht exportieren.

Ich bin völlig Ihrer Meinung, Sir John, diese Asymmetrie muß beseitigt werden.

Ich komme auf das Referat von Herrn Marks zurück. Der Umstand, daß Ihnen, Herr Marks, in Moskau und in anderen sozialistischen Hauptstädten sehr gut informierte Menschen begegnet sind, die die Beschlüsse von Helsinki genau kannten, könnte damit zusammenhängen, daß die Schlußakte in der Sowjetunion in einer Auflage von 20 Millionen Exemplaren veröffentlicht wurde; die DDR, ein kleines Land mit 17 Millionen Einwohnern, hat sich mit 2 Millionen Exemplaren beschieden. Dagegen betrug die Auflage in den USA, wenn ich richtig informiert bin, 7000 Exemplare. In den Niederlanden hat man eine vielleicht auch gangbare Form der Veröffentlichung gefunden. Die Regierung hat sehr schön gebundene Exemplare gedruckt, und jeder, der an das Informationsamt des Auswärtigen Amtes der Niederlande geschrieben hat, konnte per Post so ein Exemplar erhalten. Die sozialistischen Staaten haben das anders gehalten; sie haben das Dokument in ihren größten Zeitungen veröffentlicht.

Wenn man über die Realisierung der Schlußakte von Helsinki spricht, ist eine wichtige Voraussetzung, daß sie überhaupt bekannt ist. Einige Journalisten aus kapitalistischen Ländern haben mir die Zurückhaltung beim Abdruck damit erklärt, in der Schlußakte stehe sowieso nichts Interessantes, und sie seien verpflichtet, ihren Lesern schon aus Gründen des Marktes nur interessante Dinge zu berichten.

Es wurde hier bemerkt, die Öffentlichkeit in den Ländern des Westens reagiere auf bestimmte Fälle allergisch, und man müsse im Osten Rücksicht nehmen. Ist es vielleicht gestattet, den Gedanken zu äußern, ob nicht auch bei Ihnen Regierungen, soweit sie überhaupt die Macht haben, etwas durchzusetzen, eine gewisse Verpflichtung haben, darauf einzuwirken, daß die veröffentlichte Meinung über uns nach Möglichkeit ein wenig unsere Interessen berücksichtigt?

Und was die Menschenrechte angeht: Mit der Bundesrepublik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik haben jetzt 35 Staaten die Menschenrechtskonvention unterzeichnet. Darf ich die große Bedeutung, Herr Marks, die Sie den Menschenrechten und der Menschenwürde beigemessen haben, auch so verstehen, daß jetzt alle Ihre politisch befreundeten Staaten diese Konvention unterschreiben werden?

Eine kurze Bemerkung zum Abschluß. Von den bisher quantitativ übergewichtigen Sprechern aus den westlichen Ländern wurde hier als selbstverständlich unterstellt, und darüber freue ich mich natürlich, daß westlicherseits keinerlei böse Absichten bestehen. Da ich weiß, daß östlicherseits auch keine bösen Absichten bestehen, müßte es eigentlich möglich sein, zu Übereinkommen in den verschiedensten Bereichen zu gelangen.

Bondy

Mit der Asymmetrie stellt sich in der Tat ein interessantes Problem. Wenn man sie näher betrachtet, zeigen sich die merkwürdigsten Verhältnisse. Im deutschen Sprachraum, besonders in der Bundesrepublik, sind ein polnischer Dichter, wie Zbigniew Herbert, ein polnischer Theaterautor, wie Roszewicz, daneben Konwicki, Mrozek, Andrejewski vielleicht populärer als irgendwelche deutschen Autoren in Polen. Ich könnte Ihnen ohne weiteres zehn und mehr Namen nennen. Es ist in Polen ein solches Angebot an Talenten vorhanden, daß es sich einfach aufgezwungen hat.

Ich denke weiter an die große Asymmetrie, was die Zahl von Romanen angeht, die aus dem Amerikanischen ins Deutsche übersetzt werden, im Vergleich zu dem, was aus dem Deutschen ins Amerikanische übersetzt wird. Dennoch ist keine westliche Konferenz vorstellbar, auf der diese

Asymmetrie zum Problem erhoben würde. Die Dinge sind eben so; es entspricht dem Interesse, dem Bedürfnis der Leser. Wir sind neugieriger auf amerikanische Romanciers und durch sie hindurch auf die amerikanische Wirklichkeit als umgekehrt Amerikaner auf die deutsche Wirklichkeit und deutsche Romanciers, von einigen Ausnahmen abgesehen.

Die Tatsache, daß diese Asymmetrie zu einem politischen Problem zwischen Ost und West werden kann, das nach einer Lösung verlangt, während die gleiche Tatsache zwischen West und West kein Problem ist und keine Lösung braucht, sollte uns mehr beschäftigen als irgendwelche Einzelheiten darüber, die wir jetzt gegeneinander aufrechnen.

Bertsch

Die statistischen Überlegungen sind nicht durch mich in die Diskussion hineingebracht worden; auch nicht der Begriff der Asymmetrie. Mir ging es lediglich darum, zu verdeutlichen, daß es auch eine andere Sicht der gleichen Umstände gibt. Das ist ja auch nicht überraschend.

Arbatow

Ein Wort zum Thema Übersetzungen ausländischer Literatur. Was die USA betrifft - bei anderen Ländern kenne ich mich nicht so aus;- , so wird bei uns alles übersetzt, was von der neuzeitlichen amerikanischen Literatur lesenswert ist: Truman Capote, Norman Mailer, Arthur Miller, Curt Vonnegut und viele andere Autoren - auch einige, die solches Niveau nicht erreichen, wie zum Beispiel Hailey, der, ich weiß nicht warum, bei uns vollständig übersetzt wurde. Ich meine, daß wir uns in dieser Hinsicht in einer äußerst ungleichen Situation befinden, und zwar nicht etwa, weil die sowjetische Literatur so schlecht und die amerikanische so gut wäre.

Ich weiß sehr genau, von welchen Voraussetzungen es abhängt, wenn man in den USA ein Buch herausgeben will. Ein solider Verlag muß sich der Sache annehmen und dafür Reklame machen. Die amerikanischen Verleger haben die sowjetische Literatur bisher außer acht gelassen. Ich nenne nur so großartige Schriftsteller wie Paustowski und Aikmatov; es gibt viele andere mehr. Ich denke, das können die Amerikaner selbst nur bedauern. Denn wir leben in einer Welt der gemeinsamen Zivilisation und Kultur und sollten alle an einer Entwicklung dieser Beziehungen interessiert sein.

Bertsch

Darf ich auf einen weiteren Punkt hinweisen, der sich auf Reisemöglichkeiten bezieht. Ich habe hier einen Fragebogen, der von mir auszufüllen ist, wenn ich die Vereinigten Staaten besuchen will. Als wichtiger Hinweis unter Nummer 32 habe ich mitzuteilen - und nur dann wird der Fragebogen überhaupt bearbeitet;- , ob ich möglicherweise an Tuberkulose, Geisteskrankheiten und ähnlichen Dingen leide oder Mitglied der kommunistischen Partei war oder bin. Wenn dieses zutrifft - eines davon genügt schon;- , muß ich ein Kreuz in ein bestimmtes Kästchen machen. In der Fußnote wird mitgeteilt, daß sich die Nichteinreiseberechtigung im allgemeinen auf diese Personengruppe erstreckt. Ich bedarf also einer Sondergenehmigung.

Schuster

Ich komme auf das Thema Vertrauenslücke zurück. Herr Bindschedler sprach von der grundsätzlichen Zweideutigkeit, die es der öffentlichen Meinung schwer mache, den Begriff der friedlichen Koexistenz unvoreingenommen zu akzeptieren. Denn friedliche Koexistenz besagt einmal friedlicher Wettbewerb der Systeme, zum anderen hat sie aber den ideologischen Kampf zum Inhalt. Wie sich beides miteinander vereinbaren läßt, ist schwer zu sagen.

Damals zu Zeiten des Kalten Krieges haben viele Leute bei uns gemeint: Ach, das mit der Ideologie sollte man nicht so wichtig nehmen; das sei doch zum großen Teil durch die Polemik von Antikommunisten so aufgebauscht. Heute, wo wir sehr viel mehr Informationsmöglichkeiten haben, müssen die gleichen Leute feststellen, daß das, was man Ideologie nennt, in den östlichen Ländern offenbar doch eine bedeutsame Rolle spielt und eine sehr ernst zu nehmende Realität ist.

Ich gehe noch einmal auf die Zitate von General Hoffmann ein. Da war von militärischer Überlegenheit die Rede und davon, daß weltrevolutionäre Prozesse keinen unblutigen Sieg kennen.

Schmidt

General Hoffmann hat nur die Feststellung getroffen: Man sollte prüfen, ob es das gegeben habe.

Schuster

Nun, Generale reden so manches. Mir scheint dies aber nicht nur die private Meinung irgendeines Generals, sondern Ausfluß einer typischen Ideologie zu sein. Mich überzeugt deshalb auch nicht, Herr Bertsch, wenn Sie sagen, aus dem NATO-Bereich ließen sich ähnliche Beispiele anführen.

Bertsch

Nein, schlimmere!

Schuster

Ich vermag das nicht zu sehen. Es wird ja alles mögliche über die Stärkeverhältnisse behauptet.

Ich finde es in diesem Zusammenhang zum Beispiel interessant, daß unser Verteidigungsminister Leber mit einem gewissen Stolz überall verkündet, daß in der Bundeswehr kein Feindbild verbreitet wird. Der Bundeswehr liegt eine rein defensive Konzeption als erklärtes Prinzip zugrunde.

Herr Bertsch hat sich dann zu Theorie und Praxis der Entspannungspolitik geäußert und betont, entscheidend sei, daß die Praxis entspannungsfreundlich ist. Dazu kann ich nur die Stichworte Angola und Portugal wiederholen. Da ist dann vom "gerechten Befreiungskrieg", vom "gerechten Bürgerkrieg" die Rede. "Gerechter Krieg", das ist ein gefährlicher Begriff aus der Zeit der Konfessionskriege. Die abgeschwächteste Version aus dem Arsenal der militanten Theorie und Praxis ist der Begriff des Klassenkampfes als Fortführung des ideologischen Krieges bis an die Grenze der Gewalt.

Löwenthal

Nicht nur bis an die Grenze.

Schuster

Was die Rolle der Euro-Kommunisten im Westen betrifft, also nicht nur der Parteien, die auf der sowjetischen Linie liegen, so möchte ich kurz den in der Bundesrepublik lebenden sowjetischen Professor Woslenski zitieren: "Völlig unbegründet sind demgemäß westliche Spekulationen, die KPdSU wünsche nicht, daß Euro-Kommunisten in ihren Ländern an die Macht kommen. Diese naive Unterstellung zeugt von einer fast amüsanten Verkennung der politischen Strategie der kommunistischen Weltbewegung." Es erfordert sehr viel Phantasie, sich das einmal spiegelbildlich im West-Ost-Verhältnis vorzustellen.

Arbatow

Ich muß dazu eine Erklärung abgeben. Herr Woslenski war niemals ein Parteimitglied. Er hat zu keiner Zeit irgendeine Rolle gespielt, außer daß er einige Übersetzungen angefertigt hat. Ich kann deshalb nicht akzeptieren, daß er an diesem Tisch als ein Interpret unserer Politik zitiert wird.

Schuster

Also nur ein Übersetzer von Worten, nicht von Ideologie.

Als der französische Präsident vor einiger Zeit in Moskau war, brachte er leichtfertigerweise das Thema "ideologischer Kampf" zur Sprache. Es gelte den ideologischen Krieg abzubauen und an seine Stelle einen friedlichen Wettbewerb zu setzen. Mit dieser Forderung hatte er offenbar an ein wichtiges Tabu gerührt und deshalb einigen Ärger erregt. Soll ideologische Kriegführung ein Privileg des Ostblocks sein?

Herr Schmidt betonte, über den Inhalt der Systeme dürfe und könne man im Rahmen der Entspannung nicht reden. Das ist völlig einleuchtend. Souveränität und Nichteinmischung sind unerlässliche Prinzipien, die bekanntlich nicht nur von westlichen, sondern auch von sozialistischen Staaten sehr ernstgenommen werden, ob diese Staaten nun im Bündnis stehen oder sich als blockfrei betrachten. Offenbar ist es aber schwierig, diesen richtigen Grundsatz zu befolgen, wenn das eine System einer Geschichtsphilosophie anhängt, die, wie wir aus täglichen Äußerungen erfahren, notwendig zu Zwängen führt, welche ein unbefangener Beobachter nur als interventionistisch interpretieren kann.

Herr Gasteyer sagte, wir sollten mit unserem Vokabular vorsichtig umgehen. Dem kann ich mich nur voll anschließen. Aber das darf doch nicht dazu führen, daß die in einer bestimmten Ideologie

begründeten Notwendigkeiten verschleiert werden. Für mich als Publizisten ist dies eine sehr wichtige Frage, die auch mit dem Thema Vertrauenslücke und öffentliche Meinung zusammenhängt.

Ich wäre froh, wenn ich auf diese Fragen Antworten erhielte, die mich mehr überzeugen, als das, was ich bisher erfahren habe.

Bertsch

Wenn es sich mit der Bundeswehr so verhält, wie Sie hier darlegen, Herr Schuster - was mich von seinem Inhalt her sehr befriedigen würde: Womit wird dann die ständige Aufrüstung der Bundeswehr eigentlich begründet? Wenn es in der Bundeswehr kein Feindbild gäbe, dann müßte die Bundeswehrführung doch eine Strategie der Rundum-Verteidigung haben, während tatsächlich die Verteidigungsanstrengungen - einschließlich der Erziehung des Bürgers in Uniform nur in eine bestimmte geographische Richtung laufen.

Löwenthal

Was Herr Schuster meint, wenn er sagt, es gibt in der Bundeswehr kein Feindbild, ist, daß in der Bundeswehr im Gegensatz zur DDR keine Erziehung zum Haß stattfindet. Das ist ein grundsätzlicher Unterschied. Natürlich hat die Bundeswehr eine Aufgabe und wird mit Bezug auf eine bestimmte potentielle Gefahr gerüstet. In diesem Fall ist die Aufrüstung der Bundeswehr durch eine erhebliche quantitative Überlegenheit der konventionellen Ostblocktruppen in Europa begründet und dadurch, daß es bei den MBFR-Verhandlungen keine Fortschritte gibt.

Schuster

Auch meine Antwort an Herrn Bertsch lautet: Die Bundeswehr hat die Aufgabe, das Gleichgewicht zu bewahren beziehungsweise wieder herzustellen, wenn es gestört wird. Es soll eine Überlegenheit der einen Seite verhindert werden, die diese möglicherweise in Versuchung führt, weltrevolutionäre Prozesse zu fördern - um noch einmal den General Hoffmann zu zitieren.

Graf von Baudissin

Als jemand, der am Staatsbürger in Uniform nicht ganz unschuldig ist, möchte ich nur folgendes feststellen, Herr Bertsch. Bereits 1952 war uns klar, daß dieser Soldat zu seinem Dienst nicht durch eine Anti-Haltung, sondern durch sein staatsbürgerliches Engagement motiviert sein muß. Das entspricht dem Charakter des freiheitlichen Rechtsstaates. Als Staatsbürger soll der Soldat alles tun, um sicherzustellen, daß sich die Gesellschaft in dem Rahmen weiterentwickeln kann, den das Grundgesetz setzt. In seiner Funktion als Soldat leistet er seinen Beitrag, jeden Eingriff von außen, der mit Gewalt diese eigenständige Entwicklung aufhalten oder verhindern will, als ein kalkuliert untragbares Risiko erscheinen zu lassen. Zum Feind kann erst jemand werden, der mit solchen Eingriffen droht oder sie gar beginnt.

Ménudier

Eine konkrete Frage gegenüber der DDR. Sie sagten, Herr Bertsch, in der DDR sei die Information über die KSZE sehr gut. Nun wissen wir - darüber ist auch in Frankreich berichtet worden;- , daß ungefähr 200.000 Bürger der DDR Auswanderungsanträge gestellt und sich dabei gerade auf die Helsinki-Akte berufen haben. Eine weitere Frage betrifft die Ausbürgerung des Liedermachers Biermann. Wie ist eine solche Maßnahme mit den Absichtserklärungen von Helsinki in Einklang zu bringen? Ist das nicht ein Fall der Verletzung von Menschenrechten? Ich würde sehr gerne wissen, wie die DDR zu diesen konkreten Problemen steht.

Ich meine das gar nicht provokativ. Aber das sind vom Ausland her gesehen konkrete Fragen. Besonders die Auseinandersetzungen zwischen Deutschen zeigen, wie gefährdet die Fortsetzung der Entspannung in Europa ist. Wir haben den Eindruck, daß sich der deutschdeutsche Dialog wieder verhärtet. Besonders von seiten der DDR, aber auch von der Bundesrepublik her ist ein Trend zu verstärkter Abgrenzung zu beobachten. Wie kann man sich auf der einen Seite für die Entspannung aussprechen und auf der anderen Seite Maßnahmen treffen, die in Richtung Abgrenzung gehen?

Ich stelle diese Frage, weil man im Osten, gerade auch in der DDR, die Schlußakte von Helsinki zu einem Gradmesser für die Entspannung gemacht hat.

Schmidt

Zunächst zu einigen Bemerkungen von Ihnen, Herr Schuster. Ich stimme weitgehend mit dem überein, was Herr von Weizsäcker gesagt hat: Wir sind hier, um nach parallelen Interessen zu suchen. Insofern sollten wir Helsinki als Lernprozeß im Sinne eines Interessenausgleichs verstehen. Auch bei der Verwirklichung der Schlußakte sollten wir ständig bemüht sein, solche Parallelitäten festzustellen und auch neue zu finden.

Dabei gilt es natürlich, die objektive Entwicklung zu berücksichtigen, wozu auch die globalen Probleme gehören, die hier angesprochen wurden, etwa die Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Es kann keine Rede davon sein, daß sich die sozialistischen Länder, unter ihnen die DDR, weigern, an der Lösung derartiger Probleme mitzuarbeiten. Ich brauche dafür nur die Arbeiten meines Instituts als Beispiel anführen.

Natürlich sind wir durchaus in der Lage, über die sozialökonomischen und sonstigen Unterschiede zwischen Sozialismus und Kapitalismus zu diskutieren, Herr Schuster. Das dürfte aber wohl kaum der Sinn dieser Tagung sein, zumal sich Helsinki diese Aufgabe nicht gestellt hatte.

Es wurde dann auf das Thema des ideologischen Kampfes oder Krieges Bezug genommen. Niemand wird doch so naiv sein zu glauben, daß die KSZE und die Entspannung überhaupt bürgerliche Politiker davon abhalten, die Interessen ihres Staates zu vertreten. Genausowenig werden sozialistische Politiker davon Abstand nehmen, ihre Interessen wahrzunehmen.

Worauf es ankommt ist jedoch, wie diese ideologische Auseinandersetzung geführt wird. Auch Bundeskanzler Schmidt hat in einem anderen Zusammenhang zum Ausdruck gebracht, daß die ideologischen Unterschiede mit der Unterschrift unter die KSZE-Akte nicht beseitigt wurden und auch nicht beseitigt werden konnten. Was man sich hingegen als Ziel setzen muß, ist, daß diese ideologische Auseinandersetzung in Formen und mit Methoden ausgetragen wird, die den Bedingungen der friedlichen Koexistenz entsprechen. Es geht um einen fairen ideologischen Wettstreit. Dafür möchte ich mich aussprechen.

Wenn Sie in diesem Zusammenhang von Intervention sprechen, Herr Schuster, so könnte ich mit einer Gegenbemerkung antworten: Natürlich gilt bei Ihnen nach wie vor der Artikel 7 des Deutschland-Vertrages mit einem bestimmten gesellschaftspolitischen Anspruch im Hinblick auf die Wiedervereinigung. Aber ich meine, wir sollten dieses Thema hier nicht vertiefen.

Schuster

Es geht hier nicht um völkerrechtliche Positionen, sondern nur um diese eigentümliche Übereinstimmung der Ideologie mit dem, was der Weltgeist will und was mit völliger Sicherheit zum Sieg der einen Seite führen soll. Sicher liegt es im Interesse des Sozialismus, sich in dieser Weise mit dem Weltgeist zu verbünden. Aber damit sind auch gewisse Versuchungen verbunden.

Schmidt

In den Rahmen des fairen ideologischen Wettstreits gehört dann Ihre Frage nach den Ausreiseanträgen, Herr Ménudier. Vergessen Sie nicht, wieviele Fälle der Familienzusammenführung und andere Probleme zwischen den beiden deutschen Staaten geregelt werden und welche tatsächlichen Verbesserungen erreicht worden sind. Meine Regierung ist jedenfalls sehr daran interessiert, den Prozeß der Normalisierung zwischen beiden Staaten weiterzuführen und ihn nicht zu belasten. Dafür hat es in den letzten Monaten mehrere Beispiele gegeben.

Was wir ablehnen ist, wenn ohne genaue Kenntnis der Dinge irgendwelche Zahlen hochgespielt werden. Natürlich werden Anträge auf Familienzusammenführung gestellt, auch unter Berufung auf Helsinki. Diese Anträge werden auch bearbeitet. Wogegen wir uns zur Wehr setzen ist, wenn durch eine bestimmte Presse so eine Art konterrevolutionäre Bürgerrechtsbewegung bei uns zu zeichnen versucht wird.

In diesen Zusammenhang muß man auch den Fall Biermann einordnen. Hier ist eine Entscheidung kraft Rechts unseres Staates getroffen worden. Denn es gibt nach der Schlußakte von Helsinki nicht nur Rechte des einzelnen, sondern auch die souveränen Rechte des Staates. Es gibt auch Treuepflichten gegenüber seinem Staat. Was bezweckte man denn mit dem Fall Biermann? Ich will keine Polemik in die Diskussion hineinbringen, aber am Anfang stand ein Komitee "Biermann nach Bochum". Da hatte er noch gar keinen Antrag auf Ausreise gestellt.

Löwenthal

Er hat ihn seit Jahren immer wieder gestellt.

Schmidt

Er ist einmal - im Falle Offenbach - abschlägig beschieden worden. Dieses Mal war die Entscheidung positiv. Er hatte die Chance, im Sinne eines Bürgers der DDR aufzutreten. Das hat er nicht getan, entsprechend war die Konsequenz.

Meine Regierung beabsichtigt durchaus nicht, einen restriktiven Kurs einzuleiten, sowohl was die Entspannung als auch was die Beziehungen DDR/BRD angeht. Dafür sind allerdings ein bestimmtes Klima und ein bestimmtes Verständnis notwendig.

Sommer

Eine Zwischenbilanz der Entwicklung seit Helsinki ist - zumindest in der Bundesrepublik - von drei Empfindungen bestimmt: erstens von Genugtuung, zweitens von Reserviertheit, drittens von Gleichgültigkeit.

Die Genugtuung liegt darin begründet, daß in Helsinki unzweifelhaft Wichtiges zu Papier gebracht worden ist; sie kann auch dadurch nicht beeinträchtigt werden, daß vieles von den Prinzipien bisher auf dem Papier stehengeblieben ist. Wir müssen weiter daran arbeiten, das in die Wirklichkeit umzusetzen.

Die Reserviertheit rührt vor allem daher, daß die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit aus heutiger Sicht noch stärker als damals im wesentlichen bloß ein Schlußpunkt hinter einer abgeschlossenen Entwicklung war und bisher keinen Neubeginn ermöglicht hat. Es wird auch schwerlich einen Neubeginn, einen Durchbruch zu einer neuen Qualität unserer Beziehungen geben können, solange der ideologische Krieg in der gegenwärtigen Schärfe fortgeführt wird, was in der Praxis ja immer wieder zur Verteufelung dessen führt, den man als Kooperationspartner gewinnen möchte. Wenn Kooperation gelingen soll, müssen wir aus dem antagonistischen Gegensatz heraus und zu einem nichtantagonistischen gelangen. Davon sind wir noch weit entfernt.

Auch kann dieser Neuanfang nicht Wirklichkeit werden, solange der Osten seine militärische Rüstung im gegenwärtigen Umfang fortführt. Dies zwingt den Westen immer wieder, seine Verteidigungsausgaben höher anzusetzen als ihm lieb ist und als er es sich angesichts der anderen Aufgaben, die zu lösen sind, eigentlich leisten kann.

Ferner glaube ich nicht, daß ein Neubeginn wirklich möglich ist, solange ideologischer Krieg und militärische Aufrüstung immer wieder zu machtpolitischen Ausgriffen verschmelzen. In Portugal ist der Versuch gescheitert; in Angola ist er gelungen.

Schließlich die dritte Empfindung in dieser Mischung von Gefühlen, mit der wir heute auf die Helsinki-Konferenz zurückblicken: die Gleichgültigkeit. Der Grund dafür, daß die Entspannung heute in weiten Kreisen nur einem Achselzucken begegnet, liegt darin, daß sich die sozialistischen Länder in zunehmendem Maße für das, was uns wirklich interessiert und auf den Nägeln brennt, irrelevant gemacht haben. Was unsere Phantasie jetzt vor allem beschäftigt, insbesondere die Phantasie der Leute, die sich vor fünf Jahren noch in erster Linie um die Entspannung kümmerten, ist nicht mehr das Ost-West-Problem, sondern das Nord-Süd-Problem.

Es geht um die Frage: Wie konstruieren wir eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung, welche die jungen Staaten der sich entwickelnden Dritten und Vierten Welt in den Wirtschaftskreislauf der Industriestaaten mit aufnimmt? Zu diesem Problem tragen die sozialistischen Länder leider so gut wie gar nichts bei. Angesichts dieser säkularen Aufgabe stehen sie, die doch auch Industriestaaten sind oder sich auf dem Wege dahin befinden, bisher völlig abseits. Im Gegenteil: Sie haben den Nord-Süd-Gegensatz nur dazu benutzt, um in agitatorischer Weise ihre eigenen Interessen zu fördern. Sie begründen ihre Haltung damit, daß der Nord-Süd-Gegensatz ein Erbstück des Kolonialimperialismus sei, für den sie nicht verantwortlich seien wir hätten uns die Suppe eingebrockt, wir müßten sie auch selber auslöffeln.

Diese Einstellung vermag ich zwar zu verstehen, aber ich halte sie für Kirchtumspolitik. Sie verdrängt unsere östlichen Partner aus unserem eigenen Bewußtsein, in dem diese neuen Probleme einen zunehmend größeren Raum einnehmen. Hier wird ein wesentliches Kooperationselement, das eine starke Klammer der Gemeinsamkeit zwischen Ost und West sein könnte, leichtfertig verschenkt. Hier wird die Chance verpaßt, die Entspannung auf ein Fundament für die Zukunft zu stellen, statt sie nur auf die Vergangenheit zu gründen.

Bowin

Als ich die dramatischen Ausführungen von Herrn Marks über seine Begegnung mit einem sowjetischen Arzt in Moskau und über die Bedeutung dieser Begegnung für die wachsende Verständigung hörte, fielen mir die Worte eines großen Vertreters des klassischen deutschen Denkens ein, nämlich von Hegel. Hegel hat einmal geschrieben: "Die einzige Lehre, die man aus der Geschichte der Menschheit ziehen kann, besteht darin, daß die Menschen nie irgendwelche Lehren aus der Geschichte gezogen haben." Eine solche Lehre ist zum Beispiel, daß Diskussionen, die gegenseitige Vorwürfe und Anschuldigungen zum Inhalt haben und die eigenen Auffassungen und Wertschätzungen in harter Konfrontation mit den Wertschätzungen und Einsichten anderer vorbringen, zu keinen konstruktiven Ergebnissen führen. Ich denke, es wäre an der Zeit, daß wir uns alle diese Lehre zu eigen machen.

Selbstverständlich führen wir hier keine Verhandlungen, weder über Abrüstungsprobleme noch über sonstige Fragen. Ich denke, unsere Aufgabe besteht in etwas anderem, nämlich darin, das gegenseitige Verständnis zwischen den beiden Seiten im weltweiten Dialog zu verstärken. Was die größten Schwierigkeiten bei der Verwirklichung der Beschlüsse von Helsinki bereitet, sind nicht die militärischen, die politischen oder die wirtschaftlichen Fragen. Ich sehe vor allem eine psychologische Ursache, daß nämlich, wie hier richtig gesagt wurde, das Potential an gegenseitigem Mißtrauen immer noch sehr groß ist. Und wenn es uns gelingt, dazu beizutragen, damit dieses Potential abgebaut wird, dann hat sich der Aufwand unserer Tagung zweifellos gelohnt.

Eine Möglichkeit, das Vertrauen zwischen uns zu erhöhen, besteht in der gemeinsamen Erörterung der Entspannungskonzeptionen. Wie jede andere komplizierte gesellschaftliche Erscheinung wird auch die Entspannung sehr unterschiedlich interpretiert. Das ist bis zu einem gewissen Grade unvermeidlich; dennoch sollten wir uns bemühen, eine Reihe von Fragen auszumachen, bei denen wir gemeinsam vorgehen können.

Ich sehe die Frage nach Krieg und Frieden als das Hauptproblem der Entspannung in den Beziehungen zwischen den Staaten an. In diesem Zusammenhang stehen Abrüstungsfragen sowie die Fragen des militärischen Vertrauens im Vordergrund. Das ist das Kernstück der Entspannung. Und wenn diese Hauptfragen nicht gelöst werden, kommen wir bei der Lösung der wirtschaftlichen, humanitären und sonstigen Fragen auch nicht weiter. Denn für die Menschheit geht es heute zunächst einmal um "Sein oder Nichtsein".

Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß es Entspannung ohne ein bestimmtes Gleichgewicht auf den beiden Seiten der weltweiten Konfrontation zwischen Ost und West nicht geben kann. Aber es gibt verschiedene Arten von Gleichgewicht. Wir kennen alle das Gleichgewicht des Schreckens; es ist kaum anzunehmen, daß dieses Gleichgewicht den Krieg verhindern kann. Ich meine, die Vernunft fordert es, daß wir vom Gleichgewicht des Schreckens zum Gleichgewicht der Interessen, zum Gleichgewicht der Vernunft übergehen. Der Prozeß der Entspannung kann geradezu als ein Fortschreiten vom Gleichgewicht des Schreckens zum stabileren Gleichgewicht der Interessen bezeichnet werden.

Mitunter heißt es - auch solche Stimmen vernahm man hier;- , es komme vor allem darauf an, daß jeder einzelne Mensch spürt, was die Entspannung bedeutet. Ich wundere mich ein wenig über eine solche Formulierung. Geht es denn für den einzelnen Menschen nicht in erster Linie darum, daß er nicht getötet und daß das Haus, in dem er wohnt, nicht zerstört wird? Der Friede als höchster sittlicher Wert und einzig denkbarer Zustand der Menschheit betrifft jeden einzelnen Menschen.

Ich will damit keineswegs sagen, daß die Fragen der gegenseitigen Information, der Kontakte, der Familienzusammenführung und so weiter ohne Bedeutung sind. Herr Arbatow wies darauf hin, daß nur 1,6 Prozent aller Menschen, die die Sowjetunion verlassen wollen, keine Ausreisegenehmigung erhalten haben. Wäre meine Regierung davon überzeugt, daß, wenn diese Menschen morgen ausreisen, übermorgen die Militärblöcke aufgelöst werden, ich bin sicher, keine dieser Personen würde in unserem Lande bleiben. Und wir würden sicher morgen in Moskau 1000 Exemplare der wunderbaren Zeitung "Aurore" verkaufen, von der hier bereits die Rede war, wenn wir davon überzeugt wären, daß dann übermorgen ein Abkommen abgeschlossen wird, keine neuen Massenvernichtungswaffen zu entwickeln und zu produzieren.

Natürlich gibt es nicht nur die Beziehungen zwischen den Staaten. Aber erst der allgemeine Prozeß der Entspannung wird zu einer positiven Entwicklung der Beziehungen zwischen den Menschen und zum Austausch der Ideen beitragen und nicht umgekehrt. Denn aus den geschichtlichen Erfahrungen wissen wir, daß es Kriege trotz umfassendster zwischenmenschlicher Beziehungen und einem weitgehenden Austausch von Ideen gegeben hat. Und die Kriege wollen wir jetzt verhindern.

Hier wurde vom Klassenkampf, von sozialen Revolutionen, vom ideologischen Kampf in ihrer Beziehung zur Entspannung gesprochen. Aus der Sicht meines Landes, zumindest aber von meinem persönlichen Standpunkt, geht es dabei um folgendes: Der Klassenkampf, der soziale Kampf ist keine Doktrin der Sowjetunion, sondern entspricht der Wirklichkeit, mit der wir alle konfrontiert werden. Dieser Klassenkampf besteht nicht deshalb, weil irgend jemand darüber spricht, sondern weil es in der Welt entgegengesetzte soziale Interessen gibt, die in diesem Kampf ihren Ausdruck finden. Solange soziale und nationale Ungleichheit besteht, wird dieser Kampf fortauern, unabhängig davon, welche Position die Sowjetunion, die USA oder ein x-beliebiges Land in der Welt dazu einnehmen. Denn das - ich wiederhole - entspricht der realen Situation in der Welt.

Mit der Entspannung hat das nur insofern etwas zu tun, als es dabei auf unsere jeweilige Einstellung zu diesem Geschehen ankommt. Da geht es nicht um irgendeine Doktrin, sondern um schlichte Tatsachen, von denen wir nicht absehen können. Jede Seite wird in diesem Kampf jene sozialen Kräfte unterstützen und jene sozialen Prozesse fördern, die sie von ihrem Standpunkt aus als gerecht ansieht.

Wie sieht das in der Realität aus? Die einen unterstützen das Marionettenregime in Südkorea; irgend jemand unterstützt das Apartheidsregime in der Republik Südafrika oder das Regime in Paraguay. Es wird wohl kaum jemand behaupten, daß es die Sowjetunion ist, die diese Regime unterstützt. Aber die Sowjetunion hat ebenfalls Gleichgesinnte in der internationalen Arena, die sie bisher unterstützt hat und allem Anschein nach auch weiterhin unterstützen wird.

Die internationale Entspannung wird keine absoluten Regeln schaffen, die, sagen wir, Schachspielregeln vergleichbar wären. So etwas zu denken, wäre Utopie. Aber die relativen Spielregeln, welche die internationale Entspannung festlegt, können dazu beitragen, die Konfrontation, die mit dem sozialen Kampf der unterschiedlichen Interessen in der Welt zusammenhängt, in gewissen vernünftigen Bahnen zu halten.

Ich wiederhole, dafür kann es keinen festgelegten Kodex geben. Nur das reale Kräfteverhältnis und die Einsicht in die Probleme sowie das Verantwortungsgefühl können hier gewisse Einschränkungen bewirken. Ich bin der Meinung, daß ein solches System nach und nach, wenn auch unter großen Mühen, geschaffen wird.

Ein Detail in diesem Zusammenhang. Herr Bindschedler gab ein Zitat aus meiner Zeitung "Iswestija" wieder, in dem es hieß, die friedliche Koexistenz umfasse alle Formen des Kampfes mit Ausnahme der kriegerischen Auseinandersetzung. Ich mag meine Zeitung sehr, aber ich gebe zu, daß auch dort manchmal Dummheiten geschrieben werden. Die in dem Zitat zum Ausdruck kommende Haltung deckt sich nicht mit meinem Standpunkt, und ich möchte betonen, daß darin auch nicht die Ansicht meiner Regierung zum Ausdruck kommt.

Ich bin der Meinung, daß es darauf ankommt, wenn irgend möglich friedliche Methoden ausfindig zu machen, um Konflikte zu lösen. Unsere Kritik, sagen wir an der Kissinger-Politik in Afrika, wird nicht dadurch hervorgerufen, daß Kissinger sich für eine friedliche Lösung der dortigen Probleme einsetzt, während meine Regierung etwa eine militärische Lösung anstreben würde. Vielmehr kritisieren wir, daß die Lösung, wie sie jetzt für Rhodesien vorgeschlagen wird - von der Republik Südafrika ist dabei übrigens nicht die Rede;-, eine wirkliche Unabhängigkeit für Zim Babwe nicht garantiert. So sehen nicht nur wir es, so urteilt die überwiegende Mehrheit der Afrikaner selbst. Wir wären die ersten, die den Übergang der Macht in die Hände der schwarzen Mehrheit auf friedlichem Wege begrüßen würden.

Lassen Sie mich noch einen letzten Punkt ansprechen. Natürlich ist Helsinki sehr wichtig; aber Helsinki ist nur ein Ausschnitt in einer großen und komplizierten Welt, in der wir alle leben. Vielleicht klingt es nicht allzu optimistisch, wenn ich sage, daß das Ende des 20. Jahrhundert wahrscheinlich durch sehr komplizierte und konfliktreiche Situationen in der Weltpolitik gekennzeichnet sein wird. Diese Situationen werden nicht in erster Linie, wie Herr Sommer richtig sagte, mit dem Ost-West-Problem zusammenhängen, sondern vielmehr mit der Notwendigkeit, das ganze System der internationalen Beziehungen von Grund auf neu zu gestalten. Vor allem geht es darum, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf den Grundlagen von Demokratie und Gerechtigkeit umzugestalten.

Ich bin kein Futurologe, aber ich wage dennoch vorauszusagen, daß dieser Prozeß sehr schmerzvoll vor sich gehen wird. Er wird begleitet sein von Konflikten und von Widersprüchen. Wenn wir von Entspannung sprechen, dann besteht unsere Aufgabe unter anderem darin, in das komplizierte Geflecht der internationalen Beziehungen, in dem sich Widersprüche auch ohne unser Zutun entwickeln, nicht weitere Funken hineinzuworfen. Wir sollten uns im Gegenteil darum bemühen, durch

eine vernünftige Politik und ein hohes Verantwortungsgefühl diese schwierigen Probleme, soweit es in unseren Kräften steht, positiv und relativ schmerzlos zu lösen. Denn solange die angesprochenen Probleme nicht gelöst sind, kann man von Entspannung kaum als einer globalen und unumkehrbaren Erscheinung sprechen.

Natürlich hängt die Perspektive der Entspannung mit der Lösung der überaus großen sozialen Probleme zusammen. Aber ich ziehe daraus keineswegs den Schluß, daß wir uns hinzusetzen und abzuwarten haben, bis alle Probleme gelöst sind, und wir erst dann an die Entspannung heranzugehen brauchen. In dieser weltweiten Entwicklung ist der Prozeß der Entspannung selbst eines der Elemente, die die Menschheit braucht, um mit jenen Fragen erfolgreich fertig zu werden.

Dahrendorf

Ich halte es für bemerkenswert, daß Herr Sommer und Herr Bowin als Repräsentanten zweier großer Zeitungen in Ost und West übereinstimmend sagen, bei aller Bedeutung der Entspannungspolitik würden sich die Themen der internationalen Beziehungen allmählich verändern. Diese neuen Themen werden in Zukunft zweifellos einen wesentlichen Teil unserer Energien in Anspruch nehmen.

Lassen Sie mich der Stellungnahme von Herrn Bowin noch einen Aspekt hinzufügen, auf den andere Redner hingewiesen haben. Es wurde gesagt, daß es zumindest eine sowjetische Position gibt, derzufolge die Überlegenheit der Sowjetunion sozusagen eine Voraussetzung für die Entspannung ist. Herr Gasteyer hat von der Politik der Stärke mit umgekehrten Vorzeichen und Sir John Killick von Asymmetrie gesprochen. Wenn man wünscht, wie es offenkundig alle hier am Tisch tun, daß ein Klima des Vertrauens entsteht, dann müßte ausgeschlossen sein, daß Schritte der Entspannungspolitik zumindest von einer Seite her nur Versuche darstellen, die eigene Überlegenheit zu stärken.

Ich halte diesen Punkt deshalb für so wichtig, weil Herr Bowin und andere mit vollem Recht gesagt haben, daß die Frage des Vertrauens entscheidend ist.

Löwenthal

Eine Bemerkung von Herrn Bowin scheint mir von so erheblicher Tragweite zu sein, daß sie nicht übersehen werden darf. Er sagte, Klassenkampf, Aufstände, nationale Befreiungskriege und dergleichen seien eine objektive Gesetzmäßigkeit, die vom Spannungswillen und von Entspannungsabkommen unabhängig sind. Die Sowjetunion und ihre befreundeten Staaten seien aufgrund ihrer Prinzipien verpflichtet, in solchen Fällen die Seite des Fortschritts zu unterstützen.

Um zu zeigen, welche Tragweite eine solche Doktrin hat, nenne ich einmal eine Hypothese. Stellen Sie sich vor, ein offizieller westlicher Sprecher würde sagen: Es hat in Osteuropa in den letzten 30 Jahren eine Reihe von Aufständen gegeben. Das ist offenbar eine objektive historische Gesetzmäßigkeit. Dies sind Aufstände für die Freiheit, die unseren Prinzipien entsprechen, und wir sind daher moralisch verpflichtet, solche Aufstände zu unterstützen. Dann würden Sie doch sagen: Eine solche Stellungnahme ist ein extremer Rückfall in den Kalten Krieg und mit der Entspannung völlig unvereinbar.

Nun meine ich, daß die Dinge im umgekehrten Fall nicht anders liegen. Ich habe mich gefragt, warum die Sowjetunion eigentlich einen universellen Gewaltverzichtsvertrag und eine universelle Gewaltverzichtskonferenz vorschlägt angesichts der Tatsache, daß der Gewaltverzicht schon in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt ist. Ich glaube jetzt die Antwort zu kennen: Die Sowjetunion wünscht einen Gewaltverzicht mit Ausnahmen. Und daran kann auf unserer Seite natürlich niemand das geringste Interesse haben.

Es scheint mir überdies die besondere Eigenart der sowjetischen Stellungnahmen der letzten Zeit zu sein, daß sie die Anwendung von Gewalt in Klassen- und Befreiungskämpfen auch da ermutigen, wo sie von den Beteiligten nicht unbedingt gewünscht wird. Die sowjetischen Ideologen haben von der notwendigen Unterstützung von Bürgerkriegen ausgerechnet in den Jahren zu schreiben begonnen, in denen die großen kommunistischen Parteien Westeuropas sich eindeutig von der Idee des Bürgerkrieges als Weg zur Machtergreifung abgewandt haben. So hat die Sowjetunion im rhodesischen Konflikt nicht nur betont, wie Sie sagen, Herr Bowin, daß Kissingers Vorschlag nicht wirklich zur Unabhängigkeit führe, sondern sie hat positiv dazu ermutigt, den gewaltsamen Weg zu gehen, obwohl, wie sich jetzt auf der Genfer Konferenz herausgestellt hat, ein gewaltloser Verhandlungsweg möglich ist.

Ich möchte mit allem Ernst darauf hinweisen: Wenn die Sowjetunion internationalen Klassenkampf und nationale Befreiungsbewegungen nicht nur ermutigt - was die normale Form der ideologischen

Auseinandersetzung ist und was wir gewohnt sind;- , sondern die gewaltsame Austragung dieser Konflikte ermöglicht, dann kann sie ihren Gedanken an einen neuen Gewaltverzichtsvertrag gleich in den Papierkorb werfen.

Bowin

Ich habe nicht den Eindruck, Herr Löwenthal, daß Sie meinen Diskussionsbeitrag richtig interpretieren. Ich habe darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion es selbstverständlich für ihre Pflicht hält, die Befreiungsbewegungen zu unterstützen. Eine andere Frage ist, in welchen Formen sie diese Unterstützung gewährt. Natürlich hängen diese Formen, die Ausdruck der konkreten außenpolitischen Tätigkeit des Staates sind, von der allgemeinen internationalen Lage und von den Verpflichtungen ab, die unser Land eingegangen ist. Selbstverständlich wirkt sich der Fortgang des allgemeinen Entspannungsprozesses auf den außenpolitischen Kurs eines Staates und auch auf die Formen der Unterstützung von Befreiungsbewegungen aus.

Grundsätzlich geht die Sowjetunion nach wie vor davon aus, daß nach Möglichkeit relativ friedliche Formen der sozialen Veränderungen erwünscht sind. Die Sowjetunion hat auf jede Weise gerade solche Formen der Veränderung unterstützt. Wenn es möglich wäre, etwa im Falle Rhodesien die wirkliche Unabhängigkeit auf friedlichem Wege zu erreichen und die Macht in die Hände der schwarzen Mehrheit zu übergeben, so wird die Sowjetunion dagegen niemals Einspruch erheben. Das sage ich in vollem Ernst.

Sehen wir uns das Beispiel Chile einmal näher an. Ich bin nicht allzu überzeugt davon, daß in Chile eine friedliche Rückkehr zu demokratischen Herrschaftsformen möglich ist. Bedeutet diese Feststellung, daß die Sowjetunion dort die Entfesselung eines Bürgerkrieges inspirieren wird? Auf jeden Fall: Nein. Bedeutet eine solche Feststellung aber, daß die Sowjetunion Protestbewegungen unterstützen würde, falls solche dort entstehen? Jawohl, unbedingt.

Abschließend möchte ich noch einmal meinen grundsätzlichen Gedanken bekräftigen: Die Formen, in denen die Unterstützung gewährt wird, hängen von dem allgemeinen Kräfteverhältnis in der Welt ab sowie von den Verpflichtungen, die die Sowjetunion im Rahmen des Entspannungsprozesses einget.

Acimovic

Ich sehe die Dinge nicht ausschließlich auf dem Hintergrund der Ost-West-Beziehungen. Es gibt nämlich nicht nur Ost und West auf der Welt, und Problemlösungen können nicht allein durch Abmachungen zwischen ihnen gefunden werden.

Zunächst einige Bemerkungen zur Entspannung. Kaum ein anderes Wort ist in den letzten 15 Jahren so häufig gebraucht worden, über dessen Bedeutung derart viele Meinungsverschiedenheiten bestehen. Übereinstimmung herrscht lediglich darin, daß Entspannung notwendig ist. Über die tiefergehende politische Bedeutung und ein umfassenderes politisches Konzept von Entspannung gibt es jedoch beträchtliche Differenzen, insbesondere über die Wege und Mittel, wie der Entspannungsprozeß realisiert werden und wohin er führen soll.

Ich sehe in der Entspannung einen Prozeß zur Überwindung des Kalten Krieges und seiner Folgen. Die Folgen bestehen in gestörten internationalen Beziehungen, im Blocksystem und all den anderen Aspekten, die aus jener Periode des Kalten Krieges stammen. Deshalb läßt sich ein Konzept der Entspannung nicht nur quantitativ interpretieren: weniger Spannung, mehr Zusammenarbeit, sondern es kommt auch auf qualitative Veränderungen an; es bedeutet eine neue Qualität der Sicherheit, eine neue Qualität der Zusammenarbeit und eine neue Form der internationalen Beziehungen. Das hängt sehr eng mit dem Konzept für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zusammen.

Die KSZE ist also keine reine Ost-West-Angelegenheit, sondern dabei geht es um einen gesamteuropäischen Prozeß als Teil eines weltweiten Prozesses. Er umfaßt nicht nur die drei Körbe, sondern enthält weitere Elemente, die ebenfalls Bestandteil der Schlußakte sind. Ein Punkt behandelt beispielsweise die Mittelmeerproblematik, die in keinem der drei Körbe unterzubringen ist. Und bei den Folgeproblemen geht es nicht vornehmlich um organisatorische, sondern sehr viel mehr um substantielle Fragen, wenn wir die KSZE als einen Prozeß verstehen.

Die KSZE ist eines der Hauptelemente zur Neuentwicklung der gegenwärtigen internationalen Beziehungen, und ich möchte nochmals betonen, daß die KSZE als Teil des Prozesses zur Überwindung der Folgen des Kalten Krieges zu sehen ist. Dieser Prozeß soll eine neue Qualität in die Beziehungen sowohl zwischen den europäischen Ländern als auch in der übrigen Welt bringen. In dieser Hinsicht ist die KSZE aus meiner Sicht als ein Erfolg zu werten. Diese Ansicht dürfte auch von einer Reihe anderer blockfreier Länder geteilt werden.

Damit die KSZE die Block-Teilung und die anderen Folgen des Kalten Krieges überwinden und eine neue Qualität in die Beziehungen zwischen den beteiligten Staaten einbringen konnte, mußten drei Dinge sichergestellt sein. Die erste Voraussetzung betraf den Charakter der Konferenz als ein handlungsfähiges Gremium. Es war eine gesamteuropäische Zusammenkunft, die sich nicht auf die Blöcke beschränkte. Die Verhandlungen wurden demokratisch abgewickelt. Es ist gelungen, eine angemessene Konferenzform zu finden, die dem genannten Ziel dienlich war.

Die zweite Voraussetzung betraf das Ergebnis der Konferenz, also die Schlußakte. Ich werde nur die wichtigsten Elemente nennen, die ich als grundlegend ansehe, um das gesteckte Ziel, nämlich die allmähliche Veränderung der Beziehungen zwischen den beteiligten Staaten, zu erreichen. So ist in der Schlußakte die Idee enthalten, die Blockbildung zu überwinden. Auch die Demokratisierung der internationalen Beziehungen und die weltweiten Aspekte haben ihren Ausdruck in der Schlußakte gefunden. Das gleiche gilt für die Beseitigung von Zwang und Gewalt.

Ich nenne weiterhin: Die Unteilbarkeit der Sicherheit in Europa, die gegenseitige Bedingtheit der militärischen und der politischen Aspekte der Sicherheit. Hinzu kommt ein umfassendes Konzept der aktiven Beteiligung an diesem Prozeß auf allen Ebenen: Individuen, Gruppen, Regierungen. Auch das ist in der Schlußakte berücksichtigt. Der Zusammenarbeit wird eine große Bedeutung beigemessen. In der Tat macht die Zusammenarbeit die Substanz des Konzeptes aus, um die Sicherheit und die gutnachbarlichen Beziehungen zu verbessern. Schließlich sehe ich auch - möglicherweise irre ich mich - einige grundlegende Komponenten eines Konzeptes der Blockfreiheit in der Schlußakte enthalten.

Alle diese Dinge zeigen doch, daß wir ganz erfolgreich gewesen sind und ein Dokument zustande gebracht haben, das uns in unseren Bemühungen, das anvisierte Ziel zu erreichen, von Nutzen sein kann.

Die Schlußakte ist ein sehr komplexes Dokument, das eine politische Übereinkunft begründet, die von einer politischen Konferenz auf höchster Ebene abgeschlossen wurde. Aufgrund seiner historischen Bedeutung wird jede Verletzung dieses Abkommens ernste politische Konsequenzen haben. Deshalb hat die Schlußakte einen durchaus zwingenden Charakter, obwohl sie kein rechtsverbindliches Instrument ist.

Ich möchte dann drittens noch einige Worte zur praktischen Durchführung der Schlußakte sagen. Interessanterweise hat die bisherige Diskussion nur sehr wenige Aspekte dieser Fragen berührt. Es gibt zum Beispiel eine polnisch-westdeutsche Übereinkunft, die man als einen wichtigen Schritt für die praktische Durchführung betrachten kann. Ich erinnere weiter an die jugoslawisch-italienische Übereinkunft über Grenzfragen, die verbunden wurde mit einigen Maßnahmen zur weiteren gegenseitigen Öffnung beider Länder. Ich erwähne weiterhin die Vorankündigung von Manövern - bisher in 20 Fällen;- , was ebenfalls ein wichtiger Aspekt der Durchführung der Schlußakte ist.

Ich meine, daß wir keinen Grund haben, entmutigt oder enttäuscht zu sein. Aber wir haben durchaus Gründe, noch nicht zufrieden zu sein mit der Art und Weise, wie sich die Dinge seither entwickeln. Unzulänglichkeiten zeigen sich auf allen Gebieten, und es liegt an uns allen, damit fertig zu werden. Die Gründe für die recht ernsthaften Mängel beziehungsweise für den wenig befriedigenden Stand der Durchführung sehe ich in folgenden Punkten.

Erstens ist es eine schwere Aufgabe, jedenfalls schwieriger als viele Länder vor Beginn der Konferenz erwartet hatten. Die Schlußakte stellt in ihrem Inhalt einen Kompromiß dar, und weil es sich um eine Kompromißlösung handelt, weist sie viele schwache Punkte auf, die unterschiedliche Interpretationen zulassen. Zum anderen ist diese Übereinkunft sehr schwer durchzuführen, weil sie neue Qualitäten in die internationalen Beziehungen einführt.

Zweitens besteht auf selten aller beteiligten Länder die Tendenz, wieder zu ihren jeweiligen Ausgangspunkten zurückzukehren und die Dinge erneut zu interpretieren.

Drittens ist die Durchführung der Schlußakte in starkem Maße von außerhalb der KSZE liegenden Entwicklungen beeinflusst worden, die die weltweite Situation betreffen.

Die Hauptursachen für die Verlangsamung des Entspannungsprozesses sehe ich ähnlich wie Sir John Killick in zwei Ungleichgewichten. Zum ersten ist der Entspannungsprozeß bisher überwiegend auf die nördliche Hemisphäre begrenzt worden, insbesondere auf die Beziehungen zwischen den beiden Machtblöcken. Zum zweiten ist dieser Prozeß aber auch in seiner Substanz ungleichgewichtig, vor allem im Hinblick auf die militärischen Aspekte der Sicherheit.

Das bringt mich zu meiner letzten Feststellung. Der Entspannungsprozeß hat jetzt ein Stadium erreicht, in dem er nur weitergehen kann, wenn allmählich qualitative Änderungen herbeigeführt

werden. Es liegt auf der Hand: Wenn Zusammenarbeit, Handel und wirtschaftlicher Austausch ausgeweitet werden, dann stoßen wir auf Grenzen, die es notwendig machen, dem Entspannungsprozeß eine neue Qualität zu verleihen. Diese neue Qualität ist in der Schlußakte zwischen anderen Dingen enthalten. Darum ist es nicht leicht, sie in die Praxis umzusetzen.

Rotfeld

Es ist hier viel von Enttäuschung die Rede gewesen. Ich meine, daß, Enttäuschungen immer eine Funktion bestimmter Erwartungen sind. Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang, daß ich Bundeskanzler Schmidt zitiere; er hat am 30. Juli 1975 in Helsinki gesagt: "Der Deutsche Bundestag und die Bürger meines Landes betrachten die Ergebnisse dieser Konferenz mit Anerkennung, gleichwohl aber auch ganz nüchtern. Auf Jahrzehnte der Konfrontation folgt nicht über Nacht eine Epoche der Kooperation, und für den Prozeß der Entspannung genügt auch nicht ein einmaliger Anstoß, er braucht unser aller ständiges Zutun, damit er kontinuierlich fortschreitet." Und weiter: "Es wäre gewiß falsch, beim gegenwärtigen Stand der Beziehungen zwischen Ost und West die unmittelbaren Erwartungen zu hoch anzusetzen." Ich schließe mich dem voll und ganz an. Wir sollten nicht mehr erwarten, als in der Zeit seit Helsinki in Europa bisher geschehen ist.

Es heißt oft, die KSZE habe die Politik der internationalen Beziehungen qualitativ verändert. Ich meine, man sollte diese neue Qualität in dem Sinne verstehen, daß das Ende des Provisoriums in Europa multilateral anerkannt worden ist. Die Entspannung ist sicher nicht mit den KSZE-Beschlüssen identisch. Und ich möchte weiter betonen, daß Entspannung nicht eine Politik der Stärke seitens der sozialistischen Staaten bedeutet. Die Anerkennung des Gleichgewichts war die Voraussetzung für die Entspannung. Und das Gleichgewicht spielt auch heute noch eine wichtige Rolle im Entspannungsprozeß.

Nachdem hier sehr viele negative Erscheinungen erwähnt wurden, werde ich jetzt einige positive Faktoren aufzeigen, die in Europa nach Helsinki ganz offensichtlich sind. Denn wir sollten uns um eine ausgewogene Zwischenbilanz bemühen.

Erstens: Alle Staaten Europas sowie die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada haben in verschiedener Form ihren Willen bekundet, die in Helsinki vereinbarten Regeln einzuhalten, obwohl die Schlußakte ihnen keine neuen völkerrechtlichen Verpflichtungen auferlegt. Dennoch stimme ich hier Herrn Bindschedler zu, daß eine Reihe von Bestimmungen in diesem Dokument, insbesondere die Prinzipienklärung, völkerrechtlichen Charakter hat. Natürlich werden die Bestimmungen unterschiedlich interpretiert; aber das ist ganz normal. Die Schlußakte ist kein völkerrechtlicher Vertrag, sondern, darauf wies Herr Acimovic bereits hin, ein politisches Abkommen.

Zweitens: Der Dialog zwischen Ost und West, der während der Konferenz in Helsinki und in Genf mit großer Intensität geführt wurde, wird sowohl auf der bilateralen als auch auf der multilateralen Ebene fortgesetzt. Viele Probleme, vor allem im Bereich der gesamteuropäischen Zusammenarbeit und der Rüstungsbegrenzung bleiben weiterhin offen. Da aber die Gespräche und Verhandlungen, die auf die Lösung dieser Probleme hinzielen, bereits im Gange sind, haben sich die Spannungen in Europa trotz der weiterhin bestehenden Meinungsverschiedenheiten verringert.

Nun hört man im Westen häufig, die Verpflichtungen der Schlußakte, besonders im Korb 3, seien im Grunde genommen nur für die sozialistischen Staaten geschaffen. Denn diese Bestimmungen befänden sich bereits weitgehend im Einklang mit der Praxis der westlichen Länder. Eine solche Interpretation wäre eindeutig ein Mißverständnis. Eine normale Zusammenarbeit kann sich nur auf der Grundlage der Gegenseitigkeit bei Anerkennung der Systemunterschiede entwickeln. Es ist allerdings eine offene Frage, wie man die unterschiedlichen Strukturen und Organisationen in den Lernprozeß, der nach der KSZE eingesetzt hat, einpassen kann. Jedenfalls bestätigen die positiven Erfahrungen beispielsweise in den Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland die Richtigkeit dieser Auffassung.

Drittens: Die Bestimmungen der KSZE-Schlußakte sollen die Grundlagen schaffen für eine dauerhafte Normalisierung der Beziehungen zwischen Staaten, die unterschiedlichen Systemen angehören. Die Beschlüsse sind politisch die multilaterale Bestätigung der bilateralen vertraglichen Regelungen, mit denen die Bundesrepublik die Folgen des Zweiten Weltkrieges endgültig anerkannt hat. Deshalb war ich über die Ausführungen von Herrn Arndt sehr erstaunt. Er sagte, der gegenwärtige Status quo werde zwar allseits respektiert, ohne daß man ihn aber rechtlich sanktioniere. Wenn es sich hier nicht nur um ein Wortspiel handelt, dann ist das eine *contradictio in adjecto*. Entweder sind die Grenzen anerkannt, oder sie sind nicht anerkannt. Aber solche Wortspiele finden besonders in meinem Lande ein sehr negatives Echo.

Viertens: Die Einhaltung der Bestimmungen der Schlußakte sind ein Prüfstein, wie ernst es den Staaten mit der Erfüllung der Verpflichtungen ist. Dabei kommt es vor allem darauf an, die Bestimmungen in der Praxis anzuwenden. In diesem Zusammenhang wäre es interessant zu hören, was in westlichen Ländern getan wird, um die KSZE-Bestimmungen zu verwirklichen. Von unserer Seite erwartet man immer wieder Rede und Antwort auf diesem Gebiet. Nun, in Polen sind wir auf solche Antworten vorbereitet. Aber ich habe nur sehr selten die Gelegenheit zu hören, was denn die westlichen Länder zur Verwirklichung der KSZE-Beschlüsse getan haben - besonders im Korb 3, aber auch in den beiden anderen Körben.

Fünftens: Der Prozeß, in dessen Verlauf die Struktur der internationalen Beziehungen umgebaut werden soll, ist eingeleitet worden, ohne daß bereits ein neues System entstanden wäre. Es war auch nicht zu erwarten, daß gleich nach der KSZE ein solches System entstehen würde, in dem das Gleichgewicht der Kräfte durch ein Gleichgewicht der Interessen abgelöst wird. Die positiven Veränderungen in Europa sind noch nicht irreversibel geworden. Aber wir sind tief davon überzeugt, daß die eingeschlagene Hauptrichtung stimmt. Die Einhaltung der Prinzipien und die Durchführung der in der Schlußakte enthaltenen Empfehlungen dürften ein Fundament für ein neues europäisches System schaffen.

van Voorst

Ich möchte zunächst einige Bemerkungen zu der Frage äußern, welche Perspektive die KSZE aus amerikanischer Sicht hat. Herr Löwenthal hat hervorgehoben, daß die KSZE nicht die Entspannung ist. Historisch gesehen war die KSZE ja im Grunde genommen nur ein kleiner Teil jener Gesamtpolitik, die in den deutsch-sowjetischen und deutsch-polnischen Verträgen sowie im Berlin-Abkommen ihren Ausdruck fand.

Auf der anderen Seite muß ich jedoch betonen, daß man in Washington in Kreisen des Kongresses, insbesondere aber in der amerikanischen öffentlichen Meinung die KSZE mit dem gesamten Entspannungskonzept identifiziert.

Die KSZE können die Leute begreifen; Menschen, die nicht die geringste Ahnung haben, was SALT ist, die eine MIRV nicht von einem FIAT unterscheiden können und die auch nichts von Truppenstationierung in Europa wissen, diese Menschen verstehen sehr wohl, was mit den menschlichen Faktoren in Korb 3 gemeint ist. Vielleicht erklärt das, warum der Korb 3 in Amerika intensiver diskutiert wird, als es in Europa der Fall ist, wo zum Beispiel den vertrauensbildenden Maßnahmen größere Bedeutung zukommt.

Europa und dem Ostblock mag das nicht gefallen, aber Moral und Sorge um die Menschenrechte sind wieder zu einem Hauptfaktor des politischen Denkens in Amerika geworden. Das ist nicht erst eine Folge von Vietnam, sondern geht zurück bis in die fünfziger Jahre, wo bei uns die Bürgerrechtsbewegung das auslösende Moment war. Wenn man sich die Kongreßprotokolle des vergangenen Jahres ansieht, so stellt man fest, daß wiederholt Maßnahmen vorgeschlagen und auch durchgeführt wurden, um das allgemeine Interesse an den Menschenrechten im Zusammenhang mit unserer Außenpolitik zu fördern. Ich möchte also unterstreichen, daß die KSZE zwar nicht mit der Entspannung identisch ist. Aber in den USA wird die Art und Weise, wie die Beschlüsse der KSZE durchgeführt werden, einen großen Einfluß auf die Haltung des Kongresses gegenüber MBFR, SALT und anderen Elementen der Entspannung haben.

Mein zweiter Punkt betrifft die Desillusionierung und Enttäuschung. Zweifellos stellt die Helsinki-Schlußakte eine Kompromißlösung dar; sie war der Versuch, eine Brücke zwischen zwei gänzlich verschiedenen Welten zu schlagen. Das erklärt auch die Zweideutigkeiten und die Interpretationsmöglichkeiten, die damit verbunden sind. Unglücklicherweise betreffen diese Interpretationen gerade die Dinge, die die ganze Atmosphäre belasten. Herr Arbatow zum Beispiel betonte die Gleichwertigkeit der Körbe, und er sprach dann noch einmal von der Einheit der Körbe. In seiner späteren Auslegung jedoch stellte er im wesentlichen auf die Abrüstung ab. Er sagte, wir sollten unsere Aufmerksamkeit nicht auf zweitrangige Fragen lenken. Indem man die Abrüstung an die erste Stelle setzt - lassen wir einmal beiseite, wer für den Stillstand in den Abrüstungsverhandlungen verantwortlich ist;-, versucht man zugleich, die anderen Probleme herunterzuspielen, die uns sehr wichtig sind.

Wie Herr Bertram sagte, in unserem Urteil kommt der Frage von Wissen und Information als Schritt für den Frieden die gleiche Bedeutung zu wie einer vertrauensbildenden oder einer Abrüstungsmaßnahme. Und wir glaubten, daß wir das mit dem Helsinki-Dokument erreicht hätten. Deshalb berührt es uns schmerzlich, wenn wir sehen, wie dieser Punkt neu interpretiert wird und der Informationsaustausch abgewertet wird. Ganz in Ihrem Sinne, Herr Arbatow, wir unterteilen die Körbe

nicht in mehr oder weniger wichtige Kategorien; wir meinen, daß Abrüstung genauso wichtig sein sollte wie Korb 3 - aber eben auch Korb 3 genauso wichtig wie Abrüstung.

Die gleiche Zweideutigkeit zeigte sich in dem Beitrag von Herrn Bowin. Wiederum auf der einen Seite das Plädoyer für die Entspannung, den Abbau von Spannungen. Auf der anderen Seite bekräftigte Herr Bowin aber, daß sich die Sowjetunion das Recht vorbehalten würde, Befreiungsbewegungen in der ganzen Welt zu unterstützen und diese Einflußnahme vom Konzept der Entspannung ausnehme. Auch seine spätere Klarstellung fand ich nicht zufriedenstellend. Er sagte, daß die Sowjetunion nicht von sich aus zur Rebellion oder Revolution anstiften, aber sie unterstützen werde. Ich halte es für außerordentlich schwer, hier in der Praxis die Trennlinie zu ziehen. Meiner Ansicht nach kommt das einer weltweiten Ausdehnung der BreschnjewDoktrin gefährlich nahe.

Die gleiche Zweideutigkeit sehe ich in dem Beitrag von Herrn Schmidt. Einerseits ein starkes Eintreten für die Entspannung, die Betonung des Wertes der KSZE und der Helsinki-Schlußakte. Zugleich wird aber eine Grenze gezogen. Entspannung höre dort auf, wo es um das Gesellschaftssystem geht. Die grundlegende westliche Interpretation von Helsinki bestand darin, daß sich auf dem Gebiet der Menschenrechte das Prinzip Nr. 7 auf die Einzelheiten von Korb 3 bezieht. Das schließt sogar noch Prinzip Nr. 6 der Nichteinmischung ein. Damit wird in der Tat zum Ausdruck gebracht, daß die Untersuchung, wie die Praxis der Menschenrechte in den einzelnen Ländern gehandhabt wird, nicht als Einmischung oder als Intervention in die inneren Angelegenheiten - wie die sowjetische Terminologie lautet - angesehen werden kann. Wir sehen den Hauptimpuls der Schlußakte darin, daß das Bemühen um Dinge, die wir miteinander teilen, eben auch jene Menschenrechte mit umfaßt. Das erklärt meines Erachtens auch das Ausmaß an Enttäuschung und Desillusionierung, das sich im vergangenen Jahr eingestellt hat. Ich meine, in Helsinki wurde ein grundsätzliches Einverständnis darüber erreicht, daß das, was uns wirklich verbindet, die Sorge um die Menschenrechte ist. Das ist, so sehen wir es, durch die Schlußakte zu einem internationalen Anliegen geworden.

Damit komme ich zu meinem dritten Punkt, der mit dem eben Gesagten zusammenhängt. Der amerikanische Kongreß hat im vergangenen Jahr eine Kommission eingesetzt, die den Auftrag erhielt, die Durchführung der Schlußakte durch die Signatarstaaten zu überprüfen. Leider war diese Kommission aus verschiedenen Gründen Mißverständnissen ausgesetzt; vielleicht lag das auch an der Presseberichterstattung. Ich halte es deshalb für wichtig, klarzulegen, was die Kommission darstellt und welche Ziele sie verfolgt. Diese Kommission ist seit Helsinki die einzige Institution, die formell von der Regierung eingesetzt wurde, um die Durchführung der Schlußakte zu überprüfen. Ein Zitat aus der Gründungsakte: "Die Kommission ist ermächtigt und angewiesen worden, die Handlungen der Signatar-Staaten" - hier wird kein Unterschied zwischen Ost und West gemacht - "bezüglich der Einhaltung oder Verletzung der Artikel der Schlußakte von Helsinki zu überwachen." In einem zweiten Punkt heißt es: "Die Kommission ist weiterhin ermächtigt, die Entwicklung von Programmen und Aktivitäten der Regierung der Vereinigten Staaten und von privaten Organisationen zu verfolgen und anzuregen, damit aus den Bestimmungen der Schlußakte ein möglichst großer Nutzen gezogen werden kann in dem Sinne, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Austausch von Menschen und Ideen zwischen Ost und West erweitert werden." Die Aktivitäten der Kommission beziehen sich also auch auf Korb 2, nicht nur auf Korb 3. Im Grunde genommen erstreckt sich ihre Verantwortlichkeit auf den gesamten Inhalt der Schlußakte, und sie beschränkt sich auch keineswegs darauf, ausschließlich Fakten in den Ostblockländern zu sammeln.

Diese Kommission ist in der Geschichte der Vereinigten Staaten einzigartig. Es hat lediglich eine andere Kommission gegeben, der Vertreter sowohl des Kongresses als auch der Regierung angehörten. Das hat anfangs für einige Verwirrung und Schwierigkeiten in Washington gesorgt, die jedoch inzwischen gelöst sein dürften. Außenminister Kissinger und die Regierung waren zunächst besorgt, daß die Rolle der Kommission schwierig sein würde - da sowohl die Exekutive als auch der Kongreß daran beteiligt sind;- , um eine direkte Einmischung in die Belange der Außenpolitik zu vermeiden.

Leider hat Herr Marks, als er zwei Wochen nach der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki die Sowjetunion und eine Reihe von osteuropäischen Ländern besuchte, die Erfahrung gemacht, daß er dort mit offenen Armen empfangen und mit großer Begeisterung aufgenommen wurde. Fünfzehn Monate nach Unterzeichnung der Schlußakte suchte unsere Kommission um Visa nach, um eine Überprüfungs- und Diskussionsreise in die Sowjetunion und die anderen osteuropäischen Länder anzutreten. Das wurde abgelehnt, was die Mitglieder der Kommission als eine Verletzung des Geistes von Helsinki ansahen. Sie mußten sich entscheiden, wie sie auf eine solche Weigerung reagieren sollten. Es hat Stimmen gegeben, die Außenminister Kissinger und die Regierung drängten, dagegen formell zu protestieren und die Angelegenheit hochzuspielen. Statt dessen haben sich die, wie ich meine, vernünftigeren Leute durchgesetzt, und es wurde nichts daraus gemacht, außer daß die

Kommission diese Entscheidung bedauerte, in der Hoffnung, die Tür für einen späteren Dialog offenzuhalten.

Wie Sie vielleicht wissen, ist die Kommission inzwischen in Europa gewesen, hat 18 europäische Länder besucht und mit Hunderten von Leuten gesprochen. Vor ihrer Abreise aus London in der letzten Woche gab die Kommission erneut ein Statement heraus, aus dem ich einige Zitate bringen will, weil darin deutlich wird, wie sehr es der Kommission um Zusammenarbeit geht und sie sich eben nicht als Tribunal in irgendeinem Sinne versteht. Ich zitiere: "Es ist wichtig, eine ausgeglichene Bewertung der Auswirkungen der Schlußakte von Helsinki auf der Belgrader Konferenz zu erreichen. Es ist weiterhin wichtig, auf dieser Konferenz die notwendigen Schritte zu unternehmen, um unbefriedigende Praktiken westlicher Länder zu korrigieren." Ich darf hinzufügen, daß die Kommission regelmäßig Dinge festgehalten hat, die im Westen einer Änderung bedürfen, damit man mit einer sauberen Weste nach Belgrad gehen kann.

Lassen Sie mich nur noch den letzten Absatz verlesen: "Trotz der Weigerung der sieben Staaten des Warschauer Paktes, die Mitglieder der Kommission anlässlich ihrer Studienreise durch Europa zu empfangen, bleiben wir weiterhin sehr daran interessiert, Fragen der Auslegung und der praktischen Durchführung der Schlußakte von Helsinki im Osten so umfassend und so freimütig zu diskutieren, wie wir es im Westen tun konnten."

Bertsch

Herr van Voorst, hätten Sie Verständnis für die Auffassung im Osten, daß auch der Westen hinsichtlich vertrauensbildender Maßnahmen einiges einzubringen hätte? Ich frage das angesichts Vietnam, angesichts der Enthüllungen über Aktivitäten von halblegalen oder illegalen Institutionen der Vereinigten Staaten und auch angesichts der innenpolitischen Krise in Ihrem Lande. Ich sehe ein wenig die Gefahr, daß man bei Ihnen versucht, so eine Art Einheit der Nation herzustellen, indem man schlicht behauptet, mit Verletzungen der Menschenwürde sei es in anderen Ländern eben weit schlimmer bestellt als in Ihrem eigenen Bereich.

van Voorst

Was meinen Sie in diesem Zusammenhang mit "Einheit der Nation"?

Bertsch

Wenn ich die Situation in den Vereinigten Staaten richtig beurteile, gibt es in Ihrer Gesellschaft sehr große Interessenkonflikte und Widersprüche, insbesondere hinsichtlich einer Art, ich zitiere Sie selbst, moralischen Regenerierung.

van Voorst

Wir sind eine lebendige Gesellschaft.

Bertsch

Meine Frage war: Ist das besondere Insistieren darauf, Dinge des Korbes 3 zu überprüfen und dafür zu sorgen, daß die Realisierung in anderen Ländern möglichst rasch und umfassend erfolgt, nicht auch ein Ausdruck der innenpolitischen Situation in Ihrem Land?

van Voorst

Nein, das glaube ich nicht. Die gegenwärtige Dynamik unserer Gesellschaft ist ein Rückgriff auf das, was unsere Nation ursprünglich einmal war, auf jene Werte, die wir während der letzten 200 Jahre hochgehalten haben. Wir haben Fehler begangen - diese Erkenntnis wird heute wohl überall in den Vereinigten Staaten geteilt;- , als wir diese Werte übersahen oder vergaßen, als wir uns auf so etwas wie Vietnam einließen, was sich als ein schwerer Irrtum für unser eigenes System erwies. Die Betonung von Moral und Menschenrechten heute ist nichts anderes als eine Rückkehr zu unseren Grundwerten der Vergangenheit.

Blech

Herr Bertsch, die Berufung auf den einen oder anderen Teil der Schlußakte wird doch nicht dadurch illegitim, daß sie gewissen innenpolitischen Gegebenheiten entspricht. Sollten Sie das gemeint haben, wird es große Schwierigkeiten geben. Denn selbstverständlich ergeben sich vor allem in einer

parlamentarischen Demokratie eine ganze Reihe von Forderungen, an denen wir interessiert sind, aus dem, was in unserer öffentlichen Meinung als Erwartung formuliert wird.

Wenn Sie Ihr Argument weiterführen, Herr Bertsch, kommen wir sehr schnell an den Punkt, wo es dann heißt, hier werde die Schlußakte von bestimmten, nie näher definierten entspannungsfeindlichen Kräften invoziert; deshalb sei eine Berufung auf die Schlußakte schon illegitim.

Merzyn

Genau wie anderen Rednern geht es mir darum, bei unterschiedlichen Systemen und Zielvorstellungen nach gemeinsamen Interessen und Lösungen zu suchen. Die Diskussion macht deutlich, wie sehr wir uns mit der Entspannungspolitik noch in einem Lernprozeß befinden und wie behutsam wir mit unseren Erwartungen und Feststellungen sein müssen. Es läßt sich noch nicht sagen, ob das bisher Erreichte als gelungen zu bezeichnen ist, wenn auch gegenüber den letzten 10, 20 oder 30 Jahren Fortschritte und Verbesserungen zu verzeichnen sind.

Wenn wir von Entspannung und Abrüstung sprechen, müssen wir betonen, daß es einen Zustand der Spannungslosigkeit natürlich nie geben kann. Es kann auch keine totale Abrüstung geben. Ich wage sogar zu sagen, daß es sie gar nicht geben darf, wenn Sicherheit gewährleistet sein soll. Es geht aber bei Entspannung wie bei Abrüstung in jedem Falle um Minderung, um Begrenzung, um Kontrollierbarkeit. Wir müssen auch in Erinnerung behalten, daß die Entspannung ihrerseits neue Spannungen schaffen kann.

Wir befinden uns in einem permanenten Widerspruch zwischen Rivalität, Wettbewerb, Konfrontation einerseits und Zusammenarbeit, Verständigung, Vertrauensbemühungen andererseits. Deswegen sind Spielregeln notwendig, um zwischen zwei sehr unterschiedlichen Systemen den Frieden sicherer, den Krieg vermeidbarer und die beiderseitigen Rüstungen kontrollierbarer zu machen.

Ich komme in diesem Zusammenhang noch einmal auf den Begriff der friedlichen Koexistenz zurück. Wenn darunter verschärfter nationaler und internationaler Klassenkampf unter Einsatz aller Mittel mit Ausnahme kriegerischer Auseinandersetzungen verstanden wird, dann steht die friedliche Koexistenz im Gegensatz zur Entspannung. Und da es nach dieser Vorstellung gerechte - der leninistischen Revolutionstheorie zufolge;- das heißt geschichtsnotwendige Kriege geben kann, ist der Zustand ohne Krieg, den wir in Europa seit 31 Jahren haben, für die Zukunft keineswegs gesichert. Daher unsere gemeinsame begründete Sorge in Ost und West.

Herr Schmidt sprach von ideologischem Wettstreit und nicht von ideologischem Kampf. Dies ist mehr als ein Spiel mit Worten, deshalb begrüße ich diese Formulierung. Es kommt zwischen Ost und West schon darauf an, ein weniger militantes, weniger aggressives Vokabular zu gebrauchen. Es geht im Sinne einer geistigen Auseinandersetzung darum, die Unterschiede von Freiheit, Vielfalt und Individualität auf der einen Seite gegenüber Kollektivismus, Sozialismus und zentral geplanten Staatswirtschaften auf der anderen Seite deutlich zu machen.

Wir sind wohl alle der Überzeugung, daß der politischen die militärische Entspannung - in ständigem Wechselspiel - folgen muß. Andererseits stellen wir überall eine beispiellose Aufrüstung fest, aber auch eine zunehmende wirtschaftliche Kooperation, die sicherlich manche politischen Schwierigkeiten erleichtern kann. Allerdings darf es bei dieser ökonomischen Kooperation und dem technologischen Transfer nicht zu Machtverschiebungen kommen. Ich denke dabei auch an die zunehmende Verschuldung der Oststaaten, die nicht nur ökonomische und finanzielle, sondern auch psychologische, politische und militärische Auswirkungen hat beziehungsweise haben kann.

Es ist sicher richtig, daß alle drei Körbe der KSZE interdependent und insgesamt als gleichwertig zu sehen sind. Je sicherer man sich geistig, ökonomisch und machtpolitisch seines eigenen Systems ist, desto bereitwilliger kann man zum Dialog, zu menschlichen Erleichterungen sein, und um so eher wird sich die Vertrauenslücke schließen. Je unsicherer man sich seiner eigenen Position ist, desto mehr muß man auf Abgrenzung und Kontrolle, auf Mißtrauen und aggressive Schärfe abstellen.

Ich komme gerade von einer Reise aus der Sowjetunion zurück. Die Sowjetunion als europäische Großmacht und globale Führungsmacht im Osten sieht, wie wir alle wissen, gegenüber Amerika und China die Gefahr eines Zweifrontenkrieges; sie weiß auch nicht, wie sich in einem Konfliktfalle andere Teile Europas verhalten werden. Als SALT II und MBFR keine Fortschritte zeitigten, hat sich die Sowjetunion nicht nur zur Auf-, sondern auch zur Umrüstung entschieden, vielleicht aus ihrer Sicht auch entscheiden müssen, aus einem traumatisch überdimensionierten Sicherheitsbedürfnis heraus.

Die Sowjetunion strebt auf allen Gebieten die Parität an. Das ist nicht nur eine politische und militärische, sondern auch eine wichtige psychologische Perspektive. Daher der Flottenaufbau und die

enorme Entwicklung von Raketen- und Weltraumfahrt. Parität - Gleichheit aller Kräfte;- , die das Ziel aller sein müßte, wird aber unterschiedlich bewertet. Die Tragödie scheint zu sein, daß jeder aufrüstet, weil er Vorsprung und Überlegenheit des anderen befürchtet beziehungsweise die eigene Unterlegenheit und politische Erpreßbarkeit.

Da die Sowjetunion nicht an allen Fronten ihres Riesenraumes gleich stark sein kann, hat sie zwei Schwerpunkte ihrer Abwehr und Abschreckung geschaffen: Westeuropa sowie Nah- und Mittelost. Gegen diese Schwerpunkte sind die Mittelstreckenraketen installiert. Die defensive Sowjetunion ist hier zu einer offensiven Strategie übergegangen, um vermeintlichen Bedrohungen begegnen zu können. Auf der anderen Seite kennen sie das Wort des 25. Parteitages: "Friedenserhaltung durch Überlegenheit". Das klingt für westliche Ohren natürlich mehr als problematisch.

Wenn wir die Weltentwicklung insgesamt mittel- und langfristig betrachten, müßten wir weniger über das Ost-West-Verhältnis als vielmehr über globale Probleme sprechen. Dann würden wir schnell die Relativität unserer Schwierigkeiten und Gegensätze erkennen, und die notwendige Interessenparallelität würde uns geradezu aufgezwungen. Stichwort ist der Nord-Süd-Dialog. Die Sowjetunion weist mit Recht darauf hin, welche Anstrengungen sie machen mußte, um ihre riesigen eigenen Entwicklungsgebiete zu modernisieren und zu industrialisieren. Die Sowjetunion kann mit Recht stolz auf ihre Leistungen sein; sie hält den Vergleich mit den angrenzenden Entwicklungsländern sehr zu ihrem Vorteil aus.

Aber eine Weltmacht sein heißt, nicht gefragt zu werden, was man tun möchte, sondern was man tun muß. Deshalb wird die Sowjetunion auch bei der Unterstützung der unterentwickelten Gebiete in der Zukunft stärker als in der Vergangenheit in Anspruch genommen werden müssen. Der Weltfrieden erfordert ein stärkeres Engagement von Ost und West in der südlichen Hemisphäre. Um unserer eigenen Überlebensfähigkeit willen müssen Ost und West in Zukunft sehr viel größere Anstrengungen gemeinsam unternehmen, um eine neue internationale Ordnung zu schaffen. Dabei geht es um mehr als nur um ökonomische Probleme. Ich denke etwa an das Spannungsverhältnis von Ökonomie und Ökologie, das zunehmend auch ein östliches Thema wird. Ich erinnere weiter an die Diskrepanzen zwischen gesellschaftlichen und technologischen Strukturen, zwischen "Realpolitik" und ethischen Wertvorstellungen.

Durch mehr Gemeinsamkeit bei der Lösung globaler Fragen könnten die Zusammenarbeit zwischen Ost und West, die Bemühungen um Entkrampfung und Entspannung, um Kriegsverhütung, Friedenssicherung und Abrüstung im europäischen Raum gestärkt werden und damit eine begründete Hoffnung auf eine bessere, das heißt stabilere Zukunft in Europa und in der Welt bestehen.

Shulman

Ich möchte einige der aufgeworfenen Fragen so analytisch wie möglich behandeln. Ich spreche nur für mich selbst als jemand, der seine Regierung häufig kritisiert hat, wenn er den Eindruck hatte, daß die Vereinigten Staaten unklug, irrational und prinzipienlos handelten. Ich gehe also die Probleme nicht in einem Geist der Selbstgerechtigkeit an. Allen hier am Tisch geht es offenbar um realistische Erwartungen für unsere Beziehungen und um den konstruktiven Versuch, das Belgrader Treffen so effektiv wie möglich durchzuführen im Sinne unserer gemeinsamen und allgemeinen Interessen.

Ich halte es für sinnvoll, dem Vorschlag von Richard Löwenthal zu folgen und die Probleme von Helsinki und der KSZE im Gesamtrahmen der Ost-West-Beziehungen zu behandeln. Einige Beiträge hier klangen recht entmutigend. Ich teile diese Enttäuschung nicht. Wenn wir einmal überlegen, wo wir noch vor einem Jahrzehnt standen, dann müssen wir feststellen, daß ein bemerkenswerter Wandel stattgefunden hat. Wir treffen uns hier in Deutschland, das sich vor einem Jahrzehnt noch in einem Zustand der Machtlosigkeit befand und das sowohl territorial als auch politisch eine der Hauptstreitfragen in den Ost-West-Beziehungen darstellte. Obwohl noch vieles zu tun bleibt, hat sich diese Konfliktquelle doch erheblich verringert. Ebenso hat es beträchtliche Fortschritte gegeben, was Dialog und Verständigung angeht. Eine Zusammenkunft wie diese hier wäre vor einem Jahrzehnt kaum möglich gewesen. Auch haben sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West in den letzten zehn Jahren erheblich weiterentwickelt.

Dennoch gibt es auf beiden Seiten Gründe für eine Enttäuschung, wenn man sich etwa die Situation beim ersten SALT-Abkommen 1972 im Vergleich zu Helsinki vor Augen hält. Der militärische Wettbewerb, nur leicht abgeschwächt, hält weiterhin an; in gewisser Hinsicht wurde er durch die Verhandlungen sogar noch angeregt. Das Niveau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West hat ebenfalls die Erwartungen auf beiden Seiten nicht erfüllt, und auch der politische Wettstreit hat sich nicht verringert. Selbst ein bescheidenes Maß an Zurückhaltung, das man erwartet hatte, ist nicht eingetreten.

Was können wir tun, um diese Situation zu verbessern? Wir sollten uns daran erinnern, daß Helsinki von beiden Seiten aus sehr unterschiedlichen Gründen eingegangen wurde; jede Seite verfolgte damit andere Ziele und hatte andere Erwartungen. Daß man im Schlußkommunique zu einer gemeinsamen Sprache fand, bedeutete ja nicht, daß Interessen und Absichten übereinstimmten. Die Sprache des Kommunique hat lediglich die unterschiedlichen Erwartungen vertuscht, und man sollte sich daher nicht darüber hinwegtäuschen, daß noch viele Unterschiede bestehengeblieben sind.

Bis zu einem gewissen Grade war Helsinki für beide Seiten ein Glücksspiel. Denn jede Seite erwartete ja, daß die Konferenz als solche und die erhoffte Klimaverbesserung von größerem Nutzen für die eigene als für die andere Seite sein würde. Auch heute noch meint jede Seite, die in Bewegung geratenen Dinge würden sich langfristig zu ihrem eigenen Vorteil entwickeln.

Aus der Sicht der Sowjetunion war ein wichtiger Faktor der Helsinki-Konferenz, daß sie dazu beitragen werde, die Situation in Osteuropa zu konsolidieren. Man erwartete, daß die Anerkennung der Grenzen die sowjetischen Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern stabilisieren würde. Außerdem wollte die Sowjetunion versuchen, ihren politischen Einfluß in Europa durch die Veränderung des Klimas zu verbessern. Schließlich erwartete man als Ergebnis der Klimaverbesserung eine Steigerung des Handels und des technologischen Austausches.

Aus westlicher Sicht war die grundlegende Erwartung, daß in der Frage der europäischen Sicherheit etwas Sinnvolles getan werden könnte. In gewissem Maße bestand wohl auch, zumindest in Teilen des Westens, ein Interesse an einer Ausweitung des Handels. Sodann stellt das Interesse an den Menschenrechten ein fundamentales Anliegen der öffentlichen Meinung dar, das tief in den Einstellungen der Menschen verwurzelt ist. Dem entsprach zugleich, besonders in Europa, weithin das Gefühl, daß die Idee von einem Europa, das über die Ost-West-Grenze hinausgeht, neu begründet werden könnte.

Unterschiede gab es nicht nur in den Erwartungen und politischen Zielsetzungen, sondern sie zeigten sich auch im Verhandlungsstil. Ich sehe auf sowjetischer Seite eine Tendenz, anzunehmen, daß es ein wesentlicher Fortschritt wäre, wenn man sich über allgemeine Prinzipien einigen könnte. Beispielsweise: Wenn man die Vereinigten Staaten dazu bringen könnte, ein Dokument über grundlegende Prinzipien zu unterzeichnen, das die USA etwa an das Prinzip der friedlichen Koexistenz bindet oder ihr Zurückhaltung in Konflikten auferlegt. Offenbar ist die sowjetische Seite der Auffassung, Konferenzen an sich seien sinnvoll und könnten einen entscheidenden Beitrag zur Lösung von Streitfragen leisten. So bestand anscheinend der Eindruck, schon die Tatsache, daß in Helsinki eine Konferenz stattfand, sei ein Erfolg im Sinne der Verwirklichung der sowjetischen Politik der friedlichen Koexistenz. Genauso verhält es sich gegenwärtig; man meint, wenn man nur eine Weltabrüstungskonferenz abhalten könnte, würde das schon irgendwie einen Fortschritt darstellen. Und was allgemeine Gewaltverzichtserklärungen angeht, so scheint die sowjetische Seite dem Glauben anzuhängen, das sei bereits ein Weg, um wesentliche Fragen zu behandeln.

Auf westlicher Seite sehe ich hinsichtlich des Stils die Neigung, nach spezifischen und konkreten Handlungsmöglichkeiten Ausschau zu halten, mit denen die Probleme in Angriff genommen werden können. Möglicherweise ist die jetzige Einstellung der Öffentlichkeit im Westen eine negative Reaktion darauf, daß die Erwartungen, die durch die Konferenz, durch Gipfeltreffen und allgemeine Erklärungen geweckt worden waren, sich nicht in konkreten Handlungen niedergeschlagen haben.

Welche konkreten Schritte sind in den verschiedenen Bereichen der Ost-West-Beziehungen durchführbar?

Nehmen wir zunächst Korb 1 und behandeln die europäische Sicherheit. Die Diskussion über ein europäisches Sicherheitssystem, wie sie in Helsinki geführt wurde, entbehrt, wie mir scheint, einer wirklichen Basis. Es hat wenig Sinn zu leugnen, daß wir es hier mit einer konfliktgeladenen Situation zu tun haben, die von rivalisierenden Interessen gekennzeichnet ist. Die Frage ist, ob dieser Wettkampf so ausgetragen werden kann, daß die Kriegsgefahr verringert wird. Seit Helsinki hat es sowohl in Ost- wie auch in Westeuropa bedeutende politische Veränderungen gegeben, die für die europäische Sicherheit von Belang sind.

In Osteuropa gibt es offenkundig erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten, die vielleicht politische Folgen haben werden. Dies trägt zur Instabilität der gegebenen Situation bei. Auch Westeuropa befindet sich in einer Periode tiefgreifender Veränderungen im politischen und sozialen Leben der einzelnen Länder, so daß sie sich auf unterschiedlichen Bahnen bewegen. Darüber hinaus wichen einige Entwicklungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten stark voneinander ab. Unter anderem ist in einigen Ländern eine Polarisierung des politischen Lebens zu beobachten.

In manchen Ländern hat es eine Verschiebung nach links gegeben, wobei an dieser Entwicklung interessant ist, daß der Linksruck nicht dem leninistischen Entwicklungsmodell gefolgt ist. Vielmehr zeigte sich im radikalen politischen Denken in Europa ein wiedererwachtes Interesse an einigen der älteren Vorläufer der Sozialdemokratie, die gegenwärtig wieder lebhaft diskutiert werden. Daraus könnte vielleicht eine politische Bewegung hervorgehen, die sich von dem, was wir in den letzten Jahren erlebt haben, sehr unterscheidet. Demgegenüber waren nach 1919 andere Varianten des Marxismus - nicht des Leninismus - in der Diskussion, als wir sie heute sehen. Das ist eine völlig neue Situation, die die politische Landkarte auf merkwürdige Weise zu verändern verspricht. Dies beeinflußt in erheblichem Maße unsere Auffassungen von Sicherheit, Blöcken, Bündnissen und grundlegenden politischen Trends.

Der Korb 1 enthält auch die Frage des militärischen Gleichgewichts. Es ist bereits viel über die militärische Aufrüstung gesagt worden, wobei es wenig Klarheit gibt. Ich stimme der Ansicht zu, daß ein Großteil dessen, was in den letzten Monaten in den Vereinigten Staaten über die sowjetische Aufrüstung geschrieben worden ist, übertrieben war und vielleicht nicht hinreichend die Wechselwirkungen berücksichtigt hat. Trotz dieses Zugeständnisses, das ich der sowjetischen Seite damit mache, muß ich andererseits zum Ausdruck bringen, daß viele Dinge im sowjetischen Militärprogramm schwerverständlich bleiben. Dies ist eine fortdauernde Quelle der Beunruhigung selbst von Leuten, die kein Interesse daran haben, daß die Spannungen zunehmen oder der Kalte Krieg bis in alle Ewigkeit verlängert wird.

Es ist hier erwähnt worden, daß es besonders im Hinblick auf Europa schwer zu verstehen ist, welche strategischen Überlegungen dazu geführt haben, den sowjetischen Mittelstreckenraketen eine 3. Stufe hinzuzufügen. Es ist für uns gleichermaßen schwer verständlich, welchen Zwecken die Verstärkung der sowjetischen Truppen in Europa, ihre Modernisierung, Mobilität und Feuerkraft dient. Derartige Dinge können kaum in Übereinstimmung gebracht werden mit dem Wunsch, die Lage in Europa zu stabilisieren, wie es hier einige Teilnehmer zum Ausdruck gebracht haben.

Ein zentraler Punkt sowohl von sowjetischer wie auch von amerikanischer Seite betrifft die unzulängliche politische Kontrolle der militärischen Entwicklungen. Diesem Thema müssen wir uns stellen, wenn wir den Rüstungswettlauf in Grenzen halten wollen. Der gegenseitige Informationsaustausch über militärische Entwicklungen ist bisher ebenso oberflächlich wie völlig unzureichend gewesen. Die Ergebnisse der Diskussionen in Helsinki über vertrauensbildende Maßnahmen, über die Ankündigung von Manövern und dergleichen sind in der Tat sehr dürftig gewesen und auch nur unzureichend verwirklicht worden. Es hat nur einige Gesten in diese Richtung gegeben, die die Frage der europäischen Sicherheit kaum ernsthaft berühren. Wir sollten nicht so tun, als ob wir damit schon sehr viel erreicht hätten.

Bei den Wiener Gesprächen über Truppenreduzierung in Europa haben wir uns in eine Sackgasse hineinmanövriert, vor allem deshalb, weil sich beide Seiten in eine Grundsatzdiskussion verrannt haben, und zwar darüber, was Gleichgewicht der Kräfte bedeutet, ob damit nur ausgewogene Truppenreduzierung oder auch Senkung auf das gleiche Niveau gemeint ist. Solange die Debatte auf dieser Ebene fortgesetzt wird, werden wir kaum einen Fortschritt erzielen. Das dürfte nur dann möglich sein, wenn wir uns über konkrete Dinge unterhalten, wie über Truppenstärken, Anzahl der Panzer, der taktischen Kernwaffen und so weiter, wobei dies auf der Basis eines im wesentlichen asymmetrischen Gleichgewichts der europäischen Militärstrukturen geschehen muß. Aber selbst wenn wir dazu in der Lage wären, sollten wir uns nicht vormachen, daß damit schon viel bewirkt sei. Selbst wenn es uns gelingen sollte, Truppenreduzierungen in der Größenordnung von 10 Prozent zu erreichen, wäre Europa im Grunde kein bißchen sicherer, als es heute ist.

Angesichts der Interessen der beiden Länder und der beiden Seiten in Europa ist es zumindest unwahrscheinlich, daß Reduzierungen in einer Größenordnung, die annehmbar wäre, wesentlich zur europäischen Sicherheit beitragen würde.

Aber wir können etwas anderes tun, das größere Bedeutung hat, indem wir nämlich bei den gegenwärtig stattfindenden Truppenverstärkungen einige Zurückhaltung üben. Derartige Truppenverstärkungen haben eine destabilisierende Wirkung. Die politische Führung auf beiden Seiten sollte sich fragen, ob damit überhaupt die Sicherheit erhöht wird, ob dadurch nicht vielmehr eine noch unsicherere und gefährlichere Situation geschaffen wird.

Ich will mich jetzt nicht mit den SALT-Problemen beschäftigen. Ich selbst bin sehr besorgt, daß die Weiterentwicklung der strategischen Waffen die Instabilität erhöht und eine wirksame Rüstungskontrolle zunehmend erschwert. Dabei haben wir uns noch nicht einmal der Frage zugewandt, wie es denn um unsere eigenen Interessen an einer Stabilisierung des Wettrüstens

bestellt ist - selbst wenn die Absprachen von Wladiwostok vertraglich festgelegt würden. Ich meine, daß in dieser Hinsicht beide Seiten ein gerüttelt Maß an Schuld tragen.

Außerdem gibt es die sehr wichtige Thematik der Proliferation, die alle Länder in entscheidender Weise angeht. Es ist im Ost-West-Zusammenhang notwendig, daß wir uns der Frage der friedlichen Kernexplosionen stellen, die bislang ein Hindernis für ein Abkommen und zugleich für ein umfassendes Testverbot gebildet hat. Es ist aber auch eine Reihe wichtiger Fragen im Westen selbst offen, die das Problem der Kernenergie und die Art und Weise, wie sie in unsere Wettbewerbsbeziehungen einzubeziehen ist, betreffen.

Schließlich gibt es in Korb 1 und im Zusammenhang mit dem Sicherheitskomplex die Frage der politischen Zwänge. Es sind jene Konflikte angesprochen worden, die sich in anderen Teilen der Welt - in Afrika, Asien, Lateinamerika oder sonstwo - fortsetzen. Ob man diese Konflikte nun mit der Doktrin nationaler Befreiungsbewegungen, oder wie immer die Formulierungen lauten mag, rechtfertigt - Tatsache ist, daß die Einmischung in solche lokalen Konflikte und die Einschleusung von Waffen in diese Gebiete nichts weniger als selbstmörderisch ist. Das bewegt sich in Dimensionen, die rational nicht zu rechtfertigen sind. Dies erfordert Bemühungen auf allen Seiten.

Ich komme jetzt zu Korb 2, der die Entwicklung des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zum Inhalt hat. Selbstverständlich besteht hier ein Zusammenhang zu den beiden anderen Körben; denn eine Ausweitung des Handels hängt teilweise von Fortschritten in den beiden anderen Körben ab. So scheiterte das amerikanisch-sowjetische Handelsabkommen unter anderem deshalb, weil im Jackson Amendment eine Verknüpfung zwischen dem Handel und der jüdischen Auswanderung vorgenommen wurde. Ich habe das als einen Fehler angesehen, und es hat sich gezeigt, daß dies keine kluge Vorgehensweise war. Ich könnte mir vorstellen, daß vielleicht in den ersten Monaten des kommenden Jahres in den Vereinigten Staaten der Versuch gemacht wird, die Handelsgesetzgebung zu überprüfen. Aber selbst wenn das Thema der jüdischen Auswanderung keine Rolle mehr spielt, wird es andere Themen geben, die jetzt Beachtung finden. Der lauernde Zweifel und die Unsicherheit im Hintergrund der nationalen Politik, ob die Entwicklung des Handels und der Ressourcentransfer, insbesondere bei den hochentwickelten Technologien, gerechtfertigt ist in einer Zeit, wo die militärischen Beziehungen unklar bleiben, werden dann in den Vordergrund treten und mehr Aufmerksamkeit als bisher erlangen, selbst wenn es uns gelingt, die Frage der jüdischen Emigration beizulegen.

Neben den direkten wirtschaftlichen Beziehungen erwähne ich noch die großen weltweiten Themen, zum Beispiel die Nord-Süd-Problematik, wo Ost und West sehr viel enger zusammenarbeiten könnten, als es bisher der Fall war. Ich denke weiter an Umweltschutz, Rohstoffreserven und Nahrungsmittel. In diesen Fragen lassen sich durchaus übereinstimmende Interessen zwischen Ost und West feststellen.

Schließlich Korb 3, der die Menschenrechte und den Austausch von Ideen und Informationen umfaßt. Sicher kann man die Menschenrechte nicht einfach im Stil einer politischen Offensive gegen die Sowjetunion einsetzen. Manche mögen das beabsichtigen. Aber ich halte es andererseits für falsch, wenn die Sowjetunion Bemühungen in dieser Richtung allein als politische Offensive versteht. Es hat in diesem Punkt eine tiefgreifende Meinungsbildung der Öffentlichkeit im Westen stattgefunden, auf jeden Fall in den Vereinigten Staaten.

Damit ist das Thema des einzelnen Menschen und seiner Stellung in den internationalen Beziehungen in den Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit gerückt. Teilweise ist dies das Ergebnis unserer eigenen Erfahrungen und Traumata. Vielleicht hatten wir in den letzten Jahren das rechte Maß verloren, wie die unvermeidliche Spannung zwischen Machterwägungen und moralischen Prinzipien in den internationalen Beziehungen ausgeglichen werden kann. Das ist ein echtes Problem.

Wenn zum Beispiel im amerikanischen Kongreß über die Erfüllung dieses Punktes von Helsinki diskutiert wird, dann sehe ich unter den Mitgliedern des Kongresses, die sich bei dieser Frage engagiert haben, eine tiefgreifende Besorgnis, und zwar nicht, weil sie auf diese Weise die Sowjetunion attackieren oder die Entspannung aufhalten wollen. Sie richtet sich im gleichen Maße gegen entsprechende Dinge in der amerikanischen Außenpolitik.

Auf sowjetischer Seite gibt es eine vielleicht erklärliche Abwehrhaltung gegenüber Einflüssen auf die Bevölkerung in Osteuropa, die in Zusammenhang mit erweiterten Kontakten und Rundfunksendungen gebracht werden. Dieses Problem läßt sich am ehesten verstehen, wenn man sich klarmacht, daß hier Interessen der Sicherheitsbehörden tangiert werden, und da sind Veränderungen schwierig und gehen nur langsam vor sich. Dennoch bin ich der Auffassung, daß bei den Menschenrechten Verbesserungen erreicht werden können, ohne daß die legitimen Interessen der Sowjetunion und der anderen Regierungen in Osteuropa gefährdet werden.

So dürfte es zum Beispiel möglich sein, in der Frage der Familienzusammenführung größere Fortschritte zu erzielen. Ich führe jetzt keine Prozentzahlen an; aber es dürfte kaum die Macht der Sowjetunion untergraben, wenn man die menschliche Frage etwas offener und unbürokratischer angeht. Das gleiche trifft sicher auf die Auswanderung zu. Ich nenne weiter die neue Steuer auf den Versand von Paketen, die nahezu konfiskatorischen Charakter hat, oder die Reisebeschränkungen, die zu entsprechendem Verhalten auf der anderen Seite geführt haben. Ich sehe keinen rechten Grund, warum wir in solchen Fragen keinen Fortschritt erzielen sollten.

Es gibt auf beiden Seiten Visa-Probleme, die wohl größtenteils bürokratisch bedingt sind und die man lösen könnte, ohne die Autorität irgendeiner Regierung in Frage zu stellen. Fortschritte dürften auch möglich sein beim Austausch von Büchern und Zeitungen sowie bei Rundfunksendungen. Und, Herr Bowin, ich glaube auch nicht, daß wir bis zum Ende dieses Jahrtausends mit solchen kleinen Schritten warten müssen. Wir brauchen auch nicht die Auflösung der Blöcke oder die Eliminierung der Kernwaffen abzuwarten. Denn diese bescheidenen Schritte im menschlichen Bereich bedrohen nicht das eigentliche Kontrollsystem einer Gesellschaft. Und doch sind sie wichtig, und sie würden sich zweifellos auf das Klima der öffentlichen Meinung in den westlichen Ländern, auch in den Vereinigten Staaten, positiv auswirken. Sie würden auch die Entwicklung in den beiden anderen Körben begünstigen.

Arbatow

Lassen Sie mich auf einige Themen eingehen, die in der Diskussion behandelt wurden.

Ich möchte besonders betonen, daß sich in der Tat das Kräfteverhältnis zwischen Ost und West verändert hat. Ja, ich füge hinzu - und in dieser Beurteilung dürften viele Menschen in meinem Lande mit mir einig sein: Wäre das Kräfteverhältnis unverändert geblieben, dann hätte sich die Einstellung des Westens unseren Ländern gegenüber kaum geändert, und es wäre nicht zu den fruchtbaren Verhandlungen gekommen. Mit Kräfteverhältnis meinen wir nicht nur die militärischen, sondern auch die wirtschaftlichen, politischen und die moralischen Faktoren.

Ich möchte weiter hervorheben, daß es uns nicht darum geht, die militärische Überlegenheit zu erlangen. Wir sind auch nicht der Auffassung, daß wir eine solche Überlegenheit besitzen. Gegen eine derartige Behauptung würden unsere militärischen Führer sicher heftig protestieren. Wir haben auch nicht vor, uns diese Überlegenheit zu erkämpfen. Die Dokumente, die wir gemeinsam mit den Amerikanern unterzeichnet haben, besagen offiziell, daß wir uns zum Prinzip des Gleichgewichts der Kräfte bekennen. Ich kann Ihnen versichern, daß es sich dabei nicht um irgendwelche Schliche oder taktische Tricks der Sowjetunion handelt. Wir sind doch nicht so naiv zu glauben, daß sich der Westen mit einer militärischen Überlegenheit auf unserer Seite abfinden würde. Wir sind auch nicht der Meinung, daß man in wesentlichen Fragen irgend jemanden hinters Licht führen kann.

Deshalb sind wir der Auffassung, daß das Gleichgewicht der Kräfte weiterbestehen muß. Dabei sind wir uns natürlich darüber im klaren, daß sich wegen der vorhandenen Asymmetrie schwer definieren läßt, was ein Gleichgewicht ist. Wir vertreten jedoch den Standpunkt, daß das Niveau dieses Gleichgewichts wesentlich herabgesetzt werden kann zum großen Nutzen für den Frieden, für die Entspannung und auch für die Wirtschaft unserer Länder.

Wir vertreten weiterhin nicht die Ansicht, daß wir unseren westlichen Partnern die Entspannung aufgezwungen haben und daß sie nur unseren eigenen Anstrengungen zu verdanken ist. Aber zweifellos waren wir in dieser Hinsicht sehr aktiv. Ich kann mich hier auf Breschnjew berufen, der ausführlich zu diesem Punkt Stellung genommen und festgestellt hat, daß die Entspannung ein Ergebnis der Zusammenarbeit ist und - das gilt vor allem für die Unterzeichnung der Schlußakte - durch die Anstrengungen beider Seiten zustande gekommen ist.

Ich will mich natürlich nicht mit Breschnjew vergleichen. Aber bei dem, was ich selbst geschrieben habe, ging es mir in erster Linie darum, den Sowjetbürgern - nicht dem Ausland - zu erklären, was sich in der westlichen Politik verändert hat und warum wir gerade heute trotz aller Probleme und Schwierigkeiten mit einer Zusammenarbeit und mit gewissen Fortschritten in der Entspannung rechnen können.

Was den ideologischen Kampf angeht, so habe ich den Eindruck, daß im Osten mehr davon geredet wird, während die westlichen Länder diesen Kampf viel aktiver betreiben. Deshalb sind wir um so mehr im Recht zu behaupten, daß die ideologische Auseinandersetzung stattfindet. Wir setzen uns dafür ein - ich könnte mich hier durchaus auf Äußerungen einflußreicher Persönlichkeiten, Breschnjew eingeschlossen, berufen;- daß die Hitze der propagandistischen Tätigkeit gedämpft wird. Manche Dinge, die man in den Jahren des Kalten Krieges als normal betrachtete, sind ja inzwischen

zurückgenommen worden, und die Methode der psychologischen Kriegführung sollte der Vergangenheit angehören. Die Entspannung hebt zwar die ideologische Auseinandersetzung nicht auf, sie setzt jedoch voraus, daß auch der ideologische Streit mit anderen Methoden und in einem anderen Tonfall geführt wird. Ich denke, daß wir in dieser Hinsicht schon allerhand getan haben.

Ein Wort zum Klassenkampf. Herr Löwenthal erwähnte die Ereignisse von 1956 und in anderen Jahren in einigen Ländern Osteuropas. Soweit ich mich erinnern kann, hat der Westen diese Dinge sehr aktiv gefördert und unterstützt. So gab es damals in der Bundesrepublik große Streitigkeiten wegen der Tätigkeit des Senders "Freies Europa". Auch vor den letzten Wahlen in Italien habe ich keineswegs eine Neutralität des Westens feststellen können. Dabei ging es nicht nur um Worte, sondern auch um Handlungen, allerdings keine militärischen. Lassen Sie uns hier also offen und ehrlich sein. Ich denke, daß es auf diesem Gebiet noch manches Problem gibt.

Die friedliche Koexistenz konnte erst in dem Augenblick beginnen, als der Westen unsere Existenz anerkannte und zugeben mußte, daß der Sozialismus eine neue Gesellschaftsordnung ist, die in einigen Ländern siegreich war, und kein uneheliches Kind der Geschichte darstellt. Der Westen mußte anerkennen, daß der Sozialismus eine Tatsache ist, mit der man leben muß, ob es einem gefällt oder nicht. Dieses Eingeständnis fiel dem Westen sehr schwer. Durch die Intervention in Rußland, durch die wirtschaftliche Blockade, durch den Kalten Krieg - auch in einigen Beiträgen hier finden sich Überreste dieser Einstellung - wurde versucht, uns um jeden Preis eine Lebensweise und Lebensordnung aufzuzwingen, wie sie die Amerikaner oder andere Länder für richtig halten.

Wir sind in manchem anderer Auffassung. Denken Sie daran, was wir auf vielen Gebieten geleistet haben, wie wir zum Beispiel das Problem unserer einstigen inneren Kolonien in Mittelasien und in anderen Randgebieten gelöst haben, die in einem halben Jahrhundert das Niveau der neuzeitlichen Zivilisation erreicht haben. Oder wie wir den Analphabetismus, die äußerste Rückständigkeit und das Elend beseitigt haben.

Auf der anderen Seite gefällt uns vieles nicht, was in den USA geschieht. Wir sind nicht der Meinung/daß die Pressefreiheit, so wie sie in den USA gehandhabt wird, ideal ist. Wir wollen ein derartig gekünsteltes Modell bei uns nicht einführen. Ich kann mir auch schwer vorstellen, daß sich das bewerkstelligen ließe. Viele Amerikaner legen Wert auf die Freiheit, Waffen zu tragen. Uns erscheint eine solche Perspektive schrecklich; wir lehnen es ab, daß unsere Bürger 40 Millionen Pistolen zum täglichen Gebrauch in der Tasche haben.

Wir beziehen also in vielen Dingen eine andere Position. Wir entwickeln unsere Gesellschaft mit eigenen Werten, so wie auch Sie Ihre eigenen Werte haben. Wir haben das Recht, uns über Ihre und Sie haben das Recht, sich über unsere Gesellschaft zu äußern. Aber wir sollten doch nicht versuchen, einander zu korrigieren, mit welchen Methoden auch immer - außer durch die Kraft des eigenen Beispiels-, um eine bessere Gesellschaft zu schaffen.

Hier war die Rede davon, daß die Probleme, die zwischen West und Ost bestehen, nicht die einzigen sind, die es auf der Welt gibt. Dem stimme ich voll zu. Natürlich wird auch die Entspannung nicht alle Probleme in der Welt lösen. Dennoch bin ich davon überzeugt: Wenn es uns nicht gelingt, die Entspannung in materieller, substantieller Hinsicht unumkehrbar zu machen, dann werden wir uns auch nicht an die Lösung der anderen Probleme heranwagen können, die sich im nächsten Jahrzehnt immer schärfer stellen werden.

Dahrendorf

Ich möchte den zweiten Tag unserer Diskussion mit einem kurzen Resümee beginnen. Wir haben uns bisher im wesentlichen auf vier Themenbereiche konzentriert. Der erste umfaßt die Abrüstung in ihrem Verhältnis zur europäischen Sicherheit. Wenn ich es richtig sehe, sollte deutlich werden, daß Entspannung ein Prozeß ist, der über Helsinki und auch über Belgrad hinausreicht.

Der zweite Themenbereich beinhaltet die Wirtschaftsbeziehungen zwischen entwickelten Ländern unterschiedlicher Wirtschaftssysteme. Im engeren Sinne betrifft das die Länder, die an der Europäischen Sicherheitskonferenz teilgenommen haben.

Der dritte Themenbereich umfaßt die humanitären Maßnahmen, also das, was allgemein unter Korb 3 verstanden wird.

Der vierte Bereich ist der der gemeinsamen Probleme. Dabei denke ich insbesondere an die Nord-Süd-Problematik.

Ich würde es weiter für nützlich halten, wenn wir Zeit fänden, uns auch über die innere Entwicklung in den KSZE-Ländern zu unterhalten. Verschiedene Aspekte sind hier ja schon erwähnt worden. Wir

sollten uns fragen, inwieweit die inneren Entwicklungen in den osteuropäischen, in den westeuropäischen und in den nicht den Bündnissen angeschlossenen Ländern den Entspannungsprozeß fördern oder behindern.

Lassen Sie mich für den Fortgang der Diskussion noch einige Bemerkungen vorwegschicken. Erstens: Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist nur Teil eines allgemeineren Prozesses, der die Qualität der Beziehungen zwischen Ländern mit unterschiedlichen Ordnungen verändern kann. Gegenüber der Periode des Kalten Krieges ist zweifellos eine Veränderung eingetreten. Die KSZE ist Teil dieser Veränderung. Es geht aber nicht nur um Konferenzen, sondern vor allem darum, daß im Hinblick auf die politischen Absichten der beteiligten Länder heute Aussagen gemacht werden, wie sie vor 15 oder 20 Jahren sicher nicht gemacht worden wären. Ich vermute, die Formulierung, die von mehreren Teilnehmern verwendet wurde, findet allgemeine Zustimmung, daß es bei der Entspannung darum geht, vorhandene Unterschiede, auch Gegensätze, so zu regeln, daß sie nicht oder nicht mehr explosiv werden können.

Zweitens: Sechzehn Monate sind eine zu kurze Zeit, um die konkreten Folgen von Helsinki ganz zu übersehen. Eine gewisse Desillusionierung ist eingetreten; jedenfalls wurde sie bei einer Reihe von Teilnehmern deutlich. Sie beruht möglicherweise darauf, daß die Erwartungen, sei es bei den Regierungen, sei es vor allem auch bei den Bevölkerungen, zu hoch geschraubt waren. Aber die Tatsache scheint mir wichtig - das zeigt sich auch in unserer Diskussion; -, daß die Helsinki-Konferenz von den Sprechern aus sozialistischen Ländern positiver bewertet wird als von denen aus westlichen Ländern, wobei es wichtige Nuancen und Unterschiede gibt. Vor allem stehen die neutralen und bündnisfreien Staaten dem Ergebnis von Helsinki eher positiv gegenüber.

Drittens: Es gibt nach wie vor eine spürbare Vertrauenslücke. Jede Seite vermutet, daß die andere den Entspannungsprozeß im allgemeinen oder die KSZE im besonderen für ihre eigenen offensiven Zwecke nutzen will. Für die Sprecher aus den sozialistischen Ländern erscheint die westliche Insistenz auf Korb 3 zuweilen als Fortsetzung des Kalten Krieges oder sogar als Fortsetzung einer ideologischen rollback-Strategie mit neuen Mitteln. Sprecher aus den westlichen Ländern sehen in der östlichen Interpretation des ideologischen Kampfes - der ja die Möglichkeit einer Unterstützung gewaltsamer Auseinandersetzungen nicht ausschließt - eine Fortdauer der Bedrohung. Vielleicht ist im Bereich der Vertrauenslücke die Tatsache wichtig, daß sich bestimmte militärische Entwicklungen fast verselbständigt zu haben scheinen.

Ich war selbst immer ein entschiedener Anhänger des Versuches, Bereiche gemeinsamer Interessen zwischen Ländern unterschiedlicher Ordnungen zu finden, zu definieren und zu stärken. Inzwischen reden wir zwar - glücklicherweise - miteinander, aber wir haben noch nicht den Punkt erreicht, an dem jeder dem anderen voll trauen zu können glaubt.

Viertens: Gleichzeitig vollzieht sich ein eigentümlicher Themenwechsel in den internationalen Beziehungen, nämlich eine gewisse Verlagerung von der militärischen zur ökonomischen Thematik. Das ist eine Tatsache, die alle Beteiligten zu sehen scheinen. Sicher ist für die westlichen Industrieländer die internationale ökonomische Ordnung ein ganz zentrales Problem geworden. Offenbar gilt aber für alle Teilnehmer der KSZE, daß die neue Weltwirtschaftsordnung, also die Neudefinition der Beziehungen zwischen den entwickelten und den weniger entwickelten Ländern auf der Tagesordnung ganz oben steht. Da stellt sich die Frage, ob nicht der Zeitpunkt gekommen ist, an dem Ost und West aufhören sollten, sozusagen nur aufeinander zu starren, als seien sie füreinander das einzig wichtige Problem. Ist heute nicht eine gemeinsame Definition von Aufgaben sinnvoller?

Fünftens: Für Belgrad lassen sich aus unserer bisherigen Diskussion nur wenige Schlußfolgerungen ziehen. Sicherlich wird in Belgrad eine Bilanzierung des Erreichten nötig sein. Aber eine Konferenz, die sich auf diese Bilanzierung beschränken würde, müßte fast unausweichlich ein Fehlschlag werden. Es kann also nicht der Sinn einer neuen Konferenz sein, nur gegeneinander aufzurechnen, was denn seit August 1975 geschehen ist. Man müßte vielmehr dafür sorgen, daß sich die Bilanzierung des Erreichten in Belgrad in Grenzen hält. Wichtiger sind die zukunftsgerichteten Fragen und alles, was das gegenseitige Vertrauen stärkt.

Doch bevor wir die Diskussion wieder aufnehmen, möchte ich Herrn Wojna und Herrn Sommer bitten, ihre vorgesehenen Referate zu halten.

Wojna

Wohl selten sind wir Zeugen einer derartigen Diskrepanz zwischen der realen internationalen Lage einerseits und ihrer Einschätzung im Westen andererseits gewesen. Der Versuch, der Öffentlichkeit eine negative Einschätzung mancher Erscheinungen aufzuzwingen, sowie der Nachweis, die

Entspannung wirke sich angeblich einseitig nur zum Vorteil der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten aus, ist meiner Ansicht nach in der gegenwärtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lage der hochentwickelten Staaten begründet. Die lang andauernde wirtschaftliche Rezession im Westen - gewisse Anzeichen davon gab es auch bei uns;- , die Ungewißheit einer Wiederbelebung und die damit verbundene Verschärfung der sozialen Probleme hatten zur Folge, daß in manchen Kreisen des Westens das Bedürfnis nach Schwarzseherei wach wurde und man die Gründe für eine solche Lage in der Politik der sozialistischen Länder suchte.

Krise des Kapitalismus

Was wir hier erleben, ist lediglich der Versuch des Bürgertums, in manchen Ländern den Klassenkampf von der innenpolitischen auf die internationale Ebene zu übertragen. Das ist keine neue Erscheinung; man bedient sich im Westen jedesmal dieser Methode, wenn sich die Krise des Kapitalismus verschärft. Diesmal haben wir es indes nicht nur mit negativen wirtschaftlichen Erscheinungen zu tun, sondern auch mit einer ständig wachsenden Krise der Grundwerte des kapitalistischen Systems. Die Schwarzseherei mancher Politiker in ihrer Einschätzung der internationalen Lage drückt deshalb weit eher ihre eigenen Stimmungen aus als die objektive Wirklichkeit.

Wie sieht die Wirklichkeit aus? Auf der politischen Weltkarte erschien ein neuer Begriff: Das "KSZE-Gebiet", das sich von San Francisco bis Wladiwostok erstreckt. In diesem Gebiet, das Schauplatz von zwei der blutigsten Kriege in der Geschichte der Menschheit war, sind heute bestimmte Prinzipien und Spielregeln verbindlich. Das heißt, die KSZE-Länder gehen von der Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen aus, und sie verzichten auf die Anwendung von Gewalt in ihren Beziehungen zueinander; sie werden also keine Kriege mehr gegeneinander führen. An dieser grundlegenden Entscheidung und den daraus abgeleiteten Konsequenzen hat sich nichts geändert. Das bestehende Kräfteverhältnis und die Abwägung der gegenseitigen Interessen bilden die objektive Grundlage der Entspannung. Subjektiv hingegen sind jene Elemente, die die Formen der Entspannung und ihr Tempo betreffen.

Voraussetzungen der Entspannung

Hier stellt sich die Frage, ob die Entspannung bereits historisch entschieden ist. Meiner Meinung nach handelt es sich um einen ständig fortschreitenden Prozeß, für den bestimmte Voraussetzungen gegeben sein müssen, damit die weitere Entwicklung optimistisch beurteilt werden kann. Die Grundlage bildet zunächst die Art des Dialogs zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten. Im Mittelpunkt steht bei beiden Großmächten das Bewußtsein, daß sie mitverantwortlich sind, um die Welt vor einem globalen Atomkonflikt zu bewahren. Es liegt im Interesse aller Länder, daß sich dieser Dialog vertieft und immer mehr Bereiche erfaßt. Das betrifft vor allem eine weitere Beschränkung der strategischen Rüstung, damit ein günstiges Klima für die allgemeine Abrüstung geschaffen wird.

Es gibt Kommentatoren, die bestreiten, daß die Entscheidung für die Entspannung schon gefallen ist; für sie hängt die Frage des Friedens wesentlich mit der Rivalität zwischen Sozialismus und Kapitalismus zusammen. Sie übersehen jedoch die Tatsache, daß sich die friedliche Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen bereits historisch bewährt hat. Es gibt keine objektiven Gründe, die dafür sprechen, daß ein Krieg zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Staaten unvermeidlich ist. Im Gegenteil. Das Machtgleichgewicht zwischen den Militärböcken, die unterschiedlichen Systemen angehören und unterschiedliche Interessen vertreten, ist ein wesentlicher Faktor, der den Handlungsspielraum der aggressiven Kräfte in der kapitalistischen Welt einschränkt.

Es gibt diese aggressiven Kräfte; diese würden in den letzten Jahren ohne Frage mehrmals den Versuch unternommen haben, einige Widersprüche durch Anwendung von Gewalt zu lösen - so wie sie es in der Vergangenheit häufig getan haben;- , wenn sie nicht das Potential der Sowjetunion und des gesamten Warschauer Paktes hätten berücksichtigen müssen. Wieviele Kriege sind auf Bestrebungen kapitalistischer Länder, zum Beispiel einen Zugang zu neuen Rohstoffquellen zu finden, zurückzuführen. Dank des bestehenden Gleichgewichts können die Länder der Dritten Welt heute zum erstenmal den Anspruch stellen, als Partner behandelt zu werden. Dennoch ist es bis zu einer echten Partnerschaft noch ein weiter Weg.

Friedliche Koexistenz

Die friedliche Koexistenz ist in der heutigen Welt somit eine *conditio sine qua non* für den Frieden im allgemeinen. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß im Rahmen der friedlichen Koexistenz zugleich diametral verschiedene Interessen beider Gesellschaftsordnungen zum Austrag kommen. Deshalb ist es unvermeidlich, daß die miteinander rivalisierenden Seiten den Begriff der friedlichen Koexistenz

unterschiedlich auslegen. Aus diesem Grunde sollten die Entspannungsbemühungen dahin führen, einen gemeinsamen Nenner für diese unterschiedlichen Begriffsinhalte zu finden. Das ist keineswegs einfach; denn diese Inhalte sind für beide Seiten von unterschiedlicher Bedeutung; es rücken jeweils verschiedene Sachverhalte und Problembereiche in den Vordergrund.

Man kann auch nicht behaupten, daß die Entspannung sozusagen automatisch die Widersprüche auflöse. Sie schafft nur ein günstiges Klima dafür und bestimmt die Prinzipien des Handelns. Die Gegensätze, die die Weltlage vor der KSZE beeinflußt haben, wurden jedoch nicht aufgehoben. Die sozialistischen Länder sehen nun auf vielen Gebieten die Möglichkeit, trotz verschiedener Inhalte einen gemeinsamen Nenner zu finden. Das betrifft vor allem die Notwendigkeit, die politische Entspannung durch die militärische zu ergänzen; ebenso gilt es für das Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Ideologische Konfrontation durch den Westen

Der Westen dagegen stellt seine Interpretation des 3. Korbes in den Vordergrund. Den vernehmlichen Grund dafür sehe ich, wie gesagt, in der gegenwärtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lage, in der sich die kapitalistische Welt befindet, und in ihrem wachsenden Bedürfnis nach ideologischer Konfrontation mit dem Sozialismus. Wenn diese Konfrontation über längere Zeit andauert und sich verschärft, kann das zu einer Minderung des Vertrauens auf beiden Seiten führen.

Generell läßt sich jedoch sagen, daß sich die Lage in Europa seit Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte in Helsinki in die Richtung entwickelt, die dem Geist dieser Akte entspricht. Seitdem hat es in Europa keine Ereignisse von größerer politischer Bedeutung gegeben, die gegen die Schlußakte verstoßen hätten. Die nach wie vor bestehenden Meinungsverschiedenheiten resultieren nicht aus dem Wesen der Konferenz, sondern beruhen auf Gegensätzen, die ihre Ursache in der Geschichte vor der KSZE haben.

Es ist eine Tatsache: Soweit wir auch in die Vergangenheit zurückblicken, wir finden keine zweite Periode, in der wie heute der überwiegende Teil der öffentlichen Meinung in Europa so sehr davon überzeugt gewesen ist, daß unser Kontinent nicht durch einen neuen Krieg bedroht wird und der Friede eine dauerhafte Perspektive ist.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Was den 2. Korb anbelangt, so sehen wir auch hier trotz vieler Schwierigkeiten einen gewissen Fortschritt. Das Handelsvolumen zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Welt steigt in einem ungewöhnlich schnellen Tempo. Wenn sich die Dynamik dieses Wachstums in diesem Jahr etwas abgeschwächt hat, so ist das vor allem auf die durch die Rezession verminderte Aufnahmefähigkeit der westlichen Märkte zurückzuführen.

Die sozialistischen Länder messen den Formen des Zusammenlebens und der Kooperation zwischen den beiden großen Wirtschaftsblöcken in Europa, dem RGW und der EG, große Bedeutung bei. Der Dialog zwischen diesen beiden Gruppierungen ist für die Wiederherstellung der Einheit Europas von enormer Wichtigkeit. Vor einem Jahr hat der Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breschnjew, auf unserem Parteitag in Warschau den Vorschlag unterbreitet, europäische Konferenzen zu organisieren, auf denen die Probleme der Energie, des Transports und des Umweltschutzes behandelt werden. Man sollte diesen Vorschlag nicht vom engen technischen Standpunkt aus betrachten, sondern darin ein Instrument sehen, mit dessen Hilfe die Infrastruktur der friedlichen Koexistenz und die Entspannung gestaltet wird. Die Aufnahme einer sachlichen Diskussion über diesen Vorschlag liegt im Interesse aller Länder und Völker Europas.

Ich möchte bemerken, daß Polen bei der Realisierung der Richtlinien des 2. Korbes die Probleme der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit offensiv angeht. Davon zeugt die Dynamik des polnischen Außenhandels. In diesem Zusammenhang nenne ich unter anderem die Erleichterungen für ausländische Firmen, wenn sie in Polen Vertretungen einrichten wollen.

Die KSZE hat als besonders positiv die Ausweitung der wirtschaftlichen Kontakte zwischen den Ländern Europas und Nordamerikas hervorgehoben. Sie trat dafür ein, daß Hindernisse abgebaut beziehungsweise ganz aus dem Weg geräumt werden und die Meistbegünstigungsklausel überall zur Anwendung kommt. Hier wird der Versuch unternommen, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen sämtlichen KSZE-Staaten zu ordnen, zu aktivieren und zu vervollkommen. Ein derartiges Programm ist bisher nicht nur in diesem Teil der Welt unbekannt gewesen.

Ziel ist die allmähliche Herausbildung einer neuen internationalen Arbeitsteilung, die von größeren Beschränkungen befreit ist und die das industrielle Potential aller Länder durch weitgehende Spezialisierung maximal nutzt. Es geht also darum, die gemeinsamen Interessen gegeneinander

abzuwägen, damit das wachsende Potential der sozialistischen und der kapitalistischen Länder nicht in der Konkurrenz alten Typs und somit in einer ökonomischen Konfrontation erstarrt. Vielmehr soll bereits heute die Grundlage für eine sich immer mehr verzahnende Zusammenarbeit geschaffen werden, die im Interesse aller Seiten liegt. Ob und wann dieses Ziel erreicht wird, hängt von der Haltung des Westens ab.

Prinzipien von Korb 3

Ich habe bereits erwähnt, daß der Teil der KSZE-Schlußakte, den man den 3. Korb nennt, die größten Schwierigkeiten bereitet. Bestimmte Kräfte im Westen hatten offensichtlich vor, die entsprechenden Beschlüsse der Schlußakte im antisozialistischen Geiste zu interpretieren, um damit ein Instrument für die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staaten in die Hand zu bekommen. Das verstößt gegen die diesem Teil der Schlußakte vorangestellte Präambel. In dieser Präambel steht, daß die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kontakte und der Informationen mit der Entwicklung des Entscheidungsprozesses bei "voller Achtung der die Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten leitenden Prinzipien" durchgeführt werden soll. Hier wird also unter Berücksichtigung des Souveränitätsprinzips die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten postuliert und die Gleichberechtigung der Systeme anerkannt. Diese Prinzipien implizieren auch, die interne Gesetzgebung der einzelnen Länder zu respektieren.

Es ist hier nicht der Ort, einen im Grunde genommen öden Streit darüber zu führen, welche Absichten dem 3. Korb zugrunde liegen. Als Bürger eines sozialistischen Staates könnte ich mich auf die Tatsache berufen, daß mein Land seinem Volke, was den Zugang zur Kultur und zum Wissen über die Grundprobleme der heutigen Welt angeht, durchaus größere Möglichkeiten verschafft, als das im Westen der Fall ist. In unserem System wurden dafür die materiellen Voraussetzungen geschaffen. Aber darum geht es jetzt gar nicht. Wesentlicher ist die Frage, warum so grundlegende Unterschiede bestehen, wie die Beschlüsse der Schlußakte auf diesem Gebiet auszulegen sind. Dies wirkt sich auf die Einschätzung ihres Realisierungsgrades aus.

Übergeordnetes Wohl der Gesellschaft

Im Grunde genommen betrifft dies den Streit um die philosophische Konzeption der menschlichen Freiheit in ihrer gesellschaftlichen Bedingtheit. Dieser Streit ist für das Leben in der Gesellschaft nicht erst seit Helsinki oder seit Karl Marx prägend, sondern er fand bereits in den Dramen des antiken Griechenlands seinen vollen Ausdruck. Die entscheidende Frage ist, ob das Wohl der Gesellschaft oder das Interesse des Individuums Hauptbezugspunkt der menschlichen Angelegenheiten ist. Das ist natürlich eine extreme Formulierung; denn es geht letztlich darum, jeweils beide Kriterien miteinander in Einklang zu bringen. Dennoch liegen den Philosophien unserer Gesellschaftssysteme gerade auf diesem Gebiet sehr unterschiedliche Voraussetzungen zugrunde. Und ich bin der Meinung, daß dies den Hauptgegenstand der ideologischen Konfrontation bildet.

Als die sozialistischen Länder in der Zeit vor der KSZE zum Ausdruck brachten, daß die friedliche Koexistenz nicht den ideologischen Bereich mit umfassen könne, ist das auf scharfe Kritik im Westen gestoßen, und zwar bei denselben Kreisen, die heute aus innenpolitischen Gründen diese Konfrontation suchen. Was man letzten Endes anstrebt, sind Aktionen, die eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staaten zum Ziel haben. Die humanitären Fragen bieten dafür nur einen Vorwand. Das ist eine höchst delikate Materie, wobei edle menschliche Gefühle oft für demagogische Zwecke mißbraucht werden, die mit den Absichten derer, die dies unterstützen, nicht viel gemein haben.

Unsere Einstellung zu diesem Problem ergibt sich aus der Überordnung des gesellschaftlichen Wohls, die erst die optimalen Bedingungen für die Entwicklung der Persönlichkeit eines jeden Menschen schafft. Darin zeigt sich für uns die echte humanistische Moral. In dieser Überordnung des gesellschaftlichen Wohls sind die Probleme des Friedens, der Sicherheit und der schöpferischen Arbeit der Nationen mit enthalten. Diesem Ziel soll auch, Inhalt und Geist der Schlußakte gemäß, die Interpretation der Richtlinien auf dem Gebiet der zwischenmenschlichen Kontakte und des Informationsaustausches untergeordnet sein.

Entspannung als langfristiger Prozeß

Wenn jetzt versucht wird, die Entspannung mit Hilfe von Argumenten zu bestreiten, die sich aus der ideologischen Auseinandersetzung um Angelegenheiten des 3. Korbes ergeben, so verletzt das die Harmonie, die Voraussetzung für alle Teile der Schlußakte ist. Wir vertreten den Standpunkt, daß diese Harmonie sowohl die Lage als auch das reale Kräfteverhältnis auf dem KSZE-Gebiet widerspiegelt. Diejenigen, die aus einer Perspektive von 15 Monaten zu urteilen versuchen, ob die KSZE die Welt verändert hat oder nicht, wollen nicht einsehen, daß die feierliche Unterzeichnung der

Schlußakte in Helsinki erst einen historischen Prozeß eröffnet hat, den man nur mit historischen Maßstäben beurteilen kann. Ich erlaube mir zu bemerken, daß manche Beschlüsse des Potsdamer Abkommens erst dreißig Jahre nach seiner Unterzeichnung gesamt-europäische Sanktion erhielten, nämlich in der KSZE-Schlußakte. Sie anerkennt als Grundlage für den europäischen Frieden jene Friedensordnung, die in der Folge des Sieges über das Dritte Reich geschaffen wurde.

Sommer

Wir sind in unserer Diskussion schon recht weit fortgeschritten; ich möchte deshalb meine vorbereiteten Notizen beiseite legen und nur das herausgreifen, was vielleicht dem Gespräch noch einen neuen Impuls oder einen neuen Brennpunkt zu geben vermag. Ich werde dabei nicht theoretisch reden, das führt uns nicht weiter, sondern versuchen, einiges zu konkretisieren. Ich will auch nicht behutsam reden, denn ich meine, man muß deutlich werden. Und ich werde mich nicht zu optimistisch ausdrücken, damit mir Herr Wojna nicht hinterher den Vorwurf macht, dies bereite nur listig einen Sturz in tiefen Pessimismus vor und verstoße gegen den Geist von Helsinki.

Jedesmal, wenn ich an Debatten über die Entspannung teilnehme, kommt mir die Anekdote über den amerikanischen Senator Greene in den Sinn, der mit 90 Jahren noch dem Hohen Hause angehörte. Befragt an seinem Geburtstag, wie das denn so sei, wenn man 90 werde, gab er die Antwort: "Splendid, considering the alternative" - fabelhaft, wenn man die Alternative bedenkt. Genauso verhält es sich mit der Entspannung.

Grundfragen der Entspannung

Zunächst einige Vorbemerkungen. Worin besteht erstens der Unterschied zwischen Kaltem Krieg und Entspannungspolitik? André Fontaine von "Le Monde" hat einmal gesagt: Entspannung ist die Fortsetzung des Kalten Krieges mit anderen Mitteln - und manchmal auch mit denselben. Bis zu einem gewissen Grade dürfte das zutreffen. Dennoch sehe ich mehrere wichtige Unterschiede zwischen Kaltem Krieg und Entspannung. Zum einen gibt es heute, was vorher nicht der Fall war, eine begrenzte Kooperation zu beiderseitigem Nutzen. Zum anderen hat sich die Krisenhäufigkeit verringert und die Krisenschärfe gemildert. Schließlich existiert heute eine begrenzte Regelbindung der Kontrahenten, obwohl sie noch dieselben Ziele verfolgen und obwohl Reibung und Rivalität zwischen ihnen noch genauso an der Tagesordnung sind wie früher. Immerhin ist der Anfang eines Versuches gemacht worden, die Gefechtsregeln für den Kampf um die postimperiale Ordnung festzulegen.

Zweite Vorbemerkung: Ist die Entspannung unumkehrbar? Als Historiker würde ich sagen: Nichts ist in der Geschichte unumkehrbar. So etwas kann nur jemand behaupten, der an den Vollzug objektiver Gesetzmäßigkeiten in der Geschichte glaubt. Ich glaube nicht daran, und ich frage auch diejenigen, die für die kommunistische Seite solche objektive Gesetzmäßigkeit in Anspruch nehmen, wie sich damit etwa der orientalische Despotismus Stalins in Einklang bringen läßt.

Dritte Vorbemerkung: Die Entspannung wird sich nur dann positiv weiterentwickeln können, wenn wir alle der Versuchung widerstehen, einseitige Vorteile über die andere Seite erlangen zu wollen. Portugal, Angola, Rhodesien bieten Beispiele, wie die Entspannung durch den Ostblock gefährdet wird. Es lassen sich andere Beispiele denken; in letzter Zeit ist in diesem Zusammenhang häufig Jugoslawien als Eventualfall öffentlich debattiert worden. Auch gibt es sicher auf unserer Seite Versuche, nicht nur für das einzutreten, was wir auch in den sozialistischen Ländern als selbstverständliche Bürgerrechte ansehen, sondern darüber hinaus konterrevolutionäre Bewegungen in Gang zu bringen; aber 99 Prozent der Sympathieäußerungen für Ihre Dissidenten sind nicht von dieser Absicht getragen. Schließlich gibt es auf Ihrer Seite die Versuchung, die auflockernden Folgen der Entspannung durch verstärkte Repression im Innern zu konterkarieren. Auch dadurch wird der Entspannungsprozeß behindert und gefährdet.

Hier wurde dann die Frage an uns gerichtet: Was tut der Westen eigentlich, um die Beschlüsse der Helsinki-Konferenz zu verwirklichen? Wenn ich mich einer von Kommunisten häufig verwendeten Formulierung bedienen darf: Die Frage ist falsch gestellt. Es gibt keine objektiven Maßstäbe, an denen die Verwirklichung der Schlußakte gemessen werden könnte; es gibt nicht den Geist von Helsinki. Vielmehr haben wir es mit verschiedenen Interpretationen zu tun. Und "Verwirklichung von Helsinki" heißt hüben wie drüben, zu versuchen, die eigene Interpretation durchzusetzen.

Gemeinsame Interessen

Nunmehr wende ich mich den drei Körben zu. Die KSZE hat einen Modus vivendi kodifiziert, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Die Schlußakte läßt die Zielvorstellungen, die ideologischen Positionen und auch die Rechtspositionen der Unterzeichner unberührt. Sie hat vor allem zum Ziel,

das Feld der gemeinsamen Interessen zu verbreitern. Ich halte aus diesem Grunde auch den Vorschlag von Generalsekretär Breschnjew, verschiedene Sonderkonferenzen über Umweltschutz, Energiefragen und ähnliche Probleme einzuberufen, durchaus für vernünftig, sofern sich dies im Zuge der KSZE-Folge organisieren läßt.

Wenn Breschnjew etwa das Thema Energie nennt, so ist das ein Problem, das uns im Augenblick außerordentlich beschäftigt, nicht nur im Hinblick auf die langfristige Energieversorgung, sondern auch unter dem Aspekt der Auswirkungen nuklearer Reaktoren auf die Umwelt. Ich habe kürzlich mit einem Inspektor der Internationalen Atomenergiebehörde gesprochen, der mir zu den Sicherheitsvorkehrungen in einzelnen Ländern sagte, sie seien in den USA und in der Bundesrepublik vorbildlich, in Frankreich zweifelhaft, im ganzen Ostblock lebensgefährlich. Und jemand, der in Hamburg lebt, macht sich Zukunftssorgen nicht nur über die vier Reaktoren, die in den nächsten zehn Jahren im Umkreis von 50 Kilometern an der Elbe entstehen werden, sondern er ist schon heute besorgt die Sorge wird übrigens von vielen schwedischen Fachleuten geteilt;- , wie es denn um die Sicherheitsstandards des DDR-Reaktors in Lubien bei Rostock bestellt ist. Hier ist ganz sicher ein Problem, wo gemeinsames Handeln sinnvoll wäre.

Ich stimme denjenigen zu, die hier gesagt haben, man solle die Körbe nicht getrennt voneinander sehen, sondern sie als zusammenhängende Einheit begreifen. Es wäre unsinnig, etwa Korb 1 als einen Sieg des Ostens und Korb 3 als einen Sieg des Westens feiern zu wollen. Es ist in jedem Korb für beide Seiten etwas enthalten, Positives und sicher auch Anstößiges.

Prinzipienkatalog (Korb 1)

Man sollte ehrlich zugeben, daß Korb 1 für den Westen sehr viel Positives und Interessantes enthält. Der Prinzipienkatalog ist auch aus westlicher Sicht ein Fortschritt. Die östliche Praxis wirft dabei freilich Fragen auf. Die Schlußakte von Helsinki hat die souveräne Gleichheit und die Unabhängigkeit der Staaten festgelegt. Es war vielleicht etwas zuviel erwartet, daß damit die Breschnjew-Doktrin von der beschränkten Souveränität der anderen sozialistischen Länder vom Tisch gewischt würde. Aber es beunruhigt einige ernst zu nehmende Beobachter auf unserer Seite doch sehr, wenn diese Doktrin nach Helsinki jetzt wieder belebt wird. Ich denke etwa an den neuesten Vertrag zwischen Ost-Berlin und Moskau, an die vielfältigen Anpreisungen des proletarischen Internationalismus, dessen Verteidigung Breschnjew auf dem 25. Parteitag als erhabene Pflicht eines jeden Marxisten-Leninisten predigte; auch an die Berliner Kommunistenkonferenz, auf der gegenseitige Solidarität der Werktätigen aller Länder gefordert wurde.

Wir fragen uns in bezug auf den politischen Prinzipienkatalog auch, ob man nicht von einer gewissen Schizophrenie auf östlicher Seite sprechen muß, wenn der Kreml einerseits alles tut, um die sozialistische Staatengemeinschaft immer enger zusammenzuschweißen, andererseits aber regelmäßig protestiert, wenn die Westeuropäer einen Schritt zur Ausweitung oder Vertiefung ihrer Gemeinschaft unternehmen.

Militärische Konfrontation

Zum Korb 1 gehören auch die militärischen Fragen. Wir haben uns hier bisher mit sehr allgemeinen Wendungen begnügt. Ich möchte dazu bemerken, daß Helsinki in dieser Hinsicht kaum etwas bewirkt hat. Sicher, größere Manöver müssen jetzt angemeldet werden. Auch ein bescheidener Austausch von Beobachtern hat stattgefunden, wengleich er bisher selektiv und keineswegs sehr wirksam war; über eine gewisse Kasinokameraderie hinaus sind diese Veranstaltungen bisher nicht gediehen. Das wenige Vertrauen, das solche Maßnahmen schaffen können, steht indes in keinem Verhältnis zu dem Mißtrauen, das durch das enorme Verstärkungs- und Umrüstungsprogramm der Sowjetunion in den letzten Jahren ausgelöst wurde.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ein paar Zahlen nennen, damit wir wissen, wovon wir reden. Mehrere Redner, und zwar auf beiden Seiten der ideologischen Trennlinie, haben gesagt, wir erlebten in Ost wie in West eine ungeheure Aufrüstung. Ich halte diese These für falsch. Aus meiner Sicht vollzieht sich die Aufrüstung etwa seit Beginn der eigentlichen Entspannungspolitik, also seit Ende 1969, Anfang 1970 allein auf der Seite der sozialistischen Staaten. Nach Berechnungen des neutralen schwedischen Instituts SIPRI sind in den letzten 20 Jahren die Wehretats der NATO-Staaten jährlich um ein Prozent gesteigert worden, während die Wehretats der Warschauer Vertragsstaaten eine Steigerung von jährlich 3,3 Prozent erfahren haben. Wenn Herr Schmidt sagte, die NATO sei dabei, in Mitteleuropa fünf neue Brigaden aufzustellen, dann muß man hinzufügen, daß es sich dabei um eine Umgliederung handelt. Die Mannschaftsstärken sind nicht erhöht worden; im Gegenteil, im westlichen Lager weisen sie eher eine abnehmende Tendenz auf.

Wie sieht es im Warschauer Pakt aus? Wie sieht es in dem Reduzierungsraum aus, über den bei den Wiener Verhandlungen gesprochen wird? Da stehen heute 2000 Panzer mehr als vor sechs Jahren; da stehen heute 200 000 Mann mehr als vor acht Jahren. Und Sie haben nicht nur umgegliedert, sondern auch Ihre Einheiten und Verbände verstärkt. Die durchschnittliche motorisierte Schützendivision des Warschauer Paktes ist heute um 22 Prozent stärker als vor fünf Jahren. Die Zahl der Artillerierohre und der Werfer ist um 50 Prozent gestiegen. Der Panzerbestand hat sich im gleichen Zeitraum um 40 Prozent erhöht, die Luftwaffe um etwa 15 Prozent. Ich spreche jetzt von den Verstärkungen und nicht von Modernisierung und Umrüstung. Das tun wir auch.

Da stellt sich uns doch die Frage: Welchem Zweck soll dies alles dienen? Wollen Sie angreifen? Ich nehme nicht an, daß ein Generalstäbler des Warschauer Paktes in Kenntnis der westlichen Verteidigungsanstrengungen einen Angriff würde wagen wollen. Wollen Sie politischen Druck ausüben? Wenn ja: Mit welcher Absicht, in welchen Krisenfällen? Oder wollen Sie uns zwingen, daß wir uns zu Tode rüsten? Es gibt viele Mutmaßungen; ich weiß nicht, welches die richtige Erklärung ist. Die Antwort darauf wüßte ich gerne.

Aus diesem Grunde begrüße ich die Ankündigung von Bundeskanzler Schmidt, er wolle demnächst bei den Wiener Verhandlungen eine politische Initiative ergreifen, bevor sich die militärischen Fachleute in die Datendiskussion verlieren, um überhaupt einmal festzustellen, wie ernsthaft der Verhandlungswille auf östlicher Seite ist. Mit Angeboten über eine Weltabrüstungskonferenz kommen Sie um die Antwort auf diese ganz konkrete Frage nicht herum. Ich sage das in aller Deutlichkeit, weil ich aus früheren Diskussionen, gerade in diesem Kreise, weiß: Nur wenn wir offen miteinander reden, werden wir uns über die Notwendigkeit klar, die Probleme ernsthaft anzupacken.

Damit bin ich schon bei Korb 2. Hier ergibt sich ein logischer Zusammenhang. Ich kenne Berechnungen, denen zufolge jeder Dollar - Mark oder Gulden;- , den wir an Kredit in die Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe geben, uns dazu zwingt, unsere eigenen Verteidigungsanstrengungen um zwei Dollar zu erhöhen. Wenn das stimmt und wir zugleich in Wien keine Fortschritte machen, dann garantiere ich, daß die Straße zu jeglichem Fortschritt in der wirtschaftlichen Kooperation blockiert werden wird. Denn dann kommen wir an einen Punkt, wo es uns widersinnig erscheinen muß, daß wir uns einerseits zur Rüstung zwingen lassen, während wir andererseits denjenigen, der uns dazu zwingt, auch noch finanziell hochpäppeln.

Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen

Was Korb 2, also die Wirtschaftsbeziehungen angeht, so hat Helsinki nicht viel bewirkt. Gewiß, es sind einige wichtige Kooperationselemente formuliert worden: Bedingungen für Kontakte, Arbeitskonditionen, Firmenvertretungen. Das liegt auch in unserem Interesse. Man spricht hier ja gelegentlich vom Goldgrund unserer Beziehungen. Indessen: Was auf dem Gebiete der Wirtschaft, des Handels überhaupt bisher geschieht, das war auch ohne die KSZE möglich, und was bisher nicht möglich war, wird auch durch Helsinki nicht ermöglicht werden. Immerhin, dieser Goldgrund unserer Beziehungen ist wichtig; er ist für uns ökonomisch ja auch nicht uninteressant. Aber er ist nicht nur wichtig, weil er profitabel ist, sondern weil auf diese Weise eine Kooperationsklammer geschaffen werden könnte, die sehr weit in die Zukunft hineinreicht. So reicht zum Beispiel das Gasgeschäft, das im Dreieck zwischen der Sowjetunion, der Bundesrepublik und dem Iran geplant ist, bis zum Jahre 2000. Das Kursker-Stahlwerksprojekt geht bis zum Jahre 1997, und selbst das Kama-Projekt wird uns noch die nächsten sieben, acht oder zehn Jahre beschäftigen.

Gleichwohl sollte man die Schwierigkeiten der weiteren Entwicklung des Handels nicht übersehen. Sie liegen zum einen in allgemeinen Bedingungen. Die Schwerfälligkeit der kommunistischen Wirtschaftsplanung, die Unkonvertierbarkeit der Ostwährungen, die Geheimniskrämerei der Bürokratie, Ihre Vorliebe, mit Großunternehmen, also mit großen Kapitalisten zu reden, nicht aber mit den Klein- und Mittelbetrieben, Ihre Unfähigkeit, unseren Markt mit Waren zu beliefern, die dieser Markt jeweils will - das alles verhindert einen wirklichen Durchbruch. Und die Handelsentwicklung, Herr Wojna, ist in diesem Jahr nicht etwa deshalb zurückgegangen, weil sich die Aufnahmefähigkeit unserer Märkte verringert hat, sondern weil Ihre Lieferfähigkeit noch immer der Nachfrage hinterherhinkt.

Verschuldung der Staatshandelsländer

Ein zweiter Grund, der die Entwicklung des Handels behindert, hat mit der KSZE nichts zu tun und ist auch erst in letzter Zeit deutlich geworden. Ich meine die hohe Verschuldung der östlichen Staatswirtschaften gegenüber den westlichen Lieferländern. Ich bin kein Ökonom, aber Leute, die etwas davon verstehen, sagen mir, daß zum Jahresende 1976 das Debit-Konto der Länder des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe bei etwa 100 Milliarden D-Mark liegt. Das wirkt zumindest für einige

Staaten des RGW die Frage der Bonität, der Kreditwürdigkeit auf. Sicher nicht für die Sowjetunion, die über Gold und Rohstoffe verfügt, mit denen sie notfalls bezahlen kann; wohl aber, zum Beispiel, für Polen. Westliche Volkswirtschaftler haben eine Daumenregel für die Bemessung der Kreditwürdigkeit. Danach ist ein Land dann kreditunwürdig, wenn seine Einnahmen in ausländischer Währung zu mehr als 20 Prozent für die Tilgung und den Schuldendienst früherer Kredite aufgebraucht werden müssen. Polen soll diese Grenze bereits erreicht oder sogar schon überschritten haben. Mit Rumänien und Ungarn stockt die Handelsausweitung, weil diese Länder ihre Kreditaufnahme beschränken müssen.

Kulturelle und humanitäre Beziehungen

Ich gehe jetzt zu Korb 3 über. Auch hier gibt es viel Positives. Ich wäre der letzte, der an dem Erreichten irgendwelche Abstriche machen wollte. Der Austausch hat sich verbessert. Dabei füge ich in Parenthese hinzu: Die Zahlenspielerei mit Statistiken - welche Bücher wir übersetzt haben und welche nicht - führt uns nicht weit. Schließlich gibt es keine Staatsliteraturen; Bücher werden in Sprachen geschrieben, und einige der bedeutendsten Schriftsteller, die heute in russischer Sprache erscheinen, wie Solschenizyn, müßten dann in diese Statistik miteinbezogen werden. Das gilt etwa auch für Peter Kuntze aus der DDR, der drüben nicht erscheinen darf, aber hier in hohen Auflagen verlegt wird.

Zum Positiven zählt sodann die Journalistenvereinbarung. Wenn Sie mir als Journalisten die saloppe Formulierung gestatten: Was da vereinbart wurde, ist besser als mit einem schmutzigen Stock ins Auge, aber viel ist es nicht.

Das einzige Gebiet, auf dem die humanitären Vereinbarungen bisher wirklich etwas gebracht haben, ist die Familienzusammenführung. Eine Ausnahme bildet hier lediglich Rumänien; die Familienzusammenführung von Rumänien in die Bundesrepublik hat etwa am Tage nach der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki aufgehört. Mit Polen, ich möchte das besonders betonen, läuft es auf diesem Gebiet sehr erfreulich. Gegenwärtig kommen etwa 2600 Personen im Monat in die Bundesrepublik. Auch die Erfahrungen mit der Sowjetunion sind hier sehr gut: Von 340 Personen im Jahre 1969 ist die Zahl in diesem Jahr auf 8000 bis 10000 angewachsen. Ebenso stimme ich Herrn Bertsch zu: Die Familienzusammenführung aus der DDR in die Bundesrepublik klappt sehr viel besser, als man das in den Schlagzeilen liest. Allerdings möchte ich hinzufügen, daß sich die DDR in der Regel solche humanitären Leistungen in harter Währung bezahlen läßt.

Dahrendorf

Ich schlage vor, daß wir die weitere Diskussion jetzt thematisch ein wenig stärker konzentrieren und uns der Reihe nach den wichtigsten der angesprochenen Themenbereiche widmen, die ich in meiner Einleitung vorhin erwähnt habe. Das ist einmal der Gesamtkomplex von Korb 1, wo wir die Frage der vertrauensbildenden Maßnahmen und der militärischen Problematik weiterführen und vertiefen könnten.

Wir sollten uns dann vor allem auch den Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zuwenden. Wie sieht eine realistische Zwischenbilanz in diesem Bereich aus?

Wir müssen uns weiter mit den Problemen von Korb 3 auseinandersetzen, die gestern zum Teil bereits andiskutiert wurden.

Den Abschluß unseres Gespräches sollte ein Ausblick auf die Belgrader Folge- oder Überprüfungskonferenz bilden.

Aber zunächst Korb 1: Vertrauensbildende Maßnahmen.

Khol

Was die vertrauensbildenden Maßnahmen angeht: Welche Erfahrungen haben die beiden Supermächte damit in den letzten 15 Monaten gemacht, und sind sie bereit, hier noch weitergehende Schritte zu unternehmen? Werden derartige Maßnahmen als lästig beziehungsweise als eine andere Form der Spionage empfunden, oder wurde hier wirklich Vertrauen gebildet? Könnte nicht über den intensiveren Austausch von Informationen zwischen den Blöcken, aber auch zwischen den Neutralen, mehr Vertrauen gebildet werden? Ich will jetzt nicht näher auf den Erlaß für Westbesuche bei der Nationalen Volksarmee eingehen. Ich möchte nur sagen, daß derartige Dinge bei uns aufmerksam verfolgt werden.

Für weitere confidence building measures wären kurzfristig vielleicht folgende Ziele interessant: In der Schlußakte wurden die Truppenbewegungen erwähnt. Wäre es denkbar, daß man auf freiwilliger

Basis alle grenzüberschreitenden Bewegungen in der Größenordnung von mindestens einer Division anzeigt? Das bezieht sich also nicht auf Manöver, sondern auf Truppenbewegungen.

Bei Manövern liegt die Grenze gegenwärtig bei 25 000 Mann. Das wurde bis jetzt respektiert. Nur wird hier die Frage der Zerstückelung immer brisanter. Könnte man bei Manövern nicht gleichfalls die Größe auf eine Division festlegen?

Könnte man bei den Manöverbeobachtern von der selektiven Einladungspraxis abgehen und auch die selektive Beschickungspraxis ändern? Da werden verschiedene Länder zwar eingeladen, entsenden aber nach wie vor keine Beobachter, um selbst einen Grund zu haben, nicht einladen zu müssen.

Ein weiterer Vorschlag wäre, daß man nicht nur die Truppenmanöver in den vorgegebenen Größenordnungen meldet, sondern ebenso die Stabsmanöver. Auch würde es die Dinge wesentlich erleichtern, wenn die Manöver frühzeitiger angemeldet werden.

Zu den langfristigen Zielsetzungen einer gewissen Umstrukturierung der Truppen im Rahmen der Sicherheitskonferenz möchte ich nur sagen, daß man zwischen Offensiv- und Defensivkapazitäten differenzieren könnte.

Zur Abrüstung ist zu bemerken, daß in den kleineren Staaten eine weitgehende Frustration eingetreten ist. Die internationalen Abrüstungskonferenzen sind meiner Ansicht nach nicht viel mehr als Theater. Es wäre an der Zeit, daß die Großmächte Zeichen des guten Willens setzen. In diesem Zusammenhang nenne ich die Wiener MBFR-Verhandlungen, wo es wichtig wäre, die dort nicht beteiligten Staaten regelmäßig zu informieren, vor allem dann, wenn im Jahre 1977, wie es sich abzeichnet, die Dinge dort sich doch weiterentwickeln.

Die weiteren vertrauensbildenden Maßnahmen sollten nach Belgrad oder parallel zu Belgrad in einem Expertengremium erarbeitet werden, das die Dinge im Detail untersuchen und Vorschläge machen könnte.

Rühl

Ich gehe von dem Vorschlag der Staaten des Warschauer Paktes aus, der an alle Mitgliedsstaaten der KSZE gerichtet wird, ein Abkommen abzuschließen über die Zusicherung, Kernwaffen gegeneinander nicht als erste einzusetzen. Dieses Angebot erweitert die KSZE-Thematik auf die militärische Sicherheit in Europa. Es verbindet diesen militärischen Aspekt zugleich mit dem globalen Sicherheitsverhältnis zwischen den beiden Supermächten, die ja auch die Hauptkernwaffenmächte sind. Ihre nuklearen Waffen sind im Osten Europas die einzigen, im Westen die wesentlichen, jedenfalls auf dem Kontinent.

"No first use" bedeutet, den nuklearen Streitkräften eine politische Fessel anzulegen, ohne diese jedoch zu vermindern, zu beschränken oder zu verschieben. Damit wird eine politische Auflage für militärische Verteidigungs- und Streitkräftepläne gemacht. Wenn ein solches Abkommen geschlossen wird, kann man nicht mehr auf die eigenen Kernwaffen als frei verfügbare Mittel zur Erwidern eines Angriffs etwa überlegener konventioneller Streitkräfte setzen.

Was bedeutet dies im Kriegsfall, und was bedeutet es für die Sicherheitspolitik im Friedenszustand? Im Kriegsfall bedeutet es, daß der bewaffnete Konflikt mit konventionellen Kräften eröffnet und somit zunächst von deren Stärkeverhältnis bestimmt wird. Das konventionelle Kräfteverhältnis, die räumliche Verteilung der Streitkräfte, die Geographie und Infrastruktur sind in einem solchen Konflikt die wesentlichen Bedingungen. In Mitteleuropa sind diese Bedingungen von einer Reihe von Asymmetrien und Disparitäten gekennzeichnet, die alles in allem einen militärischen Vorteil des Warschauer Paktes begründen, solange das bestehende konventionelle Kräfteverhältnis in Mitteleuropa nicht entweder durch erhebliche westliche Verstärkungen verändert oder aber durch westliche Kernwaffen aufgehoben wird. Das erstere ist nur in eng begrenztem Maße möglich. Deshalb gründet die NATO-Verteidigung, wie die ihr logisch vorgegebene Abschreckung, im wesentlichen auf die nuklearen Waffen.

Drei Fakten sind dabei wesentlich. Erstens die ausgeprägte Offensivstruktur und Vorwärtsdislozierung der Land- und Luftstreitkräfte des Warschauer Paktes in Mitteleuropa entlang einer Allianzgrenze von 1700 km mit einem Kampfpanzerüberhang von derzeit etwa 3:1, einem Kampflugzeugüberhang von derzeit etwa knapp 3 :1 und einem Artilleriewaffenüberhang von derzeit etwa 4 :1.

Zweitens: In der Bundesrepublik sind 25 Prozent der Bevölkerung und 33 Prozent der industriellen Produktionsanlagen in einem Grenzraum bis zu 100 km Tiefe angesiedelt, sie liegen also in der operativen Tagesgefechtsreichweite der modernen Panzer- und mechanisierten Infanterie-Divisionen des Warschauer Paktes von deren Bereitstellungsräumen in der DDR und CSSR aus.

Drittens: Das sowjetische nukleare Mittelstrecken-Angriffspotential von derzeit 500 bis 600 Trägersystemen wurde durch die beginnende Einführung der SS-20 und der "Backfire"-Kampfflugzeuge in der taktischen Ausstattung nicht nur technisch in der Qualität, sondern auch operativ nach der Zahl der Ziele, die damit angegriffen werden können, gesteigert. Diese sowjetischen Angriffskapazitäten bleiben außerhalb des Verhandlungsrahmens für Truppenabbau in Mitteleuropa, da sie in der westlichen Sowjetunion stationiert sind. Sie bleiben auch außerhalb des Verhandlungsrahmens zur Beschränkung strategischer Rüstungen, weil es sich nicht um zentrale strategische Waffensysteme nach der SALT-Definition handelt. Dabei können SS-20 auch mit Mehrfachangriffs-Spitzen (MIRV) bestückt werden, was ihre Zielangriffskapazität um das Mehrfache erweitert.

Ich stelle abschließend mehrere Fragen an die sowjetischen und osteuropäischen Teilnehmer:

1. Sehen Sie eine Möglichkeit, auf die Einführung von nuklearen Systemen zu verzichten, welche für die europäische Verteidigung eine strategische Bedeutung haben, obwohl es sich nicht um strategische Waffen im globalen Verhältnis handelt?
2. Halten Sie es für richtig, mit "No-first-use"-Abkommen eine Situation zu schaffen, welche die Anlage der NATO-Verteidigungsstrategie der flexiblen Erwidmung aus den Angeln heben würde, solange die Asymmetrien in der konventionellen Streitkräfte-Relation und in der Dislozierung der Truppen und der sowjetischen Kernwaffen in der westlichen Sowjetunion bestehenbleiben?
3. Sehen Sie eine Möglichkeit, daß das Schwergewicht der geographischen Militärorganisation der Sowjetunion mit ihrer ausgeprägten Westdislozierung verschoben wird in das Innere der Sowjetunion, um auf diese Weise die bestehenden Asymmetrien etwas abzubauen?
4. Halten Sie es für möglich, daß die Sowjetunion auf die seit einigen Jahren eingeleitete maritime Machtentfaltung um die Küsten Westeuropas verzichtet?
5. Gibt es eine Möglichkeit, eine Verhandlung wie die über Truppenabbau in Mitteleuropa zu unterbrechen oder einzufrieren und sich vorübergehend mit unverbindlichen einseitigen, aber aufeinander zugeschnittenen Truppenverminderungen zu begnügen, bis man sich über vertrauensschaffende Maßnahmen und ein System von kooperativer Rüstungssteuerung durch den Verzicht auf die Einführung bestimmter Waffensysteme und Streitkräfteorganisationen auf einen Zustand zubewegt haben wird, in dem dann eine Neuverhandlung über Truppenabbau in Europa leichter würde?

Bertram

Wir haben es hier mit einem Problem zu tun, das für viele der künftigen Schwierigkeiten der Entspannung überhaupt repräsentativ sein dürfte. Es hilft uns nämlich nicht mehr weiter, jeweils der einen oder der anderen Seite die Schuld zuzuschieben. Denn die Rüstungskontrolle ist selbst in eine Sackgasse geraten - Herr Ruehl hat es eben angedeutet. Dieses Instrument faßt nicht mehr, weil es nicht gelungen ist, mit der Dynamik der technologischen Entwicklung fertigzuwerden.

Das wirft vor allem zwei schwerwiegende Probleme auf. Erstens das der Verifikation. Seit Ende der fünfziger Jahre gilt es als Grundsatz jeder Rüstungskontrolle, daß das Vereinbarte auch überprüft werden kann. Nun stellen wir zunehmend fest, daß der technologische Wandel die Überprüfungsmöglichkeiten in der Waffenentwicklung immer mehr einschränkt. Wir sehen uns daher vor dem Dilemma, Abkommen zu treffen, die entweder nicht mehr verifizierbar oder aber nicht mehr relevant sind.

Das zweite Problem in der Rüstungskontrolle besteht darin, daß die technologische Entwicklung die Kategorien, in denen Verhandlungen über Rüstungskontrolle bisher geführt wurden, auflöst.

Zwei Beispiele dafür. Beispiel Nr. 1: die cruise missile, ein Waffensystem, bei dem man durch das Aufschauben eines anderen Sprengkopfes und durch Zuladung einer größeren Menge von Treibstoff jeweils bestimmen kann, ob es ein System strategischer Reichweite und strategischer Zerstörungskraft oder ob es ein System regionaler Reichweite und taktischer Zerstörungskraft ist.

Beispiel Nr. 2: die sowjetische SS-20. Die SS-20 ist nichts anderes als zwei Stufen einer Interkontinentalrakete, der SS-16. Durch Hinzufügen einer weiteren Stufe wird aus der SS-20 eine Interkontinentalrakete; läßt man eine Stufe weg, ist die SS-20 eine Regionalrakete.

Wir sind mit unserem Latein der Rüstungskontrolle am Ende, weil wir diese Entwicklung nicht mehr innerhalb der Gremien und mit den Begriffen einfangen können, die für diese Fragen bisher zuständig und gültig waren. Dies ist eine allgemeine Entwicklung, die nicht etwa darauf zurückzuführen ist, daß

die "bösen" Amerikaner oder die "bösen" Russen es so geplant haben. Sie ist vielmehr in der technologischen Dynamik angelegt, und wir müssen gemeinsam neue Ansätze finden.

Das bedeutet, daß wir uns in allen Rüstungskontrollabkommen der nächsten Jahre wahrscheinlich mit Unvollkommenheiten zufriedengeben müssen in der Erkenntnis, daß alles, was wir vereinbaren, innerhalb kürzester Zeit schon wieder in Frage gestellt sein wird. Wenn es darum geht, ein neues Verfahren der Rüstungskontrolle zu entwickeln, dann kann das nicht der Westen oder der Osten für sich allein tun. Vielmehr ist es von der Sache her unumgänglich, daß beide zusammenarbeiten. Deshalb wird in der Übergangszeit, wie Lothar Ruehl sagt, einseitige Zurückhaltung besonders wichtig sein.

Hier stoßen wir auf ein Problem der Asymmetrie. Die Vereinigten Staaten und die meisten westlichen Länder haben die Erfahrung machen müssen, daß ein Zuwachs an militärischer Macht nicht zugleich auch die politischen Einflußmöglichkeiten vermehrt. Die Amerikaner haben das spätestens in Vietnam gemerkt; wir kleineren Europäer haben das schon lange vorher zu spüren bekommen.

Ich fürchte nun, daß die Sowjetunion diese Lehre noch nicht begriffen hat, sondern aufgrund einer Summe von historischen Erfahrungen immer noch davon ausgeht, daß ein Zuwachs an militärischem Potential immer auch politisch von Vorteil sein muß. Ich halte es daher in einer Diskussion über Entspannung für besonders wichtig, der Sowjetunion deutlich zu machen, daß dies ein Irrtum ist. Herrn Arbatow ist das bekannt, er hat selbst in verschiedenen Artikeln darauf hingewiesen. Aber Ich weiß nicht, inwieweit diese Artikel in der Sowjetunion gelesen werden, und wenn sie gelesen werden, wie weit man sie beherzigt.

Ich sehe jedenfalls zwei Beispiele dafür, daß die Sowjetunion durch Aufrüstung politische Nachteile erlangt hat und keine Vorteile.

Beispiel Nr. 1: MBFR. Wenn die Sowjetunion 1973 ernsthaft verhandelt hätte - sie tut es erst seit fünf Monaten;- hätten wir heute ein Wiener Abkommen. Damals war die Interessenlage eine andere als heute. Der Westen stand damals unter Zeldruck und hätte einer Regelung zugestimmt, die nicht unbedingt perfekt gewesen und ein Maß an gegenseitigem Vertrauen vorausgesetzt hätte. Heute hat sich diese Situation verändert, nicht zuletzt wegen der westlichen Besorgnis über das Anwachsen der sowjetischen Militärmacht.

Beispiel Nr. 2: Die Sowjetunion hat sich verständlicherweise bemüht, den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten besonderes Gewicht zu geben. Der Wunsch, von den Vereinigten Staaten nicht nur anerkannt, sondern auch als Co-Manager der internationalen Szenerie respektiert zu werden, war ein wichtiges sowjetisches Ziel. Aber durch die ungehemmte Dynamik ihrer strategischen Rüstung hat die Sowjetunion dieses Ziel verfehlt. Denn die Besorgnisse in der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten haben zu einem Tiefpunkt der Entspannungssympathie geführt. Auch hier zeigt sich, daß der Zuwachs an militärischer Macht Nachteile für die Sowjetunion haben kann.

Wir haben dann mehrfach davon gesprochen, es sei wichtig, Regelbindungen für das Verhalten von Ost und West außerhalb Europas zu finden. Theo Sommer und andere haben darauf hingewiesen. Ich habe hierzu eine Frage: Ist denn der Westen bereit und gewillt, seine eigenen Handlungen außerhalb Europas an bestimmte Regeln mit der Sowjetunion zu binden, und wie müßten diese aussehen? Wir sollten nicht so tun, als ob das nur ein östliches Problem sei, es betrifft auch die Bindung des Westens und seine Bereitschaft, die eigene Flexibilität einzuschränken - und es hat ja auch nicht nur die Sowjetunion aufgerüstet, Theo Sommer.

Löwenthal

Ich werde im Anschluß an das Referat von Herrn Wojna nicht über vertrauensbildende Maßnahmen, sondern über mißtrauensschaffende Umstände sprechen. Herr Wojna hat gesagt, im Westen habe sich aufgrund der Wirtschaftskrise ein Zweifel an der Entspannung bemerkbar gemacht. Westliche Politiker hätten versucht, durch eine verschärfte Haltung gegenüber den östlichen Staaten von der eigenen Krise abzulenken. Ich meine, daß dies dem historischen Verlauf nicht entspricht. Insbesondere hat es nicht, wie er offenbar annimmt, eine Desillusionierung des Westens nach euphorischen Erwartungen an Helsinki gegeben.

Die Enttäuschung an der Entspannung hat im Westen früher begonnen, und sie hängt tatsächlich mit der Krise zusammen, aber anders als Herr Wojna es darstellt. Die Krise und die damit verbundene zeitweise Schwächung des Westens hat nämlich die Sowjetunion zu bestimmten Schritten ermutigt, die sonst wahrscheinlich unterblieben wären. Dies wiederum hat zu einer Enttäuschung im Westen geführt.

Es begann in gewissem Grade mit dem Krieg von 1973 im Nahen Osten, der zu einer Zeit ausbrach, als zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion ein vertrauensbildendes Abkommen darüber bestand, daß man sich im Falle einer Kriegsgefahr rechtzeitig konsultieren wollte. Nun hat die Sowjetunion zweifellos von dem arabischen Angriff im Nahen Osten Vorkenntnis gehabt. Denn ohne ihre Waffenlieferungen hätte er gar nicht erfolgen können. Aber sie hat natürlich nicht die Vereinigten Staaten vorher konsultiert. Ich sage "natürlich", weil ich dieses Abkommen für illusionär halte. Die Sowjetunion hätte die USA gar nicht konsultieren können, ohne ihre arabischen Verbündeten zu verraten und damit zu verlieren. Ich werfe ihr das also nicht vor. Aber die Tatsache, daß es geschah, hat zu einer Enttäuschung in den Vereinigten Staaten geführt.

Dann folgte die Ölkrise und die allgemeine Wirtschaftskrise im Westen; es folgte eine zeitweise politische Lähmung der Vereinigten Staaten durch die Nachwirkungen von Vietnam plus Watergate und durch die Unwilligkeit des Kongresses und der öffentlichen Meinung, außenpolitische Aktionen zu unterstützen. In dieser Situation gab es eine Tendenz der Sowjetunion, die Handlungsschwäche des Westens auszunutzen, wobei man die Wirtschaftskrise in ihrer Tragweite überschätzte. Das massive Eingreifen der Sowjetunion in Angola durch Waffenlieferungen, welche die Intervention einer außerafrikanischen Macht im angolanischen Bürgerkrieg ermöglichte, ist ohne eine solche Überschätzung der Schwäche des Westens gar nicht zu erklären. Denn hier handelte es sich nicht nur um Einmischung, sondern um gewaltsame Einmischung.

Ich will ganz offen sein: Ich meine, daß die Formel der Nichteinmischung in der Schlußakte von Helsinki von beiden Seiten nicht ganz ernstgemeint sein kann. Die Sowjetunion verzichtet nicht darauf, sich im Westen, und der Westen verzichtet nicht darauf, sich im Osten propagandistisch einzumischen - Sie haben von Radio Free Europe und Radio Liberty gesprochen. Propagandistische Einmischung als solche ist aber nicht weiter schlimm. Ernst wird die Einmischung jedoch, wenn sie über Propaganda hinausgeht, wenn sie also zu gewaltsamen Aktionen übergeht, und das ist im Falle Angola geschehen.

Bestimmend für dieses Verhalten war offenbar, daß eine Reihe von Theoretikern und Ideologen in der Sowjetunion die Situation im Westen im Sinne einer Revolutionsreife interpretiert haben. In diesem Sinne ermutigte man zum Beispiel Aktionen in Portugal und übte Kritik an der ungenügend revolutionären Haltung der kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens. Ich will die Bedeutung solcher Äußerungen in der sowjetischen Presse nicht überschätzen. Ich habe gestern mit Interesse zur Kenntnis genommen, daß Herr Bowin und Herr Arbatow sagten, in der Sowjetunion repräsentiere nicht alles, was geschrieben wird, die tatsächliche Politik. Ich will das gerne glauben. Aber Sie müssen verstehen, daß solche Dinge im Westen gelesen werden. Sie haben zu der Enttäuschung an der Entspannung geführt, insbesondere in den Vereinigten Staaten.

Arbatow

Aber wie ist es, wenn wir verschiedene Dinge im Westen lesen? Wir können auch vieles nicht verstehen, was bei Ihnen geschrieben wird.

Löwenthal

Da besteht ein gewisser Unterschied. Sie können wissen, daß die westliche Presse keine Staatspresse ist und daß insbesondere die Presse der jeweiligen Opposition nicht für die Regierungspolitik repräsentativ ist. Ihre Presse dagegen ist eine offizielle Staatspresse, und wir können nicht wissen, wann ihre Äußerungen nicht repräsentativ sind. Wenn Herr Bowin und Herr Arbatow in ihrer Einschätzung der Presseäußerungen recht haben, dann dürften wir über die Enttäuschung hinaus zu neuen praktischen Schritten der Entspannung kommen können.

van Voorst

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Löwenthal, dann meinen Sie, daß die westlichen Rundfunksendungen eine Einmischung in innere Angelegenheiten der Sowjetunion bedeuten.

Löwenthal

Im gleichen Maße wie die Propaganda der Sowjetunion eine Einmischung in westliche innere Angelegenheiten bedeutet.

Arbatow

Ich kann Herrn Löwenthal nur meines Mitgeföhls versichern, wenn er über einige Artikel in der sowjetischen Presse enttäuscht ist. Aber er muß auch mit uns fühlen. Wir haben während dieses Jahres die schrecklichsten Dinge zur Kenntnis nehmen müssen, und zwar nicht nur irgendwo in der Presse, sondern auch aus dem Munde von überaus einflußreichen Politikern. Wir mußten - und müssen es zum Teil heute noch - im Ungewissen leben, was die Politik des neuen Präsidenten der USA bringen wird. Wir wissen auch nicht, wohin die jüngsten Ereignisse in der Bundesrepublik führen werden.

Aber, Herr Löwenthal, in der Politik muß man immer mit einigen unbekanntem Größen leben. Wenn man aufgrund irgendeines Artikels immer gleich enttäuscht ist und entscheidet, daß alles, was man getan hat, falsch war, dann sollte man sich am besten gleich in einen Atombunker zurückziehen, je nach Geschmack mehr Whisky oder mehr Rotwein mitnehmen und dort den Tod erwarten.

Ich bin der letzte, der die sowjetische Militärmacht bagatellisieren will. Wir sind ein sehr mächtiges Land, und in der Tat haben wir auf diesem Gebiet viel investiert. Das hat seinen Grund nicht nur darin, daß wir die Erfahrungen des Jahres 1941 nicht vergessen haben, sondern wir haben auch das Verhalten der USA in den Nachkriegsjahren kennengelernt. Wir fühlen uns nun einmal sicherer, wenn wir auf dem militärischen Sektor annähernd paritätische Verhältnisse haben, als wenn wir schwächer als unsere eventuellen Gegner sind.

In diesem Zusammenhang möchte ich Herrn Bertram antworten. In den USA haben viele, einschließlich Herrn Kissinger, darüber geschrieben, daß sich militärische Macht nicht in politischen Einfluß ummünzen läßt. Haben sich die USA mit diesem Gedanken abgefunden? Haben sie daraus für ihre Militärpolitik die entsprechenden Schlußfolgerungen gezogen? Das ist für mich eine wichtige Frage. Alles, was auf dem Gebiet der Rüstung und der Militärdoktrin geschieht, sind Versuche, doch eine Möglichkeit zu finden, um militärische Macht für politische Zwecke zu nutzen. Ich berufe mich hier etwa auf die Schlesinger-Doktrin, und ich weise auf eine Reihe von Waffensystemen hin, die in diesem Sinne entwickelt werden.

Meine eigenen Artikel wurden keineswegs wegen der Feststellung kritisiert, daß militärische Macht nur recht begrenzte Anwendungsmöglichkeiten in der Politik hat. In diesem Punkt stimmt die Mehrheit meiner Leser in der Sowjetunion offenbar mit mir überein, und das schlägt sich auch in unserer Politik in dem Bemühen nieder, Wege zur Einschränkung der Rüstung zu finden.

Auf der anderen Seite sehen wir, daß der Westen dank der Flexibilität seines Propaganda-Apparates und dank der umsichtigen Arbeit des gesamten militärischen Komplexes in einer Welt von Mythen lebt, was die angebliche sowjetische Bedrohung und Gefahr anbetrifft. Immer wieder heißt es, daß die Staaten des Warschauer Vertrages viel mehr Landstreitkräfte haben als die USA. Das ist aber gar nicht der Fall. Selbst nach westlichen Angaben hat der Warschauer Vertrag, wenn ich nicht irre, 4,6 Millionen und die NATO 5,1 Millionen Landstreitkräfte.

Bei den Flotten muß man schon den Eindruck gewinnen: Wohin man 'auch schaut, stößt man auf ein sowjetisches Kriegsschiff. Rein zahlenmäßig mag das vielleicht stimmen, wenn man, sagen wir, ein Küstenschutzboot mit einem Flugzeugträger gleichsetzt. Aber das traf nur für eine sehr kurze Periode zu, als in den USA eine große Zahl von Schiffen abgeschrieben wurde und das beschleunigte Neubauprogramm noch zu keinen Ergebnissen geführt hatte. Diese Periode wird bald zu Ende sein. Was die Wasserverdrängung betrifft, so hatten die USA stets eine doppelte, ja dreifache Überlegenheit. Ja, mehr noch, ihre Flotte war, im Unterschied zu der unsrigen, stets eine Angriffswaffe für die Überseekriege, das heißt für eine interventionistische Kriegführung. Nimmt man zum Beispiel die Marineinfanterie, so haben wir schätzungsweise nur 17000 Mann, während die Amerikaner über rund 200 000 verfügen. So ist es auch in vielen anderen Dingen.

Ein Wort zum Rüstungshaushalt. Auch da erzählt man sich die schrecklichsten Geschichten. Ich mache einen ganz einfachen Vorschlag. Wenden wir doch die gleiche Methode an, nach der in den USA zur Zeit der sowjetische Rüstungshaushalt ausgerechnet wird. Um den zu halbieren, genügt es, daß die Amerikaner wieder von der Berufsarmee zu einer Armee übergehen, die mit Wehrpflichtigen besetzt ist. Dann stellt sich nämlich heraus, daß die Lohnsteigerung für einen amerikanischen Soldaten auf, ich glaube, 380 Dollar automatisch umgerechnet wird auf eine Steigerung des sowjetischen Rüstungshaushalts. Die Erhöhung der Kosten bei jedem Waffensystem wird sofort umgerechnet auf die Kosten der sowjetischen Rüstung.

Dann die Frage der Zivilverteidigung. Was wurde auf diesem Gebiet getan? Vielleicht hat man uns da mit den Chinesen verwechselt. In einem sowjetischen Lehrbuch für Landwirtschafts-Hochschulen wurden für die Zivilverteidigung zwei Zahlen genannt. Nach Angaben der Auslandspresse stand dort geschrieben - ich habe die Zahlen nicht genau im Kopf: Bei einem Fehlen der Zivilverteidigung würde

die Verlustquote der Bevölkerung 90 Prozent betragen; wäre eine Zivilverteidigung vorhanden, nur 5 bis 8 Prozent. Das wurde in der Presse als Tatsache dafür gewertet, daß die Sowjetunion bereit sei, einen Präventivschlag gegen die USA zu führen. Marshall Shulman kennt diese Geschichte. Ein Mitarbeiter meines Instituts hat dann den entsprechenden Verlag angerufen und darum gebeten, den Autor ausfindig zu machen. Der Autor rief ihn zwei Tage später zu Tode erschrocken an und sagte: Ich habe das alles der Auslandspresse entnommen. So entstehen dann solche Mythen.

Aber sieht man einmal von diesen Mythen ab und betrachtet die Realität, so empfinde ich diese als sehr beunruhigend. Ich habe den Eindruck, daß wir am Anfang einer neuen Runde auf dem Gebiet der strategischen Rüstung stehen. Das gleiche scheint bei der konventionellen Rüstung der Fall zu sein. Wenn wir das jetzt eine Zeitlang so treiben lassen, dann werden wir - und da stimme ich mit Herrn Bertram voll überein - uns alle in eine sehr schwierige Situation hineinmanövrieren. Ich denke, daß es noch nicht zu spät ist und wir Maßnahmen ergreifen können, um diese Prozesse unter Kontrolle zu halten.

Ich will hier gegen niemanden Vorwürfe erheben, aber ich kann im vollen Verständnis für die gegebene Situation sagen: Wären die Wahlen in den USA nicht gewesen, so wäre die Linie, wie sie Präsident Ford bei den Verhandlungen bezogen hatte, sicher weiterverfolgt worden, und wir hätten das SALT-II-Abkommen abgeschlossen und wohl auch schon die SALT-IM-Verhandlungen in Angriff genommen. Aber nun ist es zu spät, um über vergossene Milch zu weinen. Jetzt müssen wir uns bemühen, die verlorene Zeit sobald wie möglich wieder einzuholen, wenn es auch nicht leicht sein wird, in den SALT-II-Gesprächen Fragen endgültig zu klären.

Noch komplizierter ist es, das Vorgehen für die nächste Runde der Verhandlungen festzulegen. Es darf nicht soweit kommen, daß der politische Prozeß der Verhandlungen hinter dem technologischen Prozeß der Waffenproduktion herhinkt. Ich halte es unbedingt für erforderlich, bei den Wiener Verhandlungen schnell vorzugehen. Das ist auch psychologisch wichtig. Wenn da Fortschritte erzielt würden, wäre der Weg frei, um ohne das enorme Mißtrauen und ohne gegenseitige Verdächtigungen zu wesentlicheren Dingen überzugehen.

Ich kann jetzt nicht alle Fragen von Herrn Ruehl beantworten. Das würde ein umfangreiches Referat erforderlich machen. Ich möchte abschließend nur ein Moment herausgreifen, das mich beunruhigt. Es hieß, die Sowjetunion versuche, die Beziehungen zu ihren Verbündeten zu stärken. Aber darum bemühen sich auch die westlichen Partner. Worauf es ankommt ist, daß man in der Zeit der Entspannung Bündnisse nicht auf der Grundlage einer militärischen Bedrohung aufbauen darf, schon gar nicht auf der einer angeblichen Bedrohung. Der Warschauer Vertrag arbeitet bereits an Voraussetzungen für eine andere Grundlage. Ich habe nichts dagegen, wenn die USA und ihre Verbündeten die Beziehungen untereinander stärken. Wenn man aber versucht, das Bündnis dadurch zu festigen, daß man eine angebliche militärische Bedrohung feststellt, so kann das gefährliche Folgen haben.

Sommer

Die entscheidende Frage haben Sie nicht beantwortet, Herr Arbatow, nämlich welchen Sinn die ungeheure Aufrüstung und Umrüstung hat in dem Raum, über den wir sprechen.

Arbatow

Aber das ist nicht der Fall.

Sommer

Ich habe Ihnen Zahlen genannt.

Arbatow

Von SIPRI.

Sommer

Wenn Sie SIPRI nicht trauen, dann hoffe ich, daß Sie unseren Geheimdiensten ein wenig zutrauen.

Arbatow

Wir haben doch die Zahlen in Wien genannt.

Sommer

Sie haben nach fast drei Jahren eine erste Pauschalzahl von 804.000 gegen 800.000 genannt; aber das konnte der Westen bisher nicht anerkennen.

Arbatow

Aber was können wir da machen? Sie wollen Zahlen, und wenn wir sie Ihnen geben, dann erkennen Sie diese nicht an.

Ménudier

Diese Mißverständnisse würden sofort verschwinden, wenn Sie die entsprechenden Experten in die Sowjetunion reisen lassen würden. Das bedeutet mehr Transparenz. Wir sind jetzt nur auf Vermutungen angewiesen. Lassen Sie ein wenig Kontrolle zu, und das Thema ist vom Tisch.

Sommer

Wir haben die Dinge ernsthaft geprüft und sind der Ansicht, daß unsere Einschätzung ungefähr den Realitäten entspricht. Sie sagen, Herr Arbatow, das sind Verdächtigungen. Das sind aber keine Verdächtigungen, sondern Fakten, aus denen sich unser Bedrohtheitsgefühl ableitet. Wir müssen uns gegenseitig unsere Bedrohtheitsgefühle abnehmen, wenn wir vorankommen wollen.

Graf von Baudissin

Die Feststellung sowohl von Herrn Bertram als auch von Herrn Arbatow, wir dürften die Dinge nicht treiben lassen, halte ich für sehr wichtig. Sie beklagen dann, Herr Arbatow, vieles, was im Osten geschieht, werde mißdeutet, und man operiere im Westen mit falschen Zahlen. Da kann nur beiderseitige Transparenz weiterhelfen. Erst wenn wir die Zahlen des anderen und auch seine Konzepte einigermaßen kennen, läßt sich das Mißtrauen abbauen.

Ihre letzte Bemerkung, Herr Arbatow, verstehe ich von Ihrem Standpunkt aus. Sie meinten, wir im Westen täten so, als bestünde eine Bedrohung, während sie in Wirklichkeit gar nicht bestehe. Hier möchte ich entgegnen: Wenn wir Entspannungspolitik betreiben wollen, dann müssen wir die Bedrohtheitsgefühle des anderen ernst nehmen. Dieses halte ich sogar für eine der wesentlichsten psychologischen Voraussetzungen für den Prozeß. Sie ist allerdings nicht ohne weiteres gegeben, da jede Seite fast nie verstehen kann und will, daß sich die andere durch sie bedroht fühlt. Deshalb ist man immer wieder geneigt, zur angeblichen Stärkung der eigenen Sicherheit Maßnahmen zu ergreifen, die der andere als bedrohend ansieht. Es fällt offensichtlich schwer, die sicherheitspolitische Realität des Kernwaffenzeitalters zu akzeptieren, daß Sicherheit nur gemeinsam zu haben ist und daß die Unsicherheit einer Seite die Beziehungen gefährlich destabilisiert.

Die präzisen Vorschläge, die Herr Khol über den Ausbau der confidence building measures gemacht hat, teile ich weitgehend. Ich fände es ausgezeichnet, wenn in Belgrad eine Expertenkommission eingesetzt würde, die diese Fragen weiter verfolgte. Ich hoffe, daß alle, die zunächst starke Bedenken gegen die confidence building measures hatten, in der Praxis zumindest keine schlechten Erfahrungen mit ihnen gemacht haben; damit wären wir einen guten Schritt weiter. Sicher ist die einzelne Beobachtung gar nicht so wichtig, aber bei einer Intensivierung des Austauschs kann jede Seite eine Vorstellung über den normalen Rhythmus, Raum, Umfang, Ablauf und Übungszweck der Manöver der anderen Seite entwickeln. Auf solche Weise bildet sich eine Vertrauensbasis, die bei normentsprechendem Verhalten manche Beunruhigung und Spannung erspart. Solange sich das Gegenüber an das durch ihn selbst und nach seinen Bedürfnissen entwickelte Rahmenmodell hält beziehungsweise durch entsprechende Ankündigung auf Änderungen rechtzeitig hinweist, wirken die militärischen Aktivitäten vertrauensbildend.

Killick

In der Schlußakte von Helsinki haben wir alle das gemeinsame Interesse an der Abrüstung anerkannt. Dieses gemeinsame Interesse ist heute eher noch stärker geworden, als es zum Zeitpunkt der Unterzeichnung in Helsinki war - und zwar nicht zuletzt wegen der wirklich beunruhigenden Feststellungen, die Herr Bertram vorhin zum Ausdruck gebracht hat. Die Probleme und Gefahren erkenne ich sehr deutlich, ohne daß ich die Antwort darauf geben könnte. Dennoch ist das, was bisher auf dem Gebiet der Abrüstung erreicht wurde, keineswegs entmutigend.

Die Vorschläge und Handlungen der sowjetischen Seite zur Abrüstung scheinen in zwei Kategorien zu fallen. Die eine Kategorie könnte man als eine Art Geheimdiplomatie bezeichnen. Das trifft etwa auf Entspannungspolitik nach Helsinki (PDF-Version)

Dinge wie SALT zu. Da stimme ich sehr mit dem überein, was Herr Arbatow gesagt hat. Wir begrüßen jeden Fortschritt innerhalb der SALT-Gespräche, und wir hoffen, daß diese Gespräche beschleunigt weiterverfolgt werden.

Wir sind auch zu einem sehr guten Diskussionsergebnis auf dem Gebiet der Nicht-Weiterverbreitung von Kernwaffen gekommen. Da haben wir eine deutliche Interessengemeinschaft zwischen der Sowjetunion und anderen Ostblockländern und uns selber feststellen können. Was die chemischen Waffen angeht, so wird der letzte Vorschlag des Warschauer Paktes, diese Waffen zu verbieten, gegenwärtig in Genf beraten. Insbesondere die britische Regierung hat hierzu in Genf einen ernsthaften und praktikablen Vertragsentwurf vorgelegt. Dabei stellen sich dann Überwachungsprobleme. Ich muß betonen, Herr Arbatow, es kommt auf diesem Gebiet wesentlich darauf an, daß die Sowjetunion in der Frage der Überwachung eine positivere Haltung einnimmt.

Damit komme ich zur Wiener Konferenz, die eine Art halbdiskreter Diplomatie darstellt. Was das militärische Ungleichgewicht in Europa angeht, so stimme ich den Ausführungen von Herrn Sommer und Herrn Ruehl voll zu. Wenn die östliche Seite westliche Vorschläge kritisiert mit der Begründung, wir wollten einseitige militärische Vorteile daraus ziehen, dann müssen wir solche Vorschläge eben dort machen, wo wir der Meinung sind, daß die andere Seite bereits einen einseitigen militärischen Vorteil besitzt, der jetzt korrigiert werden muß.

Nun zu einem anderen Gebiet sowjetischer Vorschläge, die öffentlich vorgetragen wurden, vor allem in der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Ich verhehle nicht, daß ich die öffentliche Verbreitung von derartigen Vorschlägen vor einem großen Forum nicht für gute Diplomatie und nicht für den besten Weg halte, Zustimmung zu erreichen - wenn man überhaupt Zustimmung erlangen will. Ich habe jedoch manchmal den Eindruck, daß man vielleicht gar nicht ernsthaft ein Abkommen erstrebt.

Ich lehne die meisten dieser Vorschläge keineswegs rundweg ab. Aber ich stimme denjenigen zu, die Vorschläge für ein Abkommen über den "no first use" von Kernwaffen scharf kritisieren. Der Ersteinsatz von Kernwaffen ist bei dem gegenwärtigen Verhältnis der konventionellen Streitkräfte in Europa, sogar auf unserem eigenen Territorium, eine Option, die wir im Interesse unserer eigenen Sicherheit nicht aufgeben können. Ich habe meine Zweifel an einem Weltvertrag über den Nichteinsatz von Waffen. Dadurch können möglicherweise Bestimmungen abgeschwächt werden, die bereits in der Charta der Vereinten Nationen festgelegt sind. Ich sehe wirklich keinen Nutzen, die Charta zu ergänzen. Wir haben nichts gegen eine Weltabrüstungskonferenz, vorausgesetzt, daß sich alle betroffenen Länder daran beteiligen, und ich weiß nicht, ob dafür schon eine Basis vorhanden ist. Grundsätzlich sind wir bereit, solche Vorschläge wohlwollend zu prüfen.

Mein letzter Punkt bezieht sich auf die Militärbudgets. Wir haben hier Schwierigkeiten, und zwar hauptsächlich wegen der großen Geheimhaltung, mit der dieser Gegenstand in der Sowjetunion umgeben wird. Man hat uns gesagt, daß das sowjetische Militärbudget eine Reihe von Jahren konstant geblieben ist; nach Herrn Gabusov ist es in diesem Jahr sogar reduziert worden. Das ist aber sehr schwer mit den Tatsachen, die man beobachten kann, in Einklang zu bringen. Selbst wenn es in der Sowjetunion keine Inflation gibt, und selbst wenn eine Armee, die auf Wehrpflichtigen beruht, weniger kostet, ist es einfach nicht glaubwürdig, daß die sowjetischen Streitkräfte in der Qualität ihrer Ausrüstung so sehr verbessert werden konnten, ohne daß sich die Ausgaben in den letzten fünf Jahren erhöht haben.

Nach unseren eigenen Berechnungen sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß die Militärausgaben tatsächlich 11 bis 13 Prozent des sowjetischen Bruttosozialproduktes betragen müssen. Das ist zur Zeit die bestmögliche Schätzung, die natürlich falsch sein kann. Da wir aber die wirklichen Zahlen nicht kennen, weil sie nicht veröffentlicht werden, können wir nur schätzen. Und wenn es darum geht, Vertrauen aufzubauen, dann kann ich nur wiederholen, daß wir in der gegenwärtigen Situation einen Vorschlag, die Militärbudgets um 10 Prozent zu reduzieren, kaum als realistisch ansehen. Um aber mit einem positiven Vorschlag zu enden: Hier ist ein Gebiet, in dem weniger Geheimhaltung und mehr Offenheit der Sowjetunion sehr viel dazu beitragen würden, die Vertrauenslücke zu schließen, die wir festgestellt haben.

Bindschedler

Ich möchte einige Bemerkungen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung machen, die Ihnen nicht sehr orthodox vorkommen werden. Ich habe schon betont, daß für die ganze Entspannungspolitik die Wahrung des bestehenden machtpolitischen Gleichgewichtes essentiell ist. Das ist die *conditio sine qua non*. Bei allen Verhandlungen über Rüstungskontrolle hat man immer das Gefühl, daß es jeder Seite in erster Linie darum geht, dieses Gleichgewicht irgendwie zu ihren Gunsten zu verändern.

Bismarck hat einmal auf einer Konferenz die Frage aufgeworfen "qui trompe ici qui?" Das trifft wahrscheinlich vor allem auf sämtliche sogenannten Abrüstungsverhandlungen zu. Sie sind mit großen Gefahren verbunden.

Ich beschränke mich hier auf zwei Anspielungen. Erstens die SALT-Verhandlungen. Es ist immerhin denkbar - erschrecken Sie nicht;- , daß derartige Abmachungen die stillschweigende Übereinkunft enthalten: Wenn es trotzdem zu Feindseligkeiten kommt, wird der Kriegsschauplatz auf Europa beschränkt. Gewisse Tendenzen der Rüstungen, wie die SS-20-Raketen und anderes mehr, sind Indizien dafür. Dann sind wir Europäer - jetzt ohne die beiden Flügel, der eine jenseits des Ozeans und der andere hinter den polnischen Ebenen - der Esel, auf den eingeschlagen wird, und der letztlich mehr oder weniger glorios stirbt.

Zweitens: Es ist das Stichwort "Nuklear-Probleme" gefallen. Das hat für mich einen gewissen Reizwert. Was hier von gewissen Staaten verlangt wird, nähert sich sehr weit einem Begriff an, der nicht sehr schön klingt und "Erpressung" heißt. Sie richtet sich vor allem gegen die kleinen und mittleren Staaten. Auf der Überprüfungskonferenz in Genf im letzten Jahr haben mein Land und andere Staaten das deutlich zum Ausdruck gebracht, leider weitgehend erfolglos. Wir spüren den Druck, der in der Lieferung von Kernbrennstoffen und in der zivilen Zusammenarbeit ausgeübt wird, ziemlich stark. Das hat auch nichts mit Entspannung zu tun.

Ich will damit nicht sagen, daß man auf dem Gebiet der Rüstungsstabilisierung sich nicht bemühen sollte, aber man muß auch die Gefahren beachten. Vor allem halte ich es für wichtig - andere Teilnehmer haben das schon gesagt;- , daß wenigstens die Durchsichtigkeit in der Rüstungspolitik erhöht wird. Hier liegt vor allem auch das Verdienst des Institute for Strategie Studies in London, von SIPRI in Stockholm und von anderen Instituten, daß sie versuchen, den Schleier ein wenig zu lüften. Es geht ferner in erster Linie um Regelungen für die Zukunft. So würde ich es befürworten, wenn man neue Massenvernichtungswaffen oder Waffen, die die Umwelt zerstören, verbietet oder deren Anwendung Beschränkungen unterwirft, wie das in Genf geschehen ist. Solche Dinge bieten gewisse Erfolgsaussichten, weil die Rüstungspolitik hier noch nicht so weit fortgeschritten ist.

Hingegen halte ich nichts von der allgemeinen Abrüstung. Man muß sich überhaupt klar darüber sein, daß die Rüstung und das ganze Militär - ich sage das, obwohl ich selbst Oberst bin - an zweiter Stelle stehen. Entscheidend ist die Politik. Wenn es nämlich gelingt, die Konflikte zu entschärfen und eine politische Stabilisierung zu erreichen, dann folgen die Rüstungsmaßnahmen nach, ohne daß man sich noch lange darüber unterhalten muß. Ich möchte davor warnen, das Schwergewicht der Verhandlungen auf den Militärssektor zu legen, wo man vor unüberwindlichen Schwierigkeiten steht. Wir müssen uns auf den politischen Sektor konzentrieren und hier zu einem Abbau der Konfrontation gelangen.

Gasteyger

Ich meine, daß sich die Westeuropäer aus zwei Gründen durch die sowjetische Aufrüstung verunsichert fühlen. Einmal wegen des bereits erwähnten konventionellen Übergewichts der Sowjetunion auf dem Kontinent, das neuerdings noch durch die Einführung einer neuen, mobilen Rakete betont werden soll, für die es auf westlicher Seite nichts Gleichwertiges gibt.

Zum anderen - und das ist ein eher neuer Aspekt ist die Verunsicherung auf die Tatsache zurückzuführen, daß sich die Sowjetunion in einer Phase des kontinuierlichen Ausbaus ihrer Weltmachtstellung befindet, der sich in erster Linie in einer Erweiterung ihrer militärischen Präsenz manifestiert. Man kann dies zu einem nicht unwichtigen Teil aus der Entschlossenheit Moskaus erklären, einen weltpolitischen Rang oder Status zu erringen, der jenem der Vereinigten Staaten vergleichbar ist. So gesehen, besteht gewiß eine Art "Nachholbedarf" für die Sowjetunion.

Der Westen wird sich mit der Tatsache abfinden müssen, daß sie sich als Weltmacht im vollen Sinne verstehen und dafür auch die nötigen Mittel zur Verfügung haben will. Das bedeutet nicht zuletzt, daß sie ihre Sicherheitsinteressen über den bisher vorwiegend auf Europa begrenzten Raum hinaus geltend machen will. Das gilt für den Mittleren Osten, das gilt für den Indischen Ozean und in Zukunft zweifellos für weitere, immer entferntere Regionen. Unter diesem Aspekt ist wohl auch der sowjetische Vorschlag für ein kollektives Sicherheitssystem in Asien zu verstehen.

Es ist unvermeidlich, daß eine solche Phase der Expansion - "acquisitive stage", wie sie auf englisch genannt wurde - auch bei den Europäern das Gefühl der Gefährdung erhöht. Sei es deswegen, weil eine verstärkte weltweite Präsenz der Sowjetunion auch europäische Interessen mitberührt, sei es, weil wir so wenig über Motive und Ziele der sowjetischen Rüstungspolitik insgesamt wissen. Westeuropa sieht sich plötzlich nicht mehr nur vom Osten her, sondern von bisher ungewohnter Seite,

vom Süden, Norden und - dank dem Vordringen sowjetischer Seestreitkräfte in den Atlantik - sogar vom Westen her bedroht.

Dieser Auf- und Ausbau der sowjetischen Flotte sollte sicher nicht überdramatisiert werden. Aber er ist ein neues und damit ungewohntes Phänomen. Herr Arbatow hat gewiß recht, wenn er darauf hinweist, daß diese Flotte noch längst nicht so viele große Schiffe besitze wie die Vereinigten Staaten. Aber dafür gibt es geographische, geopolitische und strategische Gründe. Die Sowjetunion war seit jeher eine Landmacht - und ist es im Grunde genommen auch heute noch, ganz im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, für die die maritimen Verbindungen zu ihren Alliierten von größter Bedeutung sind. Wenn die Sowjetunion ihre Überlegenheit auf dem Kontinent als traditionelle Landmacht rechtfertigt, ist das eines; wenn sie nun aber plötzlich auch zur See sich neben die Vereinigten Staaten stellen will, ist das etwas ganz anderes. Hier muß sie damit rechnen, neue Unsicherheiten zu wecken und expansiver Absichten verdächtig zu werden.

Czernetz

Auf dem Kongreß der Sozialistischen Internationale in Genf wurde gestern über das Thema "Helsinki und danach" debattiert. Allgemeiner Tenor war, es habe zwar keine Rückschläge seit Helsinki gegeben, aber auch keine Erfolge. Niemand ist mit dem Tempo der Entwicklung ganz zufrieden. Minister Bahr bemerkte, die Entspannung sei nur möglich auf der Basis der beiden Bündnissysteme; dafür müßten auch die Blockfreien und die Neutralen Verständnis haben. Wir Österreicher verstehen das sehr wohl. Wir wissen, daß wir im Gleichgewicht der beiden Blöcke die Grundlagen unserer staatlichen Unabhängigkeit und Neutralität finden - ob uns das sympathisch ist oder nicht. Nur das Gleichgewicht kann auch die Basis für eine Verständigung sein. Auf Appelle etwa von jugoslawischer und rumänischer Seite für eine Auflösung der Blöcke geben wir häufig zu bedenken, daß man damit wahrscheinlich mehr Unsicherheiten und Gefahren schafft als Sicherheit.

Für die Zukunft schlägt Herr Bahr vor, daß man, zeitlich terminiert, einzelne Maßnahmen aus dem Schlußakt festlegen sollte, deren Durchführung in einer zu bestimmenden Zeit überprüft werden könnte. Der ganze Katalog von Maßnahmen in der Schlußakte von Helsinki ist ja in zwei Jahren überhaupt nicht durchführbar und in seiner Fülle auch nicht überprüfbar. Bahr fügte hinzu - und das stimmt mit vielem überein, was hier gesagt wurde: Die Entspannung zwischen den Staaten gilt nicht für die ideologische Auseinandersetzung; die Konfrontation der Ideen bleibt bestehen. Es geht um die Zusammenarbeit der Staaten auf der Grundlage der Systemunterschiede.

Ich möchte dennoch die Frage aufwerfen: Warum kann es keine ideologische Koexistenz von Klassen, Parteien, Ideen und Ideologien geben? Das heißt, sie alle kämpfen miteinander, aber es muß ein Kampf ohne Gewaltanwendung nach den Regeln der Demokratie sein. Wenn man die Demokratie als politische Methode wirklich anerkennen würde, müßte die Koexistenz auch auf dem Gebiete der Ideologie zwischen Ost und West möglich sein.

In Punkt VII des ersten Korbes der Schlußakte - "Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten" - heißt es, daß die Teilnehmerstaaten die Freiheit des Individuums anerkennen und achten werden. Dagegen lese ich in der offiziellen Zeitschrift der Sowjetbotschaft in Wien "Sowjetunion heute" vom 1. November 1975: "Die unmittelbare Gewährleistung der Rechte des Individuums ist aber einzig und allein das Vorrecht des Staates und nicht der internationalen Gemeinschaft". Wenn das die vorherrschende Auffassung war, hätte der Punkt VII eigentlich nicht unterzeichnet werden dürfen. Was meint man wirklich damit? Aus solchen Ungewißheiten entsteht Unsicherheit.

Kennedy hat einmal gesagt: Wir müssen von der Koexistenz zur Kooperation kommen. Der Weg geht über die Entspannung. Die Entspannung wird natürlich durch das irrsinnige Wettrüsten gefährdet. Der holländische Außenminister Max van der Stoep hat kritisch bemerkt, daß SALT I das Wettrüsten nicht gebremst hat; es betraf ja nur eine Begrenzung der defensiven Rüstung. Was SALT II angeht, so hat Kissinger 18 Tage nach Wladiwostok in einer Pressekonferenz in Washington gemeint, daß es sich nur um mündliche Abmachungen handle; schriftlich müsse das erst mit dem Sowjetbotschafter Dobrynin formuliert werden, und da könnten noch Korrekturen vorgenommen werden. Es ist wirklich abenteuerlich, wie da mit dem Schicksal der Menschheit umgegangen wird. Auch beim Nonproliferations-Vertrag zeigt sich, daß gerade die Supermächte die Verpflichtung zur atomaren Abrüstung nicht eingehalten, während sich die anderen an ihre Verpflichtungen der Nichtverbreitung gehalten haben.

Es geht aber nicht nur um den Rüstungswettlauf. Es ist mit Entspannung ebenso unvereinbar, wenn man an einer Theorie festhält, derzufolge aus dem Ringen der sozialen Gruppen, aus dem Klassenkampf schließlich der Bürgerkrieg erwachsen müsse. Auch wenn in feierlichen Erklärungen die Losung "Diktatur des Proletariats" aufgegeben wird, gibt man die These nicht auf, daß die

Kommunistische Partei im Besitz der absoluten geschichtlichen Wahrheit ist. Sie kann nicht irren. Diese Haltung führt dann doch zu großer politischer Unsicherheit und zur Störung des Entspannungsprozesses.

Dahrendorf

Darf ich vorschlagen, daß wir uns jetzt den Themen von Korb 2, also insbesondere wirtschaftlichen Fragen zuwenden. Herr Sommer hat ja die These aufgestellt, daß Helsinki die Entwicklungen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit weder behindert noch gefördert habe. Das heißt, die wirtschaftlichen Prozesse werden von anderen Kräften bewegt, die im Grunde unabhängig von der Konferenz sind.

Maximova

Wenn wir den Entspannungsprozeß verfolgen, so können wir in den Ost-West-Beziehungen drei Stufen feststellen. Auf der ersten Stufe steht all das im Vordergrund, was uns voneinander trennt, was uns am anderen nicht gefällt; man will die Widersprüche und Gegensätze aufzeigen. Ich war der Meinung, diese Etappe hätten wir bereits hinter uns. Denn das hatten wir doch viele Jahre lang vor Helsinki betrieben. Ich glaubte, wir wären zu einer zweiten Stufe übergegangen, auf der wir es uns schon leisten können, unsere gemeinsamen beziehungsweise parallelen Interessen zu ermitteln, um dann auf einer dritten Stufe nach konstruktiven Lösungen zu suchen, die uns in die Lage versetzen, die Hauptaufgabe, nämlich die Sicherung des Friedens zu bewältigen.

Ich möchte mich auf die Frage konzentrieren: Was haben wir auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West erreicht? Wir sollten uns bei der Analyse der Ergebnisse von keinen Emotionen leiten lassen, sondern nüchtern einschätzen, was bisher geleistet wurde, was den Fortschritt behindert, und was getan werden muß, um bei der Entspannung voranzukommen.

Herr Sommer und andere behaupten, der Ost-West-Handel sei nahezu zum Stillstand gekommen; wir hätten sogar Rückschritte in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu verzeichnen. Ich stimme Ihnen zu, Herr Sommer, wir sollten nicht mit Statistiken jonglieren, aber oberflächliche Feststellungen helfen uns nicht weiter. Ich werde aber nicht unsere Statistiken nehmen, sondern auf die UNO-Statistik zurückgreifen. Laut dieser Statistik hat sich der Handel zwischen den RGW-Ländern und den Westländern in den letzten fünf Jahren auf das Dreieinhalbfache erhöht; er ist also wesentlich schneller angestiegen als der sogenannte kapitalistische Welthandel, der sich auf das 2,6fache steigerte.

Ein Jahr nach Helsinki war die wirtschaftliche Situation überaus kompliziert. Sie haben mit Recht festgestellt, daß die Konjunktur die Entwicklung des Handels keineswegs begünstigte. So ist 1975 der weltweite Export der Westländer - absolut gesehen - um 6 Prozent und der Import um 8 Prozent zurückgegangen. Dagegen ist der Handel des Westens mit den RGW-Ländern um 30 Prozent gestiegen. Ich könnte weitere Zahlen anführen.

Ich komme dann zur Frage der Verschuldung. Wir sehen darin kein Problem, obwohl wir uns durchaus bewußt sind, daß die Kredite ein großes Ausmaß erlangt haben. Aber jedermann weiß, auch ein Nichtökonom, daß sich ohne die Gewährung von Krediten in der gegenwärtigen Welt keinerlei wirtschaftliche Beziehungen entwickeln können, vor allem was den Handel angeht. Nennen Sie mir auch nur ein Beispiel eines großen Unternehmens im Westen, das nicht auf Kredit kauft oder verkauft, vor allem dann, wenn es sich um größere Geschäfte handelt. Kreditbeziehungen sind moderne Formen entwickelter Wirtschaftsbeziehungen.

Außerdem: Wir nehmen nicht nur Kredite, sondern wir gewähren auch unsererseits welche, auch solche in harter Währung. Man halte uns doch nicht für so naiv, daß wir uns durch den Hinweis einschüchtern lassen, man würde uns keine Kredite mehr gewähren, falls der Prozeß der Aufrüstung weitergeht. Das Wettrüsten ist doch keineswegs ein einseitiger Prozeß, sondern er wurde der Sowjetunion vom Westen aufgezwungen.

Wir streiten uns hier, obwohl die Regierungen schon viel weiter fortgeschritten sind als gewisse Experten. Sie werfen sich keine Knüppel zwischen die Beine und sprechen hinsichtlich der Kreditgewährung keine Drohungen aus. Fragen Sie einmal ihre westlichen Kollegen; hier geht es nicht um die Erlangung einseitiger Vorteile. Der Westen bekommt außerordentlich viel dafür. Sie gewähren diese Kredite ja auch keineswegs zu günstigen Bedingungen, sondern wir müssen dafür ziemlich hohe Zinsen zahlen, was für das big business im Westen von Interesse ist.

Die Verschuldung ist für uns auch deshalb nicht bedrohlich, weil die Regierungen in den sozialistischen Ländern mit ihrer, wie Sie sagten, starren Wirtschaftsstruktur die Möglichkeit haben, diesen Prozeß zu lenken. Wir kennen die Grenzen unserer Möglichkeiten und sind durchaus

imstande, diesen Prozeß zu steuern. Dieses Argument mag für Sie von Nutzen sein, um die öffentliche Meinung bei Ihnen zu beruhigen, die ja von den Vertretern der verehrten Presse mitgestaltet wird.

Sie fragten dann, ob die Entspannungspolitik der Sowjetunion langfristig angelegt sei. Jawohl, das ist eine langfristige Politik und kein konjunkturbedingtes Verhandeln. Es ist auch nicht der Versuch, einseitig Gewinne einzustreichen. Die Entspannung entspricht den grundsätzlichen Interessen unseres Volkes. In welchem Land wäre es möglich, das Wettrüsten, das angeblich nur von seilen der Sowjetunion betrieben wird, mit jenem umfangreichen sozialen Programm in Einklang zu bringen, das wir uns für dieses Planjahr fünf vorgenommen haben und das wir auch unseren weiteren Plänen bis 1990 zugrunde legen? Wenn wir ein so umfangreiches soziales Programm ausarbeiten, um in quantitativer und qualitativer Hinsicht einen höheren Lebensstandard für unsere Menschen zu erreichen, dann ist das auch ein Element der Entspannung. Wie sollte ein Land, das seine Anstrengungen auf das Wettrüsten konzentriert, dies mit einem solchen Programm sozialer Maßnahmen vereinbaren können?

Noch eine Bemerkung in diesem Zusammenhang. Vor einigen Jahren gab es im Westen ernsthafte Streitigkeiten darüber, ob durch große Kompensationsgeschäfte nicht das Rüstungspotential der Sowjetunion gestärkt würde. Beruhigen Sie bitte Ihre Leser, unser Militärpotential ist von Ihren Lieferungen unabhängig; es wird nicht durch die wirtschaftliche Zusammenarbeit geschaffen.

Die Sowjetunion wird ab 1978 im Rahmen umfangreicher Kompensationsgeschäfte eine ganze Reihe von wichtigen Rohstoffen liefern, die der Westen dringend braucht, insbesondere im Hinblick auf die Energiekrise. Dabei handelt es sich etwa um die Lieferung einer Reihe von Karboniden, Ammoniak und so weiter. Ich denke weiter an die jährlichen Erdgaslieferungen in Milliarden Kubikmetern. Das ist, wenn Sie so wollen, unsere Hintertür für den Westen. Solche umfangreichen Geschäfte sind heute keine Einzelercheinungen mehr. Wir haben gegenwärtig mehr als 50 große Abkommen mit westlichen Unternehmen laufen. Jedes Abkommen ist auf Hunderte Millionen, einige sogar auf mehrere Milliarden Dollar zu bewerten.

Nach Helsinki hat sich diese Kooperation keineswegs verringert. Im Gegenteil, zur Zeit wird über 30 weitere, sehr umfangreiche Abkommen verhandelt. Nur ein Beispiel: Wir haben soeben mit Pechinet in Frankreich ein Abkommen über die Errichtung eines Aluminiumkombinats im Werte von 6 Milliarden Francs abgeschlossen. Dieses Abkommen entspricht vom Umfang her dem gesamten sowjetisch-französischen Handel im Jahre 1974. Warum stellen Sie es so dar, als erstarre die Zusammenarbeit, während sie in Wirklichkeit vorangeht? Es sind nach Helsinki bereits zwischenstaatliche Abkommen mit sieben westlichen Ländern unterzeichnet worden.

Natürlich gibt es auch Schwierigkeiten. Unsere Regelung der Außenhandelsbeziehungen könnte flexibler sein. Wir, das heißt die Experten, führen manchmal in dieser Hinsicht eine heftige Diskussion mit unseren Außenhandelsorganisationen, damit die Flexibilität erhöht wird und man mehr Verständnis für den Partner und die Nutzung neuer Formen aufbringt. Es wird in diesem Zusammenhang allerlei Kritik in unserem Land geübt. Das Zentralkomitee und der Ministerrat haben vor einiger Zeit beschlossen, daß umfangreiche Maßnahmen zu treffen sind, um die Lenkung der außenwirtschaftlichen Beziehungen zu verbessern. Unter anderem werden jetzt die Industrieministerien in größerem Maße an den außenwirtschaftlichen Beziehungen beteiligt. Es wird ein Mechanismus zur Stimulierung geschaffen, und die Betriebe und Vereinigungen erhalten größere Rechte.

Ich wende mich nunmehr der Zukunft zu. Trotz unterschiedlicher Systeme wollen wir die Zusammenarbeit entwickeln. Das ist nicht nur unsere Absicht, sondern auch der Wunsch des Westens; denn die Kooperation bringt beiden Seiten große Vorteile. Diese Entwicklung darf keine Einbahnstraße sein. Was wir aber von Ihnen wissen müssen ist, was Sie denn bis 1990 machen wollen, damit wir Ihre Wünsche und Absichten in unsere Pläne mit aufnehmen können. Ihre Programme sind uns aber unbekannt. Es geht darum, ein Modell der künftigen Beziehungen zu den sozialistischen Staaten zu entwickeln. Unser staatliches Planungskomitee hat in den laufenden Fünfjahresplan eine 30prozentige reale Zunahme des Handels mit dem Westen eingeplant. Aber die vorläufigen Ausgaben für 1976 zeugen davon, daß diese Ziele Übererfüllt werden.

Meine Frage ist also: Was will man in dieser Hinsicht bis 1990 tun? Was wollen Sie unternehmen, damit nicht nur wir uns dem westlichen Mechanismus anpassen, sondern auch der wirtschaftliche Mechanismus des Westens hinreichend flexibel ist und Verständnis für unsere Struktur aufbringt und sich unseren Besonderheiten anpaßt? Das ist doch ein gegenseitiger Prozeß.

Wie schätzen wir im Osten die Wirtschaftskrise im Westen ein? Es wurde hier der Gedanke geäußert, die sozialistischen Länder würden die Schwierigkeiten der Krise überspitzen, um eventuell dem Kapitalismus mit Hilfe dieser Krise das Genick zu brechen. Ich denke, das ist sehr übertrieben. Daß es Krisen gibt, ist kein marxistisches Dogma, sondern eine Tatsache. Wirtschaftskrisen im Kapitalismus hat es in der Vergangenheit gegeben, gibt es heute und wird es auch in Zukunft geben, ob uns das gefällt oder nicht. Das ist eine objektive Realität, für die es viele Gründe gibt.

Eine andere Frage ist, wie wir dazu stehen. Wir gehen in erster Linie davon aus, daß sich die Krise äußerst ungünstig für die breiten Volksmassen auswirkt, das heißt, vor allem die Werktätigen leiden darunter. Darum sind wir an einer Verschärfung der Krise nicht interessiert. Nach Berechnungen westlicher Experten haben unsere Aufträge in diesem und im vergangenen Jahr Beschäftigung für zwei Millionen Arbeitslose ermöglicht. Wenn wir den Handel verdoppeln, so schaffen wir damit im Westen für weitere vier Millionen Menschen Arbeitsplätze. Zweifellos haben wir dazu beigetragen, das Problem der Arbeitslosigkeit im gewissen Maße wenigstens zu verringern.

Hinzu kommt, daß wir mit Ihnen nur schwer Geschäfte machen können, wenn es bei Ihnen eine Krise gibt. Wenn wir analysieren, wodurch der Warenumsatz gestiegen ist, dann waren ausschließlich die Importe aus westlichen Ländern die Ursache dafür. Wir kauften bei Ihnen, während es uns wegen der rückläufigen Konjunktur fast unmöglich war, unsere Exporte in Ihre Märkte zu steigern. Es ist für uns schwierig, unsere außenwirtschaftlichen Aktivitäten diesen großen Schwankungen anzupassen. Wir sind an einer wirtschaftlichen Krise im Westen nicht interessiert, weil diese unserer Ausfuhr Schaden bringt.

Es wurde erwähnt, daß die Krise gewisse linke Strömungen hervorbringe. Warum sprechen Sie andererseits nicht davon, daß die Krise die Gefahr von rechts verstärken kann? Ich brauche wohl in diesem Land nicht mehr dazu zu sagen; Sie kennen ja die innere Situation besser als ich. Aber gerade die Gefahr von rechts ist zu beachten; denn die Rechte lehnt die ganze Entspannungsidee ab. Sehen Sie sich die Losungen der Rechten an; die haben nichts mit der friedlichen Koexistenz und der Entspannung gemein.

Nun zu der Frage: Nord und Süd. Hier wurde der Eindruck erweckt, als seien die sozialistischen Länder nur ideologisch dafür, den Entwicklungsländern zu helfen. Das trifft aber keineswegs zu. Sehen Sie sich die Statistiken an, so zeigt sich, daß die RGW-Länder den Entwicklungsländern Hilfe in Höhe von immerhin 13 Milliarden Dollar gewährt haben. Das mag noch bescheiden sein; aber diese Hilfe wurde zu einem sehr niedrigen Zinssatz gewährt, worauf sich der Westen vorher nie eingelassen hatte. Erst nachdem die sozialistischen Länder den Zinsfuß so niedrig angesetzt hatten, mußte auch der Westen dazu übergehen. Außerdem hat sich die Sowjetunion am Bau von 3000 großen Industriebetrieben in den Entwicklungsländern beteiligt. Wir haben eine halbe Million Fachleute für die Entwicklungsländer ausgebildet und anderes mehr getan.

Wenn wir jetzt die Forderung der Dritten Welt nach Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung unterstützen, so bedeutet dies keine Revolution zugunsten des Sozialismus. Bei der Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen kommt es in erster Linie auf die Änderung der abhängigen Stellung der Entwicklungsländer an und nicht auf die sozialistische Umgestaltung der internen Wirtschaftsordnung. Das ist die Sache der Entwicklungsländer selbst, und niemand ist imstande, die inneren Prozesse aufzuhalten.

Kann es in bezug auf die Dritte Welt eine gemeinsame Strategie zwischen den kommunistischen und den kapitalistischen Ländern geben? Das dürfte kaum der Fall sein. Wir müssen hier nicht darüber reden, warum es unterschiedliche Strategien gibt: eben wegen der unterschiedlichen Systeme. Ist dennoch eine Zusammenarbeit möglich? Ich persönlich - vielleicht sind einige meiner Kollegen da anderer Meinung - sehe die Möglichkeit für eine Zusammenarbeit zwischen westlichen und sozialistischen Ländern in Ländern der Dritten Welt. Wir praktizieren diese Art der dreiseitigen Kooperation doch bereits zwischen westlichen Unternehmen, sowjetischen Betrieben und Entwicklungsländern. Ich erinnere an jugoslawische Betriebe und Unternehmen anderer osteuropäischer Staaten, die zusammen mit westdeutschen Firmen in Entwicklungsländern tätig wurden. Das geht aber nur, wenn es von dem betreffenden Entwicklungsland gewünscht wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf eine Gefahr aufmerksam machen, die ich sehe, wenn der Mechanismus für die Regelung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Entwicklungsländern und den entwickelten Staaten ohne Beteiligung der sozialistischen Länder herausgebildet wird. Und das nicht etwa, weil die sozialistischen Länder sich daran nicht beteiligen wollen. Ich führe als Beispiel die Pariser Konferenz an, an der 27 Staaten teilgenommen haben. Trotz Sondierung von Beteiligungsmöglichkeiten seitens der Sowjetunion wurden wir auf dieser Konferenz nicht zugelassen. Ich frage Sie: Ist ein solches Vorgehen sinnvoll, wenn die Beziehungen zwischen den kapitalistischen

und den Entwicklungsländern ohne Beteiligung der sozialistischen Länder geregelt werden? Ich denke, das ist nicht der Weg, zur Lösung des NordSüd-Problems beizutragen.

Ein Wort zum Schluß, Herr Sommer. Warum wollen Sie uns Ihre Vorstellungen über unsere Strukturen, unser Entwicklungstempo, unser System aufzwingen? Der Weg, den Herr Shulman und auch Herr Körber hier aufgezeigt haben, scheint mir da viel vernünftiger zu sein. Das Wesen der Entspannung besteht darin, daß wir von den Realitäten ausgehen und auf die Besonderheiten unserer Systeme Rücksicht nehmen, daß wir einander achten und uns nicht gegenseitig belehren, wie man den Aufbau vorzunehmen hat. Die Frage, wer am konsequentesten in der Entspannungspolitik vorgegangen ist, wird von der Geschichte entschieden; sie wird nicht an Losungen, sondern an der Verwirklichung konkreter Maßnahmen gemessen.

Wir haben für den Zweiten Weltkrieg einen hohen Preis bezahlt, und wir müssen für das Wettrüsten immer noch einen hohen Preis zahlen. Denn dadurch werden unsere Möglichkeiten für den sozialen und geistigen Fortschritt eingeschränkt. Deshalb sollten wir all das Konstruktive, was wir schon erreicht haben, festhalten und uns im weiteren Verlauf der Diskussion darauf konzentrieren, für die Belgrader Konferenz etwas Neues und Konstruktives vorzuschlagen.

Vogel

Sowohl Herr Wojna wie auch Frau Maximova haben die Problematik von Korb 2 angesprochen. Ohne Frage ist die Entwicklung des Ost-West-Handels in den letzten Jahren höchst positiv gewesen, eine Entwicklung, die indes nur schwerlich der KSZE zugeschrieben werden kann. Die Beschleunigung im Wachstum des Austauschvolumens begann ja bereits wesentlich früher. Betrachtet man die Zuwachsraten, wie dies hier geschehen ist, dann muß natürlich das extrem niedrige Ausgangsniveau mit in Betracht gezogen werden. Insgesamt muß der Ost-West-Handel nach wie vor als unbefriedigend angesehen werden. Natürlich hat auch die Rezession der letzten Jahre die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West nicht unbeeinflusst gelassen.

Mir erscheint indes die Art, wie hier von sowjetischer und polnischer Seite auf dieses Problem hingewiesen wurde, der Sache nicht adäquat. Der Rückgang osteuropäischer Exporte in die westlichen Industriestaaten kann durch die generelle Verengung westlicher Märkte erklärt werden. Dabei ist jedoch zu beachten, daß sich in Zeiten der Rezession der Wettbewerb auf westlichen Märkten außerordentlich verschärft. Marktteilnehmer, die in der Qualität ihrer Erzeugnisse, im Marketing und im Service nicht auf dem neuesten Stand sind, können einer solchen Situation nicht standhalten. Die unzulängliche Wettbewerbsfähigkeit von Fertigwaren aus osteuropäischen Ländern, die ja ein langfristiges Problem darstellt, mußte sich in einer Zeit wirtschaftlicher Rezession auf westlichen Märkten verschärft auswirken.

Frau Maximova hat die Frage der Verschuldungsgrenze für osteuropäische Länder nach meinem Geschmack etwas zu pauschal abgetan. Die von Herrn Sommer angesprochene Verschuldung ist für die UdSSR ein viel geringeres Problem als etwa für Polen oder Bulgarien, wo in der Tat die Grenze erreicht scheint, die durch das Verhältnis der Exporterlöse in konvertibler Währung zum aufgelaufenen Kreditvolumen markiert wird. Es sollte nicht verkannt werden, daß die sozialistischen Länder in einem Kreditwettlauf stehen, der durchaus wichtige außenpolitische Fragen impliziert. Herr Sommer hat in diesem Zusammenhang die Frage nach dem Verhältnis von Kredithilfe und Rüstungsaufwendungen des Westens aufgeworfen. Ich würde die Seriosität einer solchen Quantifizierung stark anzweifeln und möchte dies mit dem Hinweis auf die offenkundig stark begrenzten Fähigkeiten speziell der UdSSR begründen, westliche Technologie - selbst im Rüstungsbereich - in kürzester Frist zu absorbieren. Ich will das jetzt nicht weiter vertiefen, möchte jedoch nahelegen, bei der Formulierung derart weitreichender Schlußfolgerungen die Voraussetzungen noch einmal zu überdenken.

Frau Maximova appellierte an die westlichen Medien, sie sollten nicht nur die Rolle der Cassandra spielen, sondern vor allem ein positives Klima der öffentlichen Meinung im Westen herstellen. Wenn ich mir den Verlauf der bisherigen Diskussion ansehe, so hat insbesondere die Frage der Glaubwürdigkeit in der Außen- und Rüstungspolitik der UdSSR eine zentrale Rolle gespielt. Eine auf Überlegenheit in Europa gerichtete Rüstungspolitik einerseits und die zunehmende Diskussion über die Notwendigkeit eines verschärften ideologischen Kampfes, kombiniert mit den Feststellungen, daß Klassenkampf auch in Europa stattfindet und schließlich das objektive Kräfteverhältnis für die sowjetische Außenpolitik ausschlaggebend sei - all dies zusammengenommen ergibt kein überzeugendes Bild im Sinne gesicherter friedlicher Koexistenz.

Den westlichen Beobachtern würde das Geschäft sehr erleichtert, wenn wir mehr Informationen über die Details langfristiger Zielvorstellungen erhielten. Frau Maximova hat in diesem Zusammenhang auf das gewaltige soziale Programm der Sowjetunion hingewiesen, das bis 1990 einen wachsenden Teil

der ökonomischen Ressourcen binden soll. Sie können versichert sein, daß ein solches Programm mit großer Aufmerksamkeit und Sympathie für die gewaltige Leistung auch bisher realisierter Programme im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik verfolgt wird. Um die Ankündigung eines solchen Perspektivplans im Sinne der übergreifenden Fragestellung dieses Bergedorfer Gesprächs aber bewerten zu können, brauchen wir genauere Angaben als die publizierten.

Hier habe ich aufgrund bisheriger Erfahrungen wenig Hoffnung, daß wir das notwendige Mindestmaß auch alternativer Daten erfahren werden, wenn ich daran erinnere, daß der bereits laufende zehnte Fünf-Jahresplan 1976-1980 bis zum heutigen Tage nicht veröffentlicht ist. Die Auguren bezweifeln mittlerweile, ob es überhaupt eine Veröffentlichung des detaillierten Plans wie vor vier Jahren geben wird. Ich verkenne dabei keineswegs die Schwierigkeiten - technischer wie auch politischer Natur; -, einen Perspektivplan bis zum Jahr 1990 für eine Volkswirtschaft von der Größe der sowjetischen aufzustellen. Als Kennerin der wirtschaftspolitischen Probleme westeuropäischer Staaten müßte gerade Frau Maximova wissen, um wieviel schwieriger die Formulierung langfristiger Strukturziele für diese Länder ist. Hier mag die Erinnerung an die tiefgreifende Erschütterung unseres Optimismus hinsichtlich der Vorhersehbarkeit ökonomischer, technologischer und sozialer Entwicklungen im Zusammenhang mit der Energiekrise genügen. Ich bezweifle aus dieser Erfahrung heraus, ob es im beiderseitigen Interesse sinnvoll sein kann, die Wirtschaftsstrukturen der beteiligten Länder für einen Zeitraum von mehr als fünf Jahren heute bereits durch Entscheidungen über Großprojekte festzuschreiben zu wollen.

Im Bereich der Energie- und Rohstoffversorgung besteht natürlich ein vitales Interesse der Bundesrepublik, zu einer langfristigen Sicherung des Importbedarfs zu gelangen. In dem Augenblick aber, wo Aussagen über langfristige technologische Prozesse getroffen werden müssen, ist Vorsicht geboten, nicht weil der gute Wille fehlt, sondern weil sich die Bandbreite alternativer Entwicklungsmöglichkeiten sehr rasch öffnet. Der gute Wille wird hier durch parallele Interessen garantiert; die Notwendigkeit sehr gründlicher Analysen bei verbessertem Informationsstand, auch über die Wirtschaft der UdSSR, läßt rasche Entscheidungen in dem Sinne, wie sie hier angeregt wurden, nicht erwarten. Es bedarf wesentlich vertiefter Gespräche zwischen den technologischen und ökonomischen Experten beider Seiten.

Auf Dauer wird man im beiderseitigen Interesse nur dann zu einem Ausbau der wirtschaftlichen, technischen und wissenschaftlichen Beziehungen kommen können, wenn es gelingt, den Austausch wissenschaftlicher Errungenschaften und die Techniken ihrer Umsetzung in die wirtschaftliche Nutzung nachhaltig zu verbessern und dabei die Kommunikationswege zu verkürzen. Bei all denen, die sich in den letzten Jahren mit diesem Fragenkomplex systematisch beschäftigt haben, bleibt der Eindruck bestehen, daß Wissenschaftler, Techniker und andere Experten auf östlicher Seite nach wie vor - auch nach Helsinki - gegenüber ihren westlichen Kollegen weitgehend abgeschottet werden.

Die Hoffnungen, durch institutionelle Vereinbarungen, wie die Bildung zweiseitiger Kommissionen auf Regierungsebene und auf Verbandsebene, mehr Informationen über den Tisch zu bekommen, haben sich bisher nicht erfüllt. Hier kann nur helfen, wenn die Kontakte zwischen den Wissenschaftlern, die an der Lösung wirtschaftlicher und technischer Probleme arbeiten, entbürokratisiert werden - nicht nur im Osten, sondern auch im Westen. Übersetzungen, Sprachkurse, also all die Dinge, die Herr Arbatow für eine positive, quantitative Bilanz herangezogen hat, sind nur eine allererste Grundlage. Es kommt darauf an, Möglichkeiten für informelle, spontane Gespräche zwischen Experten zu schaffen. Das könnte nach meiner Meinung der entscheidende Einstieg werden. Die KSZE-Schlußakte geht in diesem Punkt sicher nicht so weit; sie konnte es in diesem Stadium der Entspannungsbemühungen auch nicht. Eine Chance für die Entbürokratisierung liegt im Interesse aller Beteiligten, um den möglichen Nutzen engerer sachlicher Zusammenarbeit voll auszuschöpfen.

Altmann

Die Diskussion über Fragen der Wirtschaft hat den Vorteil, daß man sich dabei ohne große Schwierigkeit vom Blockdenken entfernen kann, zumal die wirtschaftlichen Faktoren in ihrer Entwicklung nicht in erster Linie von der Machtpolitik der Staaten abhängen. Vielmehr haben sie die merkwürdige Eigenschaft, daß sie nicht in dem Maße steuerbar sind, wie etwa das Wachstum von Panzerarmeen oder von Luftflotten.

Ich meine, wir sollten den Korb 2, der der eigentliche Brotkorb von Helsinki ist, etwas höher hängen. Heere und Rüstungen ernähren uns nicht; das muß die Wirtschaft tun, wie ja auch Frau Maximova dargelegt hat. Es wäre geradezu eine marxistische Betrachtung des Ost-West-Verhältnisses notwendig; denn nach marxistischer Auffassung sollen doch die wirtschaftlichen Beziehungen die eigentliche Basis der Politik sein und nicht die militärischen Anstrengungen.

Nur eine Frage, Frau Maximova: Ist die UdSSR tatsächlich an einer Wiederherstellung des Wachstums der kapitalistischen Wirtschaft so vital interessiert, wie ich das Ihren Worten entnehmen konnte? Ideologisch ist das kaum zu verstehen; aber es wäre vernünftig.

Nun hat der Westen sicher nicht die Absicht, die Kredite für die Staaten des Warschauer Paktes einzuschränken. Aber Handel nur durch Kreditvergabe zu betreiben, ist auch nicht gerade progressiv. Wir sollten uns jedoch im Blick auf Helsinki und die Folgen darüber im klaren sein, daß die Zukunft des Ost-West-Handels, der Beziehungen zwischen den westlichen Industriestaaten und den Staaten des sozialistischen Europa auch von der weiteren Zukunft der Weltwirtschaft abhängt.

Deshalb ist es geradezu unerträglich, daß die zweitgrößte Weltmacht bisher einen so geringen Anteil am Welthandel hat. Wenn wir hier etwa über die deutschen Interessen am Ost-West-Handel sprechen, dann müssen wir hinzufügen, daß der Osthandel an unserem Welthandel nicht mehr als 8 Prozent ausmacht nach der außerordentlichen Steigerung von 4 auf 8 Prozent. Das ist angesichts der zukünftigen Bedeutung des Marktes der Sowjetunion außerordentlich wenig.

Dabei kommt es nicht darauf an, ob wir uns für diesen Markt interessieren, sondern ob es den sozialistischen Staaten gelingt, sich mehr am Welthandel zu beteiligen. Und eine wirtschaftliche Beziehung zu den Staaten Osteuropas ist kaum vorstellbar, wenn sie aus einer Art Tropffusion in Form von Krediten besteht. Nötig ist der Anschluß dieser Staaten an den Kreislauf des Welthandels. Dieser Anschluß ist bisher nicht gelungen, im Gegenteil. Hier mache ich mir große Sorgen - genau wie Sie offensichtlich, Frau Maximova;- , wie es weitergehen soll.

Die Weltwirtschaftskrise und vorher schon die Energiekrise haben uns gezeigt, daß die Wirtschaftskraft der Großmächte noch zugenommen hat, während die der kleineren Staaten geringer geworden ist. Wir sehen heute mit großer Sorge die Schwäche unserer westeuropäischen Freunde; wir sehen mit nicht geringerer Sorge die wachsende Schwäche der kleineren osteuropäischen Staaten. Es ist für uns kein Trost, daß die Sowjetunion der große Markt der Zukunft ist und daß sie wahrscheinlich in der Lage sein wird, die Schwierigkeiten zu bewältigen. Wir sind besorgt, daß andere Staaten abfallen und damit die Entwicklung von freiheitlichen Möglichkeiten gefährdet wird.

Wir müssen ausführlicher, offener und vorbehaltloser über unsere gemeinsame Verantwortung gegenüber dem Welthandel sprechen. Das ist keine Frage der Ost-West-Beziehungen und auch nicht in der Priorität ein Nord-Süd-Problem. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten ihre bisherige Haltung gegenüber den Problemen des Welthandels beibehalten können, wenn sie daran interessiert sind, daß das Wachstum des Welthandels wiederhergestellt wird. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die verständlichen Wünsche zahlreicher Entwicklungsländer nach einer dirigistischen Lösung der Rohstoff-Frage von den sozialistischen Ländern auf die Dauer so unterstützt werden können, wie das bisher der Fall ist. Denn hier eröffnen sich Quellen der Weltinflation, die für alle außerordentlich gefährlich sind.

Wir alle haben erfahren - auch Sie;- , daß die Rezession keineswegs nur auf die kapitalistischen Industriestaaten beschränkt war. Vielmehr haben die Wirkungen der Rezession auch die Staaten Osteuropas voll getroffen. Deshalb wäre es in der Vorbereitung auf eine weitere Konferenz in Belgrad und in der Pflege der Absichten von Helsinki unerlässlich, daß man den Problemen der Weltwirtschaft die Priorität einräumt. Hier sollten ideologische Gesichtspunkte in der Tat zurücktreten. Wir müssen Wege einer gemeinsamen Verantwortung finden, der man nicht durch einen Schlagabtausch gerecht werden kann, wie wir ihn hier in der Frage der militärischen Rüstungen erlebt haben. Das reicht nicht aus.

Wir haben viele Konflikte zu überwinden. Und wenn es auch in marxistischer Sicht richtig ist, daß die militärischen, die machtpolitischen Fragen letztlich sekundär und die Grundbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung entscheidend sind, dann sollten diese Bedingungen mit Vorrang behandelt werden. Denn sie werden auf längere, möglicherweise schon auf kürzere Sicht für unsere Beziehungen entscheidender sein als die Existenz von Divisionen.

Schmidt

Ich stimme Herrn Altmann zu, daß die Probleme der Weltwirtschaft, die Fragen der ökonomischen Beziehungen, eine sehr wichtige Funktion für die weitere Gestaltung auch der politischen Beziehungen haben. Und ein Motiv für das Interesse meines Landes an der Entwicklung der weltwirtschaftlichen Beziehungen liegt unter anderem darin, den Prinzipien der friedlichen Koexistenz in noch stärkerem Maße als bisher ein materielles Gewebe einzuziehen.

Dennoch widerspreche ich Ihnen insofern, Herr Altmann, als ich in gewissem Sinne doch ein Primat der Politik auch für Fortschritte auf wirtschaftlichem Gebiet sehe. Darin teile ich die Auffassung von

Frau Maximova. Ich halte die Ansicht für falsch, daß das, was sich in der Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen getan hat, auch ohne Helsinki möglich gewesen wäre. Wenn man nicht nur die kurze Zeitspanne seit Helsinki, sondern die gesamte Periode der Entspannung nimmt, dann wird deutlich, inwieweit die Veränderungen des politischen Klimas zur Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen entscheidend beigetragen haben. Umgekehrt hat aber auch die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen mit dazu beigetragen, Fortschritte in den politischen Beziehungen zu erreichen. Ich möchte dieses Wechselverhältnis betonen.

Die Erörterung der ökonomischen Beziehungen wird gegenwärtig auf zwei Ebenen geführt. Einmal auf der Ebene der Massenmedien; dabei steht mehr die Agitation im Vordergrund. Das andere ist die sachliche Ebene der Geschäftsbeziehungen, der konkreten Verhandlungen. Herr Sommer hat es offenbar mehr auf die erste Ebene abgestellt. Darauf hat Frau Maximova geantwortet. Ich möchte hinzufügen, daß auch das Problem der Verschuldung eine agitatorische und eine sachliche Seite hat. Lassen Sie es mich so sagen: Man muß zwischen Kredit und Schulden unterscheiden. Kredit ist in jedem Wirtschaftsverkehr etwas ganz Normales. Von Verschuldung kann man erst sprechen, wenn am Tage der Fälligkeit nicht gezahlt werden kann.

Auch über die Frage der Bonität kann man sicher streiten. Ich nenne hier nur einige Zahlen. Per 31.12.1975 lag der Anteil äußerer Verpflichtungen am Exportwert bei einer Reihe von Ländern wie Großbritannien, Italien, Dänemark, Schweden, Norwegen wesentlich höher als bei den sozialistischen Ländern, wo er jetzt zwischen 10 und 30 Prozent beträgt. Das gleiche gilt für Schuldendienst, Zinsendienst und so weiter.

Altmann

Würden Sie die Situation der DDR mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage Italiens oder Großbritanniens vergleichen?

Schmidt

Nein.

Ich füge ein weiteres hinzu. Bisher sind die internationalen Währungsbeziehungen durch die Kreditgeschäfte, die sozialistische mit kapitalistischen Ländern abwickeln, nicht gestört worden, wohl aber durch die Schuldentilgung mit Hilfe des Papierdollars, wie es vor einigen Jahren im großen Maße der Fall war.

Aber nun zu konstruktiven Überlegungen. Zunächst unterstreiche ich, was Herr Altmann gesagt hat: Wir sind an der Ausweitung unseres Anteils am internationalen Handel in der Welt sehr interessiert. Denn wir vertreten die Auffassung, daß es eine einheitliche Weltwirtschaft gibt. Es ist notwendig, sogar neue weiterentwickelte Formen der internationalen Arbeitsteilung zu finden.

Nun ist die Bilanz in den ökonomischen Beziehungen zwischen Ost und West zur Zeit in der Tat unausgeglichen. Eine Möglichkeit, diesen Zustand zu überwinden, könnte darin bestehen, daß die sozialistischen Länder ihre Importe verringern. Daran sind wir nicht interessiert, wir haben es auch nicht eingeplant; ebenso dürfte es auch Ihnen kaum dienlich sein.

Die andere Möglichkeit liegt in der Steigerung der Exporte. Das ist natürlich zunächst eine Frage unserer eigenen Anstrengungen, etwa der Gestaltung unserer Exportstrukturen. Wenn Sie sich die Pläne und Zahlen in den sozialistischen Ländern ansehen, so werden Sie feststellen, welche Bemühungen auf diesen Punkt gerichtet sind. Ich setze das durchaus an die erste Stelle. Zugleich möchte ich aber betonen, daß Sie auch Ihre Märkte für die Waren der sozialistischen Länder öffnen müssen. Denn auch auf Gebieten, wo wir durchaus konkurrenzfähige Erzeugnisse haben, etwa im Maschinenbau, bestehen in der EG eine Reihe von Hemmnissen und diskriminierenden Faktoren. Über die hat Herr Sommer nichts gesagt, als er von den Schwierigkeiten sprach.

Hier sind konstruktive Überlegungen nötig, etwa in Richtung gemeinsame Marktorganisationen, internationale Handelszentren, neue Formen industrieller Kooperation, Ausdehnung der Kompensationsgeschäfte auf verarbeitende Zweige, nicht nur bei Rohstoffen, und viele andere Dinge mehr. Über all das denken wir intensiv nach. Diese Dinge gehören auch zu dem Vorschlag, den der RGW der EG unterbreitet hat. Inzwischen ist die Antwort der EG eingetroffen; sie ist nicht sehr befriedigend in der Richtung, die Herr Altmann gefordert hat, nämlich Ausdehnung des Anteils der sozialistischen Länder am Welthandel. Hier wird noch einiges zu tun und zu diskutieren sein.

Hinsichtlich der weltwirtschaftlichen Probleme stimme ich Ihnen völlig zu, daß es dabei nicht nur um die Beziehungen der kapitalistischen zu den sozialistischen Ländern geht. Es gibt daneben zumindest

noch vier weitere Gruppen von Beziehungen: Die sozialistischen Länder untereinander - im RGW und in anderen Formen; die kapitalistischen Länder untereinander; die sozialistischen Länder zu den Entwicklungsländern und die kapitalistischen Länder zu den Entwicklungsländern. Wir sind durchaus bereit, konstruktiv an der Suche nach Lösungen mitzuwirken, auch im Bereich der Wissenschaft. Vielleicht könnte man darüber einmal einen Bergedorfer Gesprächskreis abhalten.

Wir sollten aufhören, hier die Forderung zu erheben, unsere ökonomischen Systeme zu ändern. Worauf es ankommt ist, solche Formen und Methoden der Zusammenarbeit zu entwickeln, die es ermöglichen, die Prinzipien und Bedingungen der friedlichen Koexistenz auf wirtschaftlichem Gebiet zu realisieren. Ich denke etwa an Regierungskommissionen unter Einbeziehung von Vertretern großer, mittlerer und kleiner Unternehmen. Auf die Kooperation habe ich schon hingewiesen. Die Bereitschaft ist durchaus vorhanden, und sie wird auch durch die Schlußakte von Helsinki gefördert.

Blech

Ich bin mit Frau Maximova der Auffassung, daß die Entwicklung des Ost-West-Handels erfreulich ist. Ich sehe darin auch eine Entwicklung, die dahin führen kann - was Herrn Altmann so wichtig ist;- , daß die sozialistischen Länder, insbesondere die Sowjetunion, in größerem Maße in die Weltwirtschaft einbezogen werden. Daß bei dieser Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen Kredite ganz normal und legitim sind, ist außer jedem Streit. Aber sie sind eben ein wirtschaftliches Mittel, und deshalb darf man sich nicht darüber wundern, wenn die Kreditgewährung unter wirtschaftlichen Aspekten diskutiert wird. Jede Bank, jeder Privatmann, der Kredite gibt, überlegt sehr genau, ob es sich lohnt und ob bei weiteren Krediten noch die Aussicht auf Rückzahlung besteht. Um diesen Punkt geht in erster Linie die interne Diskussion in unseren Ländern und nicht darum - was auch Herr Sommer nicht gemeint hatte;- , die Gewährung oder Nichtgewährung von Krediten als Mittel politischen Drucks zu verwenden.

Schmidt

Das war aber auch in der Diskussion.

Blech

Natürlich ist es diskutiert worden. Aber ich verrate Ihnen wohl kein Geheimnis, wenn ich sage, daß wir die Möglichkeit, durch den Entzug von Krediten politischen Druck auszuüben, nicht sehr hoch einschätzen. Das schließt nicht aus, daß diese Frage immer wieder gestellt und auch unter politischen Gesichtspunkten geprüft wird.

Das Mittel des Kreditentzuges erscheint deshalb wenig tauglich, weil Ihre Systeme gegen einen wirtschaftlichen Rückschlag resistenter sind als unsere. Wenn Sie die Kredite nicht erhalten und es bei Ihnen dadurch langsamer geht, dann können Sie Ihre Bevölkerung eher überzeugen, daß es keine große Unruhe geben darf, obwohl das von Land zu Land verschieden sein mag. Bei uns jedenfalls machen sich kleine Konjunkturschwankungen sofort in der innenpolitischen Szene bemerkbar, und wir haben das zu berücksichtigen.

Herr Sommer wies darauf hin, daß auf östlicher Seite eine Präferenz besteht, nur mit Großbetrieben zu kontrahieren. Zudem haben wir eine Fixierung des Handels auf ganz bestimmte Branchen, die deshalb druckempfindlich sind. Wenn Sie eines Tages die Wirtschaftsbeziehungen zu uns einstellen sollten, dann wäre das für diese Branchen ein sehr schwerwiegender Faktor. Wir fragen uns also, ob wir bei Ihrer sehr viel stärkeren politischen Steuerung der Wirtschaft das Risiko eingehen können, uns wirtschaftlich so zu exponieren.

Was die Höhe der Verschuldung der Staaten des Warschauer Paktes angeht, so ist es da ähnlich wie bei den militärischen Fragen: Es fehlt an Transparenz. Die Zahlen, über die wir hier sprechen, sind Schätzungen; es sind 35 Milliarden Dollar genannt worden. Wir haben kein klares Bild. Was die Kredite aus der Bundesrepublik Deutschland angeht, so handelt es sich bis auf zwei Ausnahmen nicht um staatliche Kredite. Die eine Ausnahme ist der Finanzkredit an Polen, und die zweite ist der Überziehungskredit an die DDR. Die anderen Kredite sind nur erfaßbar, wenn sie langfristig sind, nicht dagegen die kurzfristigen Kredite der Banken.

Nach unserer Auffassung sind die Verhältnisse in der Sowjetunion im Augenblick noch nicht alarmierend. Dabei spielt auch eine Rolle - Frau Maximova hat zu Recht darauf hingewiesen;- , daß im Rahmen der wirtschaftlichen Kooperation in einigen Jahren der Rückfluß aus den Produktionen einsetzen wird, die jetzt aufgebaut werden. Das war schon beim Röhrengeschäft der Fall. Ähnlich wird es beim Stahlgeschäft sein. Mit der Sowjetunion ist es im Augenblick also nicht unbedingt gefährlich. Anders sieht es jedoch bei einigen weiteren RGW-Ländern aus, etwa Bulgarien und Ungarn.

Die Breschnjew-Vorschläge, die ja auch zu Korb 2 gehören, werden von uns durchaus ernstgenommen und in der ECE diskutiert. Ich möchte nur auf das hinweisen, was Bundesaußenminister Genscher vor kurzem in der Frankfurter Rundschau vom 7. September 1976 über die KSZE und ihre Fortführung geschrieben hat. Dieser Artikel ist schon deshalb interessant, weil er dem widerspricht, was Herr Wojna sagte, als er von der absolut negativen Einschätzung der KSZE im Westen sprach. Davon kann überhaupt keine Rede sein.

Dann ein sehr konkreter Punkt. Die Bundesrepublik legt größten Wert darauf, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu intensivieren, und zwar im weitesten Sinne. Dazu gehört, Herr Schmidt hat das angesprochen, auch der wissenschaftliche und technische Austausch. Wir verhandeln seit zwei, drei Jahren mit der Sowjetunion über ein wissenschaftlich-technisches Abkommen. Der Abschluß ist bisher an der Berlin-Frage gescheitert. Die Berlin-Frage war auch ein Problem bei den Verhandlungen über die Errichtung von Atomkraftwerken in der Gegend von Königsberg.

Arbatow

Kaliningrad.

Blech

Na gut, Mailand - Milano, das geht mir auch nicht so leicht von den Lippen.

Welche Schwierigkeiten haben wir mit der Einbeziehung Berlins in die Mitarbeit der Bundesrepublik Deutschland in internationalen Organisationen. Ich bin einmal sehr gespannt, ob von dem privaten wirtschaftlichen Informationszentrum - wohlgemerkt ein Ost-West-Zentrum - wirklich Gebrauch gemacht werden wird. Wir haben gewiß nicht die Absicht, Ihnen Ihre Rechtspositionen aus dem Vier-Mächte-Abkommen wirtschaftlich abzukaufen. Aber gehen Sie bitte davon aus, daß dies eine Zweibahnstraße ist; es wird auch in der umgekehrten Richtung nicht geschehen.

Sand

Wie Sie wissen, beschäftigt sich der Europarat laut Statut nicht mit militärischen Fragen. Kultur, Rechtsvereinheitlichung, Umweltschutz sowie besondere Probleme aus dem Gebiet der Wissenschaft und Technik sind die Schwerpunkte des Tätigkeitsprogrammes. Die Vorschläge von Herrn Breschnjew, die ja nicht nur als technische Anregungen, sondern als Entspannungsmomente aufgefaßt werden sollen, sind im Europarat mit Interesse aufgenommen worden. Als die Parlamentarier aus den 19 Mitgliedstaaten anläßlich der Frühjahrssession 1976 über die Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki eine längere Debatte hatten, wurde unter anderem angeregt, vermehrt Konferenzen im Bereich von Wissenschaft und Technik zu organisieren, um so den Meinungs-austausch zwischen Ost- und Westeuropa zu fördern.

Ich möchte darauf hinweisen, daß im Europarat Konventionen und Abkommen ausgearbeitet werden, die vielfach Nichtmitgliedstaaten offen sind, wie zum Beispiel die europäische Kulturkonvention, die auch von Finnland und Spanien ratifiziert wurde, obschon diese beiden Staaten dem Europarat nicht angehören. Zu den vom Europarat organisierten Fachkonferenzen werden fast immer Vertreter der sozialistischen Länder eingeladen, wobei verschiedentlich diese Einladungen angenommen worden sind. Die Möglichkeiten der gegenseitigen Zusammenarbeit sind jedoch bei weitem nicht ausgeschöpft. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß es sicher nicht zweckmäßig ist, wenn die 19 Mitgliedstaaten des Europarates ein Abkommen zum Beispiel über Umweltschutz abschließen und die sozialistischen Staaten unter sich etwas Gleichartiges vereinbaren. Dies sind Aufgaben, die wir gesamteuropäisch und gemeinsam lösen müssen.

Ich hoffe, daß in Zukunft eine größere Beteiligung der sozialistischen Staaten in einigen, ich möchte betonen, apolitischen, rein technischen Bereichen des Europarates erreicht wird. In der Schlußakte von Helsinki, im Kapitel über "Folgen der Konferenz", heißt es ja, daß die Beschlüsse auf multilateralem Gebiet durch die schon bestehenden internationalen Organisationen verwirklicht werden sollen. Der Europarat ist in der Schlußakte selbst nicht direkt aufgeführt, kann aber auf verschiedenen technischen Gebieten einen Beitrag zur Erarbeitung gesamteuropäischer Lösungen leisten.

Maximova

Ich möchte betonen, daß die Sowjetunion keineswegs generell an Preiserhöhungen interessiert ist. Denn jede Inflation auf dem Weltmarkt wirkt angesichts der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen sofort auf uns zurück. Wenn die Rohstoffpreise steigen, werden zugleich auch die

Maschinen, die wir kaufen, teurer. Natürlich profitieren wir als Ölexportland davon, wenn die Erdölpreise ansteigen; da wir aber gleichzeitig gewisse Erdölmengen importieren, erleiden wir auch Verluste.

Außerdem hat der Preisanstieg für Erdöl und andere Rohstoffe auf dem Weltmarkt dazu geführt, daß unsere Partner aus dem RGW sich an die Sowjetunion wenden, damit wir unsere Lieferungen erhöhen. Wir entsprechen diesen Wünschen selbstverständlich. Das erfordert von uns aber neue Investitionen, die, territorial gesehen, sehr weit entfernt liegen. Denn die Erdöl- und einige andere Rohstoffquellen sind im europäischen Teil unseres Landes weitgehend erschöpft. Wir sind gezwungen, weiter und weiter nach Osten zu gehen. Sie müssen sich die Entfernungen und die klimatischen Bedingungen vorstellen, und Sie müssen daran denken, daß es dort nur wenige Arbeitskräfte gibt. Sie werden daher verstehen, wie teuer das die Sowjetunion zu stehen kommt. Deshalb ist die Frage der Preise nicht so eindeutig zu beantworten.

Was die gemeinsame Verantwortung gegenüber den Entwicklungsländern angeht, so möchte ich betonen, daß wir uns für all das, was mit der kolonialen Vergangenheit zusammenhängt, in keiner Weise mitverantwortlich fühlen und deshalb diese Verantwortung auch nicht mittragen werden. Das bedeutet aber keineswegs, daß sich die sozialistischen Länder weigern, die Entwicklungsländer bei ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu unterstützen. Ich wiederhole: Wir leisten diese Unterstützung, und wir werden sie auch in Zukunft gewähren. Da, wo die Entwicklungsländer es wünschen, sind wir auch zur Zusammenarbeit mit dem Westen bereit, damit die Rückständigkeit der Dritten Welt, die auch politisch gefährlich ist, schneller überwunden werden kann. Denn wo Hunger und Elend herrschen, sind auch militärische Auseinandersetzungen nicht auszuschließen, und daran sind weder wir noch Sie interessiert.

Herr Sommer und Herr Blech stellten Überlegungen darüber an, welche Gefahren für einzelne größere Unternehmen und bestimmte Branchen entstehen könnten, wenn die Sowjetunion die Zusammenarbeit über Nacht einstellen würde. Ich kann Ihnen dazu nur sagen: Jedem, der unsere internen Informationen aufmerksam verfolgt, muß unmittelbar klar sein, daß unsere Pläne, die auf zwei oder drei Planjahrfünfte hin berechnet sind, und unsere Programme, etwa für die Erschließung Ostsibiriens, des fernen Ostens und des hohen Nordens, eine Zusammenarbeit einfach unerlässlich machen. Wir haben umfangreiche langfristige Programme mit RGW-Staaten, und wir lassen die Türen absolut offen, damit sich auch Unternehmen der westlichen Länder daran beteiligen können. Das ist unsere langfristige strategische Linie, und ich denke, da gibt es keinen Grund für eine Beunruhigung.

Ich sage Ihnen genauso offen: Wenn wir in sowjetischen Auditorien sprechen, stellt man uns auch die Frage, ob wir in unserer Zusammenarbeit mit dem Westen nicht zu weit gegangen sind. Könnte es nicht sein, daß der Westen eine Reihe von Lieferungen, die in unsere Pläne bereits eingerechnet sind, verweigert, was dann das Scheitern dieser und jener Programme bedeuten würde.

Ich möchte noch einmal betonen, daß es sich um eine langfristige Strategie der Sowjetunion handelt, die auf viele Jahre im voraus geplant ist und die eine umfassende Zusammenarbeit unter Hinzuziehung der großen, mittleren und kleineren Unternehmen voraussetzt. Dabei ist es durchaus ein ernstes Problem, nicht nur die großen, sondern auch die kleinen und mittleren Firmen für die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu gewinnen. Mit den anderen sozialistischen Ländern praktizieren Sie das ja bereits, während diese Dinge mit der Sowjetunion noch nicht so entwickelt sind.

Lassen Sie mich noch einen Vorschlag für unsere Zusammenarbeit machen. Wir haben jetzt die Antwort des Gemeinsamen Marktes auf unsere Vorschläge erhalten. Ich erinnere mich, Herr Dahrendorf, daß Sie vor drei oder vier Jahren einige Bemühungen unternommen haben, um den Dialog zwischen den beiden Wirtschaftsblöcken in Gang zu bringen. Ich denke etwa an unser Treffen in Wien, wo wir Projekte über die Möglichkeiten der Zusammenarbeit ausgearbeitet haben. In der Zwischenzeit sind wir etwas weitergekommen. Vertreter des Gemeinsamen Marktes haben den Mut gefunden, zur Zusammenarbeit ja zu sagen. Aber wir haben mehr erwartet. Die Antwort enthielt nur die Absichtserklärung, daß der Gemeinsame Markt Handelsabkommen mit einzelnen sozialistischen Ländern abschließen kann. Es ist zu wenig, das alles nur auf den Informationsaustausch und auf Arbeitskontakte zwischen Vertretern der Kommission des RGW und des Gemeinsamen Marktes zu reduzieren. Als ersten Schritt will ich das noch gelten lassen. Es ist besser als gar nichts.

Aber ehrlich gesagt: Wie lange will sich die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft auf die Philosophie des Rom-Abkommens stützen, die seinerzeit ihre Berechtigung gehabt haben mag, aber die Zeiten ändern sich. Könnte nicht der Gemeinsame Markt eine positive Rolle spielen, etwa als Stimulanzkonsortium von Banken, um die mittleren und kleinen Betriebe für die Zusammenarbeit zu gewinnen? Oder als Organisation, die Möglichkeiten für unsere Zusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt ausfindig macht? Wenn die Vertreter des Gemeinsamen Marktes dies einmal überdenken

würden, könnte das sehr positive Ergebnisse bringen. Und, Herr Shulman, auch für die Vereinigten Staaten ist Platz in dieser Zusammenarbeit.

Blech

Ein Wort zur Frage einer gemeinsamen Haltung von Ost und West in der Nord-Süd-Auseinandersetzung. Auch die Sowjetunion und ihre Partner im RGW sind ja Industrieländer. Ich hielte es für falsch, wenn nun eine Gruppe Industrieländer zur anderen sagt: Ihr wart die Kolonialherren, und wir haben mit der kolonialen Vergangenheit gar nichts zu tun. Das Problem der kolonialen Verantwortlichkeit ist aber historisch gesehen sehr diffizil und komplex.

Die Vorteile der kolonialen Ausbeutung sind den Industriestaaten in erster Linie im Zeitalter ihres Aufbaues zugute gekommen. Zu jener Zeit gab es eine Trennung entlang der Elbe noch nicht. Ist die DDR nun ein kolonialistischer Staat, weil ihre Industrie vor 1914 oder vor 1945 möglicherweise auch mit den Vorteilen des Kolonialismus aufgebaut worden ist? Ist es die Sowjetunion, deren Industrien und deren Eisenbahnnetz vor 1914 mit ausländischen Krediten aufgebaut worden ist, in erster Linie mit Krediten und Investitionen aus Frankreich, aber auch aus Belgien und den Niederlanden, also Ländern mit reichen Kolonien? Und diese Mittel sind doch nach der Revolution in der Sowjetunion verblieben.

Löwenthal

Ich möchte auf denselben Punkt eingehen. Es ist selbstverständlich unbestreitbar, daß es koloniale Ausbeutung gegeben hat. Aber es ist wissenschaftlich höchst bestreitbar, daß die koloniale Ausbeutung der Hauptgrund für Unterentwicklung und Armut des südlichen Teils der Welt ist. Es gibt eine Reihe von Ländern, die niemals Kolonien waren und die trotzdem unterentwickelt geblieben sind.

Die Ursachen der Unterentwicklung und der dadurch bedingten Armut sind außerordentlich vielfältig. Sie beruhen darauf, daß die traditionellen Strukturen der betreffenden Länder nicht dieselben dynamischen Elemente enthielten wie die der westlichen Länder. Daraus kann man kein Verschulden der westlichen Länder ableiten. Es gibt keine Reparationspflicht als Grund für die Entwicklungshilfe, weder für uns noch für Sie.

Es gibt andere zwingende Gründe für Hilfe. Es hat sich in den letzten 20 Jahren herausgestellt, daß Ihre und unsere Entwicklungshilfe zusammen nicht ausreichen.

Die betreffenden Länder können nicht aufgrund ihrer kolonialen Vergangenheit, sondern aufgrund der gegenwärtigen Bedingungen von der Hilfe nur ungenügend Gebrauch machen. Sie geraten immer mehr in Verschuldung. Deshalb stellen sie jetzt Forderungen, zum Beispiel bei den Rohstoffpreisen. Und es ist unhaltbar zu sagen, das geht die westlichen Staaten an, aber die Industriestaaten des Ostens geht es nicht an.

Dahrendorf

Inwiefern definiert die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eigentlich den geeigneten Raum für das, was im wirtschaftlichen Bereich an Abmachungen und Verbindungen erforderlich ist? Ich meine hier Raum im politischen Sinne. Die KSZE beruht ja auf der Annahme, daß es unterschiedliche politische, soziale und auch wirtschaftliche Systeme gibt. Infolgedessen haben staatliche Abmachungen im wirtschaftlichen Bereich für die einzelnen Systeme unterschiedliche Bedeutung.

Anders formuliert: In den Ländern mit marktwirtschaftlichen Ordnungen unterliegen die meisten Dinge im wirtschaftlichen Bereich nicht direkt staatlicher Einflußnahme. Von daher ist es fraglich, ob man wirtschaftlich viel erreicht, wenn man Abkommen abschließt oder Kommissionen einsetzt. Als seinerzeit für den Außenhandel verantwortlicher Kommissar der Europäischen Gemeinschaften bin ich in meinen zynischeren Momenten manchmal zu der Überzeugung gekommen, daß man entweder Handel oder Handelsabkommen haben kann, aber selten beides mit demselben Lande.

Die Frage des Raumes ist in einem zweiten Sinne wichtig; denn die meisten Daten, Grundbedingungen und auch Regeln der wirtschaftlichen Beziehungen müssen strenggenommen weltweit sein. Sie können sich jedenfalls nicht auf den durch die KSZE umschriebenen Raum beschränken. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß ein Protokoll zum GATT ein geeigneterer Weg wäre, um bestimmte Regeln der Wirtschaftsbeziehungen zwischen marktwirtschaftlichen und staatswirtschaftlichen Ländern festzulegen, als ein paar Texte im Rahmen einer Abmachung. Ich weiß allerdings, daß die meisten Mitgliedsstaaten des GATT mit dieser Ansicht nicht übereinstimmen. Auch die Frage der Konvertibilität kann sich nicht auf den geographischen Raum der KSZE-Staaten

beschränken. Daher ist es wenig wahrscheinlich, daß Belgrad mehr als einige weitere Anstöße geben kann für etwas, was dann auf anderen Ebenen getan werden muß.

Ich schlage vor, daß wir uns jetzt noch einmal mit den Problemen des 3. Korbes beschäftigen.

Blech

Ich komme noch einmal auf Wesen und Struktur der Schlußakte als einer Grundlage für die weitere Entwicklung zurück. Die Schlußakte ist ja nicht nur eine Kodifizierung von Regeln, wie Herr Sommer sagte, sondern zugleich der Versuch, entspannungsrelevante Gebiete zu systematisieren. Wir sind uns darüber klar, daß auf diesen Gebieten die konkrete Gestaltung der Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten nicht durch die Konferenz selbst geschehen konnte.

Was die Systematisierung angeht: Korb 1 besteht - neben den militärischen Maßnahmen - vor allem aus der Prinzipiendeklaration. Und ich möchte Herrn Sommer widersprechen, wenn er sagt, da sei einiges drin enthalten, was dem einen mehr und dem anderen weniger behage. Das ist so nicht zutreffend; denn kein Staat hätte die Schlußakte einschließlich der Prinzipienerklärung unterschreiben können, wenn für ihn nicht jeder Satz akzeptierbar gewesen wäre. Es handelt sich hier nicht um eine Anhäufung von Negativa und Positiva, aus der man sich jeweils das für einen selbst Günstige zur Erfüllung der Abmachung herausnehmen kann, sondern alles ist gleichermaßen für jeden akzeptierbar. Unterschiedlich mögen nur die Interessen des einzelnen Teilnehmerstaates daran sein, wie ein anderer diese oder jene Verpflichtung erfüllt. Es steht ihm frei, auf deren Implementierung besonderen Wert zu legen, solange er sich nicht dagegen sperrt, daß andere sich ihre eigenen Gedanken über die Implementierung anderer Teile durch ihn machen.

Ohne Zweifel kommt allen drei Körben die gleiche Bedeutung zu, das gilt sowohl aus östlicher wie aus westlicher Sicht. Die drei Körbe stehen auch in einer engen Beziehung zueinander. So ist das Prinzip der Zusammenarbeit in Korb 1 (Prinzip 9) sozusagen die Grundlage für die Körbe 2 und 3. Und die Menschenrechte (Prinzip 7) sind auch relevant für den Korb 3.

Nun zu Korb 3. Ich will mich hier mit dem Argument auseinandersetzen, daß ein Insistieren auf den Bestimmungen des Korbes 3 zu einem Instrument der Einmischung umfunktioniert werden könnte. Da jeder die Schlußakte unterschrieben hat, gehe ich davon aus, daß das, was in Korb 3 steht, auch von der östlichen Seite Buchstabe für Buchstabe als systemkompatibel betrachtet wird. Sonst wäre die Unterschrift sinnlos gewesen, oder man hätte mala fide unterschrieben.

Deshalb ist mir der Streit um den Begriff der Einmischung, wie er in der Öffentlichkeit und zum Teil auch hier geführt wird, schlechterdings unverständlich, besonders, wenn man einen Blick auf Prinzip 6 wirft. Zwar deckt das in der deutschen Fassung verwendete Wort "Einmischung" zwei sehr unterschiedliche Sachverhalte ab, nämlich einmal die Intervention und zum anderen die Interference. Im Englischen und im Französischen ist das ganz klar. Im englischen und im französischen Text ist allein von der Intervention die Rede. Sie ist im Artikel 6 sehr präzise definiert. Da wird deutlich, daß nur die durch gewaltsamen Druck bewirkte Einengung der Ausübung von Souveränität Einmischung ist. Dadurch ist auch das Wort "Einmischung" des deutschen Textes klar definiert. Es kann daher überhaupt keine Rede davon sein, daß es sich um Einmischung handelt, wenn ein Staat sich über das Verhalten eines anderen Staates äußert.

Wir können doch nicht dauernd von Interdependenz reden und nicht die Konsequenz ziehen, daß wir dann auch über das sprechen, was der andere macht. Es ist erst recht unzulässig, von einer Intervention zu reden, wenn einer sagt: "Aufgrund des gemeinsam unterschriebenen Textes haben wir alle bestimmte Verpflichtungen, und ich möchte jetzt wissen, wie Du Deinen Verpflichtungen nachkommst." Die Antwort: "Das geht Dich gar nichts an, das ist Intervention", stellt die Welt auf den Kopf. Ich muß doch fragen dürfen: "Wie macht Ihr das, und zu welchen Ergebnissen kommt Ihr?" Was ich nicht darf ist, mit Gewalt und Drohung mit Gewalt in einen anderen Staat, welcher Gesellschaftsordnung auch immer, einzugreifen, damit er bestimmte Dinge ändert.

Ich meine, man sollte diese aus guten Gründen eingeengte Bestimmung des Interventionsbegriffes im Auge behalten, wenn wir uns über das unterhalten, was in Belgrad zur Diskussion stehen wird.

Daume

Es wurde hier mehrfach die Gleichrangigkeit, ja die Gleichwertigkeit der drei Körbe betont. Das ist sicher richtig. Unterschiede dürften sich jedoch zeigen, wenn es darum geht, zu Vereinbarungen über den Inhalt der Körbe zu gelangen. Bei Fragen etwa der militärischen Sicherheit und der Rüstungsbeschränkung sind unendlich schwer Übereinkünfte zu erreichen. Auch Herr Arbatow sagte, der Stand der Rüstungsbeschränkungen sei höchst unbefriedigend. Herr Shulman erwähnte das

Problem der Rüstungskontrolle, das entsteht, wenn man einmal eine grundsätzliche Übereinstimmung über das Was und Wie in der Rüstung erreicht hat. Diese Dinge werden alle sehr lange Zeit brauchen.

Dagegen scheint mir der Inhalt des Korbes 3 leichter zu verwirklichen. Könnte man diese Dinge nicht möglichst unbürokratisch in Angriff nehmen? Warum soll es nicht möglich sein, in der UdSSR amerikanische Bücher in einem amerikanischen Shop zu verkaufen? Was sind das denn für ausländische Bücher, die in der Sowjetunion erscheinen? Könnten solche Dinge bei Ihnen nicht einmal mit einer gewissen Großzügigkeit bedacht werden? Oder befürchten Sie, daß dort dann 9 aggressive oder kriegshetzerische Bücher angeboten werden? Das gleiche gilt für Bücher der Bundesrepublik in der DDR, und zwar nicht irgendwelche ausgesuchten. Ähnlich verhält es sich mit Zeitungen. Ich bin häufig zu höchst freundschaftlicher Kooperation in Moskau. Ich habe noch nie in einem der angeblich für den Zeitungsverkauf privilegierten Hotels eine "Frankfurter Allgemeine Zeitung" oder eine "Welt" kaufen können, von anderen Zeitungen ganz zu schweigen.

Sie erwähnten Theaterstücke und Filme, Herr Bertsch. Warum ist es nicht möglich, zwischen den einzelnen Theatern freie Vereinbarungen zu treffen? Warum muß ein komplizierter bürokratischer Apparat dazwischengeschaltet sein? Bei der Gestaltung des olympischen Kulturprogramms beispielsweise bekam ich oft zu hören: Dieses Orchester könnt ihr nicht bekommen, aber ein anderes. Diese Dinge müßten mit ein bißchen Goodwill überwunden werden können. Man sollte nicht unterschätzen, was das für die Atmosphäre bedeuten würde.

Wenn es zutrifft, daß Entspannung, wie Herr Löwenthal gesagt hat, das Bemühen ist, Konflikte zu begrenzen, und wenn man im Osten den ideologischen Konflikt von der Entspannung ausnimmt, dann ist doch die Verwirklichung solcher gegenseitiger kultureller Aktivitäten von größter Bedeutung. Herr Bowin sagte, daß es früher trotz Austausch von Kultur und Information Kriege gegeben habe. Das ist für mich kein Gegenargument; denn das besagt doch nichts gegen Kultur und Information, sondern nur gegen den Krieg. Es würde für den möglichst schnellen, unbürokratischen und intensiven Austausch von Informationen sprechen.

Bindschedler

Im Helsinki-Dokument wurden zwei Dinge vereinbart. Einmal das Prinzip des Interventionsverbotes, eine alte völkerrechtliche Regel, und dann das Prinzip des Schutzes der Menschenrechte mit dem daran gehängten Korb 3. Diese Prinzipien stehen im gleichen Rang, wie auch in der Schlußakte festgestellt ist, und das eine hat nicht das Übergewicht über das andere. Das Prinzip der Menschenrechte und der 3. Korb sind Bestandteil der europäischen politischen Ordnung geworden. Sie sind nicht mehr Ideologie, sondern Grundsätze, an die wir uns zu halten haben. Ich sehe hierin, wie andere Redner, einen großen Erfolg der Schlußakte. Wir haben in der kurzen Zeit einiges erreicht auf den Gebieten Kultur, Zusammenarbeit, Information, menschliche Beziehungen. Das muß weiter ausgebaut werden.

Wenn ich etwa in diesem Hotel vor einer halben Stunde ohne jede Schwierigkeit meine fünf Zeitungen gekauft habe, so möchte ich eben auch in Bukarest, in Moskau oder in Wladiwostok um die Ecke gehen können und die gleichen Zeitungen dort kaufen, um nicht von der Welt abgeschnitten zu sein. Das ist eine Frage der Reziprozität.

Arbatow

Aber Sie haben nicht die "Prawda" gekauft.

Bindschedler

Weil ich leider kein Russisch kann. Aber meine Frau spricht sehr gut russisch, und sie liest ab und zu die "Prawda" und die "Iswestija". Ich kann Ihnen versichern, Herr. Kollege, die können Sie in Bern am Bahnhof am Kiosk regelmäßig kaufen.

Anerkennen möchte ich, daß in den letzten Monaten das Statut der Journalisten verbessert, das heißt die Tätigkeit der Auslandskorrespondenten erleichtert worden ist.

Wo es zum Teil gar nicht klappt, ist das Gebiet der Familienzusammenführung und Eheschließungen. Dabei muß man differenzieren. Ich kann nur aus eigener Erfahrung sprechen. Die Probleme, die wir mit der Sowjetunion hatten, sind gelöst worden; desgleichen haben wir mit Polen und Ungarn keine Fragen. Es gibt aber zwei Staaten, bei denen wenig gegangen ist: das sind Rumänien und vor allem die DDR. Ich kann einfach nicht begreifen, wieso es ausgerechnet bei diesen beiden nicht möglich war, mehr Fortschritte auf diesem Gebiet zu erreichen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die

Zusammenführung von einigen hundert oder auch einigen tausend Liebespaaren und Familien essentielle Staatsinteressen betrifft und man das aus Sicherheitsgründen verhindern muß.

Gewiß mag es diese Staaten unangenehm berühren, wenn einige ihrer schönen Mädchen weggeheiratet und ins Ausland exportiert werden. Aber das bringt sicher nicht den *ordre public* in Gefahr. Das gleiche gilt, wenn ein paar alte Großväter und Großmütter zu ihren Kindern und Enkeln ausreisen wollen. Die Hindernisse, die hier bestehen, sind für die öffentliche Meinung im Westen einfach nicht verständlich. Ich sage Ihnen das ganz offen. Hier wird der Goodwill strapaziert. Wenn da nicht Remedur geschaffen wird in Angelegenheiten, denen keine politische Bedeutung zukommt und die keine sicherheitsmäßigen Überlegungen herausfordern, muß man an der Ernsthaftigkeit des weiteren Vorgehens zweifeln.

Nun, ich habe gesagt: In diesem heiklen Gebiet muß man Schritt für Schritt weiterkommen. Wie man es nicht machen soll, zeigt die berühmt-berüchtigte Initiative des amerikanischen Senators Jackson, der die Auswanderung mit einem Handelsvertrag verknüpfen wollte. So geht es natürlich nicht. Kein Staat läßt sich derartige Pressionen gefallen. Auch die Schweiz hätte auf eine solche Zumutung sicher eindeutig negativ reagiert. Man kann auf diesem Felde nicht mit derartig plumpen Mitteln operieren, sondern hier bedarf es der geduldigen, der diskreten, ja, ich sage sogar: der Geheimdiplomatie, selbst wenn das ein Schreckwort für die Presseleute und die Öffentlichkeit ist.

Es ist von Vertrauen und Mißtrauen die Rede gewesen. Ich bezweifle, ob diese Begriffe anwendbar sind auf Dinge, mit denen wir es hier zu tun haben. Sie haben ihre Rolle in den zwischenmenschlichen Beziehungen zu spielen; in den zwischenstaatlichen Beziehungen sieht es etwas anders aus. Jede gesunde Außenpolitik muß ein gewisses Maß an Mißtrauen enthalten. Dieses Mißtrauen erspart uns üble Rückschläge und Enttäuschungen in der Zukunft. Es bedeutet, mit den Realitäten zu rechnen.

Ich möchte auch warnen, ein neues Vokabularium zu erfinden. Unsere Sprachen sind durch Tonnen von Resolutionen schon genügend verhunzt worden. Es ist ein politischer Jargon in allen Sprachen eingerissen, den man nur bedauern kann. Neue Begriffe dienen meist nur dazu, Tatsachen zu verschleiern, was ebenfalls keine gesunde Außenpolitik ist. Auch das Begriffspaar Optimismus/Pessimismus scheint mir in den zwischenstaatlichen Beziehungen nicht am Platz zu sein. Wir müssen realistisch bleiben und uns vor Illusionen hüten; denn die Illusionen von heute sind die Enttäuschungen von morgen.

Bertsch

Da hier auch andere Teilnehmer Glaubensbekenntnisse abgelegt haben, nehmen Sie es bitte als meine feste Überzeugung hin, wenn ich sage: Gerade weil wir für die Menschenrechte und ihre Verwirklichung sind, machen wir Sozialismus; alles andere ist ausprobiert und als nicht sehr günstig empfunden worden.

Eine Ihrer Feststellungen, Herr Bindschedler, bezieht sich auf die DDR. Darf ich dazu bemerken, daß die diplomatischen Beziehungen zwischen Ihrem Land und unserem Land noch sehr jung sind, was wir bedauern. Wir waren schon vor vielen Jahren dazu bereit, aber Ihre Regierung konnte sich nicht zu einem früheren Zeitpunkt zur diplomatischen Anerkennung entschließen. Das hätte auch die Realisierung von menschlichen Erleichterungen in gewissem Umfang ermöglicht.

Dennoch ist die Bilanz mit der Schweiz seit Helsinki gar nicht so schlecht. Immerhin haben wir ein Abkommen über Vermögensfragen und ein Schiffsabkommen abgeschlossen. Letzteres ist für die Schweiz als Binnenland relativ wichtig. Und über die Dinge, die Herr Bindschedler als noch ungenügend geklärt betrachtet, sind von unserer Seite nicht nur Verhandlungen angeboten worden, sondern auch bereits mehr als Sondierungen erfolgt. Dies nur zur Klarstellung, damit hier kein allzu einseitiges Bild entsteht.

Bowin

Ich habe mit Genugtuung festgestellt, daß die Hotelleitung ganz im Geiste von Helsinki handelt, indem sie zu unserer geistigen Annäherung beiträgt; denn jeder von uns hat auf seinem Zimmer eine Bibel. Das ist eines meiner Lieblingsbücher. Wenn ich mich lange genug mit der politischen Lektüre beschäftigt habe, genieße ich mit großem Vergnügen die Sprache der Bibel. Darin habe ich gestern abend bei Ekklesiastes am Ende des 1. Kapitels einen klugen Gedanken gefunden. Da heißt es: Die große Weisheit ist zugleich die große Trauer.

Nun, die Erfahrungen, die wir nach Helsinki gemacht haben, haben zweifellos unsere Kenntnis vergrößert, aber sie haben auch - in voller Übereinstimmung mit Ekklesiastes - unsere Trauer vermehrt. Denn wir haben deutlicher erkannt, wie schwer es ist, einander zu verstehen und den

Prozeß der gegenseitigen Verständigung in Gang zu bringen, wie schwer es auch fällt, gegenseitig Toleranz zu üben.

Was soll man mit dieser Trauer anfangen? Natürlich will niemand von uns die Uhrzeiger zurückdrehen und in die Schützengräben des Kalten Krieges zurückkehren, um dann zehn oder fünfzehn Jahre abzuwarten, bis wir reifer geworden sind für die Entspannung. Was uns bleibt, ist die Hoffnung, daß wir durch das Mehrn unserer Erkenntnis zugleich auch unser Verantwortungsgefühl erhöhen und unsere Energie steigern werden, um unseren Kindern eine bessere Welt zu hinterlassen.

Gerade die Problematik, die im Korb 3 behandelt wird, steht dazu in unmittelbarer Beziehung. Ich kann es nur wiederholen: Nicht die Beziehungen zwischen den Menschen bestimmen die Beziehungen zwischen den Staaten, sondern umgekehrt, die Beziehungen zwischen den Staaten bestimmen den Charakter der Beziehungen im humanitären Bereich und die Intensität dieser Kontakte.

Dafür zwei Beispiele. Erstens: Nicht McCarthy hat den Kalten Krieg, sondern der Kalte Krieg hat den McCarthy hervorgebracht. Zweitens: Nicht der Umstand, daß sich in Moskau die Lage der ausländischen Journalisten verbessert hat, hat die Entspannung hervorgerufen, sondern im Gegenteil, die Entspannung war es, die diese positiven Wandlungen ermöglichte. Ich will damit keineswegs die Bedeutung der Kontakte im humanitären Bereich herabsetzen. Ich möchte nur hervorheben, daß jeder Versuch, die Entwicklung auf diesem Gebiet zum Beispiel mit Methoden des Senators Jackson voranzutreiben, unvermeidlich entsprechende Gegenwirkungen hervorruft. Auch in der Politik gilt so etwas wie das 3. Newtonsche Gesetz: Wirkung ist gleich Gegenwirkung.

Was aber die kulturellen Kontakte angeht - wenn man unter Kultur geistige Werte im hohen und edlen Sinne des Wortes versteht;-, so kann man in dieser Hinsicht der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern wohl kaum irgendwelche Vorhaltungen machen. Aber wenn beispielsweise unsere amerikanischen Kollegen fordern, man sollte in Moskau ein Geschäft mit amerikanischen Büchern aufmachen, so dürfte es ihnen wohl kaum darum gehen, die Moskauer mit Romanen von Faulkner und Steinberg oder mit Noten von Lieberstein und Gershwin besser zu versorgen. Wenn man uns fragt: Warum gibt es keine freie Auswahl, so geht es sicher nicht um Gedichte von Achmatova und Baudelaire oder Bildhauerwerke von Moore und Antokolski. Man meint etwas ganz anderes, und wir müssen hier offen und ehrlich sein.

Wenn man von der Achtung der Menschenrechte spricht, so ist das wunderbar; aber konkret handelt es sich darum, daß wir die Rechte der Menschen achten sollen, die sich in unserem Lande gegen den Sozialismus wenden. Es sind doch ausschließlich die Dissidenten gemeint. Wenn man von einem Austausch von Ideen spricht, dann geht es darum, daß wir die Ideen bei uns verbreiten sollen, die unserer Lebensauffassung und unserer Gesellschaftsordnung widersprechen. Ich kann hier nur ganz deutlich wiederholen: Das werden wir nicht zulassen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf die entsprechenden Feststellungen in der Schlußakte von Helsinki.

Ich möchte nur betonen, daß der Versuch, diese Probleme durch Umstellung unseres Systems auf das der westlichen Demokratien zu lösen, kein positives Ergebnis bringen kann und nicht zur Vertiefung der Entspannung beitragen wird. Auch unsere Partner im Westen sollten hier eine größere Bescheidenheit an den Tag legen und mit mehr Zurückhaltung vorgehen. Wir sind keineswegs der Ansicht, daß bei uns alles vollkommen ist, und wir werden fortfahren, unser System zu verbessern. Aber das muß eine Entwicklung von innen her sein und darf nicht durch Druck von außen beeinflußt werden.

Maximova

Noch ein Wort zu dem lebhaften Interesse, das die Dissidenten in der westlichen Presse finden. Wir verurteilen die Dissidenten nicht wegen ihrer Ideen und Ansichten, sondern wegen ihrer Handlungen. Solche Handlungen können sich unter anderem in feindseliger Propaganda äußern.

Dann zu den Büchern. Sie haben gesagt, wir sollten nicht mit Statistiken jonglieren. Nun, Herr Sommer, Sie tun mir leid. Wie lange wollen Sie denn noch über Solschenizyn reden? Wenn Sie wollen, schicke ich Ihnen einmal die Übersetzung von Büchern unserer wirklich großen Schriftsteller, die von Ihnen nicht übersetzt werden, obwohl darin gar keine Ideologie zu finden ist. Überlegen Sie doch, welche Bücher der Sowjetliteratur in den letzten vier oder fünf Jahren bei Ihnen erschienen sind. Es wird immer nur ein und dasselbe übersetzt: Solschenizyn. Wie lange soll das noch soweitgehen?

Hier wurde der Sender "Freies Europa" erwähnt. Wir können ihn bei uns empfangen, aber unsere Bürger hören da gar nicht zu; diese Sendungen sind einfach zu primitiv und kommen bei uns nicht an. Sie sollten sich nicht dafür engagieren, daß der Sender "Freies Europa" nicht gestört wird. Kämpfen

Sie lieber dafür, daß dieser Sender geschlossen und ein neues Zentrum geschaffen wird, das dem Geist der Zeit entspricht und Sendungen ausstrahlt, die man in der Sowjetunion hört und auf die man positiv reagiert.

Bondy

Ich freue mich besonders, Herr Bowin, von Ihnen eine so verdiente Anerkennung der Dichterin Anna Achmatova zu hören. Denn zu der Zeit, als ihr "Requiem" in der Sowjetunion nicht erscheinen konnte, wurde uns auch bei allen möglichen Gelegenheiten gesagt, daß sich bei Ihnen in keiner Frage der hohen Kultur irgendein Problem stellte.

Ich möchte auf einen Satz von Frau Maximova zurückkommen, die meinte, wir seien keine Politiker, und was zähle, seien die Regierungen. Darin kommt eine besondere Asymmetrie zum Ausdruck, die mit dem Korb 3 zu tun hat. Für uns im Westen gibt es viele, für andere Gesellschaften verwirrende, vielleicht sogar in ihren Augen verdächtige Beziehungen, die ganz ungeordnet und ungeplant zwischen verschiedenen Bereichen der Öffentlichkeit und ihren Meinungen und den Regierungen bestehen. Diese Beziehungen lassen sich nicht schematisieren, organisieren und quantifizieren. Wenn es derartiges in anderen Systemen nicht gibt, so sollte genau dieser Unterschied innerhalb der Toleranzgrenzen unserer Diskussion anerkannt werden. Bei uns sprechen viele Leute oft ohne jede besondere Berufung als Teil der Öffentlichkeit. Das ist für die Atmosphäre, die die Entspannung in Westeuropa braucht, nicht unwichtig. Gerade diese Beziehung zwischen Regierung und Öffentlichkeit ist für uns Lebensluft.

Ich bin mit meinem Kollegen Bruce van Voorst ausnahmsweise einmal nicht ganz einig, wenn er sagt, daß sich die Amerikaner für die Frage der Menschenrechte im Korb 3 besonders eingesetzt haben. Nach dem was ich in all den Vorverhandlungen in Genf verfolgt habe, war das eine der wenigen Fragen, in der sich alle Europäer so einig gewesen sind wie kaum jemals sonst. Sie haben in dieser Frage gemeinsam Druck ausgeübt und gesagt, für sie sei das lebenswichtig. Was dort steht in bezug auf Humanität, Informationsrechte und so weiter stellt für uns kein Problem dar, sondern ist systemkonform. Wir müssen aber einsehen, daß es für die kommunistisch regierten Länder nicht systemkonform ist. Und wenn wir ihnen sagen: Ihr habt das alles jetzt zu lesen, zu hören, einzuführen, dann begehen auch wir den Fehler, zu meinen, wenn es gut für uns ist, dann genügt es. So einfach ist es nicht.

Wir finden, daß manchen Systemen eine Lockerung gut täte; daß diese "Inkonsequenz" besser wäre als eine totale Kohärenz. Aber wir müssen verstehen, daß das auf der anderen Seite von Regierungen nicht als "Lockerung", sondern als "Zersetzung" empfunden werden kann. Zwischen den Ansichten, die wir haben, und jenen, die drüben namens der Regierungen vertreten werden, können Unterschiede bestehen, und wir dürfen nicht einfach sagen: Ihr habt eben unrecht.

Allerdings sind im Korb 3, im Gegensatz zu den beiden anderen Körben, Dinge enthalten, die mehr uns entsprechen als der anderen Seite. Wenn wir darauf bestehen, so sagen wir, die Frage: cui bono, wem nützt dieses oder jenes, kann nicht entscheidend sein; vielmehr ist ein Ensemble ausgehandelt worden, und dessen Addition stellt ein summum bonum, ein höchstes Gutes dar. Man kann davon nicht subtrahieren, was den einen oder den anderen möglicherweise unbequem ist.

Was man jedoch tun kann ist, vor bestimmten Verschärfungen und Verhärtungen im Osten zu warnen, die gerade in Westeuropa jetzt schon die Atmosphäre für den Helsinki-Geist negativ verändern. Sie müssen bedenken, daß die Ausbürgerung im Namen mangelnder Staatstreue bei uns im Westen nur einen Parallellfall hat, und zwar seitens des für uns alle so peinlichen und mit Schuldgefühlen verbundenen Staates Chile. Schon aus diesem Grund sind solche Handlungen für uns sehr schwer zu verstehen. Ich sehe ein, daß Sie in dieser Frage nicht denselben Standpunkt haben, aber das, was im Korb 3 enthalten ist, kann eben nur als Summe zur Geltung kommen, auch wenn einiges davon unbequem ist. Deshalb müssen auf diesem Gebiet Konzessionen im Sinn der Nichtverschärfung und der Nichtverhärtung das Minimum sein, damit wir im Geist von Helsinki weiterarbeiten können.

Blech

Wenn Sie meinen, Herr Bondy, vieles in Korb 3 werde von den sozialistischen Staaten als mit ihrem System inkompatibel empfunden, so kann ich diese Feststellung schon deshalb nicht akzeptieren, weil der 3. Korb auch von der Unterschrift des Generalsekretärs der KPdSU getragen wird. Eine andere Frage ist, ob alles, was dort steht, auf einen Schlag realisierbar ist. Grundsätzlich kann ich mir nicht vorstellen, daß ein System erschüttert wird, wenn ein paar Heiraten über die Grenzen stattfinden und ein paar Leute das Land verlassen. Für die Umgewöhnung eines Systems, von dem ich glaube, daß

es möglicherweise flexibler ist, als es selbst annimmt, spielen allerdings auch subjektive Haltungen eine Rolle, und zu ihrer Änderung mag es einer gewissen Zeit bedürfen.

Die Schlußakte ist aus guten Gründen kein völkerrechtlicher Vertrag, der an einem bestimmten Tag in Kraft tritt und dann sofort voll zu erfüllen ist; sondern hier geht es um ein Arbeitsprogramm, das Zeit braucht. Es ist dann eine Frage der Glaubwürdigkeit, wieviel Zeit sich der einzelne Staat bei der Verwirklichung läßt. Mir kommt es mehr darauf an, daß die Implementation in einem kontinuierlichen Prozeß stattfindet, als das einerseits große Sprünge vor sich gehen, während gleichzeitig andere Teile abgelehnt werden, weil sie von vornherein als nicht realisierbar angesehen werden.

Zur Realisierbarkeit und zu dem von Herrn Wojna und von Herrn Bowin angesprochenen Souveränitätsvorbehalt verweise ich auf die Schlußakte selbst. Dieses Papier ist sicher ein außerordentlich spannender Gesprächsstoff, aber eine weniger spannende Lektüre. Nehmen Sie den 2. Absatz des zehnten Prinzips, dort ist zum Souveränitätsvorbehalt eine Balance geschaffen worden. Da heißt es, daß die Teilnehmerstaaten in Ausübung ihrer Souveränität, insbesondere bei der Gesetzgebung, das, was in der Schlußakte niedergelegt ist, berücksichtigen. Mit anderen Worten: Nicht die Gesetze stellen die Grenze für die Realisierung dar, sondern die Gesetzgebung hat sich im Laufe der Zeit der Realisierung anzupassen.

Die Zeitperspektive sollte man im Auge behalten, vor allem im Hinblick auf Belgrad; denn der Ablauf in Belgrad wird wesentlich davon abhängen, mit welchen Erwartungen man dort hingeht. Wir sollten uns davor hüten, einerseits überhöhte Erwartungen an die Implementation zu stellen, andererseits können die Erwartungen aber auch untertrieben und dadurch sinnentleert werden.

Rykin

In Zusammenhang mit Korb 3 spielen die Massenmedien, vor allem die Presse, eine enorme Rolle, um in der Öffentlichkeit jenen Geist des Vertrauens zu erzeugen, der zwischen uns herrschen muß. Herr Sommer hat von Dingen gesprochen, die nach seiner Ansicht den Aufbau dieses Vertrauens zwischen unseren Systemen behindern. Solche Fragen sollte man aber sehr vorsichtig und wohlüberlegt behandeln, weil sonst schon die Anfänge des Vertrauens behindert werden. Die Entspannung selbst ist eine neue Erscheinung in unserem Leben, und jeder neue Keim muß zunächst gepflegt werden.

Wenn der Westen in einer Reihe von Massenmedien Dissidenten und Menschen unterstützt, die durch ihre Taten die Entwicklung unserer Gesellschaft behindern, dann sagt man, das sei keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Länder. Wir wollen nicht die wunden Stellen berühren, die es in Ihrer Gesellschaft gibt, sondern wir sollten uns lieber darüber Gedanken machen, wo wir uns einigen können.

Wir diskutieren hier auch unter ungleichen Voraussetzungen, wenn jede Äußerung der sowjetischen Presse sofort als die Meinung unserer Regierung hingestellt wird, während man auf der anderen Seite behauptet, daß alles, was in den Zeitungen des Westens steht, nur unverbindliche Privatmeinungen sind.

Mir geht es noch um etwas anderes. Ich begrüße es, daß wir hier zusammengekommen sind; wir lernen einander dadurch besser kennen. Dieses Bergedorfer Treffen entspricht auch dem Geiste von Korb 3. Es ist besser, einmal zu sehen, als hundertmal zu hören. Die Initiative von Herrn Körber, der uns hier zusammenkommen ließ, wird, so meine ich, auch zur internationalen Entspannung beitragen. Leidenschaft und Voreingenommenheit, die uns früher getrennt haben, müssen der Vergangenheit angehören. Wir sollten uns jetzt Gedanken über die Lösung der Grundfragen machen.

Marks

Als ich diese Konferenz gestern einleitete, waren vielleicht einige von Ihnen überrascht, daß ich mich in meinem Referat fast ausschließlich mit Korb 3 beschäftigt habe. Ich habe das ganz bewußt getan; denn ich wußte, daß Marshall Shulman Ihnen ein abgerundeteres Bild über die Ansichten der Vereinigten Staaten vermitteln würde. Ich dagegen wollte hervorheben, welche Bedeutung Korb 3 in den Vereinigten Staaten hat. Für den Durchschnittsbürger ist Entspannung gleichbedeutend mit Helsinki und Helsinki gleichbedeutend mit Korb 3.

Wir haben in dieser Diskussion viel über die Gleichwertigkeit aller drei Körbe gehört. Aber haben wir uns in angemessener Weise den Menschenrechten und den Problemen von Korb 3 zugewandt? Vielleicht war das auch gar nicht nötig; denn die Prinzipien von Korb 3 sind so offenkundig, daß sie keine lange Diskussion erfordern, weil es darüber eigentlich kaum große Meinungsverschiedenheiten geben kann. Die 35 Nationen, die die Schlußakte unterzeichnet haben, erkennen diese Prinzipien an,

die, so wie ich es sehe, in einer klaren und unmißverständlichen Sprache dargelegt sind. Deshalb bin ich doch recht erstaunt, wenn ich nun höre, daß einige der Prinzipien des Korbes 3 als Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates angesehen werden.

Ich habe von Herrn Bowin gehört, daß es weiterhin Befreiungskriege geben wird und daß die Sowjetunion es als Ihre Verpflichtung ansieht, jene Länder beziehungsweise jene Kräfte zu unterstützen, die solche Kriege führen. Er sagte, die Sowjetunion würde dazu zwar nicht anstiften, aber auch ihre Hilfe nicht versagen. Anscheinend ist das keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes. Andererseits habe ich von Herrn Arbatow gehört, daß "Radio Free Europe" und "Radio Liberty" eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der osteuropäischen Länder und der Sowjetunion darstellen.

Mit anderen Worten: Wenn man Leute mit Munition versorgt, ist das keine Einmischung, aber wenn man Worte und Musik einsetzt, dann ist das offenbar Einmischung. Warum lassen Sie die Leute nicht selbst darüber entscheiden, was sie hören wollen? Nun, ich empfehle Ihnen, diese Störmanöver aufzugeben. Damit würden Sie schätzungsweise 50 Millionen Dollar pro Jahr sparen. Entspricht das nicht dem Prinzip von Korb 3?

Hat nicht jeder Staat, der die Vereinbarung unterschrieben hat, damit anerkannt, daß es gewisse Verpflichtungen gegenüber der Würde des Menschen gibt? Verkünden die Prinzipien von Korb 3 nicht, daß die Menschen keine Schachfiguren sind, sondern die Freiheit der Wahl haben? Daß sie auswandern, daß Familien zusammengeführt werden, daß Heiraten zwischen Bürgern verschiedener Staaten stattfinden und daß sie lesen und hören können, was sie wollen? 1948 wurde die allgemeine Erklärung der Menschenrechte unterzeichnet, die jedermann das Recht einräumt, Informationen ungeachtet der Grenzen zu empfangen. Helsinki hat also gar nichts Neues gebracht, und alles, was wir jetzt fordern, ist eine Einhaltung der Prinzipien von Helsinki.

Aber ich will nicht nur die negativen Dinge hervorheben. Es hat auch positive Schritte gegeben, wenn diese auch klein gewesen sind. Dennoch freue ich mich darüber. Ich meine, unsere Konferenz hier ist ein Beitrag zu Korb 3. Die Tatsache, daß Ost und West sich treffen und in sehr freimütiger Form die gemeinsamen Probleme diskutieren können, ist ein Anliegen von Korb 3. Wir haben also einige Fortschritte erzielt. Aber ich will das nicht so allgemein sagen, sondern der Sowjetunion einige Vorschläge machen, die meiner Meinung eher geeignet sind, in den Vereinigten Staaten Vertrauen zu schaffen, als viele der Dinge, die ich in dieser Diskussion gehört habe.

Erstens: Erlauben Sie den Menschen, die das wollen, ihr Land zu verlassen. Zweitens: Erlauben Sie die Zusammenführung der Familien. Es ist grausam, sie zu trennen. Hier wurden Statistiken angeführt, nach denen nur eine Handvoll keine Genehmigung erhielten. Das stimmt nicht mit den Aussagen derer überein, die um die Erlaubnis nachgesucht haben zu emigrieren, und denen das nicht gewährt wurde. Drittens: Hören Sie auf, irgendwelche Radioprogramme zu stören. Lassen Sie die Menschen selber entscheiden, was sie hören wollen. Viertens: Lassen Sie die Leute lesen, was sie wollen, damit sie die Ansichten anderer kennenlernen können. Erlauben Sie den Vertrieb von ausländischen Zeitschriften und Zeitungen, damit Auswahlmöglichkeiten vorhanden sind. Warum ist es nicht möglich, einen Buchladen aufzumachen und die Veröffentlichungen jener Länder frei zu verkaufen, so wie das in den westlichen Ländern und in den Vereinigten Staaten der Fall ist? Ist das zuviel verlangt? Dies sind zwar nur kleine, aber wichtige Schritte, um Vertrauen aufzubauen.

Ich möchte mit der Bemerkung enden, daß diese Zusammenkunft für mich Teil eines Lernprozesses gewesen ist. Gewiß, viele Argumente habe ich auch schon vorher gehört, aber es ist gut, sie immer einmal wiederzuhören. Worum es mir ging war, Ihnen verständlich zu machen, daß die Vereinigten Staaten an allen Körben, an allen Prinzipien und an allen Vorschlägen interessiert sind - aber Korb 3 ist genauso wichtig wie die beiden anderen Körbe.

Daume

Ich bin gebeten worden, noch ein Wort zu den Olympischen Spielen 1980 in Moskau zu sagen. Hier wurde gesagt, das Gleichgewicht der Kräfte müsse durch ein Gleichgewicht der Interessen abgelöst werden. Nun, daß die Olympischen Spiele von Moskau ein Erfolg werden, liegt im Interesse beider Seiten. Sicher, eines der grundlegenden Prinzipien Olympischer Spiele, die Chancengleichheit, ist nicht ganz gegeben. Das ist eine gesellschaftspolitische Frage. Es kann auch kaum eine Amateurregel geben, die für beide Gesellschaftsordnungen oder gar für fünf Kontinente paßt.

Die Hauptsache ist, daß die Jugend zusammenkommt, und zwar nicht auf einer Insel der Seligen. Auch in Moskau liegen all die schwierigen politischen Probleme vor der Tür, wie das in diesem Jahr in Montreal der Fall war: China, Südafrika, Rhodesien, Chile, Zypern, Israel - dem kann man nicht

ausweichen. Deshalb bewundere ich den Mut, und ich unterstütze seit sechs Jahren die Bemühungen, daß sich dieses große Land für Olympische Spiele öffnen will.

Eine Reihe von Schwierigkeiten sind voraussehbar. Aber ich bin sicher, daß sie irgendwie gelöst werden. Denken Sie daran, was es in Moskau bedeutet, wenn zehntausend internationale Journalisten anwesend sind mit ganz speziellen Wünschen, auch im Hinblick auf die technische Ausstattung; sie wollen zum Beispiel frei wählen können in die ganze Welt. So etwas kann erfahrungsgemäß nach den Spielen nicht mehr ganz zurückgedreht werden. Oder denken Sie an die 1½ Millionen Touristen. Auch da wird es Moskau schwer haben. Aber es ist so wichtig, daß die vielen Touristen aus der ganzen Welt kommen.

Wir stehen in dauerndem Kontakt mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Novikow, der der Präsident des Organisationskomitees ist. Wir überwinden sogar Schwierigkeiten wie Bestimmungen der NATO bei der Lieferung von Elektronik in die sozialistischen Länder. Es gibt wohl nur sehr wenige Lebensgebiete, wo man am Ende sagen kann: Wenn es ein Erfolg wird, dann ist es ein gemeinsamer Erfolg.

Acimovic

Ich möchte ein paar Worte zur Rolle der Ideologie im Entspannungsprozeß und besonders im Hinblick auf die KSZE und die praktische Durchführung der Schlußakte sagen. Wir sollten nicht vergessen, daß die Ideologie nicht die eigentliche Ursache des Kalten Krieges war. Da ging es nicht um einen ideologischen Konflikt, sondern um einen Konflikt der Staatsinteressen. Die Ideologie ist dafür nur in hohem Maße mißbraucht worden. Das wird schon daraus deutlich: Die Ideologien sind unverändert geblieben, obgleich sich die Beziehungen zwischen den Staaten durchaus geändert haben, und zwar sind sie wesentlich besser geworden. Wir haben große Fortschritte im Entspannungsprozeß gemacht, ohne daß sich die Ideologien einander angenähert oder voneinander entfernt haben. Und auf der anderen Seite gab und gibt es Konflikte zwischen Staaten mit der gleichen oder einer ähnlichen Ideologie.

Deshalb sollte uns stets bewußt bleiben, daß das Vorhandensein von Ideologien kein Hindernis für friedliche, freundschaftliche und kooperative Beziehungen zwischen Staaten zu sein braucht. Die Entwicklung friedlicher, kooperativer Beziehungen zwischen Staaten ist auch unabhängig von ihren unterschiedlichen sozialen und politischen Systemen. Ob die Systeme verschieden, ähnlich oder gleich sind, die Beziehungen zwischen den Staaten können stets normal oder anomal, freundlich oder unfreundlich sein. Worum es in der Schlußakte geht ist, daß wir ungeachtet aller Differenzen und Systemunterschiede normale und kooperative Beziehungen herstellen. Diese Richtung sollten wir weiterverfolgen.

Was die Probleme von Korb 3 angeht, so möchte Ich folgendes feststellen. Ich halte den Korb 3 für eine recht unglückliche Angelegenheit im Rahmen der KSZE. Denn hier handelt es sich zwar um ein außerordentlich wichtiges Gebiet des Entspannungsprozesses, das sich aber zu einer Art ideologischem Schlachtfeld entwickelt hat. Und das war falsch. Deshalb haben wir hier gewisse Kompromisse geschlossen und nicht das erreicht, was wir hätten erreichen können. Darauf sind auch eine Reihe von Mängeln bei der Durchführung der Schlußakte zurückzuführen.

Ich sage ganz offen, daß beide Seiten daran Schuld tragen. Auf der einen Seite hatten wir auf diesem Gebiet eine unnötige restriktive Haltung der osteuropäischen Staaten. Auf der anderen Seite erlebten wir eine sehr offensive, um nicht zu sagen ziemlich aggressive Haltung der NATO-Länder. Das war der Grund für die harte Auseinandersetzung und für die Schwierigkeit, eine gemeinsame Basis für eine fruchtbare Zusammenarbeit zu finden. Wir haben schließlich etwas erreicht; es ist zwar nicht viel, aber es ist doch von Bedeutung.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch einiges hinzufügen. Ich möchte hier keinen Rat erteilen; ich denke nur einmal laut. Ich meine, wir dürfen jedes Mitglied der Weltgesellschaft zwingen, sich der Anwendung von Gewalt zu enthalten. Etwas ganz anderes ist es aber, ein Land zwingen zu wollen, sich selber zu öffnen. Das ist nicht möglich. Wir wissen das in Jugoslawien sehr wohl aus eigener Erfahrung. Niemand hat uns dazu gezwungen, unser Land vor vielen Jahren zu öffnen. Wir haben das getan, weil wir feststellten, daß dies in unserem eigenen Interesse lag und wir große Vorteile daraus ziehen konnten. Jeder, der Jugoslawien kennt, wird wissen, daß wir heute tatsächlich ein vollkommen offenes Land sind.

Vor allem kommt es dabei jedoch auf ein psychologisches Moment an. Es läßt sich keine wirksame Öffnung eines Landes erreichen, wenn man nicht nur das Gefühl der Sicherheit, sondern auch das Verständnis für die Vorteile, die sich daraus ergeben, in dem betreffenden Land erzeugen kann. Man

darf also die andere Seite nicht unter Druck setzen, sich aufzuschließen, sondern man muß das Verständnis dafür wecken, daß der menschliche und kulturelle Bereich einerseits für den Entspannungsprozeß unerlässlich ist, und daß andererseits Fortschritte auf diesen Gebieten große Vorteile für die betreffenden Länder bringen. Diese Länder müssen jedoch erst einmal davon überzeugt werden. Gerade weil dies so ein außerordentlich wichtiger Punkt ist und auch in Belgrad die Verhandlungen negativ beeinflussen kann, müssen wir dieses Problem erneut überdenken und einen geeigneten Weg zu finden versuchen.

Wir sollten versuchen, Wege und Mittel zu finden, um die ganze Sache annehmbar, ja sogar attraktiv für jedermann zu machen und alle jene Länder, die sich restriktiv verhalten, dafür zu interessieren, wirkliche Fortschritte auf dem Gebiet von Korb 3 zu unternehmen.

Ich schließe mit folgender Bemerkung: Ich glaube nicht, daß "Radio Free Europe" einen geeigneten Weg darstellt, das gegenseitige Wissen und Verständnis zu fördern. Es ist ein typisches Produkt des Kalten Krieges. Deshalb wäre es sehr verdienstvoll, über alle diese Dinge erneut nachzudenken. Man kann nicht nur von der anderen Seite verlangen, daß sie etwas tut. Wir müssen auch mit uns selbst zu Rate gehen.

Shulman

Ich sehe die Entspannung als einen dialektischen Entwicklungsprozeß an. Offenkundig sind viele der negativen Merkmale im Stadium der Antithese in dieser Diskussion zum Ausdruck gekommen. Ich meine, wir haben die Möglichkeit, in Belgrad einen neuen Anfang zu erarbeiten, indem wir unsere Beziehungen auf eine realistischere Grundlage stellen. Insbesondere von den Vereinigten Staaten her sehe ich in dieser Hinsicht eine echte Chance. Mit dem Beginn einer neuen Regierung ist immer auch eine Zeit der Überprüfung und Erneuerung gegeben, und ich bin zuversichtlich, daß eine gewisse Bereitschaft bestehen wird, diese Beziehungen realistischer anzugehen.

Erstens scheint es mir wichtig, daß wir uns von gewissen Widersprüchen in unseren Beziehungen lösen. Zum einen haben wir in der Diskussion unsere Hoffnungen und Wünsche dargelegt, zum anderen kommen wir auf die Frage der Verwirklichung zurück, wo wir eingestehen müssen, daß wir es in der Tat mit einem konfliktbeladenen Verhältnis zu tun haben. Es schließt grundlegende Konflikte über Ziele und Werte ein. Dies wird indessen abgeschwächt durch gewisse gemeinsame Interessen und einige Hoffnungen, daß sich die Situation in Zukunft allmählich im Sinne kooperativer Möglichkeiten entwickeln wird.

Zweitens läßt sich sagen, daß einige Dinge jetzt getan werden können, während andere vielleicht erst später möglich sind. Unter den Dingen, die wir sofort in Angriff nehmen können und müssen, ist die Verringerung der Kriegsgefahr die wichtigste Aufgabe - nicht nur allgemein, sondern auch für Europa. Nun sind in unserer Diskussion doch erhebliche Unterschiede in der Beurteilung deutlich geworden. Zunächst einmal, was das militärische Gleichgewicht und die Bedeutung von Handlungen angeht, die beide Seiten vielleicht aus einem falschen Verständnis ihrer eigenen Sicherheitsinteressen durchführen. Ich meine, es wäre nützlich, wenn jeder von uns einmal in Ruhe darüber nachdenken würde, warum wir eine so unterschiedliche Auffassung vom militärischen Gleichgewicht haben, und wie wir unsere Vorstellungen in vernünftiger Weise gegenseitig anpassen können.

Es ist in der Diskussion auch deutlich geworden, daß bis jetzt noch auf keiner Seite der politische Wille vorhanden ist, das notwendige Maß an rationaler Kontrolle über den militärischen Wettbewerb auszuüben. Ich habe den Eindruck, daß keine der beiden Seiten die echten Sicherheitsinteressen des anderen hinreichend versteht und den militärischen Wettbewerb so reguliert, daß er uns nicht in eine immer instabilere Lage hineinführt, die uns ungeachtet der völligen Irrationalität an den Rand des Krieges bringt. Das sollten wir sehr ernst nehmen.

Drittens: Wir haben vielleicht eine Gefahr noch nicht genügend hervorgehoben, die drohend über der Zukunft liegt, das sind externe Entwicklungen, die wir noch nicht genau erkennen und in Rechnung stellen, die aber das Ost-West-Verhältnis grundsätzlich verändern können. Wenn im Nahen Osten ein Krieg ausbrechen oder wenn es in Afrika ein Blutbad geben würde - beides ist nicht ganz unmöglich;- , dann hätte das Auswirkungen auf das Ost-West-Verhältnis. Es wäre sehr schwer für uns, diesen Prozeß der Regulierung unserer Beziehungen fortzuführen unter Bedingungen, die uns unausweichlich in Konflikte in anderen Teilen der Welt hineinziehen. Das macht deutlich, wie dringlich es ist, die Beschränkungen, von denen wir nur gesprochen, die wir aber noch nicht in die Praxis umgesetzt haben, zu kodifizieren und zu verstärken, was den Grad der Einmischung angeht, den wir uns in Konfliktgebieten in anderen Teilen der Welt erlauben dürfen.

Hier besteht ein grundlegendes Problem. Herr Bowin hat deutlich zum Ausdruck gebracht, wie er über nationale Befreiungskriege und über Probleme der sozialen Entwicklung denkt. Er sprach von den Verpflichtungen der Sowjetunion, Gruppen zu unterstützen, die sich als nationale Befreiungsbewegungen zu erkennen geben. Die Erfahrungen der Vereinigten Staaten in Vietnam sind sehr ernüchternd gewesen, aber ich bin nicht sicher, ob irgend jemand daraus die nötigen Konsequenzen zieht. Wenn wir uns nicht unverzüglich der Frage zuwenden, wie sich ein gewisser Grad an Zurückhaltung kodifizieren läßt, geraten wir in große Schwierigkeiten.

Viertens: Zu den wirtschaftlichen Beziehungen. Es ist in der Diskussion deutlich geworden, daß wir wahrscheinlich in eine Periode eintreten, in der uns die strukturellen Probleme mehr beschäftigen werden als in der Vergangenheit. Die Probleme haben ihre Ursache in den Asymmetrien, die zwischen der Sowjetunion und den Ländern Osteuropas auf der einen und den westlichen Ländern auf der anderen Seite bestehen. Es erfordert auf beiden Seiten erhebliche Anstrengungen, sich zu überlegen, wie man die vielfältigen autonomen Institutionen, die sich in den westlichen Ländern mit den Wirtschaftsbeziehungen befassen, und die zentralisierten Handelsmechanismen der Sowjetunion miteinander verbinden kann.

Das berührt auch ein ernstes innerwestliches Problem. Denn wir haben über einige grundlegende Fragen noch nicht genügend nachgedacht und gesprochen. Das sind Fragen der Kredite, des technologischen Transfers, des Handelsvolumens. Es besteht auch überhaupt noch keine Klarheit darüber, wie die Entwicklung unserer Handelsbeziehungen mit den konfliktgeladenen Teilen unseres Verhältnisses zum Osten in Einklang zu bringen ist. Auf diesem Gebiet haben wir noch allerhand zu tun, und wir werden wahrscheinlich nur langsam vorankommen. Das ist der mittelfristige Aspekt. Langfristig setzt die Entwicklung engerer Wirtschaftsbeziehungen, stärkere Zusammenarbeit insgesamt voraus.

Schließlich fünftens zu den Menschenrechten. Bei diesem Punkt haben wir es mit zwei Ebenen zu tun. Auf der einen Ebene besteht eine Wechselwirkung von Regierung zu Regierung. Auf der zweiten Ebene sind die Beziehungen der Menschen untereinander betroffen. Die Ebene der Regierungsbeziehungen wird wohl auch in Zukunft eine Quelle des Ärgers und der Konflikte sein. Zweifellos werden beide Seiten miteinander wetteifern. Dabei werden die grundsätzlichen Unterschiede der beiden Systeme hinsichtlich der Werte, Ziele und Philosophien zu Tage treten. Auf diesem Gebiet wird jeder versuchen, auf den anderen soweit wie möglich Einfluß auszuüben. Aber das sollte, wie Herr Bowin vorschlägt, sehr viel behutsamer als in der Vergangenheit geschehen. Herr Bowin hat sicher auch Recht, wenn er sagt, daß sich Veränderungen in unseren Gesellschaften besser von innen heraus vollziehen sollten und wir gegenseitig nur sehr geringen Einfluß aufeinander ausüben können. Trotzdem ist dieser geringe Einfluß wichtig.

Es sind in der Diskussion eine ganze Reihe von Maßnahmen deutlich geworden, bei denen wir aufeinander eingehen und die Bedürfnisse der Bevölkerungen ausloten können, damit die menschlichen Werte der Individuen beachtet werden. Das hängt zweifellos in mehrfacher Hinsicht mit der Innenpolitik eines jeden Landes zusammen. Es berührt etwa das Zusammenspiel verschiedener Interessengruppen, was wir zu berücksichtigen haben. Es ist schwer zu beurteilen, wie wir einander konstruktiv beeinflussen können. Wahrscheinlich war das ein Teil des Lernprozesses in den letzten zwei Jahren.

Meine Hoffnung ist, daß wir es lernen werden, mit Dingen zu leben, die auch weiterhin eine Quelle des Ärgers bleiben. Vielleicht erreichen wir trotzdem eine gewisse Einigung, zumindest in einer begrenzten Zahl von Randfragen, die die einzelnen Menschen betreffen und die nicht die grundlegenden Philosophien berühren. Eine Reihe von Maßnahmen wurden in der Diskussion angeführt, bei denen ich Fortschritte erhoffe.

Dahrendorf

Wir kommen jetzt zu unserem letzten Thema: Ausblick auf Belgrad.

Gasteyger

Das Schwierigste an Helsinki wird die Fortsetzung und Überprüfung in Belgrad sein. Hoffentlich wird Belgrad keine neue Monsterkonferenz, aber auch keine Aufrechnung der gegenseitigen Schuldenbilanz. Bei den Ausführungen von Herrn Marks wurde deutlich, daß die Gefahr einer solchen gegenseitigen Aufrechnung durchaus besteht. Ich hoffe, daß für die Belgrader Konferenz eine Form gefunden werden kann, die eine Weiterführung des Ost-West-Dialogs ermöglicht. Sollte Belgrad schiefgehen, dann fürchte ich, daß eine sinnvolle Fortführung des Ost-West-Dialogs für längere Zeit diskreditiert wird.

Khol

Wir sind der Ansicht, daß neue Maßnahmen über das hinaus, was in der Schlußakte steht, verfrüht wären. Wenn wir die Texte von Helsinki aufmerksam analysieren, gibt es eine ganze Reihe von Möglichkeiten. Man sollte die Texte nicht dadurch entwerten, daß man bei ihrer mangelnden Durchführung stehen bleibt und neue Abmachungen hinzufügt, die man dann auch nur mangelhaft durchführt.

Überdies muß Belgrad sehr gut vorbereitet werden. Ein fruchtbares Resultat von Helsinki war ja die Schaffung von Abteilungen für Fragen der Sicherheitskonferenz auf allen Ebenen, in internationalen Organisationen und staatlichen Ministerien. Es gibt entsprechende Abteilungen in jedem Außenministerium; es bestehen Kontakte im multilateralen Bereich der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) und des Europarates. Wir meinen, die Experten, die sich da tagtäglich mit der Durchführung der Beschlüsse von Helsinki befassen, sollten bei der Vorbereitung von Belgrad ein wichtiges Wort mitreden. Anderenfalls besteht die Gefahr, daß ein öffentliches Scherbengericht stattfindet, daß der Sache der Entspannung keineswegs dienlich wäre und womöglich eine fatale Eigendynamik entwickeln könnte.

Schmidt

Ich stimme Ihnen durchaus zu, Herr Gasteyger, wir sollten in Belgrad nicht eine gegenseitige Schuldenbilanz aufmachen, sondern uns um eine Weiterführung der positiven Aspekte bemühen. Zweifellos muß man dabei das Positive und das Negative sachlich und nüchtern abwägen, aber nicht in dem Sinne, daß man das bisher Erreichte wieder in Frage stellt oder Positionen, die man bisher nicht durchsetzen konnte, jetzt im nachhinein doch noch durchzusetzen versucht. Vielmehr geht es um eine konstruktive Weiterführung der bisherigen Ergebnisse.

Bindschedler

Ich teile die Auffassung, daß man in Belgrad nicht eine lange Bilanz ziehen und gegenseitig aufrechnen sollte. Dafür ist die Zeit seit Helsinki viel zu kurz. Das Gewicht muß auf der Zukunft liegen. Wir sollten uns jetzt die Köpfe zerbrechen, durch welche konkreten Maßnahmen gewisse Punkte der Schlußakte ergänzt und besser ausgeführt werden können, und welche neuen Ideen man eventuell verwirklichen kann. Es wird sicher auch eine Aufgabe gerade der neutralen Staaten sein, sich hierüber Gedanken zu machen und zu versuchen, realistische Vorschläge einzubringen, die von allen Beteiligten angenommen werden könnten. Auch Belgrad ist nur eine Etappe. Wir müssen uns auf einen langfristigen Prozeß einstellen. Vielleicht haben wir dann in zwanzig Jahren eine Änderung der politischen Grundstruktur erzielt.

Czernetz

Der österreichische Bundeskanzler Kreisky hat kürzlich die Meinung vertreten: Wenn es nicht bald zu einem Erfolg bei den Wiener Truppen-Reduzierungsgesprächen kommt, wird es kaum einen erfolgreichen Abschluß in Belgrad geben. In der Tat ist die Truppenkonzentration in Zentraleuropa für die Menschen, die dort leben, eine sehr bedrohliche Sache.

Natürlich darf Belgrad kein Scherbengericht werden. Aber es ist an konkreten Punkten zu prüfen, was erreicht worden ist und was nicht. Man wird sich auch über die Frage des politischen Vertrauens klar werden müssen. Welchen Wert hat schließlich eine Unterschrift nach den Erfahrungen mit der Schlußakte?

Besymenski

Nur einige Thesen im Hinblick auf die bevorstehende Konferenz in Belgrad. Erstens: Belgrad darf und soll nicht mehr, aber auch nicht weniger werden, als Helsinki es gewesen ist. Man muß in Belgrad auch nicht wieder von vorne beginnen. Leider hatte ich während unserer Diskussion hier manchmal den Eindruck, als wollten einige Kollegen so verfahren. Ich konnte mich zum Beispiel des Gefühls nicht erwehren, daß Herr Marks mit seinen Vorschlägen so tut, als habe Helsinki gar nicht stattgefunden. Die Schlußakte von Helsinki muß in ihrem ganzen Umfang die Grundlage für Belgrad sein, und ich begrüße es, daß sie dort erneut in die Hände der Diplomaten gerät. Die europäische Diplomatie hat sich in gewissem Sinne mit den Beratungen in Genf und Helsinki rehabilitiert. Denn sie hat es verstanden, sehr wichtige Ergebnisse durchzusetzen, die in der Schlußakte zum Ausdruck gekommen sind.

Zweitens: Es wurde bereits gesagt, Belgrad solle kein Ort gegenseitiger Anschuldigungen werden. Aber es ist doch sehr beunruhigend, daß viele Teilnehmer dies aussprachen und dann sofort zu Anschuldigungen übergingen. Ich meine, die Belgrader Diskussion könnte so angelegt sein, daß die Vertreter von 35 Staaten in erster Linie darüber berichten, was sie selbst getan haben und nicht etwa darüber, was die anderen nicht getan haben. So können wir eine positive Bilanz des Geleisteten ziehen, ohne daß sich Belgrad in einen gegenseitigen Gerichtshof verwandelt.

Deshalb bin ich auch nicht begeistert über den Präzedenzial einer Kommission des amerikanischen Kongresses, den Herr van Voorst erwähnt hat. Ich denke, wir sind in Europa durchaus selbst in der Lage zu erkennen, was in unseren Ländern geleistet wurde. Der Oberste Sowjet der UdSSR jedenfalls würde sich niemals einfallen lassen, ein Komitee, zum Beispiel mit dem Abgeordneten Arbatow an der Spitze, in die USA zu entsenden, um nachzuprüfen, wie die Schlußakte in den Vereinigten Staaten eingehalten wird, wie zum Beispiel die Rechte der nationalen Minderheiten dort beachtet werden. Wir werden das nicht tun, weil wir den Geist von Helsinki achten. Wir sind aber alle durchaus fähig, realistisch einzuschätzen, was in diesem Bereich getan wird.

Drittens: In Belgrad sollte die Möglichkeit genutzt werden, die Ideen von Helsinki zu konkretisieren. So würden wir es begrüßen, wenn dort die von L. I. Breschnjew vorgetragene Vorschläge der Sowjetunion, gesamteuropäische Konferenzen über Energiewirtschaft, Verkehrswesen und Umweltschutz einzuberufen, erörtert würden. Das sind die Fragen, die heute Europa bewegen. In Belgrad müßte man Termine für die Einberufung dieser Konferenzen festlegen und ihre Struktur ausarbeiten. Ein interessanter Vorschlag ist, daß in Belgrad eventuell eine Katalogisierung jener konkreten Ideen vorgenommen werden könnte, die realisiert und von Zeit zu Zeit überprüft werden sollten.

Schließlich viertens: Wo sind die Grenzen für Belgrad? Ich habe zwar Verständnis für die Befürchtung von Herrn Khol, daß man die Thematik von Belgrad bis ins Unendliche erweitern kann. Dennoch meine ich, daß wir allen Unterzeichnerstaaten die Möglichkeit bieten sollten, im Rahmen der Schlußakte mit neuen Initiativen hervorzutreten und neue Ideen für die Entwicklung der einzelnen Richtungen von Helsinki vorzuschlagen. Die Staaten des Warschauer Vertrages haben vor kurzem in diesem Sinne gehandelt, als sie den gegenseitigen Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen vorgeschlagen haben.

Obwohl Herr Bindschedler uns weise geraten hat, kein neues Vokabular zu erfinden, möchte ich entgegenen, daß wir in unserer unruhigen und mitunter besorgniserregenden Zeit positive Symbole brauchen, und eines dieser positiven Symbole war Helsinki. Ich bin überzeugt, daß auch Belgrad dazu werden kann.

Ménudier

Ich stimme Herrn Besymenski zu, daß die Bilanz in Belgrad nicht vom Geist der Konfrontation, sondern der weiteren Zusammenarbeit getragen werden muß. Dabei dürfen aber die unangenehmen Erscheinungen, die wir seit Helsinki erlebt haben, nicht unerwähnt bleiben, ob sie nun auf militärischem, auf wirtschaftlichem oder auch auf menschlichem Gebiet zutage getreten sind. Die Bilanz ist also, wie wir auch hier gesehen haben, teils positiv, teils negativ. So sind eine ganze Reihe von Abkommen, insbesondere bilaterale, abgeschlossen worden, was zu begrüßen ist. Aber man muß auch sehen, daß diese Abkommen häufig nur symbolische Bedeutung haben. Es bleibt noch sehr viel zu tun, um die Ziele von Helsinki zu verwirklichen.

Wichtig ist, daß die Staaten in Ost und West weiter verhandeln; denn solange sie miteinander reden, ist ihr Streit nicht bedrohlich. Die Schlußakte von Helsinki ist kein Vertrag, sondern ein Langzeitprogramm mit Absichtserklärung. Im gewissen Sinne ist die KSZE eine Art Orientierungsrahmen, um einen Begriff der SPD zu benutzen. Dieses Programm kann in Belgrad nur weitergeführt werden, wenn beide Lager Zurückhaltung und Toleranz im Umgang miteinander üben. Das heißt, beide Seiten müssen viel Verständnis für die Probleme der Partner im anderen Lager haben. Wir müssen also die Unabhängigkeit, die Würde und die Souveränität der einzelnen Staaten im anderen Lager respektieren.

Für den Westen ist es wichtig, daß nicht nur Fortschritte in den Körben 1 und 2, sondern auch im Korb 3 erzielt werden. Die KSZE wird in Belgrad nicht weiterkommen, wenn nicht ein gewisses Gleichgewicht zwischen Korb 1 und 2 auf der einen Seite und Korb 3 auf der anderen Seite erreicht wird. Es ist die Position des Westens, diesen menschlichen Problemen große Bedeutung beizumessen, und das wird sich auch in Zukunft nicht ändern. Auf militärischem Gebiet können zukünftige Konferenzen kaum sehr viel bringen, ob es sich nun um gesamteuropäische oder um

Weltkonferenzen handelt. Ich bin der Meinung, daß Verhandlungen wie SALT II oder MBFR weitergeführt werden sollten, damit man sieht, was in Belgrad noch möglich ist.

Das gleiche gilt für die wirtschaftlichen Fragen. Ich bin von der Nützlichkeit der Konferenzen, die Breschnjew vorgeschlagen hat, noch nicht überzeugt. Damit würde man nur neue Bürokratien schaffen. Man sollte erst einmal die vorhandenen Institutionen nutzen und diese Fragen zwischen EG und COMECON besprechen, umzusehen, wie wir weiterkommen.

Die Zukunft der KSZE bis Belgrad und nach Belgrad hängt davon ab, wie groß das Vertrauen nicht nur auf multilateraler, sondern auch auf bilateraler Ebene sein wird. Die Zukunft der KSZE hängt also auch von der Qualität der bilateralen Beziehungen ab. Denn auf dieser Ebene können die meisten Probleme noch direkt und konkret geregelt werden. Vor Helsinki wurde darüber diskutiert, ob es zu einer Institutionalisierung der KSZE kommen wird. Ich halte das nicht für wahrscheinlich, solange das gegenseitige Vertrauen nicht größer ist.

Für mich ist die Bilanz, daß die KSZE sehr viel Hoffnung, aber auch sehr viel Skepsis hervorgerufen hat. Es ist interessant zu sehen, daß der Osten mehr die Hoffnung und wir mehr die Skepsis betonen. Aber wichtig ist, daß wir überhaupt Beziehungen dieser Art haben. Eine andere Konsequenz ist, daß die Entspannung nicht auf Helsinki beschränkt ist. So wurde zu Recht auf die vielen außereuropäischen Konflikte und Spannungen hingewiesen. Auf der anderen Seite ist die Entspannung aber auch nicht mehr ohne Helsinki zu denken. Das heißt, wir müssen bis Belgrad und nach Belgrad weitermachen, ohne große Illusionen, aber mit viel Geduld und mit Durchsetzungskraft.

Blech

Hier wurde viel von den Schwierigkeiten gesprochen, die durch die Systemunterschiede bedingt sind und die die konkrete Implementation behindern. Sie sind, wie schon gesagt, nicht von heute auf morgen zu überwinden. Deshalb wird in Belgrad niemand fordern, die Entspannung abzubrechen, weil die Schlußakte nach zwei Jahren noch nicht voll realisiert ist. Aber es wird notwendig sein, festzustellen: Wo ist sie realisiert, wieviel ist realisiert? Können wir von einem ermutigenden Prozeß sprechen, der die Erwartung rechtfertigt, daß eines Tages, und zwar in nicht allzuferner Zukunft, die Dinge anders aussehen werden?

Deshalb halte ich es aus rein praktischen Gründen für unumgänglich, daß deutlich gemacht wird, was noch nicht in Ordnung ist. Das ist für uns schon deshalb unerlässlich, damit wir vor unseren eigenen öffentlichen Meinungen glaubhaft bleiben. Nur dann wird es möglich sein, den Prozeß der Entspannung überhaupt fortzusetzen. Anderenfalls ist die Öffentlichkeit der Meinung, das Ganze sei völlig sinnlos.

Belgrad darf sich gewiß nicht in der Kontroverse erschöpfen. Da bin ich weitgehend der Meinung von Herrn Besymenski. Es wird aber genauso notwendig sein zu erörtern, was noch geschehen kann und muß. Der Bezugsrahmen für diese Diskussion wird die Schlußakte selbst sein. Die Konferenz in Belgrad wird nicht sozusagen am Null-Punkt anfangen, sie hat aber auch kein Mandat, über die Schlußakte hinauszugehen. Es geht primär um die Realisierung der Schlußakte und um die Präzisierung der darin angelegten Ideen.

Dagegen wird es in Belgrad nicht zu einer Konkretisierung der bilateralen Implementation kommen. Denn dort werden ja schon aus praktischen Gründen nicht alle 35 Staaten untereinander bilaterale Verhandlungen führen. Die können sehr viel besser in einem anderen Ambiente als dem einer multilateralen Begegnung geführt werden.

Sicher können in Belgrad Vorschläge wie die von Breschnjew diskutiert werden; es werden auch andere Vorschläge eingebracht werden, die auf Schlüsselworten in der Schlußakte selbst fußen. Schließlich teile ich die Auffassung, daß es wohl verfrüht wäre zu sagen, der Entspannungsprozeß sei bereits so weit gediehen, daß er institutionalisiert werden könnte. Das wird in Belgrad sicher nicht möglich sein. Auch an eine zweite KSZE, jetzt im Genfer- oder im Helsinki-Rahmen zu denken, halte ich für verfrüht.

Insgesamt werden wir einerseits feststellen müssen, daß bisher nicht genug erreicht ist. Andererseits wird es darauf ankommen, ob wir auch sagen können, daß das Erreichte die Erwartung ausreichend rechtfertigt, die Fortführung des Prozesses werde schließlich zu wirklich befriedigenden Ergebnissen führen.

Bertram

Im Ost-West-Verhältnis kommen eine Reihe von Entwicklungen auf uns zu, die wahrscheinlich eher vertrauensmindernd als vertrauensfördernd sein werden. Wir haben von den militärischen Aspekten gesprochen, von den Problemen der Rüstungskontrolle, von den möglichen Störungen und Turbulenzen, die von Entwicklungen in der Dritten Welt ausgehen können.

Herr Sommer erwähnte die labile Situation in Osteuropa. Aber auch die innenpolitischen Entwicklungen und Probleme in Westeuropa sind ja nicht unabhängig von der Entspannung, sondern sie wirken darauf zurück, wie wir miteinander umgehen. Der Entspannungsprozeß wird nicht ohne Störungen verlaufen; im Gegenteil, ich halte neue Störungen für wahrscheinlich.

Wie verhalten wir uns dabei? Vor allem sollten wir uns eine dickere Haut zulegen und uns nicht zu leicht von der Erkenntnis abbringen lassen, daß Entspannung ein langfristiger Prozeß ist. Die Gefahr ist allerdings, daß die Haut zu dick wird. Wenn zum Beispiel in einem amerikanischen Wahlkampf unfreundliche Worte fallen, liegt die Versuchung nahe, zu sagen: So machen die eben ihren Wahlkampf; das ist bloße Taktik und betrifft nicht die wirklichen Empfindungen der Bevölkerung. Hier besteht die Gefahr, gerade auch für unsere Freunde aus den osteuropäischen Ländern, insbesondere aus der Sowjetunion, Dinge für Taktik zu nehmen, die tatsächlich tiefsitzende Empfindungen in unseren Ländern ausdrücken.

Zum anderen müssen wir uns der politischen Auswirkungen unseres Handelns bewußter werden. Im Westen gilt dies für die politischen Auswirkungen der Forderung nach Respektierung der Menschenrechte im sowjetischen Herrschafts- und Einflußbereich. Im Osten gilt es für die politischen Auswirkungen militärischer Machtanhäufung auf die Entspannungsbereitschaft im Westen und die Glaubhaftigkeit sowjetischer Erklärungen. Das wird auch nach Belgrad nicht anders sein. Es wäre falsch, zu denken: Wenn Belgrad einigermaßen über die Bühne geht, haben wir es geschafft. Richard Löwenthal hat uns am Anfang dieser Tagung daran erinnert, daß Belgrad eben nur ein Teil der Entspannung ist. Auch danach werden wir mit dem Grundproblem konfrontiert bleiben, wie das Wechselspiel zwischen ost-westlicher Rivalität, Abschreckung und Zusammenarbeit entspannt - das heißt: ohne Kriegsgefahr geführt - werden kann.

Acimovic

Die Belgrader Konferenz wird der erste Schritt in der Nachfolge von Helsinki sein. Denn wir waren uns in Helsinki doch wohl alle darin einig, daß die KSZE nicht ein einmaliger Vorgang, sondern ein Prozeß sein sollte. Daraus ergibt sich dann auch die Bedeutung der Belgrader Sitzung, insbesondere da es die erste Erfahrung hinsichtlich der Entwicklung und Praktizierung der Weiterführung sein wird, also der Konferenzen und anderer Aktivitäten, die auf Belgrad folgen werden. Ich will nur erwähnen, daß in Helsinki die Frage der Weiterführung, die von erheblicher Bedeutung ist für die Begründung der KSZE, nicht in der Weise gelöst wurde, wie es die neutralen und paktfreien Länder gewünscht hatten. Obwohl die getroffene Lösung unvollkommen und nicht ganz zufriedenstellend war, kann sie als Übergangslösung zur weiteren Entwicklung dieses Prozesses beitragen.

Ich stimme denjenigen Rednern zu, die betont haben, daß das Treffen in Belgrad keine gegenseitige Aufrechnung bringen sollte. Dennoch kann es durchaus eine kritische Konferenz werden. Erstens muß es eine Arbeitssitzung werden, die sich mit gewichtigen inhaltlichen Fragen befaßt. Gleichzeitig muß eine objektive Bewertung vorgenommen werden, und zwar sowohl der positiven als auch der negativen Aspekte, die bei der Durchführung der Bestimmungen der Schlußakte aufgetreten sind. Das darf aber nicht dazu führen, daß Polemik und gegenseitige Anschuldigungen den Ton bestimmen. Der Zweck der KSZE sollte dabei nicht aus dem Auge verloren werden. Die Belgrader Sitzung sollte konkrete Ergebnisse auf der Grundlage der Schlußakte bringen. Zweitens brauchen wir aber auch ein dynamisches Konzept; denn wir sollten uns nicht auf das beschränken, was in der Schlußakte geleistet wurde, sondern es kommt in Belgrad auch darauf an, die Hauptvorstellungen aus der Schlußakte weiterzuentwickeln. Drittens ist, wie alle Redner hier zum Ausdruck gebracht haben, ein ausgewogenes Vorgehen notwendig, das alle Gebiete gleichermaßen abdeckt.

Die Hauptaufgaben der Belgrader Konferenz werden meiner Meinung nach die folgenden sein: Sie sollte die in Helsinki eingegangenen Verpflichtungen bekräftigen, indem wir nicht nur betonen, daß wir zu den Prinzipien stehen, sondern daß wir auch die Entwicklung der Zusammenarbeit in erheblich größerem Rahmen betreiben wollen. Außerdem sollte Belgrad versuchen, die Hauptgedanken weiterzuentwickeln, neue Maßnahmen einzuführen oder zumindest einen Anstoß dafür zu geben. Schließlich bin ich der Meinung, daß die Belgrader Konferenz versuchen sollte, ein System für die Weiterführung festzulegen. Ich brauche auf diesen Punkt jetzt nicht näher einzugehen. Es bedeutet, die wirkliche Kontinuität jenes Prozesses zu sichern, der durch die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Gang gesetzt wurde.

Ich sehe also in Belgrad diese drei Hauptaufgaben: Bekräftigung der Verpflichtungen, Weiterentwicklung der in Helsinki angenommenen Maßnahmen und Schritte und endgültige Festlegung der Weiterführung.

Lassen Sie mich jetzt noch etwas dazu sagen, wie ich mir das Dokument vorstelle, das die Belgrader Sitzung vielleicht verabschiedet. Es könnte aus drei oder vier verschiedenen Teilen bestehen. Zum ersten eine Art politische Erklärung, die die Diskussion widerspiegelt über die Durchführung der Schlußakte und die weiteren Bemühungen, die man im Sinne der Schlußakte vollziehen will. Zweitens könnten einige inhaltliche Entscheidungen getroffen werden, obwohl das nicht sehr wahrscheinlich ist. Aber wir sollten zumindest versuchen, einige Papiere anzunehmen, die die Ausarbeitung neuer konkreter Maßnahmen zum Inhalt haben. Drittens wird das Dokument höchstwahrscheinlich gewisse Verfahrensregeln beinhalten, indem zum Beispiel eine Reihe von Arbeitsgruppen für verschiedene Themen eingerichtet werden.

Was die Organisation des Belgrader Treffens angeht, so läßt sich darüber zum gegenwärtigen Zeitpunkt schwer etwas sagen. Die vorherrschende Meinung ist, daß die Belgrader Konferenz in zwei Teilen stattfindet. Etwa eine vorbereitende Sitzung auf Botschaferebene, die zwischen vier und sechs Wochen dauern könnte. Die Hauptsitzung beginnt dann vielleicht Ende September, Anfang Oktober und zieht sich möglicherweise über vier bis sechs Monate hin. Das ist, wie gesagt, die vorherrschende Meinung und nicht etwa die meiner Regierung.

Persönlich würde ich es, was die Ebene angeht, für den besten Weg halten, um das zu erreichen, was wir uns vorgenommen haben, wenn das Niveau der Hauptkonferenz möglichst hoch ist. Das heißt, wir beginnen die vorbereitende Sitzung auf Botschaferebene. Dann folgt der Eröffnungsteil der Hauptsitzung über drei, vier Tage hin auf einer sehr hohen Ebene, aber unterhalb der Ministerebene. Danach könnte es wiederum ein Treffen auf Botschaferebene geben, um die Diskussionen in den Ausschüssen zu führen und die Dokumente auszuarbeiten. Und die Abschlusssitzung könnte dann erneut auf der Ebene der Delegationsleiter stattfinden, also oberhalb der Botschaferebene.

Ich habe diese Dinge hier nur einmal erwähnt, ohne daß der Vorbereitungsprozeß schon zum Abschluß gekommen ist. Es ist noch vieles unklar, was Organisation und Ablauf angehen. Wir wissen lediglich, daß die vorbereitende Sitzung am 15. Juni 1977 beginnt und die Hauptsitzung vor dem 1. Januar 1978 anfangen muß.

Ich stimme all denen zu, die den militärischen Aspekt der Sicherheit betont haben, und insbesondere Herrn Khol, der Beispiele für einige Maßnahmen genannt hat, die in Belgrad oder in der Folge von Belgrad in Betracht gezogen oder angenommen werden sollten. Ich füge nur hinzu, daß dies sehr bescheidene Maßnahmen sind. Wir müßten innerhalb der KSZE auf dem Gebiet der militärischen Sicherheit sehr viel ehrgeizigere Schritte unternehmen.

Dahrendorf

Ich würde sagen, daß Belgrad nur dann ein Erfolg wird, wenn es vorher noch ein paar mehr Treffen wie unsere Tagung hier gibt. Wichtig sind solche Konferenzen deshalb, weil dabei vielleicht einige Dinge erledigt werden können, die man in Belgrad nicht allzu ausgiebig behandeln sollte. Wichtig sind sie auch, weil dadurch ein Klima entsteht, das für die Vorbereitung einer so wichtigen Konferenz, wie sie in Belgrad stattfinden wird, dienlich ist.

Körber

Die Essenz eines Gesprächs, wie dieses, das zwei Tage lang mit großer Intensität geführt worden ist, läßt sich kaum in einem Schlußwort wiedergeben. Erlauben Sie mir aber, einige meiner Eindrücke von diesen, wie ich meine, wichtigen und informativen Verhandlungen wiederzugeben.

Die Konferenz von Helsinki hatte, das spiegelte sich gestern und heute in fast allen Beiträgen wider, ein doppeltes Ziel: Sie wollte den bestehenden Zustand, den Status quo, bekräftigen und dauerhaft machen. Zugleich ging es ihr aber darum, die künftige Entwicklung in bestimmte Bahnen zu lenken. Wenn wir also von Helsinki und den Folgen sprechen und untersuchen, was sich seit dem Abschluß der Konferenz vor gut anderthalb Jahren abgespielt hat, so stellen wir fest, daß Analyse der damaligen Situation und Zwang zur Rechtfertigung der heutigen Lage eng verbunden sind. Darin liegt die Ursache sehr aktueller Spannungen. Das ist unvermeidlich und sollte von niemandem kritisiert werden.

Aber unser Gespräch hat auch gezeigt, daß es nicht leicht ist, sich von der Entwicklung loszulösen und konkrete Zusagen für die Zukunft zu machen. Soweit wir uns darauf beschränken, uns gegenseitig unseren Friedenswillen zu bekunden - das ist gut und immer wieder notwendig;-

ergeben sich keine allzu großen Schwierigkeiten. In den konkreten Detailfragen jedoch, insbesondere was den berühmten Korb 3 angeht, fällt eine Einigung schwer. Vielleicht hat dieser Meinungs-austausch aber doch dazu beigetragen, uns über gewisse Methoden der Tatsachenfeststellung besser zu verständigen.

Lassen Sie mich als Beispiel für die Schwierigkeiten einer nicht bloß sprachlichen, sondern auch begrifflichen Verständigung an ein Wort von Talleyrand über den Begriff der Intervention erinnern. Als er danach gefragt wurde, lautete seine Antwort: Intervention das ist ungefähr dasselbe wie Nichtintervention.

Ich bin angesichts solcher Schwierigkeiten froh über gewisse offenherzige Passagen unseres Gespräches, in denen gegensätzliche Positionen ihren Ausdruck gefunden haben. Kulturaustausch und ideologische Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Gesellschaftsordnungen lassen sich eben nicht ohne weiteres auf einen harmonisierten Nenner bringen. Die Nachdrücklichkeit, mit der unser amerikanischer Gast auf die Gewährleistung von individuellen Menschen und Bürgerrechten und ihre Bedeutung für die internationalen Beziehungen hingewiesen hat, mag überraschend für alle gewesen sein, die vom westlichen Denken eher eine pragmatische Antwort erwartet haben. Wir haben andererseits die auf die politische Erfahrung abgestellte, eher diplomatische Antwort von Herrn Arbatow als durchaus präzise empfunden.

Wir haben kaum darüber sprechen können, wie wir die zukünftige wirtschaftliche und politische Entwicklung einschätzen. Aber soviel wurde jedenfalls deutlich: Alle Teilnehmer stimmen darin überein, daß Entspannung und Zusammenarbeit in Europa letztlich nur auf dem Hintergrund der globalen Probleme diskutiert werden können. Ich denke dabei vor allem an die Entwicklung der Weltwirtschaft, die zwar von Ost und West unterschiedlich beurteilt wird, bei der aber klar ist, daß sie keineswegs durch den Ost-West-Gegensatz bestimmt wird. Ich glaube nicht, daß ein Zerfall der Internationalen Weltwirtschaft von irgend jemand hier als Fortschritt begrüßt wird.

Weil diese Entwicklungen so schwer zu fassen sind, ist es auch nicht leicht, ein Programm für Belgrad zu entwerfen. Vielleicht kommt der Termin für diese Nachfolge- und Überprüfungs-konferenz zu früh. Auf der anderen Seite kann aber in dieser Kurzfristigkeit ein heilsamer Zwang liegen, uns rechtzeitig über die schwierigen Hintergrundsfragen der Entspannung zu unterhalten.

Ich denke, daß dieses Gespräch uns gezeigt hat, daß eine Bilanz der Entwicklung nach Helsinki ebenso schwierig wie unvermeidlich ist. Sie bedarf sehr wohlüberlegter Vorbereitung - gerade dort, wo wir uns zu entscheiden haben, welches die Brennpunkte der Erfahrungsberichte sein sollen.

Aber ganz gewiß hat die Konferenz von Belgrad nur dann Sinn, wenn sie jenseits der Diskussion über die Vergangenheitsich auf verbindliche Zukunftsaussagen einläßt, und zwar so, daß die öffentliche Meinung in unseren Ländern sich rechtzeitig und gründlich genug damit beschäftigen kann. Diplomatie allein wird uns auf diesem Feld nicht weiterhelfen.